



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die frühmodernen österreichischen Verfassungsstaaten in der Habsburgermonarchie

Die Pillersdorfsche Verfassung 1848, die Staatsgrundgesetze 1867
und deren Verfassungswirklichkeiten als Grundlagen staatlicher
Ordnung

Verfasser

Hanno Rebhan

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Mai 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

INHALTSVERZEICHNIS

1 Einleitung	5
1.1 Der moderne Staat	14
1.1.1 Die Militärische Revolution und die Institutionen des modernen Staates	17
1.1.2 Die Etablierung des (früh)modernen „österreichischen“ Staates	30
1.2 Definitionen der zentralen Begriffe	37
1.3 Fragestellung, Thesen und Methoden	45
 2 Die zentralen Funktionen einer rechtsstaatlichen Verfassung mit demokratischen Elementen als Basis für den modernen Verfassungsstaat	 53
 3 Die erste verfassungsstaatliche Periode auf Grundlage der Pillersdorfschen Verfassung von 1848 (1848 – 1849)	 57
3.1 Die Verfassung im „materiellen Sinn“ des „österreichischen“ Staates vor 1848	57
3.2 Die Wiener Märzrevolution 1848	65
3.3. Die Bestimmungen der Pillersdorfschen Verfassung („Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“) 1848	68
3.3.1 Kaiser, Kabinettsregierung und Reichstag	69
3.3.2. „Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner“	72
3.3.3 Gerichtsbarkeit	74
3.3.4 Länder und Gemeinden	74
EXKURS: Die Revolution 1848/49 als politische Rahmenbedingung für die Verfassungswirklichkeit der Pillersdorfschen Verfassung	75
3.4 Die Verfassungswirklichkeit der Pillersdorfschen Verfassung („Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“) 1848	79
3.4.1 Kaiser, Kabinettsregierung und Reichstag	80
3.4.2 „Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner“	96
3.4.3 Gerichtsbarkeit	99
3.4.4 Länder und Gemeinden	101
 FAZIT: Der erste monarchische österreichische Verfassungsstaat 1848–1849	 104

4 Die zwischenverfassungsstaatliche Epoche (1849 – 1867)	110
4.1 Das Ende der Revolution und dessen Bedeutung für die zwischenverfassungsstaatliche Epoche	110
4.2 Der „Kremsierer Verfassungsentwurf“	111
4.2.1 Bestimmungen	111
4.2.2 Verfassungswirklichkeit	114
4.3 Die „Oktroyierte Märzverfassung“ („Reichsverfassung für das Kaisertum Österreich“) 1849	115
4.3.1 Bestimmungen	115
4.3.2 Verfassungswirklichkeit	123
4.4 Die Silvesterpatente 1851	125
4.4.1 Bestimmungen	126
4.4.2 Praxis	127
4.5 Das Oktoberdiplom 1860	129
4.5.1 Bestimmungen	131
4.5.2 Praxis	132
4.6 Das Februarpatent 1861	133
4.6.1 Bestimmungen	133
4.6.2 Praxis	136
4.7 Das Sistierungspatent 1865	139
4.7.1 Bestimmungen	140
4.7.2 Praxis	140
FAZIT: Die Nichtexistenz des Verfassungsstaates zwischen 1849 und 1867 und deren Bedeutung für den Verfassungsstaat ab 1867	141
 5 Die zweite verfassungsstaatliche Periode auf Grundlage der Staatsgrundgesetze von 1867 (1867 – 1914)	 144
5.1 Die Niederlage im Deutschen Krieg 1866 und die „kleindeutsche Lösung“	144
5.2 Der Österreichisch-Ungarische Ausgleich 1867	149
5.3 Die Bestimmungen der Staatsgrundgesetze („Dezemberverfassung“) 1867	154

5.3.1 Kaiser, Kabinettsregierung und Reichsrat	155
5.3.2 Grundrechte	161
5.3.3 Gerichtsbarkeit	164
5.3.4 Länder und Gemeinden	167
5.4 Die Verfassungswirklichkeit der Staatsgrundgesetze („Dezemberverfassung“) 1867	168
5.4.1 Die „geteilte Habsburgermonarchie“	169
5.4.2 Das Nationalitätenproblem	170
5.4.3 Kaiser, Kabinettsregierung und Reichsrat	177
5.4.4 Grundrechte, Reichsgericht, Verwaltungsgerichtshof und Staatsgerichtshof	196
5.4.5 Ordentliche Gerichtsbarkeit	206
5.4.6 Länder und Gemeinden	208
5.4.7 Der Erste Weltkrieg und das Ende des monarchischen Verfassungsstaates	212
FAZIT: Der zweite monarchische österreichische Verfassungsstaat 1867–1914	218
Zusammenfassung und Ausblick	225
Literatur- und Quellenverzeichnis	234
Anhang	251

1 Einleitung

Die Geschichte des modernen österreichischen Staates muss diachronisch in 11 Phasen eingeteilt werden: Die **erste Phase** betrifft den „absolutistischen Staat“¹, der sukzessive in der Mitte des 18. Jahrhunderts durch die Reformen der Erzherzogin von Österreich, Maria Theresia, geschaffen worden ist und bis 1848 existierte. Mit den Reformen bzgl. des Staates, die aufgrund der tiefen Krise der Habsburgermonarchie in Folge des Österreichischen Erbfolgekrieges hervorgerufen worden war, wurde insbesondere eine Zentralisierung der Verwaltung bzw. eine Konzentration der Macht alleine auf den Monarchen/die Monarchin und eine Entmachtung der Stände erreicht.

Die **zweite Phase** ist gekennzeichnet vom schwachen, frühmodernen „ersten monarchischen Verfassungsstaat“, der auf der Basis der sogenannten „Pillersdorfschen Verfassung“ zwischen 1848 und 1849 Bestand hatte. Mit dieser Verfassung ging Kaiser Ferdinand I. auf die Forderungen der Revolution von 1848 bzw. der Revolutionäre ein, konnte mit dieser nicht mehr absolut regieren und schuf – wenn auch nur kurzzeitig – einen Staat, in dem der Kaiser mit einem von Teilen des Volkes gewählten Gremium, dem Reichstag, mitregieren musste. Allerdings blieb der Kaiser sowohl in der Verfassungstheorie als auch in der Verfassungswirklichkeit das bei weitem mächtigste Organ im politischen System, ohne das keine gesetzliche Bestimmung in Kraft gesetzt werden konnten. Das bedeutet, er besaß in der Gesetzgebung ein absolutes Veto, also die Möglichkeit, nach freiem Ermessen einen Gesetzesentwurf nicht in Kraft zu setzen. Aufgrund dieser ungleichen Machtverteilung wird in dieser Arbeit von einem „frühmodernen“ Verfassungsstaat gesprochen. Des Weiteren sah die Verfassung von 1848, die von Ferdinand I. oktroyiert, also vom Staatsoberhaupt einseitig und ohne Mitwirkung eines parlamentarischen Gremiums in Kraft gesetzt worden war, Rechte vor, die die österreichischen Staatsbürger genießen, wie z.B. die Presse-, Vereins- und Versammlungs-, Meinungsfreiheit etc. Allerdings sah dieser Verfassungsstaat keine gerichtliche Institution vor, die den Staatsbürgern diese Rechte auch hätte garantieren konnten, weswegen die Einhaltung dieser Rechte vom Willen der Politik bzw. vom

¹ Zur Definition von „Absolutismus“: „[D]ie monarchische Regierungsform, in der der Herrscher die unbeschränkte und ungeteilte Staatsgewalt ohne Mitwirkung ständischer oder parlamentarischer Institutionen beansprucht.“ Der Absolutismus unterscheidet sich vom Despotismus und Totalitarismus insofern, als dass der Fürst als Träger der Souveränität zwar über den Gesetzen steht, allerdings an das Naturrecht, die Staatsgrundgesetze und an die Dogmen der Religion gebunden ist. In: Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus Geschichte. Personen, Daten, Hintergründe. Mannheim/Leipzig, S. 10.

Kaiser abhängig war. Somit muss von einem „schwachen“ frühmodernen Verfassungsstaat gesprochen werden.

Dieser wurde allerdings mit dem Erstarken sowie den Erfolgen der gegenrevolutionären Kräfte in den Jahren 1848 und insbesondere 1849 wieder abgeschafft, worauf die **dritte Phase**, der „neoabsolutistische Staat“ zwischen 1849/51 und 1861 eingeläutet wurde: Während im Reichstag über eine modernere, rechtsstaatliche und dem Kaiser machtentziehende Verfassung, den „Kremsierer Verfassungsentwurf“ verhandelt wurde, feierten die gegenrevolutionären – insbesondere die kaisertreuen – Kräfte immer größere Erfolge gegen jene der Revolution, weswegen sich der junge Kaiser Franz Joseph I. mächtig genug sah, eine andere Verfassung zu oktroyieren: die „Märzverfassung 1849“. Zwar handelte es sich hierbei um eine modernere Form von Verfassung als jene von 1848, allerdings wurde nie ein in diesem Dokument vorgesehener Reichstag sowie die vorgesehenen Landtage einberufen und die Autonomie der Gemeinden wurde sukzessive abgebaut, sodass Franz Joseph I. praktisch absolut regieren konnte. Diese absolute Stellung sicherte er sich rechtlich mit den drei Silvesterpatenten vom 31. 12. 1851. Der innenpolitische Widerstand gegen das neoabsolutistische System, insbesondere von Ungarn aus, sowie der Verlust der Lombardei 1859 führten zu einer innen- und außenpolitischen Krise der Monarchie, weswegen die absolutistische Regierungsform nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. War das „Oktoberdiplom“ von 1860 noch ein erfolgloser Versuch, diese Krise zu bewältigen, so war das Februarpatent 1861 schon erfolgreicher, obwohl die grundlegenden Konfliktherde, insbesondere mit Ungarn bzw. den ungarischen Ländern, weiter vorhanden blieben.

Das „Februarpatent“ von 1861 läutete die **vierte Phase** der Geschichte des modernen österreichischen Staates ein, jene zwischen 1861 und 1867: Dieses Patent schuf den neoabsolutistischen Staat ab, da der Kaiser – wenn auch nur in wenigen bestimmten Materien – nun mit einem „Reichsrat“ mitregieren musste. Auf Landesebene wurden dem Kaiser wieder Landtage gegenübergestellt. Auf der anderen Seite handelte es sich beim Februarpatent nicht um eine moderne Verfassung, da sie keine bürgerlichen Rechte bzw. Grundrechte vorsah und eine Trennung von Verwaltung und Gerichtsbarkeit nicht existierte. Es kann somit auch nicht von einem Verfassungsstaat gesprochen werden. Das „Sistierungspatent“ von 1865, welches als „Übergangslösung“ in Kraft gesetzt wurde, da das Februarpatent in den ungarischen Ländern nicht durchgesetzt werden konnte, hob zwar jenen Teil des Februarpatents auf, der einen

Reichsrat vorsah, allerdings konnte der Kaiser auf Landesebene nicht ohne Landtage regieren, weswegen ebenfalls zwischen 1865 und 1867 nicht von einem absolutistischen Staat gesprochen werden kann.

Die Niederlage der Habsburgermonarchie im Deutschen Krieg 1866 gegen Preußen, klein- und mitteldeutsche Staaten und das Königreich Italien sowie der Verlust von Venetien, die Auflösung des „Deutschen Bundes“, zu dem die Habsburgermonarchie bzw. deren deutschsprachigen Gebiete seit 1815 gehörten (Bis 1806 waren die deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie Teil des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“²) zu dem insbesondere die deutschen Gebiete der Monarchie seit 1815 gehörten sowie die bereits vorhandene innenpolitische Krise machten eine innenpolitische Stabilisierung der Monarchie notwendig. Die Folge waren 1867 der „Ausgleich mit Ungarn“ und für den österreichischen Staat die „Staatsgrundgesetze“ von 1867. Mit diesen begann 1867 auch die **fünfte Phase** der Geschichte des modernen Staates, der frühmoderne „zweite monarchische Verfassungsstaat“, der bis 1914 existierte. Im Gegensatz zum schwachen frühmodernen Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 existierten in diesem nun Gerichte, insbesondere das „Reichsgericht“ und ab 1876 der „Verwaltungsgerichtshof“, die die im „Staatsgrundgesetz über die Rechte der Staatsbürger“ vorgesehenen Grundrechte sichern sollten. Des Weiteren wurde mit dem „Staatsgrundgesetz über die Reichsvertretung“ ein Reichsrat geschaffen, der einen immensen Zuwachs seines Tätigkeitsbereiches erfuhr und in der Gesetzgebung mit dem Kaiser zusammenarbeitete. Jede Materie, die nicht vom Reichsrat behandelt werden sollte, musste von den Landtagen, im Zusammenspiel mit dem Kaiser, erledigt werden. Der Reichsrat wurde zwischen 1861 und 1873 indirekt und danach direkt von Teilen der Bevölkerung des österreichischen Staates gewählt, ebenso die Landtage. Der Kaiser besaß sowohl in der gesamtstaatlichen- als auch in der Landesgesetzgebung ein absolutes Veto, weswegen von einem frühmodernen Verfassungsstaat gesprochen werden muss. Auch die Tatsache, dass das Reichsgericht nicht – wie der heutige Bundesverfassungsgerichtshof der Republik Österreich – ein verfassungswidriges Gesetz aufheben konnte, weist in diese Richtung. Das Reichsgericht wurde insbesondere bei Verletzungen gegen in der Verfassung garantierte politische Rechte zuständig, seine Urteile hatten aber nur eine feststellende Wirkung bzw. es konnte die Regierung bzw. Verwaltung nur aufmerksam machen, dass es sich bei einer bestimmten Handlung um eine Verletzung politischer Rechte handelte. Diese Tatsache zeugt

² Genauer zum „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ sowie zum „Deutschen Bund“: Siehe Einleitungsunterkapitel: Die Etablierung des (früh)modernen österreichischen Staates.

ebenfalls vom frühmodernen Charakter dieser Verfassung. Des Weiteren war es dem Kaiser bzw. der Regierung des Kaisers möglich, mittels Notverordnungen und ohne Beteiligung des Reichsrates weiterzuregieren, allerdings musste über diese Notverordnungen von einem neuversammelten Reichsrat abgestimmt werden. Vom Notverordnungsrecht wurde vor allem Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts oftmals, zeitweise sogar kontinuierlich, Gebrauch gemacht.

Mit jenem Paragraphen des Staatsgrundgesetzes über die Rechte der Staatsbürger, die im Falle von Unruhen und Kriegen die Aufhebung einiger Grundrechte vorsahen, wie z.B. der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Freiheit der Person, war es möglich kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 den Verfassungsstaat abzuschaffen und einen „autoritär-diktatorischen monarchischen Kriegsstaat“, die **sechste Phase** der historischen Entwicklung der österreichischen Staatlichkeit, zu etablieren, an deren Spitze der Kaiser (bis 1916 Franz Joseph I., nach dessen Tod Karl I.) stand, der ohne Reichsrat regierte, da dieser bereits im März 1914 vertagt und erst 1917 wiedereinberufen wurde und die Landtage ab 1915 nicht wieder versammelt wurden.

Mit der Niederlage der Habsburgermonarchie im Ersten Weltkrieg 1918 war nicht nur der autoritär-diktatorische Kriegsstaat am Ende, sondern die Monarchie zerfiel nach einem jahrzehntelangen Ringen der verschiedenen Nationalitäten um mehr Autonomie innerhalb der Monarchie in einzelne Nationalstaaten (wie z.B. Polen) sowie in weitere Vielvölkerstaaten (z.B. der SHS-Staat bzw. Jugoslawien) zusammen. Kaiser Karl I. verzichtete am 11. 11. 1918 auf jegliche Regierungsbeteiligung im bereits am 30. 10. 1918 begründeten „Staat Deutschösterreich“ (Bis zum 11. 11. 1918 existierte somit dieser Staat parallel zum monarchischen österreichischen Staat), womit endgültig die Monarchie in Österreich der Vergangenheit angehörte. Am 12. 11. 1918 wurde schließlich die „Republik Deutschösterreich“ begründet, womit nun die **siebente Phase**, der „erste demokratisch-republikanische Verfassungsstaat“, eingeläutet wurde, der bis 1933 bestand. In der Republik Deutschösterreich existierte keine Verfassungsurkunde, allerdings „Gesetze mit verfassungsrelevantem Inhalt“³, welche die Verfassung ausmachten, in der das demokratische und das republikanische Prinzip verankert war. Republikanisch, da nur noch dem sogenannten „Staatsrat“ die Regierungs- und Vollzugsgewalt gebührte und nicht wie davor ein Monarch daran beteiligt war. Dieses kollektive Organ fungierte ebenso als Staatsoberhaupt und

³ Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte. Wien, S. 197.

ernannte die „Staatsregierung“. Das demokratische Prinzip wurde erfüllt, da „[...] die ‚oberste Gewalt‘ [...] alleine von der Prov[isorischen] Nationalversammlung als Volksrepräsentation ausgeübt [werde]“⁴ bzw. der Nachfolger, die „Konstituierende Nationalversammlung“ am 16. 02. 1919 mittels allgemeinem, geheimem, direktem und gleichem Frauen- bzw. Proportionalwahlrecht gewählt wurde.⁵ Diese Nationalversammlung sollte nicht nur in der Gesetzgebung tätig sein, sondern auch – wie der Name bereits sagt – eine Verfassung ausarbeiten. Eine weitere Tatsache, die am Namen „Deutschösterreich“ bereits ersichtlich ist, ist die Tatsache, dass sich diese Republik als Teil der „Deutschen Republik“ verstand und sämtliche politische Lager sich auch für einen Anschluss einsetzten. Sowohl der Name „Deutschösterreich“, als auch der Anschluss an das Deutsche Reich wurden jedoch durch den „Staatsvertrag von St. Germain“ verboten.⁶ Eine weitere wichtige Institution, die das demokratische Prinzip festigte, war die Schaffung eines „Verfassungsgerichtshofes“, dessen Kompetenzen über jene des Reichsgerichtes hinausgingen, da seine Entscheidungen nicht – wie jene des Reichsgerichtes – nur feststellende Wirkung bei einer Verletzung politischer Rechte hatte, sondern mit seinen Entscheidungen konnte es Verletzungen bürgerlicher Rechte des Staates aufheben und Landesgesetze bzgl. der Verfassungsmäßigkeit überprüfen.

Am 01. 10. 1920 nahm das Plenum der Konstituierenden Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf an, der unter starker Mitbeteiligung des Rechtswissenschaftlers Hans Kelsen entstanden war. Somit trat das sog. „Bundes-Verfassungsgesetz“ in Kraft. Dieses sah einen „Bundespräsidenten“ als Staatsspitze vor, der insbesondere die Republik nach außen vertrat, an der Bundesgesetzgebung teilhatte und durch die „Bundesversammlung“ gewählt wurde. Die Bundesversammlung setzte sich aus den Abgeordneten des „Nationalrates“ und des „Bundesrates“ zusammen und repräsentierte ein eigenständiges Organ, das – wie bereits erwähnt – bis 1929 den Bundespräsidenten wählte und auch über eine Kriegserklärung zu entscheiden hatte bzw. heute noch hat. Die „Bundesregierung“ bestand bzw. besteht aus dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler sowie den Bundesministern, die dem Nationalrat verantwortlich waren bzw. sind, sowohl rechtlich mittels einer Anklage beim Verfassungsgerichtshof oder politisch durch ein Misstrauensvotum. Die Bundesregierung besaß bzw. besitzt auch die Gesetzesinitiative und solche Gesetzesvorlagen mussten beim Nationalrat eingebracht

⁴ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O, S. 191.

⁵ Vgl. ebenda, S. 169/191/197/199.

⁶ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Mit Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Linz, S. 265–266 u. 271.

werden bzw. sind auch heute hier einzubringen. Der Nationalrat, das gesetzgebende Organ, war bzw. ist die Volksvertretung, der mittels allgemeinem, gleichem, geheimem und direktem Frauen- bzw. Proportionalwahlrecht gewählt wurde bzw. wird. Der Bundesrat war bzw. ist, wie der Bundespräsident, an der Gesetzgebung beteiligt und setzte sich bzw. setzt sich aus Vertretern der Länder zusammen. Allerdings verfügte bzw. verfügt der Bundesrat bei Beschlüssen des Nationalrates nur über ein suspensives Veto, da der Nationalrat mit einem sog. „Beharrungsbeschluss“ das Veto des Bundesrates außer Kraft setzen konnte bzw. kann. Mit der Verfassungsnovelle von 1929 wurden die Kompetenzen des Bundespräsidenten enorm erweitert: So war es ihm nun möglich, den Nationalrat aufzulösen, allerdings war ihm dieser Schritt nicht mehrmals aus ein- und demselben Grund möglich. Des Weiteren konnte er nun die Bundesregierungsmitglieder bestellen und sie auch wieder ihrer Posten entheben sowie die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes ernennen. Außerdem wurde er nun zum Oberbefehlshaber des Bundesheeres und verfügte über ein Notverordnungsrecht. Von diesem konnte bzw. kann er nur Gebrauch machen, wenn „Sofortmaßnahmen ‚zur Abwehr eines offenkundigen, nicht wieder gutzumachenden Schadens für die Allgemeinheit‘ erforderlich sind.“⁷ Allerdings lag bzw. liegt die Initiative dieser Notverordnungen bei der Bundesregierung, die eine solche gegenzeichnen musste bzw. muss. Über die Notverordnungen mussten bzw. muss im Nationalrat abgestimmt werden und es war bzw. ist dem Bundespräsidenten nicht möglich, mittels Notverordnungen die Verfassung abzuändern. Die Aufhebung einer solchen Notverordnung erfolgte bzw. erfolgt auf Forderung des Nationalrates durch die Bundesregierung. Von entscheidender Bedeutung ist die Tatsache, dass der Verfassungsgerichtshof mit dem Bundes-Verfassungsgesetz neben den bisherigen Kompetenzen Gesetze im Hinblick auf deren Verfassungsmäßigkeit überprüfen konnte.⁸ Die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes hatten – im Gegensatz zum Reichsgericht sowie zum Verfassungsgerichtshof der „Republik Deutschösterreich“ aufhebende Wirkung.⁹ Das bedeutet, dass der Verfassungsgerichtshof verfassungswidrige Gesetze aufheben konnte.

Die insbesondere ab dem Ende der 1920er-Jahren stärker werdende Polarisierung der politischen Lager, der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen und der Deutschnationalen, führte zu einer starken innenpolitischen Krise, zu ideologischen

⁷ Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 220.

⁸ Vgl. ebenda, S. 201/211/219–222

⁹ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 301.

Kämpfen im Parlament und sogar zu gewaltsamen Ausschreitungen und Schüssen auf Demonstranten (Brand des Justizpalastbrandes 1927). Der seit 1932 amtierende christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der mit seiner Regierung im Nationalrat nur noch eine Mehrheit von 83 : 82 besaß und im Bundesrat in der Minderheit stand, hinderte mit Zustimmung des christlichsozialen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas mittels Polizeigewalt die Nationalratsabgeordneten am Betreten des Parlamentsgebäudes, nachdem die Abgeordneten in der letzten abgehaltenen Sitzung auseinandergegangen waren, allerdings ohne, dass die Sitzung des Nationalrates (aufgrund der Rücktritte aller drei Nationalratspräsidenten) vertagt wurde. Miklas hätte als Bundespräsident theoretisch das Parlament offiziell auflösen und Neuwahlen ansetzen müssen, allerdings tat er dies nicht, da seine christlichsozialen Parteifreunde ihn dazu drängten, in dieser Situation untätig zu bleiben. Die Bundesregierung erließ daraufhin Regierungsverordnungen auf der Grundlage des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ von 1917. Nachdem auch der Verfassungsgerichtshof ausgeschaltet und die Tätigkeit des Bundesrates unterbunden werden konnte¹⁰, war der „Staatsstreich von Dollfuß“ perfekt. Bis zum Jahre 1934 wurden die „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“, die Kommunistische Partei sowie die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ verboten. Das Verbot der Sozialdemokraten war die Folge eines blutigen Konflikts („Bürgerkrieg“ im Jahr 1934), das zwischen dem Militär, auf dessen Seite die christlichsozialen Milizverbände, den Heimwehren standen, und dem Milizverband der Sozialdemokraten, dem „Republikanischen Schutzbund“¹¹. Die Sozialdemokraten und insbesondere der Schutzbund waren aufgrund monatelanger wiederholter Verfolgungswellen immens geschwächt und mussten nach vier Tagen den Kampf aufgeben. Der Schutzbund beklagte 200 Tote¹².

In der Verfassung vom 01. 05. 1934 wurde festgelegt, dass alle Parteien (auch die Christlichsozialen) aufgelöst wurden und nur noch die „Vaterländische Front“ als „Einheitspartei“ existierte. „Die Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive ist durch beider Verbindung verdrängt, nämlich durch die Einschaltung der Vollziehung in die Gesetzgebung oder einem überhaupt ihr zustehenden, leicht handhabbaren außerordentlichen Gesetzgebungsrecht.“¹³ Aufgrund der Tatsache, dass Richter frei abgesetzt werden konnten, kann auch nicht von einer unabhängigen Gerichtsbarkeit

¹⁰ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 231–233; Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. Graz/Wien/Köln, S. 290.

¹¹ Der „Republikanische Schutzbund“ war bereits 1933 verboten worden.

¹² Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 290–292.

¹³ *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 235.

gesprochen werden. Wichtig ist auch, dass dieser Staat auf der Grundlage des Konkordats von 1933 – ähnlich wie der neoabsolutistische Staat auf der Basis des Konkordats von 1855 – in einem engen Verhältnis zur Katholischen Kirche stand. Diese Verbindung zwischen der Religion und dem Staat zeigt sich auch anhand der Tatsache, dass in der Verfassung das Recht nicht vom Volk, sondern von Gott ausging.¹⁴ Zwischen 1933/34 und dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich durch die Nationalsozialisten muss von einem frühmodernen¹⁵ „autoritär-diktatorischen, austrofaschistischen‘ Einparteienstaat“, der **achten Phase** der Geschichte des modernen österreichischen Staates, gesprochen werden. Der Verfassungsstaat existierte nicht mehr und nach dem „Anschluss“ auch keine österreichische Staatlichkeit.

Erst nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und der Befreiung Österreichs von den Nationalsozialisten wurden die österreichische Staatlichkeit und die „Republik Österreich“ wiederhergestellt. Ende 1945 wurde das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 wieder in Kraft gesetzt, allerdings kann von einem vollsouveränen Staat nicht die Rede sein. Österreich wurde von den vier alliierten Mächten USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien besetzt und der Staat wurde einer „alliierten Kontrolle“ unterworfen. Das sog. „1. Kontrollabkommen“ vom 04. 07. 1945 besagte, dass der „Alliierte Rat“ die „Führung und Kontrolle der höchsten Gewalt in Österreich“¹⁶ besaß und die „Provisorische Staatsregierung“ zu diesem in einem untergeordneten Verhältnis stand. Zwar durfte die Provisorische Staatsregierung Gesetze beschließen, allerdings der Kundmachung eines Gesetzes musste der Alliierte Rat zustimmen. Mit dem „2. Kontrollabkommen“ vom 28. 06. 1946, als das Bundes-Verfassungsgesetz wieder in Kraft war, wurden die Bestimmungen des ersten Abkommens gemildert, allerdings musste der Alliierte Rat Verfassungsgesetzen schriftlich zustimmen und er besaß das „Einspruchsrecht gegen jede ‚legislative oder Verwaltungsmaßnahme‘ mit dem Recht auf Aufhebung oder Abänderung.“^{17 18} Zwischen 1945 und 1955 muss somit vom „nicht-vollsouveränen zweiten demokratisch-republikanischen Verfassungsstaat“, der **neunten Phase**, gesprochen werden, denn erst der Staatsvertrag von Wien 1955 zwischen den alliierten Mächten und Österreich stellte die volle Souveränität auf der Basis des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920 in der

¹⁴ Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 233–236.

¹⁵ Dieser Staat wird aufgrund der engen Verbindung zwischen Staat und Kirche auf der Basis des Konkordats als „frühmodern“ bezeichnet.

¹⁶ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 264

¹⁷ Ebenda, S. 265.

¹⁸ Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 264–265.

Fassung von 1929 wieder her und beendete die Kontrolle und Besetzung der Alliierten¹⁹. Diese **zehnte Phase**, der „vollsouveräne „dritte²⁰ demokratisch-republikanische Verfassungsstaat“, dauerte bis 1995: Am 01. 01. 1995 trat Österreich der Europäischen Union (EU) bei. „Die EU tritt als höchste föderative Ebene zu Gemeinde, Land und Bund hinzu, und zwar in der Gesetzgebung durch ihre Rechtsetzungsakte und in der Gerichtsbarkeit durch die Rechtsprechung ihrer Gerichte.“^{21 22} Mit dem Beitritt zur EU gab Österreich einen Teil der vollen Souveränität ab, weswegen seit 1995 die **elfte Phase** der Geschichte des modernen österreichischen Staates, der „nicht-vollsouveräne demokratisch-republikanische Verfassungsstaat innerhalb der EU“ bzw. der „nicht-vollsouveräne vierte demokratisch-republikanische Verfassungsstaat“, existiert.

Selbstverständlich muss an dieser Stelle gefragt werden, wieso aufgrund der alliierten Besetzung und der Mitgliedschaft in der EU von „nicht-vollsouveränen Staaten“ gesprochen wird, während dem absolutistischen Staat bis 1806, der Mitglied des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war und jenen Staaten, die zwischen 1815 und 1866 Mitglied des Deutschen Bundes waren, das Prädikat „Vollsouveränität“ zuerkannt wird. Diese Arbeit wird zeigen, dass sowohl das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als auch der Deutsche Bund lockere Bündnisse waren, die die Souveränität des österreichischen Staates in der Praxis nicht einschränkten, während dies – wie bereits erwähnt – mit der Besatzungszeit infolge der Kontrollinstanzen während der Besatzungszeit sowie durch die Mitgliedschaft in der EU der Fall war bzw. ist. Der österreichische Monarch konnte theoretisch vollsouverän agieren, solange der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und das Reich – bzw. zwischen 1815 und 1866 der Deutsche Bund – dessen Verpflichtungen mit seinen Handlungen nicht schadete. Da im Heiligen Römischen Reich der Kaiser meist in Personalunion auch der Monarch der Habsburgischen Länder (bzw. des österreichischen Staates) war – während der Existenz des absolutistischen Staates war die einzige Ausnahme Maria Theresia, die mit dem

¹⁹ Vgl. *Brauneder, Wilhelm* ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 267

²⁰ Auch wenn der erste und der dritte demokratisch-republikanische Verfassungsstaat mit der Vollsouveränität ähnliche Voraussetzungen aufwiesen, so wird von einem „dritten“ demokratisch-republikanischen Verfassungsstaat gesprochen, da sich die politische Kultur bzw. die Verfassungswirklichkeit von jener des ersten entscheidend unterscheidet: So spielten die politischen Parteien im dritten demokratisch-republikanischen Verfassungsstaat eine bedeutendere Rolle, als dies im ersten der Fall war („Parteiendemokratie“). Ein weiterer wichtiger Faktor ist die „Sozialpartnerschaft“, die in der vorparlamentarischen Entscheidungsfindung im dritten – im Gegensatz zum ersten demokratisch-republikanischen Verfassungsstaat – eine immens wichtige Rolle spielte. In: Vgl. *Brauneder, Wilhelm* ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 273–274.

²¹ Ebenda, S. 275.

²² Vgl. *Brauneder, Wilhelm* ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 275.

Kaiser, Franz Stephan I., verheiratet und die Mutter von dessen Nachfolger, Joseph I., war –, der Kaiser in der Gesetzgebung des Reiches ein absolutes Veto besaß, der Landesfürst/Monarch seit 1530 einem Reichsgesetz zustimmen musste, damit dieses auch in den habsburgischen Ländern galt und der Deutsche Bund in der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten viel zu schwach und Österreich neben Preußen die dominierende Macht (besonders in militärischer Hinsicht) in diesem Staatenbund war, kann in der Verfassungswirklichkeit von einer vollen Souveränität der österreichischen Staaten auch gegenüber dem Reich und dem Bund ausgegangen werden.

Obwohl der Autor die gesamte Geschichte des modernen österreichischen Staates in elf Phasen eingeteilt hat, umfasst der Hauptteil dieser Arbeit die ersten fünf Phasen und geht kurz auf die sechste Phase ein. Im Ausblick soll auch der Einfluss der Staatsgrundgesetze auf die siebente Phase beleuchtet werden.

Gleich zu Beginn dieser Arbeit muss allerdings festgehalten werden, dass der Verfassungsstaat ohne den „(früh)modernen Staat“ nicht existieren kann. Es soll in dieser Einleitung nun geklärt werden, was der moderne Staat eigentlich ist, ab wann in Europa von einem modernen Staat die Rede sein kann und welche Einflüsse die sogenannte „Militärische Revolution“ auf die Staatsbildung ausgeübt hatte. Des Weiteren müssen die grundlegenden Merkmale des Verfassungsstaates aufgezeigt und die Frage beantwortet werden, wann der moderne Staat in Österreich etabliert wurde, da – wie bereits erwähnt – ohne Staat kein Verfassungsstaat etabliert werden kann.

1.1 Der moderne Staat

Nohlen, Schultze und Schüttemeyer definieren „Staat“ in ihrem „Lexikon der Politik“ wie folgt: Der Staat ist „die Gesamtheit der öff. Institutionen, die das Zusammenleben der Menschen in einem Gemeinwesen gewährleistet bzw. gewährleisten soll; [...] traditionellerweise definiert durch drei Elemente: (1) [...] Staatsgebiet, (2) Staatsvolk [...] und (3) Staatsgewalt. Die [...] Staatsgewalt wird dabei rechtsförmig ausgeübt durch den (4) Staatsapparat“²³. Der Staatsapparat besteht aus sämtlichen Organen und Einrichtungen der Staatsleitung (z.B. Staatsoberhaupt, Parlament, Regierung), den vollziehenden Organen des Staates (z.B. Staatsbürokratie und Ministerien), der Gerichtsbarkeit sowie den staatlichen polizeilichen Organen und dem Militär. Das

²³ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schüttemeyer, Suzanne S. 1998: Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe. München, S. 606.

Staatsgebiet ist der Raum eines Staates, dessen Grenzen es umschließen und von anderen Staaten trennen. Auf diesem kann das sogenannte Gewaltmonopol, also die Legitimation einzig und allein des Staates, legitim physische Gewalt gegenüber der auf dem Staatsgebiet lebenden Bevölkerung (Gewaltmonopol nach innen) anzuwenden oder die Souveränität gegenüber anderen Staaten (Gewaltmonopol nach außen) zu wahren, erfolgreich geltend gemacht werden. „Das staatliche G[ewaltmonopol] [...] begründet allein die oberste Befugnis des Staates und seiner Institutionen zur Setzung und (ggf. auch gewaltsamen) Durchsetzung der rechtmäßig getroffenen, allg[emein] verbindlichen polit[ischen] Entscheidungen.“²⁴ Diese staatliche „Anwendung von Gewalt“ wird auch „Staatsgewalt“ genannt. Zum Staatsvolk gehört jener Teil der gesamten Bevölkerung des Staates, der „die rechtliche Mitgliedschaft“²⁵ des Staates bzw. die Staatsbürgerschaft besitzt. Der liberale Verfassungsstaat wiederum versteht unter „Staatsbürgerschaft“ den Besitz der bürgerlichen Rechte (im politischen und sozialen Sinn).²⁶

Was unterscheidet den nun modernen Staat von vormodernen Verhältnissen? Hier gibt Wolfgang Reinhard Auskunft, der hinsichtlich der Beanspruchung des Staates fünf wichtige Merkmale anführt, die durch ihre Verbindung den modernen Staat von vormodernen Gemeinwesen unterscheiden:

Erstens hat der Staat „[...] ein einheitliches Staatsgebiet als ausschließlichen Herrschaftsbereich“²⁷, während Gemeinwesen der Vormoderne häufig aus Gebieten mit mannigfachem Stellenwert bestanden, denen es an exakt definierten Außengrenzen fehlte. Zweitens besitzt der Staat „ein einheitliches Staatsvolk“²⁸, d.h. es herrscht keine Gliederung in Schichten etc. wie in vormodernen Verhältnissen. Drittens verfügt der moderne Staat über „eine einheitliche Staatsgewalt“²⁹, die souverän agieren kann, während vormoderne Gemeinwesen, häufig regionale Herrschaftsträger, mittels ihnen

²⁴ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schütttemeyer, Suzanne S. 1998: Lexikon der Politik, a.a.O., S. 228.

²⁵ Ebenda, S. 609.

²⁶ Vgl. Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schütttemeyer, Suzanne S. 1998: Lexikon der Politik, a.a.O., S. 228/495/606–612.

²⁷ Reinhard, Wolfgang 2007: Geschichte des modernen Staates. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München, S. 12.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Reinhard, Wolfgang 2007: Geschichte des modernen Staates, a.a.O., S. 12.

eigener Gesetze unabhängig von der „Zentralgewalt“³⁰ (also der „ [...] gesamtstaatliche[n] Hoheitsgewalt im [...] Bundesstaat“³¹), handelten.

Unter Souveränität wird im Prinzip das Vorhandensein von zwei weiteren wichtigen Faktoren zur Bestimmung des modernen Staates verstanden: 1. das „Gewaltmonopol nach innen“: Dieses wird bzw. wurde von Verwaltung und Justiz gelenkt und von der Polizei, davor vom Militär v.a. mittels stehenden Heeren, vollzogen. 2. Das „Gewaltmonopol nach außen“: Dies bedeutet, dass der Staat das unbegrenzte Recht besitzt, die Souveränität des Staates nach außen – notfalls mittels Krieg – zu verteidigen, wobei das Militär lediglich unter staatlicher Kontrolle steht.

Seit den Revolutionen des späten 18.- und jenen der Mitte des 19. Jahrhunderts kamen bis zur Gegenwart laut Reinhard noch drei weitere, für den Staat unerlässliche Faktoren hinzu: So zeichnet sich der moderne Staat als „Verfassungs- und Rechtsstaat“ aus. Eine Verfassung legt die Organisation des Staates sowie dessen politisches Handeln fest. Der Staat besitzt das Monopol, über das Recht zu verfügen, zugleich existiert mit einer Verfassung die Bindung des Staates an verbindliche Bestimmungen. Eine weitere wichtige Eigenschaft eines Rechtsstaates ist die Tatsache, dass er ein „Nationalstaat“ sowie eine „Demokratie“ ist.³² „Der Begriff Nationalstaat verweist auf das Volk als Zusammenschluss von Mitgliedern einer Gesellschaft, die einen Staat bilden. Moderne Staaten sind [...] Vereinigungen von Bürgern, und nicht reine Herrschaftsorganisationen. Die sich als politische Gemeinschaft verstehenden Bürger bilden die Nation.“³³ Des Weiteren steht der aktuelle! moderne Staat zur Volkssouveränität sowie zu den Grund- und Menschenrechten: Ferner ist für den aktuellen modernen Staat die Konstituierung der Staatsgewalt durch allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlen unerlässlich.

Das Völkerrecht erkannte 1999 191 Gemeinwesen an, von denen 190 formell moderne demokratische Verfassungs- sowie Nationalstaaten waren. Die Realität sieht selbstverständlich anders aus.

Reinhard setzt für die Etablierung des modernen Staates bestimmte Bedingungen voraus, die nur in Europa existierten: Von großer Bedeutung erscheint ihm die räumliche Untergliederung in viele verschiedene Landschaften, die auf das

³⁰ Der Begriff „Zentralgewalt“ wird hier unter Anführungszeichen gestellt, da mit diesem prinzipiell die gesamtstaatliche Hoheitsgewalt eines Staates, aber nicht eines vormodernen Gemeinwesens, gemeint ist.

³¹ Weber-Fas, Rudolf 1995: Das kleine Staatslexikon. Politik, Geschichte, Diplomatie, Recht. Stuttgart, S. 592.

³² Vgl. Reinhard, Wolfgang 2007: Geschichte des modernen Staates, a.a.O., S. 12–14.

³³ Benz, Arthur 2008: Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse. München, S. 113.

Zusammentreffen des Erbes der Antike, des Christentums und der Kultur von Völkern im Osten und Norden während des Mittelalters zurückzuführen ist. Nie konnte nämlich ganz Europa zu einem Großreich gemacht oder einer fortwährenden Hegemonie unterworfen werden. Die Etablierung der zukünftigen Staaten wurde innerhalb des heterogenen Europas insbesondere durch Kriege verstärkt. „Deren steigende Kosten machten aber gesteigerte Ressourcenabschöpfung erforderlich, was wiederum zu weiterer Zunahme der Kontrolle durch die Zentralgewalt führte.“³⁴ Für Reinhard ist dieser Zyklus einer der wichtigsten Impulse im Hinblick auf die Errichtung des modernen Staates. Vor allem die Durchsetzung der unmittelbaren Kontrolle der Zentralgewalt über jeden einzelnen Untertanen erklärt Reinhard zum Kriterium für die Vollendung des modernen Staates.³⁵

1.1.1 Die Militärische Revolution und die Institutionen des modernen Staates³⁶

Nun muss die Frage gestellt werden, wie es zur bereits erwähnten Kontrolle der Zentralgewalt über jeden einzelnen Untertanen gekommen ist.

Wimmer geht davon aus, dass der Prozess, der zunächst in westeuropäischen Gebieten Europas zu moderner Staatlichkeit führte, ungefähr zwischen 1550 und 1650 stattfand und sich langsam Richtung Osten ausbreitete. Während desselben Zeitraumes (Wimmer gibt den Zeitraum zwischen 1494 und 1648 bzw. 1494 und 1659³⁷ an) kam es zu wichtigen technischen und taktischen Veränderungen bezüglich Militär und Kriegsführung, der sog. „Militärische Revolution“. Beide fast zeitgleich stattfindenden strukturellen Entwicklungen müssen somit in direktem Zusammenhang betrachtet

³⁴ Reinhard, Wolfgang 2007: Geschichte des modernen Staates, a.a.O., S. 11

³⁵ Vgl. ebenda, S. 11–14.

³⁶ Das gesamte Unterkapitel bzgl. Militärischer Revolution, Institutionen des modernen Staates und Entstehung des internationalen politischen Systems sowie erläuternder Kommentare in Fußnoten – sofern nicht anders angegeben – beziehen sich auf: Vgl. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. Wien/Berlin: Kapitel 6: Die militärische Revolution als Kontext für die Entstehung des modernen Staates – Gewaltmonopol und die Entmilitarisierung der Gesellschaft, S. 159–239. Bzgl. der Übernahme des Gewaltmonopols nach innen durch die Polizei: Kapitel 8: Die Verpolizeilichung des Gewaltmonopols. – Entstehung und Entwicklung der modernen Sicherheitspolizei, S. 293–354, insbesondere: S. 301–302, 308.

³⁷ Die Jahreszahl 1494 bezieht sich auf den Marsch Karls VIII., des Königs von „Frankreich“, mit der ersten modernen Armee in der charakteristischen Dreigliederung in Kavallerie, Infanterie und Artillerie auf die italienische Halbinsel. 1648 wurde der Westfälische Friede unterzeichnet, der den Dreißigjährigen Krieg beendete sowie die Entstehung eines internationalen politischen Systems ermöglichte. 1659 ist jenes Jahr, in dem der Pyrenäenfrieden zwischen Frankreich und Spanien unterzeichnet wurde. In diesem Kapitel wird auf die Bedeutung jener Jahre genauer eingegangen.

werden und es muss die Frage gestellt werden, welche Einflüsse die Militärische Revolution auf den Staatsbildungsprozess hatte.

Zunächst muss die militärische Nutzung des Schießpulvers erwähnt werden. „Die Erfindung des Schwarzpulvers bzw. Schießpulvers durch die Chinesen lag schon länger zurück [...]“.³⁸ Diese waren sich der Bedeutung des Schießpulvers bewusst, allerdings gelang es in China Erfindungen, die die Herrschaft der Reichsoberhäupter ernsthaft in Gefahr bringen konnten, zu unterdrücken. In Europa wurde das Schießpulver bereits während des „Hundertjährigen Krieges“ (1337–1453) für militärische Zwecke verwendet, nachdem es infolge der Erfindung der Pulvermühle ungefähr 1429 möglich geworden war, Kohle, Salpeter und Schwefel besser zu mischen und damit die Sprengwirkung bedeutend zu erhöhen. Auch die Probleme bzgl. des Gießens von Kanonenrohren konnten allmählich gelöst werden. König Karl VII. von „Frankreich“³⁹ engagierte einen der fähigsten Waffentechniker seiner Zeit, Maitre Jean Bureau, und konnte mit der neugewonnenen Technologie gegen die Engländer wichtige Siege erringen, z.B. in der Schlacht von Formigny 1450. Des Weiteren konnte er im selben Jahr wichtige Städte, die von den Engländern besetzt waren, wie z.B. Caen und Cherbourg, wieder einnehmen und 1453 den Engländern bei Castillon eine empfindliche Niederlage bereiten, nachdem Bureau bereits 300 Kanonen gegen die Engländer gestellt hatte.

Im September 1494 stürmte der französische König Karl VIII. mit einer Armee von 20.000–25.000 Mann (für diese Zeit eine außergewöhnlich große Armee) sowie mit 140 größeren und mobilen⁴⁰ Geschützen und 200 kleineren Kanonen auf die Apenninenhalbinsel, wo er im Königreich Neapel dynastische Ansprüche erhob. Innerhalb von acht Stunden konnte die Festung San Giovanni zerstört werden. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, dass diese Festung vor ihrer Zerstörung eine Belagerung von sieben Jahren abwehren konnte.

Diese neue Kanonenteknologie war ausschlaggebend für das Ende der mittelalterlichen Burgen, von wo aus Adelige v.a. in der ländlichen, mittelalterlichen Herrschaftsordnung über ihre Bauern bzw. Dörfer regierten. Diese Burgen waren allerdings zum Schutz gegen die neuentwickelten Kanonen zu dünn, denn es war nicht mehr notwendig auf das obere Ende einer Burg zu schießen, um diese zu zerstören. Mit diesen Kanonen wurde flach gegen die unteren Reihen geschossen, wo nun sehr schnell große Löcher

³⁸ Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 163.

³⁹ Das mittelalterliche Königreich Frankreich wird unter Anführungszeichen gesetzt, da diese Form der Herrschaft nichts mit dem modernen zentralistischen Frankreich der Neuzeit zutun hatte.

⁴⁰ Ältere Kanonentypen waren meist unbeweglich und schwer.

entstanden und die Mauer zusammenbrach. Die Mauer brach selbstverständlich umso schneller zusammen, je höher sie aufgebaut worden war. „Mit gutem Grund dürfen wir die Mauern der mittelalterlichen Burg als wesentliches Fundament der feudalen Gewaltordnung betrachten, nicht zuletzt beruhte dieser Grad an politisch-rechtlicher Zersplitterung/Fragmentierung der Herrschaft eben darauf. Die Kanonen bereiteten diesen Verhältnissen [...] ein jähes Ende“⁴¹ Des Weiteren konnten die Mauern der Städte nicht mehr ihre Schutzfunktion für die Bewohner erfüllen, weswegen eine vollkommen neuartige Verteidigungsanlage entwickelt wurde: die „Trace Italienne“. Diese Erfindung war ein sternenförmiger Mauernkomplex, von dem aus ein „Feind“ aus sämtlichen Winkeln angegriffen werden konnte. Außerdem wurde vor den Mauern ein Graben errichtet, und es sollten dort keine Häuser, Bäume und Büsche existieren, damit der Feind sofort gesehen werden konnte. Aus den Nachteilen hoher Burg- und Stadtmauern wurden die Konsequenzen gezogen und die Außenmauern der Trace Italienne weit niedriger errichtet. Ferner wurde hinter den Mauern eine meterdicke Erdschicht angelegt, welche sogar dann nicht beschädigt wurde, wenn Kanonengeschosse durch die Mauern drangen. Die Kanonenkugeln konnten somit keinen größeren Schaden verursachen. Im Laufe des 16. Jahrhunderts breitete sich die Trace Italienne in ganz Europa aus, obwohl der Bau einer solchen Anlage sehr teuer⁴² war. Der Bau teurer Trace Italienne, die sich nur noch mächtige Herrscher und Städte leisten konnten, sowie die Entwicklung und Finanzierung der zu diesem Zeitpunkt neuen leichten und schweren Artillerie sorgte noch im selben Jahrhundert für das Ende des Zeitalters des feudalen Partikularismus. Wegen der militärischen Nutzung des Schießpulvers wurden auch zu Beginn des 16. Jahrhunderts Handgewehre getestet und nach 1550 war die Muskete in ganz Europa ein wichtiger Bestandteil der Kriegsführung.

Ein weiterer wichtiger Faktor der Militärischen Revolution ist die Tatsache, dass mit dem Ende des 15. Jahrhunderts die Armeestärken in Europa exponentiell anwuchsen. Während im Mittelalter eine Armee kaum mehr als 10.000 Mann betrug, stieg die Armeestärke in „Frankreich“ zwischen 1494 und 1705 von 25.000 auf 400.000. Spanien hatte Ende des 15. Jahrhunderts nur ca. 20.000 Mann, doch konnte der Habsburger Karl V. bzw. König Karl I. von Spanien während seiner Regierungszeit Spanien zu einer

⁴¹ Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 165.

⁴² Ein Beispiel für die teure Trace Italienne zeigt sich bei der Kapitulation Sienas 1555. Nachdem die Stadt zehn Monate lang belagert worden war, musste sich diese schließlich aufgrund der hohen Ausgaben für die Befestigungsanlage sowie der Tatsache, dass nun nicht ausreichend Geld übrig blieb, um ein Entsatzheer zu finanzieren, ergeben.

europäischen Großmacht formen. Bis 1635 stieg daher die Zahl der Soldaten in der Armee auf 300.000 an. Die Gründe liegen einerseits in der Umstellung von schwer bewaffneten Reiterkriegern, die auf teuren Pferden kämpften, auf bewaffnete (meist nur mit einer Pike ausgestattete) Fußsoldaten, die zunächst für gewöhnlich in einer von den Schweizern erfundenen taktischen Aufstellung eines tiefgestaffelten Vierecks – auch „Gewalthaufen“ genannt – kämpften. Diese Gewalthaufen verlangten keine spezielle Ausbildung und waren ein gutes Ziel für die Feldartillerie am Beginn von Kämpfen sowie für die Musketengeschosse, weswegen diese tiefgestaffelten Vierecke breiter angelegt wurden. Somit entstand die Lineartaktik auf dem Schlachtfeld, die vom niederländischen Grafen von Nassau Ende des 16. Jahrhunderts erfunden wurde. Somit wurde auch ein fortdauernder Beschuss des voranmarschierenden Feindes, das sog. „Salvenfeuer“, möglich. Allerdings bestanden die Gewalthaufen v.a. bei den Schweizern oder den deutschen Landsknechten bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges als wichtigste Kampftechnik weiter. Der wohl wichtigste Grund für die Umstellung auf Fußsoldaten ist ein starkes Bevölkerungswachstum im Europa des 16. Jahrhunderts, wodurch Fußsoldaten leicht zu rekrutieren waren.

Mit der Militärischen Revolution verschwand allerdings nur langsam die (spät)mittelalterliche Kampftechnik bzw. Kriegsführung. Bereits 1494 marschierte – wie bereits erwähnt – der französische König Karl VIII. mit der ersten modernen Armee auf die Apenninenhalbinsel. Darüber schreibt Garcia: „’this was the first authentically modern army, composed as it was of three forces, cavalry, infantry, and artillery, which could be deployed in various tactical formations and were formed predominantly, of men paid from the central treasury.’“⁴³ Dieses Heer zeigt bereits die wichtigen Faktoren einer modernen Armee: einerseits die Dreigliederung 1. Kavallerie, Truppen auf Pferden, 2. Artillerie, Truppen mit leichten und schweren Waffen, und 3. Infanterie, Kampftruppen mit Fußsoldaten, die bis zum Ersten Weltkrieg charakteristisch für moderne Armeen waren, andererseits die Tatsache, dass die Soldaten von zentraler Stelle finanziert wurden.

Bei der Kavallerie spielte für die Entstehung des modernen Staates ein wichtiger Faktor eine enorme Rolle: Die Kavallerie entwickelte sich zu einem wichtigen Tummelplatz des lokalen Adels, der aufgrund der durch die Militärische Revolution entstandenen Zentralisation auf einem Herrschaftsgebiet (bzw. Staat) und der immer bedeutungsloser

⁴³ Garcia, Luis Ribot 2000: Types of Armies: Early Modern Spain. In: Contamine, Philippe (Hrsg.), War and Competition between States, Oxford u.a., S. 37–68, hier S. 44. Zit n. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 170/171.

werdenden lokalen-feudalen Ordnung in gesellschaftlich Hinsicht keine Funktion mehr besaß. Somit wurde der Adel in eine Institution des modernen Staates, der soeben etabliert wurde, eingegliedert und somit befriedet. Die Integration des Adels in die Armee ist ein unerlässliches Element für ein friedliches Zusammenleben der Gesellschaft. „Dadurch wird der Anspruch des Frühmodernen Staates auf das Monopol beim *ius arandi*, beim alleinigen Recht des Staates zur Aufstellung und Unterhaltung von Truppen bzw. zur Durchsetzung des Verbots von ‚Privatarmeen‘ ebenso realisierbar wie ein immer häufiger angeordnetes, allgemeines Verbot des Waffentragens seitens der Bürger bei gleichzeitiger Kriminalisierung von Akten physischer Gewalt [wie z.B. durch Fehden, also mithilfe von Gewalt sein Recht durchzusetzen. Für das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde die Fehde am Wormser Reichstag 1495 verboten⁴⁴] [...].“⁴⁵ Dieser Prozess der Entmilitarisierung der Gesellschaft ist entscheidend für die Durchsetzung des Gewaltmonopols einzig und allein des Staates mittels Militär bzw. Polizei. Eine weitere wichtige Neuerung betrifft die Tatsache, dass an der Wende zur Neuzeit Konflikte zwischen bestimmten Personen bzgl. Lebensverpflichtungen etc. nur noch bedingt eine Rolle spielten, während Herrschaftsansprüche auf bestimmte Territorien immer mehr an Bedeutung gewannen, was ein wichtiger Aspekt zur Etablierung des modernen Territorialstaates war und die Abkehr vom mittelalterlichen „Personenverbandsstaat“ bedeutete.

Dieser Bedeutungsgewinn des Territoriums für die zentralen Herrscher und die Zentralisation des werdenden Staates machte ein Heer notwendig, das nicht – wie im Mittelalter und bis in die Frühe Neuzeit hinein – nur in Kriegszeiten rekrutiert wurde, sondern auch in Friedenszeiten existieren sollte, um einerseits das Gewaltmonopol nach innen und andererseits die Souveränität nach außen zu sichern: das stehende Heer. Bei der Frage des stehenden Heeres spielt auch die Finanzierung und Organisation dieses Heeres durch monarchische Verwaltungen eine wichtige Rolle. Die Stände⁴⁶ konnten

⁴⁴ Vgl. ⁴Stollberg-Rilinger, Barbara 2009: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Vom Ende des Mittelalters bis 1806. München, S. 40–42.

⁴⁵ Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 172.

⁴⁶ Die Stände regierten im Mittelalter und der Frühen Neuzeit – sofern der Absolutismus ihre Macht nicht entscheidend beschnitt – in vormodernen Gemeinwesen in Europa mit dem Oberhaupt einer Herrschaft (König, Kaiser, etc.). Die bedeutendsten drei Stände waren der Adel, der Klerus und in den Städten das Bürgertum. Diese wurden nicht demokratisch gewählt, sondern verdankten ihre Stellung der Geburt bzw. der Herkunft. Mit dem jeweiligen Oberhaupt übten sie die Gesetzgebung aus, insbesondere bzgl. Steuern und somit auch über die Finanzierung des Heeres hatten die Stände mit dem Fürsten tätig zu werden. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation hatten sie u.a. eine Sonderstellung inne: Sie wurden als Exponenten des Landes dem Landesfürsten gegenübergestellt. Ab dem 16. Jahrhundert wurden ihre Versammlungen Landtag bzw. Landstände genannt. In: Vgl. Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus, a.a.O., S. 500; Vgl. o.A.2006: dtv-Lexikon. In 24 Bänden. Bd. 21: Spun-Tend. München, S. 44.

nicht verstehen, wieso ein Heer auch in Friedenszeiten bzw. auch im Winter, in dem nicht gekämpft wurde, notwendig und finanziert werden sollte. Deswegen konnte es schon vorkommen, dass die Kriegskassen leer waren und somit der Herrscher kein Regiment aufstellen konnte. Doch erwies sich ein stehendes Heer bald als unerlässlich, da sich nur ein solches gegen ein anderes stehendes Heer durchsetzen konnte. Die Jahre 1439 bzw. 1445 stehen daher für den Beginn der „Geschichte der stehenden Heere“, nachdem die Stände König Karl VII. von „Frankreich“ erlaubt hatten, Truppen ständig einzurichten. Diese sollten mittels einer Steuer, der sog. „Taille“, subventioniert werden. Allerdings waren diese Truppen feudal gegliederte „Kampf- bzw. Ritterscharen“⁴⁷, die nicht nur für eine einzige militärische Maßnahme, sondern Karl VII. kontinuierlich pflichtschuldig waren. „Bis [1600] war die Aufstellung von Streitkräften immer nur in direkter Verbindung mit Kriegsereignissen vorstellbar“⁴⁸ gewesen und es muss davon ausgegangen werden, dass bis zum Dreißigjährigen Krieg stehende Heere kaum existierten. Allerdings ist es nicht möglich, ein exaktes Datum für das Aufkommen stehender Heere zu ermitteln, da die Bevölkerung die Veränderungen bzgl. Aufstellung stehender Heere kaum wahrnahm.⁴⁹

Wenn man ein vorläufiges Fazit ziehen will, muss gesagt werden, dass die Militärische Revolution unmittelbare Auswirkungen auf die Etablierung moderner Staaten hatte: Diese beseitigte den feudalen Partikularismus auf dem Herrschaftsgebiet eines Fürsten und führte zur Zentralisierung von Herrschaft. Um seine Untertanen auf diesem Gebiet unter Kontrolle zu bringen bzw. die Sicherheit im Innern auf Basis der monopolisierten Legitimation physischer Gewalt zu wahren und die Souveränität nach außen (notfalls mit Krieg) gegenüber anderen Staaten zu gewährleisten, wurde die Aufstellung von in Kriegs- und Friedenszeiten stehenden Heeren notwendig.

Des Weiteren mussten laut Wimmer alle militärischen Veränderungen bzw. sämtliche militärischen Erfindungen mitgetragen werden, da Fürsten ansonsten ihre Machtposition gegenüber anderen Fürsten gefährdeten.⁵⁰

Für Wimmer sind das Militär in Form von stehenden Heeren sowie die Polizei die „gewaltbasierten Institutionen/Infrastrukturen des modernen Staates“⁵¹. Stehende Heere zeichnen sich erstens dadurch aus, dass sie dauerhaft sowohl in Kriegs- als auch in

⁴⁷ Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 179.

⁴⁸ Papke, Gerhard 1979: Von der Miliz zum Stehenden Heer. Wehrwesen im Absolutismus. In: Hackl, Othmar/Messerschmidt, Manfred (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, Bd.1, 1. Abschnitt. München, S. 79.

⁴⁹ Vgl. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 159–183.

⁵⁰ Vgl. ebenda., S. 235.

⁵¹ Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 187.

Friedenszeiten existieren und nicht aufgelöst werden. Des Weiteren weisen stehende Heere eine Dreigliederung in Artillerie, Kavallerie und Infanterie auf. Zweitens besitzen stehende Heere einen bestimmten Grad an Professionalisierung und Spezialisierung bzgl. Ausbildung, Training, und Umgang mit militärischer Technologie, wie z.B. bei den während der Militärischen Revolution erfundenen Kanonen. Auf organisatorischer Ebene herrscht eine ganz klare Befehlshierarchie vom Obersten Befehlshaber bis zum einfachen Soldaten. Auch die Uniformierung (also das Tragen einer einheitlichen Uniform des Heeres eines Landes auf dem Schlachtfeld) spielt bei der Organisation eine wichtige Rolle. Drittens müssen Bürger aus allen Bevölkerungsschichten rekrutierbar sein. Des Weiteren sind stehende Heere keine Söldnerheere, sondern solche, die ausschließlich für die „Nation“ bzw. für den Staat eintreten. Ein wichtiger Faktor für das stehende Heer ist das Verhängen von Strafen bei Disziplinlosigkeit, der Verweigerung von Befehlen oder bei Desertion sowie die Tatsache, dass die Truppen zentral vom Staat versorgt bzw. finanziert werden. Unter anderem muss die Trennung von Soldaten und Zivilisten v.a. mittels Unterbringung der Soldaten in Kasernen gewährleistet sein. „*Funktional* ist das Militär diejenige Institution des Staates, deren Aufgabe es ist, im Falle eines Befehls seitens der ‚Staatsleitung‘ professionell gegen Armeen anderer Staaten zu kämpfen [...]. Auf diese Weise sichert das Militär die reale, äußere, völkerrechtliche Souveränität des Staates [...].“⁵² Bis in das 18./19. Jahrhundert hinein war das Militär in den europäischen Staaten ebenfalls für die Exekution des Gewaltmonopols nach innen zuständig, doch wurde dessen Einsatz für diese Aufgabe, z.B. bei Demonstrationen, Unruhen etc. spätestens seit der Französischen Revolution 1789 immer zweifelhafter. Da die Soldaten für den Kampf auf dem Schlachtfeld gedrillt und trainiert waren, führten Einsätze gegen die Zivilbevölkerung zu einer Vielzahl von Toten und Verletzten. Ferner kritisierte eine immer bedeutender- und einflussreicher werdende Presse diese harte Vorgehensweise gegenüber der Bevölkerung, weswegen die Opferzahlen gegenüber der Meinung der Öffentlichkeit nicht mehr verteidigt werden konnten. Es musste daher eine auf die Bevölkerung spezialisierte Institution geschaffen werden, die das Gewaltmonopol nach innen ohne hohe Todes- und Verletztetenzahlen durchsetzen konnte: die Polizei. Wie beim stehenden Heer nahm hier Frankreich eine Vorreiterrolle ein. Bereits vor der Revolution von 1789 existierten in Frankreich moderne lokale Polizeieinrichtungen, die mit der Revolution 1789 weiter modernisiert wurden und schließlich „Gendarmerie nationale“, die für das gesamte Land zuständig

⁵² Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 188.

war, genannt wurde. Die Feldzüge Napoléons sowie die Vorreiterrolle Frankreichs bzgl. „state-building“ führten dazu, dass diese Institution im Laufe des 19. Jahrhunderts in fast ganz Europa nachgeahmt wurde. Im Prinzip ist hier zu sehen, dass zur Durchsetzung des Gewaltmonopols nach innen nach Spezialisierung und Professionalisierung insbesondere im Umgang mit der Bevölkerung gesucht wurde, weswegen schlussendlich die Polizei entstand.⁵³ Im Kaisertum Österreich wurde 1849 eine für die gesamte Habsburgermonarchie zuständige Gendarmerie ins Leben gerufen⁵⁴.

Eine weitere für den modernen Staat essentielle Institution stellen laut Wimmer die Steuern, die „Ressourcenbasis des Staates“⁵⁵ dar. *„Steuern sind eine einseitige, also hoheitlich verfügte, regelmäßige Abgabe an den Staat in gesetzlich festgelegter Höhe, ohne dass daran die Erwartung einer bestimmten Gegenleistung geknüpft werden dürfte.“*⁵⁶ Für den modernen Staat sind Steuern die wichtigste finanzielle Grundlage und im Gegensatz zu weiteren Zahlungen an den Staat, wie z.B. Gebühren, – wie bereits erwähnt – nicht an eine Gegenleistung gebunden. Im Mittelalter existierten keine Steuern, wie sie heute verstanden werden, da die Stände davon ausgingen, dass der Fürst mit seinem Vermögen auskommen sollte. Zahlungen der Bevölkerung sollten nur im Falle außerordentlicher Entwicklungen, z.B. bei einem Krieg erfolgen. Die Einführung regelmäßiger Abgaben seitens der Bevölkerung sowie der Stände kann nur mit dem Aufkommen stehender Heere bzw. mit deren Erhaltung begründet werden: Der König von „Frankreich“ erhielt von den Ständen gegen Ende des Hundertjährigen Krieges die Berechtigung, ein stehendes Heer mit ca. 10.000 Mann zu stellen. Diese Stände versammelten sich jährlich, um die Finanzierung des Heeres zu beraten, bis der König ihnen verdeutlichte, dass sie jedes Jahr Steuern zahlen sollten, ohne zu einer Versammlung zu reisen. Hier ist deutlich zu sehen, dass die Entwicklung des modernen Staates mit der Entmachtung der Stände Hand in Hand ging. Wie in anderen Bereichen ist auch die Frage der Steuerfinanzierung durch Rückfälle gekennzeichnet und erst unter der Herrschaft Ludwig XIV. wurde die moderne Staatlichkeit gefestigt.

⁵³ Vgl. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 187–190 sowie S. 301–302/ 308/ 350–351.

⁵⁴ Vgl. Herczeg, Alexandra 2008: Einzug der Moderne – Entstehung und Entwicklung der modernen Staatlichkeit in Österreich. Phil. Dipl.-Arbeit Universität Wien, S. 23; Vgl. Kaiserliche Verordnung vom 8. Juni 1849, womit die Errichtung einer Gend’armarie im ganzen Umfange des österreichischen Kaiserthumes nach den angetragenen Grundzügen genehmigt wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&zoom=2&seite=00000297&x=16&y=4> (Reichsgesetzblatt/RGBl. 1849/272) (23. 06. 2010).

⁵⁵ Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 205.

⁵⁶ Ebenda.

In England war während der Militärdiktatur Mitte des 17. Jahrhunderts, die Kontrolle des Lordprotektors Cromwell über ein stehendes Heer, die New Model Army, und die Existenz des „Long Parliaments“⁵⁷ notwendig, um über Steuergesetze zu bestimmen. „Nach der Restauration [der Monarchie] (1660) erscheinen Steuergesetze wie eine ganz normale Gesetzesmaterie des Parlaments [...]“⁵⁸ Sogar der Adel befolgte diese Gesetze, womit bereits ein wichtiger Faktor der modernen Staatlichkeit zu erkennen ist: die Allgemeingültigkeit der Steuerpflicht. Des Weiteren wurde die Funktion der Steuerpächter beseitigt (in Frankreich übten sie diese Funktion noch länger aus) und staatliche Steuerbehörden wurden eingerichtet. Dieses Steuerwesen diente schließlich als Vorbild für die meisten anderen (sich ausbildenden) Staaten Europas.⁵⁹

Eine weitere wichtige Institution des modernen Staates ist die bürokratische Verwaltung als „wissensbasierte Infrastruktur“⁶⁰. Es existiert keine eindeutige Definition von Verwaltung, doch „[...] besteht V[erwaltung] in der konkreten, auf den Einzelfall bezogenen Erfüllung öffentlicher Aufgaben [...]“^{61 62} Nach Max Weber müssen bei einer modernen bürokratischen Verwaltung eine klare Gliederung der Kompetenzen sowie eine hierarchische Organisation vorhanden sein. Es muss also ein klarer Weisungsweg, der von der Spitze der Verwaltung nach unten verläuft sowie ein Amtsweg, welcher von unten bis zur Spitze der Verwaltung erfolgt, existieren. Des Weiteren müssen die Beamten ernannt werden und dürfen weder gewählt werden noch durch Kauf oder Erbe einen Beamtenposten erhalten. Außerdem wird bei Weber die Bezahlung durch Geld postuliert sowie die Tatsache, dass Arbeitsplatz und Haushalt des Beamten getrennt sein müssen. Eine Beförderung sollte ferner nur auf der Basis des Faktors „Leistung“ erfolgen. Des Weiteren muss laut Weber jeder Beamte in einer bürokratischen Verwaltung durch seine Vorgesetzten kontrolliert werden. Außerdem sollte die Ernennung eines Beamten auf der Basis seiner Qualifikation erfolgen: Es müssen also eine bestimmte Spezialisierung sowie eine qualifizierte Teilung der Arbeit vorhanden sein. Ein wichtiger Faktor der bürokratischen Verwaltung ist die Aktenmäßigkeit derselben sowie eine unpersönlich-förmliche Kommunikation mit den

⁵⁷ Das „Long Parliament“ trat am 03. 11. 1640 in Westminster zusammen, nachdem König Karl I. das erste einberufene Parlament seit 1629, das „Short Parliament“, nach drei Wochen im Mai 1640 wieder auflöste. Das Parlament wird „Long Parliament“ genannt, da dieses bis 1660, also während des Bürgerkrieges und des Lordprotektorats, formell existierte. 1660 proklamierte es auch die Restauration der Monarchie. In: Vgl. *Fröhlich*, Michael 2004: Geschichte Großbritanniens. Von 1500 bis heute. Darmstadt, S. 38; Vgl. *Maurer*, Michael 2007: Kleine Geschichte Englands. Stuttgart, S. 188–191.

⁵⁸ *Wimmer*, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 211.

⁵⁹ Vgl. ebenda., S.205–214.

⁶⁰ *Wimmer*, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 214.

⁶¹ *Holtmann*, Everhard 2000: Politik-Lexikon. München/Wien, S. 736.

⁶² Vgl. ebenda, S. 735–736.

Parteien. Ein sehr wichtiges Merkmal einer modernen bürokratischen Verwaltung ist die Tatsache, dass das Personal auch hauptberuflich in der Verwaltung tätig ist. Als Grundlage ihrer Tätigkeit dient ein besonders pflichtbewusstes Verhalten.⁶³

Als Wurzel der staatlichen Bürokratien in der Moderne werden die sog. „Kanzleien“ am Hofe der Herrscher angesehen, doch spielt bei der unmittelbaren Entwicklung zur modernen Bürokratie wiederum die Militärische Revolution bzw. die Aufstellung stehender Heere eine wichtige Rolle. Bei einer Armee von 30.000 Mann war ein hoher Grad von Organisation notwendig, die es zustande brachte Entscheidungen zu treffen und z.B. Nahrungsmittel zu besorgen, die Geschäfte zu regeln und den Transport der Nahrungsmittel zu managen etc.⁶⁴ Laut Tallett begann die Ausdehnung der Bürokratien um die Mitte des 17. Jahrhunderts⁶⁵, also zu jener Zeit, in welcher der moderne Staat etabliert wurde. So ist zu bemerken, dass die bürokratische Verwaltung Brandenburg-Preußens nach 1648 weit mehr Aufgaben übernommen hatte als den Bereich „Armeeorganisation“. Vor 1648 kann in Brandenburg-Preußen nicht von einem Staat gesprochen werden, doch Friedrich Wilhelm I. (1640–1688) konnte ein stehendes Heer aufstellen, das 1688 bereits 30.000 Mann umfasste. Des Weiteren war es dem Kurfürsten möglich, die Stände zur Zahlung von Steuern zu bewegen. Friedrich I., Sohn Friedrich Wilhelms I., konnte vom Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation die Königswürde erlangen und König Friedrich Wilhelm I. (1713–1740) gelang es, die Stärke der Armee auf 80.000 Mann zu vergrößern, womit die staatliche Verwaltung nun vergrößert und bzgl. ihrer Organisation umgestaltet werden musste. Aufgrund ständiger Streitigkeiten bzgl. der Kompetenzen entschied sich der König für folgenden Schritt: Die Zentralverwaltung wurde dem sog. „Generaldirektorium“, das er selbst leitete, unterstellt. Ferner wurde „Qualifikation“ für den Beamtenposten zum wichtigsten Kriterium bei der Aufnahme eines Beamten, ohne dass z.B. adelige Kreise bevorzugt wurden. Mit diesen Entwicklungen wurde der Beamte vom Diener des Fürsten, zum Diener des Staates. Zudem wurden die Beamten spätestens am Ende des 18. Jahrhunderts mittels regelmäßiger Bezahlung vom Staat entlohnt, weswegen die Beamten es prinzipiell nicht mehr nötig hatten, sich aus dem Amt zu bereichern. Eine weitere wichtige Veränderung ist die Tatsache, dass in der Bürokratie eine Hierarchie

⁶³ Vgl. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 220. Zit n. Wimmer, Hannes 2000: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Wien/Köln/Weimar, S. 388.

⁶⁴ Vgl. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 205–216.

⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 217. Zit n. Vgl. Tallett, Frank 1992: War and Society in Early Modern Europe, 1495–1715. London/New York, S. 198.

entstand, da u.a. die Zahl des Schreibpersonals sowie des höheren Staatsdienstes anstieg.⁶⁶

Die vierte und letzte Institution des modernen Staates betrifft nach Wimmer die Staatsleitung. Zu einer modernen Staatsleitung gehören für gewöhnlich Regierungen, Parlamente, Staats- und Bundespräsidenten, in vielen Ländern auch Monarchen.

Die Leitung des frühmodernen Staates in Europa erfolgte in der Regel durch einen Monarchen, der die oberste Befehlsgewalt innehatte oder häufig auch als Gesetzgeber fungierte. In letztgenannter Funktion konnte er meist als Einziger Gesetze ohne Machteinschränkung erlassen (absolutistischer Staat). Die Legitimationsgrundlage der Herrschaft in einem frühmodernen Staat lag v.a. in Faktoren, die vormoderne Muster annahmen, wie z.B. der Tatsache, dass sich Monarchen als Herrscher „von Gottes Gnaden“ betrachteten. Die meisten Herrscher der frühmodernen Staaten erkannten kein ihnen übergeordnetes Recht (höchstens das göttliche Recht), an das sie sich gebunden fühlten oder binden mussten, wie dies z.B. in konstitutionellen Monarchien der Fall ist, sondern wollten selbst und uneingeschränkt regieren. Diese vormoderne Legitimationsgrundlage ist auch bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie 1918 zu beobachten. Doch bedarf es bei den vielen verschiedenen Politikressorts wie Außen- oder Innenpolitik sowie Verteidigung bzw. im militärischen Bereich einer hohen Sachkompetenz, die sich nicht in einer Person vereinen lässt. Ein Zivilist, z.B. ein Staatsoberhaupt, verfügt nicht über ausreichend fachmännisches Wissen bzgl. der Befehlsebene aller Armeen eines Landes, während z.B. Generäle oft in der Diplomatie keine ausreichende Kompetenz besitzen. Hier zeigt sich deutlich, dass eine Vereinigung der Kompetenzen und Tätigkeitsbereiche in einer Person kontraproduktiv für den Staat sind und eine Aufteilung derselben existieren muss, um eine effektive Staatsleitung zu gewährleisten. Des Weiteren sorgte die dynastische Erbfolge in den meisten Staaten dafür, dass Thronfolger an die Macht kamen, die für das Amt eines Monarchen nicht geeignet waren. Eines der berühmtesten Beispiele ist Kaiser Ferdinand I. von Österreich, der aufgrund verschiedener chronischer Krankheiten nicht regierungsfähig war. So räumte der Staatskanzler Kaiser Ferdinands I., Klemens Wenzel Lothar Metternich – de facto der mächtigste Mann des Kaisertums Österreich bis 1848 – ein, dass die habsburgischen Länder nur noch verwaltet, aber nicht regiert wurden.⁶⁷

⁶⁶ Vgl. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 214–221.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 217–224.

Zwar existiert die dynastische Erbfolge in europäischen Ländern wie Großbritannien, Spanien, oder den Niederlanden auch heute noch, allerdings verleihen die jeweiligen Verfassungen den betreffenden Königen v.a. repräsentative Funktionen, während die Regierungen in diesen Ländern mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze und mit Ministern als weitere Regierungsmitglieder mit parlamentarischen Mehrheiten regieren müssen.

Essentiell für die moderne Staatlichkeit ist das Vorrecht auf innere und äußere Souveränität. „Innere Souveränität setzt die erfolgreiche Beanspruchung und Durchsetzung des Gewaltmonopols voraus und konstituiert einen kontinuierlichen, nicht sozialräumlich unterbrochenen, aber territorial begrenzten Rechtsraum [...].“⁶⁸ Äußere Souveränität bedeutet, dass der Staat als Mitglied der Staatenwelt keine andere Herrschaft als die eigene kennt bzw. die Staaten dieser Staatenwelt die Eigenständigkeit und die „Nichteinmischung“ in innere Angelegenheiten anerkennen. Aufgrund beider Faktoren ist für moderne Staaten die Frage der Grenzen von enormer Bedeutung. Damit territoriale Grenzen überhaupt festgestellt werden können, sind mindestens zwei Staaten notwendig, die ihre Souveränität nach innen mittels Institutionen des Staates sowie des Gewaltmonopols begründet haben.

Der moderne Staat muss seinen Rechtsraum und dessen Bewohner/Dörfer/Städte exakt kennen, um das Gewaltmonopol zu beanspruchen und durchsetzen zu können. Des Weiteren muss der moderne Staat auch wissen, wo er nicht mehr die Legitimation besitzt, sein Recht (z.B. zur Steuereinnahme) bzw. Gesetze – notfalls mittels physischer Gewalt – durchzusetzen. Selbstverständlich muss auch erwähnt werden, dass die Frage der Grenzen aufgrund von Ansprüchen territorialer und/oder dynastischer Natur von Herrschern von großer Bedeutung war. Die Herrschaften im Mittelalter wussten von solchen Eingrenzungen nichts, zwischen verschiedenen Herrschaften existierten höchstens Grensräume. „Die erste Grenze, die mit Steinen auf dem Boden gekennzeichnet wurde, war die Grenze zwischen Schweden und Brandenburg am Ende des Dreißigjährigen Krieges. Auf der Konferenz von Nimwegen 1678/79 wurde mit Hilfe von Flussverläufen die Grenze zwischen zwei Staaten gezogen, in diesem Fall zwischen Frankreich und den südlichen Niederlanden [...].“⁶⁹

⁶⁸ Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 228.

⁶⁹ Ebenda, S. 202. Zit n. Creveld, Martin van 1999: Aufstieg und Untergang des Staates. München, S. 165 f.

Ab dem Westfälischen Frieden 1648 kann vom Beginn des internationalen politischen Systems gesprochen werden., denn dieser Frieden führte dazu, dass die ehemals spanischen Niederlande als souveräner Staat sowie die „Souveränität nach außen“ der Reichsfürsten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation anerkannt wurden. Ferner führte dieser Friede zum Zuwachs von Territorium für Frankreich im Osten. Dies bedeutete einen entscheidenden Schritt für die Festigung des Territoriums Frankreichs. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entstanden eine Reihe von Festungen v.a. gegen Angreifer aus dem Osten. Spanien, das nach Beendigung der Reconquista durch die Eroberung Granadas 1492 zu einer der bedeutendsten europäischen Mächte aufstieg, musste in den kommenden Jahrhunderten verheerende Niederlagen in Kauf nehmen. Einerseits brachte der Krieg in den Niederlanden, der sich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Niederländer richtete, Spanien den finanziellen Bankrott, da zwischen 1566 und 1654 Geld in das Kriegsbudget floss, dass den Wert des Silbers, welches aus den Kolonien importiert worden war, überstieg. Die kriegerischen Auseinandersetzungen Frankreichs gegen Spanien bzw. der Pyrenäenfriede 1659, der Spanien große Gebietsverluste brachte und die Grenze zwischen beiden Ländern mit den Pyrenäen fixierte, bedeutete das Ende Spaniens als Großmacht. Dagegen bedeutete der Westfälische Friede den Aufstieg Schwedens zu einer europäischen Großmacht im Norden.

Laut Wimmer bedeutet 1648 bzw. der Westfälische Friede die Entstehung des modernen internationalen politischen Systems, da der Dreißigjährige Krieg kein Krieg zwischen Staaten, sondern ein Krieg war, der zur Bildung von Staaten führte. Dieser Waffengang führte dazu, dass die Kriegsteilnehmer ihre vormodernen Strukturen insbesondere bzgl. des politischen Systems, Verwaltung etc. reformieren bzw. modernisieren mussten, (Dies wurde allerdings nicht überall erreicht.) Damit wird auch die These bestätigt, dass ab Mitte des 17. Jahrhunderts von moderner Staatlichkeit in Europa gesprochen werden kann.⁷⁰

Nachdem nun geklärt wurde, wann moderne Staatlichkeit in Europa prinzipiell entstand, muss nun – da ohne Staat kein Verfassungsstaat existieren kann – geklärt werden, wann in Österreich der moderne Staat etabliert wurde.

⁷⁰ Vgl. Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, a.a.O., S. 201–202 sowie 225–231.

1.1.2 Die Etablierung des (früh)modernen „österreichischen“⁷¹ Staates

Zunächst müssen die Ursprünge eines stehenden Heeres in der Habsburgermonarchie aufgezeigt werden. Diese sind im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts zu finden: Seit 1565/66 wurde das sog. „Winterkriegsvolk“ erhalten. Zwischen 1592/93 (dem Beginn des Langen Türkenkrieges) bis in den Dreißigjährigen Krieg wurden jährlich solche Soldtruppen nicht aufgelöst. Die Tatsache, dass Truppen nicht aufgelöst wurden, war bis zu diesem Zeitpunkt alles andere als die Regel.

Die Geburtsstunde eines stehenden Heeres, das nicht aufgelöst wurde, sobald eine kriegerische Auseinandersetzung vorbei war, erfolgte 1649/50, nachdem die Regimenter des Kaisers des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, der mit wenigen Ausnahmen auch Erzherzog von Österreich (Österreich ob und unter der Enns) war, nach den Friedensschlüssen von Münster und Osnabrück nicht vollständig aufgelöst worden waren. Im Juni 1649 wurde beschlossen, dass 10.000 Fußsoldaten und 4.000 Reiter weiterhin ihren Sold erhalten sollten. 1650 hatte die kaiserliche Hauptarmee eine Stärke von 30.000 Mann. „Nachdem für eine vollständige Abdankung im Sommer 1650 nicht genug Geld (zur Bezahlung des ausständigen Soldes) vorhanden war, standen im September dieses Jahres noch 14500 Mann zu Fuß und etwa 10000 Reiter unter den Fahnen.“⁷², während die zweite Armee des Kaisers im niederrheinisch-westfälischen Reichskreis, die ca. 9.000 Mann stark war, aufgelöst wurde. Aufgrund der Tatsache, dass Kaiser Ferdinand III. gewillt war in Oberitalien für die spanische Krone zu kämpfen, aber auch aufgrund der Tatsache, dass König Gustav von Schweden gegen die Adelsrepublik Polen-Litauen weiter vorrückte, wurde 1656 wieder mit der Aufrüstung begonnen. Im Juni 1656, sieben Jahre bevor der Türkenkrieg erneut begann, umfasste die kaiserliche Armee 41.400 Mann sowie je elf Kavallerie- und Infanterieregimenter. Aufgrund der zahlreichen Kriege im Osten (z.B. dem Großen Türkenkrieg) und im Westen Europas (z.B. des Spanischen Erbfolgekrieges) im 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts besaß Kaiser Karl VI. nach 1718, dem Ende des Venezianisch-

⁷¹ Der Begriff „österreichischer“ Staat wird hier unter Anführungszeichen gestellt, da nicht nur die österreichischen-, sondern auch die galizischen, böhmischen und oberitalienischen Länder (Lombardo-Venetien) sowie Siebenbürgen zu einem Staat innerhalb des Kaisertums Österreich gehörten. Eine genauere Erklärung bzgl. der Länder des Staates: Siehe Kapitel „Definitionen der zentralen Begriffe“ in der Einleitung.

⁷² Winkelbauer, Thomas 2003, 2004: Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter. In: *Wolfram*, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 8: 1522–1699, 1. Teil. Wien, S. 417.

Österreichischen Türkenkriege, also sogar zu einer Zeit, in der Frieden herrschte, ein einflussreiches stehendes Heer.⁷³

Allerdings kann von einem modernen Staat erst mit den Maria-Theresianischen Reformen bzgl. Staatsaufbau und Verwaltung, Steuern sowie Justiz und Beamtenschaft gesprochen werden, die den böhmisch-österreichischen Ländern innerhalb der Habsburgischen Erbländer bzw. Besitzungen (Ab 1804 bekamen diese Besitzungen den Namen „Kaisertum Österreich“) eine von den Landständen weitgehend entmachtete, zentralisierte und damit auch staatliche Ordnung brachte.

Die Maria-Theresianischen Reformen resultierten aus der Erkenntnis, die Maria Theresia, Erzherzogin von Österreich, aus der Krise der Monarchie nach dem Tod ihres Vaters Kaiser Karls VI. 1740 bzw. dem von 1740 bis 1748 andauernden Österreichischen Erbfolgekrieg gewann. Damals führten mehrere deutsche und europäische Fürsten eine kriegerische Auseinandersetzung um die Nachfolge Karls VI. in den Habsburgischen Erbländern, da seine Tochter als nicht geeignet für den Thron empfunden wurde. Maria Theresia erkannte die Notwendigkeit, die Verwaltung zu zentralisieren und die Macht der Länder bzw. der Landstände zu verringern.

Obwohl bereits mit der Pragmatischen Sanktion 1713 der erste geschickte Versuch erbracht worden war, die Länder zu einem untrennbaren Gesamtgebilde zu erklären, konnte eine gezielte Vereinheitlichung der Verwaltung erst (in Schüben) unter Maria Theresia vonstatten gehen. Vor den Maria-Theresianischen Reformen basierte die Verwaltung der Habsburgischen Erbländer auf örtlichen Traditionen sowie auf jenen Behörden, die 1527 von Kaiser Ferdinand I. etabliert worden waren und deren Tätigkeitsbereiche nur geringfügig verändert wurden. So war seit dem 18. Jahrhunderts der „Geheime Rat“ die oberste Instanz für Justizangelegenheiten sowie bei Angelegenheiten bzgl. Steuern und Privilegien. Die Dezentralisation der Habsburgermonarchie ist deutlich an den verschiedenen „Hofkanzleien“ der Länder zu erkennen. So existierten neben der Reichshofkanzlei ab 1620 noch eine „souveräne“ österreichische sowie eine böhmische Hofkanzlei. 1690 wurden außerdem eine ungarische und 1696 eine siebenbürgische Hofkanzlei geschaffen und 1714 kamen eine italienische sowie eine niederländische Hofkanzlei dazu. Der „Hofkriegsrat“ war zuständig für das Kriegswesen, „[...] allerdings wirkte sich die unklare Kompetenzverteilung mit dem Generalkriegskommissariat hinderlich auf die

⁷³ Vgl. Winkelbauer, Thomas 2003, 2004: Ständefreiheit und Fürstenmacht., a.a.O., S. 416–417.

Verwaltung im Heerwesen aus.“⁷⁴. Die „Hofkammer“ war für die Finanzverwaltung zuständig und nachdem die Schulden des Landes zu Beginn des 18. Jahrhunderts immens anstiegen, wurde zunächst 1706 die Wiener Stadtbank gegründet und 1714 die „Bancalität“ sowie eine „Geheime Finanzkonferenz“ etabliert. Trotzdem stiegen die Schulden zwischen 1711 (60.5 Mio. Gulden) und 1740 auf 100 Mio. Gulden an. Aufgrund dieser Schulden, der Finanzierung des Österreichischen Erbfolgekrieges nach 1740, v.a. der Notwendigkeit, ein stehendes Heer von 108.000 Mann aufzustellen mussten nunmehr höhere Steuern eingehoben werden. Da Maria Theresia erkannte, dass Preußen mithilfe seiner effektiven Verwaltung einen höheren Anteil an Steuern aus Schlesien gewinnen konnte, als es den Habsburgischen Erbländern gelungen war, (Die Habsburgermonarchie hatte Schlesien – bis auf „Österreichisch Schlesien“ – im Österreichischen Erbfolgekrieg an Preußen abtreten müssen), reformierte die Monarchin das Steuerwesen.⁷⁵ Maria Theresia schränkte daher das Recht der Steuerbewilligung der Landstände immens ein (d.h. sie schuf es im Prinzip ab), indem die Finanzverwaltung sowie die allgemeine Verwaltung auf zentrale Organe übertragen wurden. Die Landstände wurden in Verträgen, den sog. „Dezennalrezessen“, daran gebunden, die Steuern für zehn Jahre und nicht wie vorher jährlich zu bewilligen. Als Ausgleich für diesen Machtverlust mussten die Landstände keine Naturalleistungen mehr an das Heer leisten. Mit der Theresianischen Steuerrektifikation 1748 wurde die Steuerfreiheit der geistlichen sowie adeligen Gründe aufgehoben. Allerdings musste ein Grundherr für sein Grundstück (Dominikalgut) nur halb so viel an Steuern bezahlen, wie ein Bauer für seinen Grund (Rustikalland). Um die Einkünfte und Ausgaben aus diesen Ländereien bzw. Herrschaften zu ermitteln sowie aufgrund der Tatsache, dass Bauern nicht von der Scholle weggejagt und Rustikalland nicht in Dominikalgut umgewidmet werden konnte, wurde 1748 der Maria-Theresianische Kataster eingeführt, der zur Basis der Steuereinnahmen wurde. Daraufhin steigerte sich die Steuerleistung von 9 auf 14 Mio. Gulden.

Wie bereits erwähnt, war die Habsburgermonarchie vor Maria Theresia bzgl. der Herrschaftsorganisation und Verwaltung von einem dezentralisierten Aufbau geprägt. Die Reformen im Bereich des Staatsaufbaus und der Verwaltung hatten das Ziel, die Monarchie zu zentralisieren und die Landstände weiter zu schwächen. Bei den Zentralbehörden wurden die böhmischen und österreichischen Behörden

⁷⁴ *Vocelka*, Karl 2001, 2004: Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im Habsburgischen Vielvölkerstaat. In: *Wolfram*, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 9: 1699–1815. Wien, S. 356.

⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 354–356.

zusammengefasst, während diese Zentralbehörden nur in Sonderfällen in den ungarischen- sowie den niederländischen- und italienischen Gebieten (wie z.B. im Herzogtum Mailand oder dem Großherzogtum Toskana) tätig werden konnten. Bereits 1742 wurde die „Haus-, Hof- und Staatskanzlei“ gegründet, welche die auswärtigen Angelegenheiten der Länder zusammenfasste. 1749 ersetzte das „Directorium in Publicis et Cameralibus“ die österreichische bzw. böhmische Hofkanzlei. Dieses Zentralorgan hatte die Aufgabe, die gesamte innere Verwaltung inklusive der Finanzverwaltung zu verfolgen bzw. durchzuführen. In demselben Jahr wurde auch die „Oberste Justizstelle“ gegründet, welche die Trennung von Justiz und Verwaltung gewährleisten sollte. Allerdings kann dieser Schritt nicht unter dem Aspekt der Montesquieuschen Gewaltenteilung betrachtet werden, die Verwaltung sollte vielmehr ohne große Behinderung der Justiz funktionieren. Diese Zentralbehörden, an deren Spitze sich das Directorium und die Oberste Justizstelle befanden, wurden durch die Schaffung von landesfürstlichen Mittelbehörden ergänzt, um die Landstände auf Landesebene zu entmachten: 1749 traten in den Ländern der Habsburgermonarchie als oberste Behörden die „Repräsentation und Kammer“ an die Stelle der von den Ständen beeinflussten Landesbehörden. Ungarn und die Niederlande waren von dieser Regelung ausgenommen. Diese neue Institution kümmerte sich um die politische Verwaltung sowie die Finanzen. Auch auf Landesebene wurde die Verwaltung von der Justiz getrennt, denn die (Landes-)Justizstelle war für die Justiz sowie deren Verwaltung zuständig. Bereits 1747 wurden Kreisämter eingerichtet, die als übergeordnete Behörden für die nach wie vor existenten Grundherrschaften dienten und somit auch als Kontrolle der Grundherrschaften bzw. der feudalen Ordnung – allerdings nicht dessen Abschaffung – fungierten. „Den Kreisämtern oblag die allgemeine Verwaltung und die Überwachung der Vollziehung der Anordnungen der Zentralstellen durch die Ortsobrigkeiten.“⁷⁶ Es ist also deutlich zu erkennen, dass die Grundherrschaften, Gemeinden und Städte theoretisch eine gewisse Autonomie besaßen, allerdings war es mit der Etablierung staatlicher Organe als Aufsichtsbehörden (insbesondere auf der mittleren Verwaltungsebene) der Grundherrschaften und Gemeinden bei gleichzeitig machtpolitisch kaum bedeutenden Ständen auch auf der unteren Verwaltungsebene kaum möglich, gegen den Willen des Monarchen zu regieren.

Nicht nur der ständische Adel geriet in Opposition gegen diese Reformen, sondern auch aus der Bürokratie entflammte Widerstand. Das Directorium konnte immer mehr

⁷⁶ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 146.

Kompetenzen – unter anderem jene des Generalkriegskommissariats – übernehmen und war dadurch in der Erledigung seiner Aufgaben immer wirkungsloser geworden.

Die Reformen des ab 1760 engsten Beraters von Maria Theresia, Graf Wenzel Anton Kaunitz, sollten eine Dezentralisation der Zentralbehörden herbeiführen. Allerdings wurde mit dem „Staatsrat“ eine neue Zentralbehörde geschaffen. Diese fungierte als Leitungsorgan über die Zentralbehörden und war für alle Habsburgischen Erbländer zuständig. Allerdings war dieser bloß als Beratungsorgan des Monarchen tätig. 1761 wurde das Directorium aufgelöst und dessen Kompetenzen aufgeteilt: Die Zuständigkeiten der Finanzverwaltung ging an die „Hofkammer“, „Generalkasse“ und „Hofrechnungskammer“ über. Die politische Verwaltung übernahm die „Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei“ und die wirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere die Leitung der Staatsbetriebe, wurden vom „Kommerzienrat für Handel und Gewerbe“, übernommen.

Auf der mittleren staatlichen Ebene (Ebene der Länder) wurden die Repräsentationen und Kammern in „Regierungen“ (Österreichs unter der Enns), „Gubernien“ (Steiermark, Tirol, Böhmen, Mähren) sowie „Landeshauptmannschaften“ (Österreich ober der Enns, Krain, Kärnten) umgewandelt. Während die Gubernien der Justiz übergeordnet waren, wurde die Finanzverwaltung aus diesen ausgegliedert. „Ein weiterer Reformschub unter Kaunitz 1765 [...] brachte wiederum einige Änderungen mit sich, vor allem eine erneute Zusammenfassung der Finanzverwaltung in einer Behörde und die gemeinsame Verwaltung von Hofkanzlei und Kommerzstelle.“⁷⁷ Mit diesen Bestimmungen war das Reformwerk Maria Theresias bzgl. Staatsaufbau und Verwaltung abgeschlossen und die Strukturen dieser Behördenorganisation erwiesen sich als äußerst langlebig.⁷⁸

Die logische Folge dieser Reformen war die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Rechtsordnungen der Länder, was aber nur ansatzweise erreicht werden konnte. So wurde die Strafrechtsordnung „Constitution Criminalis Theresiana“ 1768 eingeführt, die allerdings noch harte Strafsätze, – wie z.B. die Folter – vorsah, die erst 1776 abgeschafft wurde⁷⁹. Diese Rechtsordnung galt für die gesamte Monarchie mit Ausnahme von Ungarn. Bereits im 1766 fertiggestellten „Codex Thesarianus“ wurden die Landrechtsgesetze sowie jene des gemeinsamen Rechts aufgeschrieben. Des Weiteren

⁷⁷ *Vocelka*, Karl 2001, 2004: Glanz und Untergang der höfischen Welt, a.a.O., S. 360.

⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 355–360; Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 143–146.

⁷⁹ Vgl. *Zöllner*, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien, S. 316.

fand die Kodifizierung des Prozess- und Strafrechtes sowie der Gerichtsordnung Eingang in diese Gesetzessammlung.

Auch die Modernisierung der Bürokratie ist mit dem Vorhaben verbunden, die Stände zu entmachten und die feudalen Strukturen durch eine auf die Monarchin zugeschnittene Herrschaft bzw. einen modernen Staat zu ersetzen. Vor den Reformen wurden die Spitzenposten von hochadeligen Beamten besetzt. Die Beamten wurden meist mit Naturalien oder Tantiemen und sehr selten mit einem festgelegten Gehalt entlohnt. Normalerweise war ein Beamter in den ersten Jahren gezwungen, seine Arbeit ohne Bezahlung zu erledigen. „Häufig wurde über die fachliche Inkompetenz, mangelnden Arbeitseinsatz sowie die weitverbreitete Korruption geklagt.“⁸⁰ Unter Maria Theresia und Kaiser Joseph II. kam es zu Reformmaßnahmen bzgl. der Stellung der Beamten sowie zu einer Modernisierung der Arbeitsmethode in der Bürokratie: So durfte kein Beamter mehr Geschenke annehmen. Er musste seine Tätigkeit außerdem hauptberuflich ausüben. Deshalb wurden nun Beamte lebenslang angestellt. Ferner wurde in den Unterbehörden das aktenmäßige Verfahren eingeführt. Auch wurden Vorschriften zur Archivierung und schriftliche Niederschriften bzgl. des Vollzuges einer Weisung erlassen. 1772 kam es sukzessive zu einer Veränderung der Besoldung: So wurde ein fixes Gehalt eingeführt, welches in Geld ausbezahlt wurde. Außerdem musste sich der Beamte einer Ausbildung unterziehen, um als „qualifizierter“ Beamter seiner Tätigkeit nachgehen zu können. Joseph II. veranlasste einen drastischen Rückgang des Adels in der Bürokratie, während die Zahl der bürgerlichen Beamten stieg.⁸¹ Mit den Reformen Maria Theresias und Josephs II. sind daher eindeutig Faktoren einer modernen bürokratischen Verwaltung zu erkennen.

Deutlich wird auch die Tatsache, dass sich mit den Maria-Theresianischen Reformen um die Mitte des 18. Jahrhunderts der moderne Staat in Österreich bzw. auf dem Gebiet der böhmisch-österreichischen Länder durchsetzen konnte (nach 1772/75 auch in den galizischen Ländern⁸²). Zwischen 1815 und 1859/66 geschah dies auch im Königreich

⁸⁰ Lehner, Oskar 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 149.

⁸¹ Vgl. ebenda; Vgl. Vöclka, Karl 2001, 2004: Glanz und Untergang der höfischen Welt, a.a.O., S. 362–364.

⁸² Hier sind die 1772 und 1775 dazugewonnenen und dauerhaft bei der Monarchie verbliebenen Gebiete „Königreich Galizien und Lodomerien“ sowie die Bukowina, deren Verwaltung 1786 mit dem Gubernium (Landesverwaltung) des Königreichs Galizien und Lodomerien zusammengefasst wurde, gemeint. Dem vereinten Gubernium übergeordnet waren die Zentralbehörden in Wien, insbesondere ab 1777 die Vereinigte böhmisch-österreichische Hofkanzlei des bereits existenten böhmisch-österreichischen Staates. In diesen dazugewonnenen Ländern konnte sich der Landadel kaum gegen die österreichischen Behörden durchsetzen. In: Vgl. Glassl, Horst 1975: Das österreichische

Lombardo-Venetien, das aber im Gegensatz zu den davor genannten Ländern nicht von der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei verwaltet wurde⁸³).

Mit der Entmachtung der Stände war es hier sogar gelungen, den Absolutismus als Regierungsform einzuführen (in der Verfassungstheorie allerdings nicht bei Angelegenheiten, die das Heilige Römische Reich Deutscher Nation betrafen).

Auch Siebenbürgen konnte bis zum Beginn der 1760er-Jahre in das absolutistische – von den Ständen⁸⁴ entmachtete – Regierungssystem des österreichischen Staates eingegliedert werden. Allerdings war hier – wie in Lombardo-Venetien – nicht die böhmisch-österreichische Hofkanzlei, sondern die siebenbürgische Hofkanzlei als Zentralbehörde zuständig. Selbstverständlich wurde auch eine oberste Landesbehörde, das siebenbürgische Gubernium, eingerichtet.⁸⁵

Der Verfassungsjurist Brauneder charakterisiert die Verbindung der Länder der Monarchie (ab 1804 Kaisertum Österreich) „bis 1848 als monarchischer, in der Regel absoluter Staat auf der Grundlage eines ungleichgewichtigen, differenzierten Föderalismus [...]“.⁸⁶ Die Einheit des Staates basiere auf der ungeteilten monarchischen bzw. kaiserlichen Regierungsgewalt, weswegen nicht von einer Zweiteilung der Monarchie – den ungarischen Ländern auf der einen und den übrigen auf der anderen Seite – gesprochen werden könne. Außerdem konnte solch ein Dualismus aufgrund des Föderalismus innerhalb des Kaisertums nicht existieren. Doch war dieser Föderalismus von spezifischer Bedeutung: Auf der einen Seite waren die „deutschen“ Länder Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sowie ab 1815 des Deutschen Bundes, auf der anderen Seite war es gewissen Ländern, insbesondere Ungarn (wo der Monarch eine starke Stellung gegenüber den Ständen innehatte) möglich, eine gewisse Ausnahmeposition gegenüber dem Großteil der übrigen Länder zu erreichen. „Die Existenz einiger eigener Zentralbehörden für Ungarn [...], die Beschränkung der

Einrichtungswerk in Galizien (1772–1790). Wiesbaden, S. 79; Vgl. *Hoensch*, Jörg K. 1998: Geschichte Polens, 3. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart, S. 205; Vgl. *Mark*, Rudolf A. 1994: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung. Marburg, S. 5–6; Vgl. *Putzger*, F.W./*Bruckmüller*, Ernst 1998: Historischer Weltatlas. Zur allgemeinen und österreichischen Geschichte. Berlin, S. 54.; Vgl. *Vocelka*, Karl 2001, 2004: Glanz und Untergang der höfischen Welt, a.a.O., S. 99–100.

⁸³ Eine Erklärung bzgl. Lombardo-Venetien. Siehe Fußnote 112.

⁸⁴ So verloren die Stände ihr Recht, den höchsten Vertreter des Landes Siebenbürgen, den Gouverneur, vorzuschlagen. Des Weiteren verzichteten die Stände auf die freie Wahl ihres Fürsten, nachdem die Pragmatische Sanktion 1722 gebilligt worden war. 1761 verloren sie schließlich auch ihr Recht Steuern zu bewilligen.

⁸⁵ Vgl. *Roth*, Harald 2003: Kleine Geschichte Siebenbürgens. Köln/Weimar/Wien, S. 79–80.

⁸⁶ *Brauneder*, Wilhelm 2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 80.

Geltung der ‚Allgemeinen Gesetze‘ auf die übrigen Länder sind Fragen der Kompetenzverteilung bzw. des Geltungsbereiches *im* Staat.“^{87 88}

„Behördenkompetenzen und Geltungsbereiche von Gesetzen sind daher keine Kriterien für Umfang und Grenzen eines erst zu bestimmenden, Ungarn [...] nicht umfassenden Staates.“⁸⁹

Von der staatsrechtlichen Seite betrachtet muss dieser These Brauneders von einem monarchischen „Gesamtstaat“ bzw. einem Staat im gesamten Herrschaftsbereich der Monarchie widersprochen werden: Der moderne Staat kann nur in den böhmisch-österreichisch-galizisch-siebenbürgischen Ländern (ab 1815 mit Lombardo-Venetien) existiert haben, da in den ungarischen Ländern die Zentralisierungsmaßnahmen Maria Theresias nur in Ausnahmefällen galten und damit prinzipiell die feudale und ständische Ordnung bestehen blieb⁹⁰. Allerdings muss auch gesagt werden, dass der Begriff „Gesamtstaat“ ein zeitgenössischer war, wie ein Erlass des Finanzministeriums vom 10. 01. 1849 zeigt.⁹¹

Die Etablierung dieses zentralistischen Staates bildete auch die Vorstufe zur Teilung der Monarchie in zwei Reichshälften: die österreichische und die ungarische Reichshälfte innerhalb der Monarchie.⁹²

1.2 Definitionen der zentralen Begriffe

Als Basis für diese Arbeit müssen nun die zentralen Begriffe in aller Deutlichkeit festgelegt und präzisiert werden:

„Verfassungsstaat“: Nachdem bereits ausgiebig über den Staatsbegriff diskutiert worden ist, muss nun die Bezeichnung „Verfassungsstaat“ geklärt werden:

⁸⁷ Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 80.

⁸⁸ Vgl. ebenda.

⁸⁹ Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 80.

⁹⁰ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 160.

⁹¹ Vgl. Erlaß des Finanzministeriums vom 10. Jänner 1849, womit weitere zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Ungarn und den anderen Theilen des Gesamtstaates und zur Sicherung der gemeinsamen Finanzverwaltung ergriffene Maßregeln kundgemacht werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&zoom=2&seite=00000084&x=19&y=10> (RGI. 1849/79) (23. 06. 2010).

⁹² Vgl. Vöclka, Karl 2001, 2004: Glanz und Untergang der höfischen Welt, a.a.O., S. 361.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, ist der Verfassungsstaat seit den Revolutionen des späten 18.- und der Mitte des 19. Jahrhunderts ein wichtiges Element für den modernen Staat.

Der moderne Verfassungsstaat ist „ein Staat mit einer Verfassung, in der die Staatsgewalt beschränkt, die Zuständigkeit und der Pflichtenkreis der Staatsorgane bestimmt und den Staatsbürgern ein bestimmtes Maß von Mitbestimmung, Freiheit und Rechtsschutz gesichert ist. Der V[erfassungsstaat] ist nicht nur ein formales Organisations- und Normengefüge, sondern ein Wertgefüge, in dem die Nation sich selbst verwirklicht. Der V[erfassungsstaat] verlangt deshalb von seinen Mitgliedern Bereitschaft zur Verfassungstreue und bedient sich zur Bekämpfung der Verfassungsfeinde des Verfassungsschutzes. Hauptarten des V[erfassungsstaates] sind die konstitutionelle Monarchie und der parlamentarisch-demokratische Staat“.“⁹³

Josef Isensee betont im „Handbuch des Staatsrechtes der Bundesrepublik Deutschland“, dass die grundsätzlichen Absichten des Verfassungsstaates darin liegen, dass die Verfassung den Staat dazu beauftragt, „[...] die Macht [...] in den Dienst des Rechtes [zu stellen]“⁹⁴, um u.a. die bürgerlichen Rechte und Freiheiten zu sichern.⁹⁵

Obwohl laut Benz nach heutiger Ansicht für gewöhnlich der Verfassungsstaat als demokratischer Staat gedeutet wird⁹⁶, stimmt „Demokratie“ mit „Verfassungsstaat“ nicht überein. In Deutschland wurde der Verfassungsstaat im 19. Jahrhundert institutionalisiert, v.a. in dem zwischen 1815 und 1866 existenten Deutschen Bund, dem „Nachfolger“ des Heiligen Römischen Reiches, zu dem auch die „deutschen Länder“ des seit 1804 bestehenden Kaisertums Österreich gehörten. Die gegenüber den Untertanen souveränen Fürsten der Staaten innerhalb des Deutschen Bundes konstituierten Verfassungen, um den Forderungen eines immer stärker werdenden liberalen Bürgertums nach Machtbeschränkung der Fürsten und bürgerlichen Rechten entgegenzukommen. „Es handelte sich dabei um Grundgesetze, welche die Machtbefugnisse der Fürsten beschränken und den Bürgern Freiheitsrechte gewähren sollten. Die Verfassung der konstitutionellen Monarchie beruhte damit auf dem Dualismus zwischen Staat und Gesellschaft und verfestigte diesen, indem sie bürgerliche Freiheiten gegen die Staatsgewalt sicherte, nicht aber den Staat als

⁹³ Fenske, Hans 2001: Der moderne Verfassungsstaat. Eine vergleichende Geschichte von der Entstehung bis zum 20. Jahrhundert. Paderborn u.a., S. 2/3. Zit n. o.A. ¹⁷1974: Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden, Bd. 19: Trif-Wal. Wiesbaden, S. 494.

⁹⁴ Isensee, Josef ³2004: Staat und Verfassung. In: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Verfassungsstaat. Heidelberg, S. 3–106, hier: S. 5.

⁹⁵ Vgl. ebenda.

⁹⁶ Vgl. Benz, Arthur ²2008: Der moderne Staat, a.a.O., S. 135.

freiheitliche Verfassung reorganisierte.“^{97 98} So entstanden z.B. 1814 in Nassau, 1816 in Sachsen-Weimar-Eisenach, oder 1818 in Bayern Verfassungen. Im Kaisertum Österreich wurde die erste Verfassung, die Pillersdorfsche Verfassung, erst 1848 erlassen. Diese Gesetzeswerke begrenzten – wie bereits erwähnt – zum Teil die Macht des Fürsten, sahen sog. „staatsbürgerliche Rechte“ vor sowie ein Parlament, welches in der Gesetzgebung neben dem stärkeren Fürsten tätig wurde, besonders bei der Bewilligung von Steuern. Allerdings blieben diese meist oktroyierten, also vom Fürsten selbst ohne Mitbeteiligung eines weiteren z.B. parlamentarischen Organs erlassenen Verfassungen dem sog. „monarchischen Prinzip“ verhaftet, das bedeutet eine immense Konzentration der Macht beim Monarchen.⁹⁹

In den USA allerdings entwickelte sich ein Verfassungsbegriff, der dem deutschen bzw. deutschsprachigen des 19. Jahrhunderts entgegengesetzt ist: Hier wurde „Verfassung“ als ein schriftliches Staatsgrundgesetz erfasst, welches die Zustimmung von der Bevölkerung erhielt.¹⁰⁰ Dieser Verfassungsbegriff wurde also über die Mitbestimmung des Volkes definiert, während bei jenem im deutschen Sprachraum v.a. die Machtbeschränkung der Fürsten und die Gewährung von bürgerlichen Rechten in den Mittelpunkt gestellt wurde.

Der Verfassungsstaat ist also nicht notwendigerweise demokratisch organisiert, doch handelt es sich bei einem „demokratischen Verfassungsstaat“ um eine modernisierte bzw. die modernste Form des modernen Verfassungsstaates.

Aus der Perspektive des 20. und 21. Jahrhunderts ist Demokratie eine Herrschaftsform, die auf dem Grundsatz der Volkssouveränität sowie der Gleichstellung jedes Einzelnen, beruht. Diese Gleichheit muss ungeachtet des Geschlechts, der Konfession, der ethnischen Zugehörigkeit, etc. gesichert sein. Die wichtigste Einrichtung zur Sicherung der Volkssouveränität sind die freien, geheimen, allgemeinen, gleichen abgehaltenen Wahlen, welche in bestimmten Abständen abgehalten werden müssen. Für die politische Partizipation und Inklusion der Bevölkerung am bzw. in das politische Geschehen spielt auch die Tatsache eine wichtige Rolle, dass jeder Einzelne bei der Durchsetzung von Interessen gleichberechtigt ist. Des Weiteren müssen Institutionen existieren, in denen eigene Interessen mitgeteilt werden können, welche schließlich in den Entscheidungsprozess einfließen können. Außerdem müssen „individuelle wie

⁹⁷ Benz, Arthur 2008: Der moderne Staat, a.a.O., S. 135.

⁹⁸ Vgl. ebenda, 135–136.

⁹⁹ Vgl. o.A. 1998: ³²Der Große Ploetz. Daten, Fakten, Zusammenhänge. Freiburg im Breisgau, S. 843.

¹⁰⁰ Vgl. Benz, Arthur 2008: Der moderne Staat, a.a.O., S. 136.

kollektive Partizipationsmöglichkeiten“¹⁰¹ existieren. Ferner ist es notwendig, dass Kontrollmechanismen durch die Opposition existieren. Auch muss die Möglichkeit bestehen, dass eine Regierung von den Bürgern abgewählt werden kann.

Ein zweiter wichtiger Faktor für die Existenz einer Demokratie ist die Tatsache, dass die Bürger bzw. die Bevölkerung derselben mittels Grundrechte sowie Gerichte, welche die Rechte der Bürger im Zweifelsfall durchsetzen, gegenüber Willkür seitens des Staates geschützt sein müssen.¹⁰²

Weder die Pillersdorfsche Verfassung 1848 noch die Staatsgrundgesetze 1867 kennen ein demokratisches Wahlrecht. Außerdem ist in der Verfassung von 1848 keine Institution bzw. kein Verfassungs- oder „Reichsgericht“ vorhanden, welches die Bürger vor einem Verstoß gegen die in der Verfassung niedergeschriebenen „staatsbürgerlichen Rechte“ hätte schützen können.

Weit wichtiger für den Verfassungsstaat ist die Tatsache, dass in modernen Verfassungen bzw. in modernen Verfassungsstaaten Macht und Herrschaft stark begrenzt sind und somit ein Mächtegleichgewicht herrscht.¹⁰³ Dies war in den Verfassungsstaaten Österreichs innerhalb der Habsburgermonarchie nicht der Fall: Der Kaiser hatte gegenüber den gewählten Gesetzgebungsorganen, dem „Reichstag“ (1848–1849) sowie dem „Reichsrat“ (1867–1914) ein überragendes Machtpotenzial inne.

Aufgrund all der genannten Faktoren, die im österreichischen Staat innerhalb der Habsburgermonarchie fehlten, muss beim Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 sowie bei jenem zwischen 1867 und 1914 aufgrund der Tatsache, dass der Staat mit beiden Verfassungen an höher gestelltes gesetztes Recht gebunden war (was auch in der Verfassungswirklichkeit seinen Ausdruck fand) von einem „frühmodernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden. Der „modernisierte Verfassungsstaat“ in Österreich entstand erst mit dessen Demokratisierung 1918, also mit der Entstehung der „Republik Österreich“. Seine unmittelbaren Ursprünge liegen jedoch zweifelsohne in den beiden frühmodernen Verfassungsstaaten des 19. und des Beginns des 20. Jahrhunderts.

¹⁰¹ Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf 2005: Lexikon der Politikwissenschaft, Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. 2: N-Z. München. S. 129.

¹⁰² Vgl. Holtmann, Everhard 2000: Politik-Lexikon, a.a.O., S. 110; Vgl. Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf 2005: Lexikon der Politikwissenschaft, a.a.O., S. 128–129; Vgl. Vorländer, Hans 2003: Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, München, S. 110.

¹⁰³ Vgl. Vorländer, Hans 2009: Die Verfassung. Idee und Geschichte. München, S. 19.

„Österreich“: Bei diesem Begriff handelt es sich – sofern dieser alleine erwähnt wird – um den seit den Maria-Theresianischen Reformen etablierten (früh)modernen „österreichischen“ bzw. böhmisch-österreichischen-galizischen-siebenbürgischen-lombardovenetischen Staat, also um jene Gebiete, die gemeinsam verwaltet wurden bzw. wo sich die von Wien aus geführte österreichische Verwaltungsbehördenorganisation gänzlich durchsetzen konnte. Zu diesem gehörten 1. die „österreichischen Länder“, also das Erzherzogtum Österreich ob der Enns¹⁰⁴, das Erzherzogtum Österreich unter der Enns¹⁰⁵ (vor 1861 noch zusammengehörig als „Erzherzogtum Österreich ob und unter der Enns“¹⁰⁶), die Herzogtümer Steiermark, Kärnten, Krain, die Grafschaft Tirol mit Vorarlberg, das Österreichische Küstenland bzw. die Gefürstete Grafschaft Görz und Gradisca, die Freie Stadt Triest samt Gebiet und die Markgrafschaft Istrien (seit 1797 bei Österreich), ab 1797 das Königreich Dalmatien sowie das Herzogtum Salzburg, welches zwischen 1806 und 1810 erstmals zu den österreichischen Ländern gehörte. Nach den Napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress fiel es schließlich 1816 von Bayern wieder an Österreich und 1849 wurde Salzburg zum Kronland erhoben.

Zum österreichischen Staat gehörten außerdem 2. die „böhmischen Länder“, also das Königreich Böhmen, das Herzogtum Schlesien (bzw. aufgrund des Österreichischen Erbfolgekrieges „Österreichisch-Schlesien“) sowie die Markgrafschaft Mähren und 3. die „galizischen Länder bzw. die Karpatenländer“¹⁰⁷, also das Königreich Galizien und Lodomerien mit den Herzogtümern Auschwitz und Zator, welche 1772 an die Habsburger fielen, und die Bukowina, welche ab 1775 zu Österreich gehörte, 1849 den Status eines eigenständigen Kronlandes bekam und 1853 verwaltungsmäßig vollständig von Galizien ausgegliedert wurde. 1846 wurde die Stadt Krakau in das Königreich einverleibt und zu einem Großherzogtum erhoben. 1795 wurde „Westgalizien“ an das Königreich Galizien und Lodomerien angeschlossen, allerdings ging dieses Gebiet 1809 an das Herzogtum Warschau wieder verloren.

¹⁰⁴ Das heutige Oberösterreich

¹⁰⁵ Das heutige Niederösterreich (+ die Stadt Feldsberg sowie Orte bei Gmünd, die nach dem Ersten Weltkrieg an die ČSR abgetreten wurden und Wien, was 1920/22 aus Niederösterreich ausgegliedert wurde. In: Vgl. *Bruckmüller*, Ernst (Hrsg.): Österreich-Lexikon. In drei Bänden, Bd. 2. Wien, S. 488.

¹⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 509.

¹⁰⁷ In der Historiographie wird für „Galizien und Lodomerien“ und die Bukowina v.a. der Begriff „Karpatenländer“ verwendet. Siehe in: Vgl. *Ceaușu*, Mihai Ștefan/*Grodziski*, Stanisław 2000: Die Landtage der Karpatenländer. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 2131–2198.

Da die Bukowina bis 1849 zur Landesverwaltung von „Galizien und Lodomerien“ gehörte, wird bis zu diesem Zeitpunkt der Begriff „galizische Länder“ verwendet. Danach werden diese Länder als „Karpatenländer“ bezeichnet.

Ferner ist 4. Siebenbürgen (ab 1765 Großfürstentum¹⁰⁸) als weiterer Bestandteil des österreichischen Staates zu nennen, wo die österreichische Verwaltung im Gegensatz zu Ungarn durchgesetzt werden konnte. Siebenbürgen gehörte rechtlich zum Königreich Ungarn (ebenso wie Kroatien), besaß allerdings eine eigene Herrschaftsordnung¹⁰⁹. Siebenbürgen ging mit den „Aprilgesetzen 1848“ vollständig an das Königreich Ungarn verloren¹¹⁰ und wurde nach dem Scheitern der ungarischen Revolution 1848/49 fünf Jahre unter österreichische Militärverwaltung gestellt. Danach wurde Siebenbürgen wieder der Status eines Kronlandes verliehen, allerdings existierte keine politische Souveränität (Ab 1861 wurden wieder der Landtag und das Gubernium errichtet). Es wurde mit dem Ausgleich 1867 an die ungarische Reichshälfte angegliedert.¹¹¹

Des Weiteren gehörte ab 1815 5. das Königreich Lombardo-Venetien zum österreichischen Staat, wo sich die österreichische Verwaltung äußerst unbeliebt machte, indem diese v.a. diesen wirtschaftlich am besten entwickelten Teil der Monarchie in besonderem Maße zur Sanierung des Budgets heranzog. Dieser Teil des Staates wurde in der Verfassung von 1848 aufgrund der dort herrschenden revolutionären Ereignisse nicht berücksichtigt und gehörte somit nicht zum Verfassungsstaat. Schließlich gingen bereits 1859 die Lombardei und 1866 Venetien wieder verloren. Da dieses Königreich nicht unter den Geltungsbereich der Verfassung fiel, wurde Lombardo-Venetien während der gesamten Zeit der österreichischen Herrschaft vom Kaiser, der gleichzeitig König von Lombardo-Venetien war, absolut regiert.¹¹²

Bosnien und die Herzegowina wurden nach deren Annexion 1908 sowohl von der österreichischen als auch von der ungarischen Reichshälfte verwaltet, weswegen dieses Gebiet nicht zum österreichischen Staat gehört, sondern den Status eines „gemeinsam verwalteten“ Gebietes bekam.

¹⁰⁸ Vgl. Roth, Harald 2003: Kleine Geschichte Siebenbürgens. Köln/Weimar/Wien, S. 81.

¹⁰⁹ Vgl. Péter, László 2000: Die Verfassungsentwicklung in Ungarn. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 239–540, hier: S. 261.

¹¹⁰ Vgl. Hauszmann, Janos 2004: Ungarn. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg, S. 166.

¹¹¹ Vgl. Roth, Harald 2003: Kleine Geschichte Siebenbürgens, a.a.O., S. 100–106.

¹¹² Die Informationen bzgl. Lombardo-Venetien, der Verwaltung und dem Verlust dieses Gebietes: Vgl. Gottsmann, Andreas/Malfèr, Stefan 2000: Die Verwaltungskörperschaften und die Verwaltung in Lombardo-Venetien. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 1593–1632, hier: S. 1593–1624; Vgl. Lehner, Oskar 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, S. 174 sowie 206.

Ab 1867 hieß der österreichische Staat offiziell „Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“ und inoffiziell „Cisleithanien“.¹¹³ Auch vor 1867 wird in der Literatur¹¹⁴ für jene Länder, die ab 1867 Cisleithanien ausmachten der Begriff „Cisleithanien“ verwendet.

Der Begriff „Österreich“ wird – allerdings nicht alleine stehend – auch für die gesamten habsburgischen Besitzungen (mit Ausnahme des Großherzogtums Toskana, des Herzogtums Parma, Piacenza und Guastalla sowie des Herzogtums Modena, die zwar zeitweise im Besitz der Habsburger waren, allerdings vorwiegend von Mitgliedern habsburgischer Nebenlinien regiert wurden¹¹⁵ und somit nicht Teil der Monarchie sowie des österreichischen Staates waren) verwendet: Zwischen 1804 und 1867 erhalten diese den Namen „Kaisertum Österreich“ und zwischen 1867 und 1918 werden die Habsburgischen Länder im Zuge des Ausgleichs mit Ungarn „Österreichisch-Ungarische Monarchie“ genannt.

„Verfassungstheorie“ und „Verfassungswirklichkeit“: Bei der Analyse des Verfassungsstaates ist es notwendig, sowohl nach der „Verfassungstheorie“ als auch nach der „Verfassungswirklichkeit“ zu fragen. Die Verfassungstheorie beinhaltet lediglich jene Bestimmungen, die in einer Verfassungsurkunde bzw. dem grundlegenden Verfassungsgesetz sowie in etwaigen Ergänzungen, wie z.B. dem Grundrechtspatent 1849 oder dem Allerhöchsten Handschreiben an den Ministerpräsidenten vom 20. 10. 1860 festgelegt sind¹¹⁶.

Des Weiteren muss bei der Analyse des Verfassungsstaates auf die „Verfassungswirklichkeit“ eingegangen werden: Bei der „Verfassungswirklichkeit“ handelt es sich um die Realisierung bzw. um den Umgang des Staates und dessen Bevölkerung mit den in der Verfassungstheorie festgesetzten Regeln und Normen. Nohlen und Schultze sehen in „Verfassungswirklichkeit“ einen „Begriff, der sich von

¹¹³ Sämtliche Informationen bzgl. der Länder des österreichischen Staates, bis auf Siebenbürgen und Lombardo-Venetien. In: Vgl. von Reden, Alexander⁵ 1995: Österreich-Ungarn. Die Donaumonarchie in historischen Dokumenten. Wien, S. 23–40 sowie S. 47–49.

¹¹⁴ Siehe: Lehner, Oskar⁴ 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 181; Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien.

¹¹⁵ Vgl. Hamann, Brigitte 1988: Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon. Wien, S. 20 sowie 336–337.

¹¹⁶ Bei diesen Beispielen handelt es sich um thematische Ergänzungsbestimmungen der jeweiligen Verfassungsurkunde bzw. Herrschaftsordnung, weswegen der Autor diese zur Verfassungstheorie zählt. Bestimmungen, die laut Urkunde durchzuführen sind und tatsächlich durchgeführt wurden sowie Veränderungen an einer Verfassungsurkunde oder Herrschaftsordnung gehören zur Verfassungswirklichkeit.

Verfassung abgrenzt, der urspr[ünglich] selbst ein Wirklichkeitsbegriff war und den tatsächlichen Zustand eines Staates bezeichnete, wie er durch Landesbeschaffenheit, Bev[ölkerung], geopolit[ische] Lage, Religion, Rechtsordnung etc. geprägt war.“¹¹⁷

Zwischen Theorie und Realisierung kann es zu Abweichungen kommen, die aufgrund von verschiedenen, nicht in der Verfassungstheorie vorgesehenen Faktoren entstehen können. Es muss allerdings nicht zu einem Bruch mit der Verfassung kommen: So kann z.B. allein die Persönlichkeit eines Präsidenten/Königs/Kaisers ausschlaggebend dafür sein, ob dieser seine Machtposition gegenüber den Verfassungsbestimmungen stärken kann oder ob es zu einer Schwächung seiner Macht kommt. Solch eine Schwächung der Macht in der Verfassungswirklichkeit ist bei Kaiser Ferdinand I. von Österreich zu registrieren, der zwar laut Verfassung 1848 weitgehende Rechte genoss, aufgrund seiner Regierungsunfähigkeit aber v.a. repräsentative Aufgaben übernahm. Allerdings spielen auch innen-, außen-, sozial- oder wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle, die zu solchen Veränderungen in der Wirklichkeit beitragen.

Derartige Abweichungen, die eine auf beschränkte Macht der Organe des Staates zielende Verfassungstheorie nicht brechen, garantieren trotzdem den Verfassungsstaat.

Der Bruch mit der Verfassung in der Verfassungswirklichkeit sorgt schließlich für die Nichtexistenz des Verfassungsstaates: Solch eine Entwicklung ist bei der „Oktroyierten Märzverfassung“ von 1849 für Österreich zu beobachten, die zwar einen Reichstag als dem Kaiser gegenübergestelltes staatliches Organ in der Gesetzgebung vorsah, der allerdings nie zusammentrat.

Die Abweichung der Verfassungswirklichkeit von der Verfassungstheorie bzw. dem Verfassungsrecht stellt eine komplexe Problematik dar: „(1) sind hier Regelungsadressat und Regelungsgarant identisch. Das erschwert die Durchsetzbarkeit im Konfliktfall.“¹¹⁸ Obwohl Gewaltenteilung und Verfassungsgerichtsbarkeit die Situation entspannen können, stellt dieses Problem eine nahezu aussichtslose Aufgabe dar. „(2) Das Verfassungsrecht trifft auf eine bes. widerständige Materie, so daß nicht nur [...] Normen die Wirklichkeit, sondern auch tatsächliche Verhältnisse den Normsinn bestimmen. (3) Der Verfassung [...], die die Grundbedingungen polit. Entscheidungen formuliert, haftet ein weitgehend prinzipienhafter Charakter an. Entspr. breit fällt aber auch der Bereich der mit den Prinzipien kompatiblen Wirklichkeiten

¹¹⁷ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf 32005: Lexikon der Politikwissenschaft., a.a.O., S. 1072. Zit n. Mohnhaupt, Heinz/Grimm, Dieter 1985: Verfassung, Konstitution. In: Brunner, Otto u.a. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 6. Stuttgart.

¹¹⁸ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf 32005: Lexikon der Politikwissenschaft., a.a.O., S. 1072.

aus.“¹¹⁹ Des Weiteren kann eine Verfassung bzw. deren Bestimmungen nur mühsam geändert werden, „ [...] so daß erforderliche Reaktionen auf veränderte Realisierungsbedingungen von Verfassungsrecht sich häufig verzögern oder ganz ausbleiben [...]“.“¹²⁰. Somit entsteht ein immer größerer Abstand zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit.¹²¹

„Gesetz“: Es muss zwischen zwei Gesetzesbegriffen unterschieden werden: dem „formellen“ und dem „materiellen“ Gesetz. Bei ersterem handelt es sich um einen Beschluss, der auf der Grundlage des verfassungsmäßig gesicherten Gesetzgebungsverfahrens entstanden ist, während letzterer jede Rechtsnorm verkörpert, also jede hoheitsrechtliche Anordnung¹²² wie Patente, Verordnungen oder Erlässe. In dieser Arbeit wird in der Regel der „materielle“ Begriff gebraucht, mit Ausnahme jener, die in der Verfassungstheorie mit dem Gesetzgebungsverfahren verbunden werden.

„Staat“: In dieser Arbeit wird dieser Begriff ausdrücklich für den modernen Staat verwendet.

1.3 Fragestellung, Thesen und Methoden

In dieser Arbeit soll ein staats- bzw. politikwissenschaftlicher Ansatz zur Rechts- und Verfassungsgeschichte Österreichs während der Epoche der Habsburgermonarchie hergestellt werden: Dabei soll insbesondere auf die Etablierung des Staates, aber v.a. auf jene des Verfassungsstaates sowie auf dessen Entwicklung eingegangen werden. Des Weiteren muss die Frage gestellt werden, ob bzw. inwieweit der moderne Verfassungsstaat auf der Basis der bereits genannten Definition zu einem bestimmten Zeitpunkt der Habsburgermonarchie bereits existierte.

Die Frage nach der Existenz, der Entwicklung und dem Ausmaß der Modernität des österreichischen Verfassungsstaates soll anhand der Verfassungstheorie und der Verfassungswirklichkeit geklärt werden. Dabei MUSS die Verfassungstheorie streng von der Verfassungswirklichkeit getrennt werden. Außerdem kann der (früh)moderne Verfassungsstaat nicht nur in der Verfassungstheorie existieren, dieser muss auch die Verfassungswirklichkeit prägen. Das bedeutet: Ohne die Existenz des (früh)modernen

¹¹⁹ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf 32005: Lexikon der Politikwissenschaft., a.a.O., S. 1072.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Vgl. Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf 32005: Lexikon der Politikwissenschaft., a.a.O., S. 1072.

¹²² Vgl. Holtmann, Everhard 32000: Politik-Lexikon, a.a.O., S. 219.

Verfassungsstaates in der Verfassungswirklichkeit kann kein (früh)moderner Verfassungsstaat vorhanden sein.

Der Autor geht davon aus, dass das Prinzip des modernen Verfassungsstaates bzw. des Verfassungsstaates zwischen 1848 und 1849 sowie jenes zwischen 1867 und 1914 grundsätzlich existierte, allerdings sind zwischen diesen beiden Epochen enorme Unterschiede im Hinblick auf die staatlichen Organe, deren Funktionen und Tätigkeitsbereichen zu erkennen, weswegen von zwei österreichischen Verfassungsstaaten in der Habsburgermonarchie ausgegangen werden muss.

Des Weiteren ist es notwendig unter dem weiten Begriff des „modernen Verfassungsstaates“ Unterschiede herauszuarbeiten, da der heutige demokratische Verfassungsstaat in Österreich bzgl. Aufteilung und Begrenzung der Macht der Staatsorgane sowie Schutz der Grundrechte effizienter ist als dies in den monarchischen Verfassungsstaaten der Fall war. Die monarchischen Verfassungsstaaten in der Habsburgermonarchie bilden die ersten zwei Phasen in der Entwicklung des Verfassungsstaates in Österreich, die von deutlichen Modernisierungsdefiziten geprägt waren. Diese Modernisierungsdefizite sollen in der Arbeit anhand jener Faktoren, die nicht zu einer – aus heutiger Sicht – modernen rechtsstaatlichen Verfassung mit demokratischen Elementen als Basis für einen modernen Verfassungsstaat gehören, sowie anhand der bereits genannten Definition zu „Verfassungsstaat“ genannt werden. Jene Faktoren, die eine moderne rechtsstaatliche Verfassung mit demokratischen Elementen ausmachen, werden in Kapitel 2 dieser Arbeit genauer dargelegt. Prinzipiell handelt es sich bei der Darstellung dieser Faktoren um eine genauere Erklärung jener Prinzipien, die bereits in der Definition zu „Verfassungsstaat“ genannt wurden.

Die Definition und die Prinzipien einer modernen rechtsstaatlichen Verfassung mit demokratischen Elementen in Kapitel 2, die insbesondere die Kontrolle staatlicher Organe durch Gerichte vorsieht, womit die Beschränkung der Macht der Staatsgewalt gewährleistet wird, sollen als Messinstrument dienen, damit Aussagen darüber getroffen werden können, ob Modernisierungsdefizite vorhanden sind bzw. ob ein Verfassungsstaat modern oder frühmodern ist oder auch gar nicht existiert. Da der Autor den demokratischen Verfassungsstaat als modernste Form des Verfassungsstaates betrachtet, sollen auch Einschränkungen beim Wahlrecht (z.B. kein Wahlrecht für Frauen, Kurienwahlrecht, Zensuswahlrecht oder auch der für heutige Verhältnisse geringe Tätigkeitsbereich des Reichstages) als Modernisierungsdefizite genannt werden.

Sind eindeutig Elemente eines modernen Verfassungsstaates vorhanden, so wird auch von einem solchen gesprochen. Existieren dann Modernisierungsdefizite, so wird der moderne Verfassungsstaat als frühmodern bezeichnet. Sofern schließlich wichtige Institutionen, insbesondere Gerichte, nicht vorhanden sind, die staatliche Organe kontrollieren oder bürgerliche- und Menschenrechte sichern können, so sind eine stabile Ordnung sowie wichtige Prinzipien des Verfassungsstaates (Gewährung von Grundrechten) nicht gewährleistet und dieser muss als „schwach“ bezeichnet werden.

Der Autor bedient sich bei der Darstellung der Verfassungstheorie ausschließlich der jeweiligen Verfassungsurkunden, die dem „ALEX-Programm“¹²³ der Österreichischen Nationalbibliothek entnommen werden und über Internet für jeden zugänglich sind.

Bei der Darstellung der Verfassungswirklichkeit werden ebenfalls Gesetze, insbesondere Durchführungsbestimmungen der Anordnungen der Verfassungsurkunden, aus dem „ALEX-Programm“ genommen.

Des Weiteren bedient sich der Autor zur Darstellung der Verfassungswirklichkeit der Literatur zur Rechts- und Verfassungsgeschichte Österreichs, insbesondere Wilhelm Brauneders *Österreichische Verfassungsgeschichte*¹²⁴ in der zehnten Auflage aus dem Jahre 2005, Oskar Lehnrs *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*¹²⁵ in der vierten Auflage aus dem Jahre 2007 sowie Helmut Rumplers und Peter Urbanitschs Bände zu Verfassung und Parlamentarismus in der Habsburgermonarchie 1848–1918¹²⁶. Auch Richard Hokes *Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte*¹²⁷ in der zweiten Auflage aus dem Jahre 1996 muss als wichtige Primärliteratur dieser Arbeit genannt werden.

Ferner wird zum besseren Verständnis der historischen Hintergründe bzgl. der Etablierung der Verfassungsstaaten sowie zur Verfassungswirklichkeit Literatur zur „allgemeinen“ Geschichte Österreichs herangezogen, v.a. Erich Zöllners *Geschichte Österreichs*¹²⁸ in der sechsten Auflage von 1979 sowie Karl Vocelkas¹²⁹ *Geschichte Österreichs* aus dem Jahr 2000. Ferner dient ebenfalls Helmut Rumplers Serie zur *Österreichischen Geschichte* von der Urgeschichte bis 1990 als wichtige Primärquelle,

¹²³ ALEX-Programm. Historische Rechts- und Gesetzestexte: <http://alex.onb.ac.at/> (24. 03. 2011).

¹²⁴ Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte. Wien.

¹²⁵ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Mit Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Linz.

¹²⁶ Rumppler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien.

¹²⁷ Hoke, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte. Wien/Köln/Weimar.

¹²⁸ Zöllner, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien.

¹²⁹ Vocelka, Karl 2000: Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. Graz/Wien/Köln.

insbesondere Helmut Rumplers *Eine Chance für Mitteleuropa* (1804–1914) von 1995 bzw. 2005¹³⁰.

Nachdem bereits in der Einleitung der Begriff des Staates sowie des Verfassungsstaates anhand von Hannes Wimmers *Gewalt und Gewaltmonopol des Staates*¹³¹ von 2009, Arthur Benzs *Der moderne Staat*¹³² in der zweiten Auflage von 2008, Hans Fenskes *Der moderne Verfassungsstaat* von 2001¹³³ sowie aus Beiträgen Josef Isensees und Paul Kirchhofs *Handbuch des Staatsrechtes der Bundesrepublik Deutschland*¹³⁴ in der dritten Auflage von 2004 und die Etablierung des modernen Staates mit absolutistischer Regierungsform geklärt worden sind, müssen im ersten Kapitel die Funktionen und Faktoren einer rechtsstaatlichen Verfassung mit demokratischen Elementen behandelt werden. Diese stellen insbesondere eine Präzisierung der bereits genannten Definition zu „Verfassungsstaat“ dar und sollen gemeinsam mit der Definition als Messinstrument für die Modernität bzw. Frühmodernität oder generell die Existenz des Verfassungsstaates herangezogen werden. Hier bedient sich der Autor insbesondere der Ausführungen Hans Vorländers *Die Verfassung*¹³⁵ in der dritten Auflage von 2009.

Im dritten Kapitel soll die Verfassung im „materiellen Sinn“ des absolutistischen Staates vor 1848 geklärt werden, bevor auf die Verfassungstheorie der Pillersdorfschen Verfassung und die Verfassungswirklichkeit anhand der Faktoren Kaiser, Regierung des Kaisers – die eigentlich aufgrund der Stellung zum Kaiser ein Kabinett war – und Reichsrat sowie „staatsbürgerliche Rechte“, Gerichtsbarkeit und Länder und Gemeinden bzw. auf die „erste verfassungsstaatliche Periode“ zwischen 1848 und 1849 eingegangen werden soll. Zum besseren Verständnis der Etablierung des Verfassungsstaates soll ein kurzes Unterkapitel über die Wiener Märzrevolution von 1848 den Verlauf derselben schildern sowie ein Exkurs über die Ereignisse der Revolution von 1848/49 die politischen Rahmenbedingungen für die Verfassungswirklichkeit näher erläutern. Am Ende dieses Kapitels findet sich ein Fazit, in dem die Gründe für das Entstehen des modernen Verfassungsstaates analysiert

¹³⁰ Rumpler, Helmut 1997, 2005: *Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie*. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.): *Österreichische Geschichte*, Bd. 10: 1804–1914. Wien.

¹³¹ Wimmer, Hannes 2009: *Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates*. Wien/Berlin.

¹³² Benz, Arthur 2008: *Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse*. München.

¹³³ Fenske, Hans 2001: *Der moderne Verfassungsstaat. Eine vergleichende Geschichte von der Entstehung bis zum 20. Jahrhundert*. Paderborn u.a.

¹³⁴ Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2: *Verfassungsstaat*. Heidelberg.

¹³⁵ Vorländer, Hans 2009: *Die Verfassung. Idee und Geschichte*. München.

werden und erläutert wird, wieso der moderne Verfassungsstaat existierte bzw. welche möglichen Modernisierungsdefizite existierten. In diesem Kapitel wird also auf die zweite Phase der Geschichte des modernen Staates eingegangen.

Das vierte Kapitel umfasst die dritte und die vierte Phase der Geschichte des modernen österreichischen Staates, die in dieser Arbeit zusammengefasst auch als die „zwischenverfassungsstaatliche Epoche“ zwischen 1849 und 1867 genannt wird. Auch hier soll der historische Hintergrund zur Etablierung des neoabsolutistischen Staates erläutert werden, indem die Revolution bis zum Sieg der Gegenrevolution geschildert wird. Schließlich wird auf die Verfassungstheorie, also auf die „Okroyierte Märzverfassung“ 1848, die „Silvesterpatente“ 1851, das „Oktoberdiplom“ 1860, das „Februarpatent“ 1861 sowie auf das „Sistierungspatent“ 1865 sowie auf deren Umsetzungen in der Praxis eingegangen. Am Ende dieses Kapitels wird wiederum in einem Fazit geklärt, wieso der Verfassungsstaat in dieser Periode nicht existierte.

Das fünfte Kapitel umfasst die fünfte Phase der Geschichte moderner Staatlichkeit in Österreich, die von 1867 bis 1914 andauerte: die „zweite verfassungsstaatliche Periode“. Auch hier soll zunächst in einem Unterkapitel über die historischen Hintergründe, die zur Etablierung des Verfassungsstaates führten (insbesondere auf den „Deutschen Krieg“ 1866 und die Ausgleichsbestimmungen mit Ungarn 1867) und danach auf die Verfassungstheorie (die Staatsgrundgesetze 1867) und auf deren Umsetzung bzw. auf die Verfassungswirklichkeit (inklusive des „Nationalitätenproblems“) anhand der Faktoren Kaiser, Regierung des Kaisers, die eigentlich aufgrund der Stellung zum Kaiser ein Kabinett war, Grundrechte, Gerichtsbarkeit und Länder und Gemeinden, eingegangen werden. Bei der Verfassungswirklichkeit soll die Bedeutung der kontrollierenden Gerichte, insbesondere des Reichsgerichtes und des Verwaltungsgerichtshofes für die Grundrechte betont werden, weswegen diese kontrollierenden Gerichte mit den Grundrechten zu einem gemeinsamen Kapitel verschmolzen werden. Außerdem soll auf das Ende des zweiten monarchischen Verfassungsstaates mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges und auf die Etablierung der autoritären Kriegsdiktatur eingegangen werden. In einem Fazit am Ende dieses Kapitels werden hier exakt die Gründe aufgezählt, wieso in dieser Periode der Verfassungsstaat existierte.

Zum Abschluss dieser Arbeit werden die Ergebnisse zusammengefasst und es soll ein Ausblick auf die demokratischen Verfassungsstaaten im Hinblick auf den Einfluss beider monarchischer Verfassungsstaaten auf die demokratisch-republikanischen

gemacht werden. Aber auch die großen Unterschiede zwischen den monarchischen und den demokratisch-republikanischen Verfassungsstaaten müssen hier näher beleuchtet werden. Außerdem soll zusammenfassend die Entwicklung der demokratisch-republikanischen Verfassungsstaaten bis heute untersucht werden.

Deutlich zu erkennen ist die Tatsache, dass die Verfassungsgeschichte Österreichs gut erforscht ist und viele Publikationen zu dieser Thematik existieren. Allerdings sind explizite Studien, die ausdrücklich den „Verfassungsstaat“ in Österreich, insbesondere in der Habsburgermonarchie zum Thema machen oder diesen analysieren, kaum vorhanden: Aus dem Jahre 1918 existiert eine 32-seitige Abhandlung von Fritz Hartung mit dem Titel *Österreich-Ungarn als Verfassungsstaat*. Wie der Name bereits verrät, sieht der Autor die gesamte Monarchie mit ihren gemeinsamen Organen als Verfassungsstaat und keineswegs als „geteilte Monarchie“, die lose miteinander verbunden war. Des Weiteren zeigt diese auf einem Vortrag des Autors beruhende Schrift deutliche propagandistische Hinweise, z.B. ist Hartung der Meinung, dass Ungarn in der Zeit nach 1897, in der über Jahre hinweg keine Erneuerung des Ausgleichs vereinbart werden konnte, eine viel zu eigenständige Politik betrieben hat und somit die Schwäche der Gesamtmonarchie ausgenutzt habe. Des Weiteren spricht Hartung vom „neuen“ Kaiser Karl I. als einer Person, die sich durch „Milde, Nachgiebigkeit und Versöhnung“¹³⁶ auszeichnete.¹³⁷ Ferner existiert – im Gegensatz zu Hartungs Schrift – ein wissenschaftliches Werk aus dem Jahre 1962 mit dem Titel *Der Weg zum Verfassungsstaat. Die politische Entwicklung in Oberösterreich von 1792–1861* von Hans Sturmberger. Er behandelt die wichtigsten Etappen, die zu einem oberösterreichischen Verfassungsstaat geführt haben sollen, allerdings ist diese Abhandlung keine des gesamten österreichischen Staates oder über das Wesen des Verfassungsstaates¹³⁸ und angesichts des zentralen Aufbaus des österreichischen Staates im behandelten Zeitraum muss ernsthaft hinterfragt werden, ob von einem Land innerhalb der Monarchie, wie z.B. Oberösterreich, als von einem Staat gesprochen werden kann, da in dem insbesondere vom Zentralismus geprägten österreichischen Staat in dieser Zeit keine Souveränität der Länder existierte. Dieses Faktum wird in der Arbeit noch näher beleuchtet.

¹³⁶ Hartung, Fritz 1918: Österreich-Ungarn als Verfassungsstaat. Halle, S. 26.

¹³⁷ Vgl. ebenda, S. 3–4/25

¹³⁸ Vgl. Sturmberger, Hans 1962: Der Weg zum Verfassungsstaat. Die politische Entwicklung in Oberösterreich von 1792–1861. Wien.

Karl Ucakar widmet sich in seinem Werk *Demokratie und Wahlrecht in Österreich* u.a. dem österreichischen Verfassungsstaat ab 1867, insbesondere der sog. „liberalen Ära“ bis in die 1870er-Jahre sowie der Etablierung der Massenparteien und der Entwicklung des Wahlrechtes, während die Pillersdorfsche Verfassung von 1848, die laut seinen Ausführungen „[...] nie in Kraft treten sollte [...]“¹³⁹ den Verfassungsstaat nicht gewährleistete.¹⁴⁰ Selbstverständlich wurde die Pillersdorfsche Verfassung vom 25. 04. 1848 nicht in jener Form umgesetzt, wie sie ursprünglich gedacht war. Insbesondere mit der Verfassungsnovelle vom 16. 05. 1848 wurde der in der Verfassung aus zwei Kammern bestehende Reichstag zu einem einkämmrigen sowie zu einem konstituierenden Gremium umgestaltet. Dieses begann auch im Juni 1848 zu tagen. Diese Arbeit wird zeigen, dass der Konstituierende Reichstag von 1848/49 auf der Grundlage der Verfassung und der Verfassungsnovelle nicht nur einen Verfassungsentwurf („Kremsierer Entwurf“) ausarbeitete, sondern in jenem Tätigkeitsbereich, der in der Verfassung vorgesehen war, Beschlüsse fasste. Des Weiteren wurden „staatsbürgerliche Rechte“ auf der Basis der Pillersdorfschen Verfassung respektiert, weswegen von einem Verfassungsstaat gesprochen werden muss.

In einem sechsseitigen! Sammelbandartikel mit dem Titel *Österreich-Cisleithanien als Verfassungsstaat* aus dem Jahre 2007 gibt Manfred Welan einen kurzen Abriss zu den Staatsgrundgesetzen, insbesondere zu den Grundrechten erläutert, welche wichtigen Prinzipien die Staatsgrundgesetze dem Staat brachten, wie z.B. die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung der Gewalten, Grundrechte, ein Reichsgericht und einen Verwaltungsgerichtshof sowie die Abgabe von Macht des Kaisers. Er führt auch vor Augen, dass damit das Bürgertum eine gewichtigere Rolle als zuvor spielte.¹⁴¹ Hier sind bereits wichtige Ansätze für die Analyse eines Verfassungsstaates vorhanden.

Bei den zuvor erwähnten moderneren Standardwerken der österreichischen Verfassungsgeschichte, insbesondere bei Brauneders *Österreichische Verfassungsgeschichte*, Lehnerts *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte* sowie Rumplers und Urbanitschs Sammelband *Die Habsburgermonarchie 1848–1918* wird zwar die Rechtssituation des Staates bzw. der

¹³⁹ Ucakar, Karl 1985: *Demokratie und Wahlrecht in Österreich*. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik. Wien, S. 67.

¹⁴⁰ Vgl. ebenda.

¹⁴¹ Vgl. Welan, Manfred 2007: *Österreich-Cisleithanien als Verfassungsstaat*. In: Brauneder, Wilhelm/Takii, Kazuhiro (Hrsg.): *Die österreichischen Einflüsse auf die Modernisierung des japanischen Rechts. Österreichisch-Japanische Rechtsbeziehungen III*. Frankfurt am Main u.a., S. 31–37.

Monarchie sowie die Verfassungswirklichkeit behandelt, aber es existiert keine Analyse auf der Ebene des Staates.

2 Die zentralen Funktionen einer rechtsstaatlichen Verfassung mit demokratischen Elementen als Basis für den modernen Verfassungsstaat

Es soll nun geklärt werden, welche Funktionen eine moderne rechtsstaatliche Verfassung prinzipiell verfolgt, doch darf im Folgenden nicht außer Acht gelassen werden, dass die „erste Etablierung“ des Verfassungsstaates in Österreich 1848 nicht das Ziel hatte, eine demokratische Ordnung herzustellen oder den Bürgern ein gewisses Maß an politischer Mitbestimmung zu gewährleisten, sondern v.a. mittels Verfassung die absolute Macht des Kaisers aufgrund des Druckes der Bevölkerung während der Märzrevolution 1848 zu beschränken bzw. diesen an ein höher gestelltes – nicht göttliches – legitim gesetztes Recht zu binden¹⁴².

Das rechtsstaatliche Prinzip basiert prinzipiell auf der Bindung der Staatsgewalt an gesetztes Recht sowie auf dem Grundrechtsschutz der Bürger.¹⁴³ Dieses Prinzip findet für gewöhnlich Eingang in eine geschriebene oder ungeschriebene (aber klar definierte) Verfassung.

Unter einer „formellen Verfassung“ werden „[...] die in einem Verfassungsgesetz (einer Verfassungsurkunde) niedergelegten grundlegenden Bestimmungen über die Staatsorganisation und –funktionen, die Staatsaufgaben und –ziele sowie die Rechtstellung der Bürger [...]“¹⁴⁴ verstanden. Neben dem formalrechtlichen Verfassungsbegriff existiert noch der Begriff der „materiellrechtlichen Verfassung“, unter dem „[...] die Gesamtheit aller für die politische Ordnung grundlegenden Rechtsätze verstanden [wird], unabhängig davon, ob sie in der Verfassungsurkunde stehen oder nicht.“^{145 146}

Nachdem Benz – wie bereits erwähnt – zwar betont, dass der Verfassungsstaat nicht notwendigerweise demokratisch sein muss, allerdings Fenske – wie bereits erläutert – hervorhebt, dass in einem Verfassungsstaat die Macht der verschiedenen politischen Organe beschränkt ist, den Bürgern ein Schutz ihrer Rechte garantiert wird und ein gewisses Maß an Mitbestimmung seitens des Volkes vorhanden sein muss – was Benz

¹⁴² Auf die Etablierung des Verfassungsstaates in Österreich 1848 wird in Kapitel 2 dieser Arbeit expliziter eingegangen.

¹⁴³ Vgl. Benz, Arthur 2008: Der moderne Staat, a.a.O., S. 134.

¹⁴⁴ Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf 2005: Lexikon der Politikwissenschaft., a.a.O., S. 1065.

¹⁴⁵ Ebenda.

¹⁴⁶ Vgl. Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf 2005: Lexikon der Politikwissenschaft., a.a.O., S. 1065.

wiederum als typische Faktoren eines demokratischen Staates betrachtet¹⁴⁷ – geht der Autor von einer rechtsstaatlichen Verfassung mit demokratischen Elementen als Basis für den modernen Verfassungsstaat aus.

Rechtsstaatliche Verfassungen mit demokratischen Elementen formen also die Basis eines politischen Systems und bestimmen die Gruppe von Personen, „[...] die an politischen Entscheidungen beteiligt und die als Träger von legitimer staatlicher Macht zur Ausübung von Ämtern und Führungspositionen befugt sind.“¹⁴⁸ Des Weiteren bildet eine moderne rechtsstaatliche Verfassung mit demokratischen Elementen Institutionen und beeinflusst das Zusammenspiel der staatlichen Gewalten in den drei Bereichen von Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (rechtsprechende Gewalt). Eine Verfassung legt die Kompetenzen und das Prozedere politischer Willens- und Entscheidungsbildung fest und bestimmt somit die Position bzw. die Interaktion sowie die Teilung von Gewalten.

Eine weitere wichtige Funktion betrifft die Legitimierung einer Verfassung bzw. einer Herrschaftsordnung. Sofern eine Verfassung legitimiert ist, wird diese als eine gerechte und somit als legitime politische Ordnung akzeptiert. „Die Verfassung kann eine politische Ordnung dadurch legitimieren, daß sie auf den Ursprung und die besonderen Umstände ihrer Gründung zurückverweist.“¹⁴⁹ So hat „we the people“, also das Volk 1787 die Etablierung einer amerikanischen Verfassung beschlossen, die als verbindliches Recht für das Volk gelten sollte. In diesem Fall, wie auch beim Grundgesetz des wiedervereinigten Deutschland 1990, ist das Volk jene Institution, die sich eine Verfassung gibt und die neue Ordnung legitimiert. Jedoch ist die vollständige Legitimation einer politischen Ordnung noch nicht dadurch gegeben, dass in der Verfassung das Volk ein einziges Mal als verfassungsgebende Institution erwähnt wird: Von weit wichtigerer Bedeutung ist die Tatsache, dass über eine große Epoche eine Verfassung die Ordnung eines Staates als Basis staatlicher Ordnung ausmacht und von der Bevölkerung auch anerkannt wird, denn eine Verfassung ist die Basis der Vorstellungen und Werte sowie der Anerkennung einer Gesellschaft im Hinblick auf Politik. Sofern sich Verfassungen über eine längere Zeit halten und von der Bevölkerung akzeptiert werden, fördern diese das Zusammengehörigkeitsgefühl eines Gemeinwesens und deren Identitätsbewusstsein.

¹⁴⁷ Vgl. Benz, Arthur 2008: Der moderne Staat, a.a.O., S. 147/151–153.

¹⁴⁸ Vorländer, Hans 2009, a.a.O. S. 17.

¹⁴⁹ Ebenda.

Interessant ist aber auch die Tatsache, dass sowohl die amerikanische Verfassung als auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 oder von 1990 sowie das Bundesverfassungsgesetz Österreichs von 1920 nicht direkt durch das Volk – z.B. durch eine Volksabstimmung – unterzeichnet, sondern durch gewählte Organe, die das Volk repräsentierten, in Kraft gesetzt wurden, also nicht direkt durch das Volk.

Allerdings soll eine Verfassung nicht nur die Ordnung eines Staates, ihrer Organe bzw. staatlichen Behörden, Gewalten und das Prozedere auf Dauer etablieren, sondern sie soll die staatliche Macht beschränken. So müssen moderne Verfassungen eindeutige Grenzen gegen die unbeschränkte Ausübung politischer Macht ziehen und damit hoffen, einen breiten Freiraum für den Einzelnen sowie für den Kreis der am politischen Leben mitstimmenden Bürger zu schaffen. Die konstitutionelle Bewegung des 18. und 19. Jahrhunderts hatte das Anliegen, die nach Belieben geführte Herrschaft absoluter Monarchen zu beenden und ein ihnen übergeordnetes Recht einzuführen. Der wichtigste Beweggrund der liberalen und bürgerlichen Revolution war die Beschränkung der Souveränität des Herrschers sowie die Schaffung eines Bereiches freier, persönlicher, sozialer, politischer sowie wirtschaftlicher Aktivitäten der Bürger. Die Grundlage der Verfassung bildet die Garantie der Grundrechte. Die Vorrangsstellung der Verfassung auf normativer Ebene vor dem einfachen Gesetz verpflichtet den einfachen Gesetzgeber, das Parlament bzw. alle staatlichen Organe, nichtstaatlichen Organisationen sowie das Volk, sich an die Bestimmungen der Verfassung zu halten. Damit setzen moderne rechtsstaatliche Verfassungen mit demokratischen Elementen eine politische Ordnung fest, in der Macht und Herrschaft stark begrenzt wird. Wichtig ist natürlich, dass bei Auseinandersetzungen – z.B. wenn die Gewalten untereinander in Streit geraten oder die Grundrechte der Bürger oder Verfassungsbestimmungen verletzt werden – die Bestimmungen der Verfassung auch eingehalten werden. Die Verfassung muss also Institutionen zur Verfügung stellen, die diese Verfassungsbestimmungen durchsetzen bzw. in einem Streitfall (z.B. zwischen den Gewalten) einzuschreiten und den Konflikt zu lösen imstande ist. In diesen Angelegenheiten kommen für gewöhnlich Gerichte, meistens Verfassungsgerichte zum Tragen.¹⁵⁰

Bei den eben beschriebenen handelt es sich um die heutigen Idealvorstellungen über die Funktionen einer modernen Verfassung. Es muss selbstverständlich berücksichtigt werden, dass die erste Verfassung in Österreich, die Pillersdorfsche Verfassung 1848, aber auch die Staatsgrundgesetze 1867, nur zum Teil diesen Prinzipien entsprachen

¹⁵⁰ Vgl. Vorländer, Hans ³2009, a.a.O. S. 12–20.

bzw., dass gewisse Prinzipien, v.a. bzgl. der Verfassungswirklichkeit bei Grundrechten wie der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern (z.B. beim Wahlrecht) existierten, weswegen 1848 und 1867 aus heutiger Sicht von der Etablierung eines frühmodernen Verfassungsstaates in Österreich ausgegangen werden muss.

3 Die erste verfassungsstaatliche Periode auf Grundlage der Pillersdorfschen Verfassung von 1848 (1848 – 1849)

Dieses Kapitel widmet sich nun v.a. dem Willen eines größeren – insbesondere des bürgerlichen – Teiles der Bevölkerung zur Etablierung einer geschriebenen Verfassung für das Kaisertum Österreich zur Beschränkung der Macht des Kaisers und zur Aufhebung der vormärzlichen Freiheitenverbote. Auch auf die Bestimmungen der ersten Verfassung in Österreich sowie die Verfassungswirklichkeit soll eingegangen werden. Doch muss vorher geklärt werden, wie die Verfassungssituation vor der Märzrevolution 1848 ausgesehen hat.

3.1 Die Verfassung im „materiellen Sinn“ des „österreichischen“ Staates vor 1848

Vor 1848 konnte noch keine Rede von einem Verfassungsstaat sein: Es existierte keine Verfassung im formellen Sinn, also eine Urkunde oder eine Summe von systematisch vereinten Verfassungsgesetzen, in der bzw. in denen exakte Bestimmungen bzgl. der Staatsorganisation oder bzgl. irgendwelcher Grundrechte für die Bürger niedergeschrieben und für den Staat als bindendes Recht anerkannt worden waren.

Die wichtigsten Grundlagen auf verfassungsrechtlicher Ebene entstanden in unterschiedlichen Epochen und machten somit die Verfassung im „materiellen Sinn“ aus:

Der Monarch bzw. die Monarchin (also König von Ungarn und Böhmen sowie Erzherzog von Österreich etc.) der Habsburgischen Erbländer – bis auf Maria Theresia, die bekanntlich nie Regentin des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war – war von der Etablierung des modernen Staates bis zum Ende des Reiches 1806 immer der Kaiser desselben Reiches als alleiniger Herrschaftsträger. Er konnte seit dem starken Machtverlust der Stände durch die Maria-Theresianischen Reformen in den böhmisch-österreichischen- und in weiterer Folge den galizischen Ländern absolut regieren.

In den ungarischen Ländern wurden – wie bereits erwähnt – diese Zentralisierungsreformen bzgl. Staatsaufbau und Verwaltung und damit die Entmachtung der Stände bis auf kleinere Ausnahmen nicht durchgeführt. Im Krönungseid sowie im Inauguraldiplom musste der neue König seit 1687 schwören, dass er die Privilegien, Freiheiten und Rechte des Adels sowie die Gewohnheitsrechte

anerkennen werde. Doch zeigt sich auch in den ungarischen Ländern eine starke Machtstellung des Monarchen bzw. des Wiener Hofes. 1723 wurde die bedeutendste Regierungsbehörde des Königreichs Ungarn, der „Ungarisch-königliche Statthaltereirat“, ein Gremium, welches vom Monarchen berufen worden war, konstituiert und wirkte bis 1848 praktisch als Regierung Ungarns. Die Innenpolitik Ungarns wurde – unter Aufsicht einer vom Monarchen ernannten, faktisch allerdings eher bedeutungslosen Versammlung – durch die mehrheitlich ständischen Amtsträger der sog. „Komitate“, der regionalen Verwaltungseinheiten, welche autonom waren und Statute erlassen konnten, ausgeübt, während die Außen-, Finanz- und Militärpolitik für die gesamte Monarchie von großer Bedeutung war und somit gemeinsam mit dem Schul- und Justizwesen vom königlichen Hof in Wien gestaltet wurde. Des Weiteren war es dem Monarchen möglich das wichtigste Gremium der ungarischen Stände bzw. der Komitate, den ungarischen „Landtag“¹⁵¹ aufzulösen. In der Regel regierten die Monarchen gemäß der traditionellen ungarischen Herrschaftsordnung mit den „Landtagen“, da damit innenpolitische Stabilität in den Komitaten und somit bei den Ständen erreicht werden konnte, allerdings löste Maria Theresia den „Landtag“ 1764 auf und berief diesen während ihrer Zeit als Königin von Ungarn auch nicht mehr wieder ein, nachdem dieser keine Anteil an den öffentlichen Ausgaben übernehmen wollte. Allerdings beließ Maria Theresia Ungarn seinen Sonderstatus bzw. gab den Ständen auf innenpolitischer- bzw. auf Verwaltungsebene mehr Macht (So überließ die Monarchin den Ständen die Verwaltung in den Komitaten und diese wurden auf drei Jahre gewählt. 1780 stellten die Stände 4.400 Beamte, während die Zahl der königlichen Beamten nur 2.800 betrug¹⁵²).

Nachdem Versuche Josephs II. gescheitert waren, in der Habsburgermonarchie eine zentrale Regierung einzuführen, setzte Leopold II., der den „Landtag“ erstmals nach dessen Auflösung 1764 wieder einberief, 1791 Gesetze in Kraft, die bestimmten, dass die Gesetzgebung in Ungarn nur von König und dem „Landtag“ getragen werden durfte und Ungarn souverän war. Ferner gab Leopold den Ständen die Zusage, die Geschicke Ungarns nicht mittels Verordnungen und Patenten (also vom Kaiser oder seiner Verwaltung erlassenen gesetzlichen Bestimmungen ohne Mitbestimmung der Stände) zu lenken. Allerdings löste Franz I., Kaiser des 1804 begründeten Kaisertums Österreich und König von Ungarn, ebenfalls 1812 den ungarischen „Landtag“ auf,

¹⁵¹ Hier wird der Begriff „Landtag“ unter Anführungszeichen gesetzt, da es sich nicht um moderne, gewählte Landtage handelt, sondern um altständisch geprägte (ohne Bürger).

¹⁵² Vgl. *Bérenger*, Jean 1995: Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918. Wien/Köln/Weimar, S. 482.

nachdem dieser sich geweigert hatte, angesichts eines herannahenden „Staats“bankrotts 1811/12 einem Patent des Kaisers und Königs bzgl. der Entwertung des Geldes zuzustimmen. Erst 1825 ließ der Monarch den „Landtag“ „[...] unter dem Eindruck einer sich in den 1820er Jahren verändernden europäischen Mächtekonstellation (liberaler Westen mit Frankreich und England versus konservativer Osten mit Russland, Preußen und Österreich)“¹⁵³ sowie des Aufkommens nationalistischen Gedankengutes – insbesondere bei den zahlenmäßig geringeren Nationalitäten der Monarchie – wieder versammeln.¹⁵⁴

Es ist also deutlich zu erkennen, dass der Monarch in den böhmisch-österreichisch-galizischen Ländern (ab 1815 auch in Lombardo-Venetien) absolut regieren konnte und in Ungarn bzw. den ungarischen Ländern gegenüber den Ständen eine große Macht besaß bzw. zwischen 1764 und 1848 40 Jahre lang ohne den ständischen ungarischen „Landtag“ regieren konnte. Die Tatsache, dass in den autonomen Komitaten die Stände die Verwaltung führten, zeigt allerdings auch, dass der König ohne die Stände nicht regieren konnte.

Die vermeintlich absolut geführten Länder (also die österreichischen Länder, Böhmen, Mähren und Schlesien bzw. „Österreichisch-Schlesien“ – die galizischen Länder gehörten nicht zum Heiligen Römischen Reich) waren bis 1806 Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und somit konnte der Monarch theoretisch nicht vollsouverän agieren. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das bis zur Niederlegung der deutschen Kaiserkrone durch Kaiser Franz II. (von 1804 bis 1835 Kaiser Franz I. von Österreich) am 06. 08. 1806 existierte¹⁵⁵, beruhte auf dem Lehnswesen. Der Kaiser war der oberste Lehnsherr und damit auch an der Spitze eines Personenverbandes, „[...] bei dem die Verfügung über Land und Leute, Güter und Herrschaftsrechte mit einer persönlichen Treuebeziehung zwischen Herrn und Vasallen verknüpft [...]“¹⁵⁶ war. Dabei genossen die Landesherren weitreichende Autonomie. Dies formulierte der renommierte Reichsverfassungsrechtler Johann Jacob Moser 1774 wie folgt: Der Vasall als Landesherr „’nutzet sein Lehen [...] wie er will; schaltet und

¹⁵³ Hauszmann, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 155.

¹⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 124–128 sowie 149–155; Vgl. Péter, László 2000: Die Verfassungsentwicklung in Ungarn. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, a.a.O., S. 244–245/251.

¹⁵⁵ Vgl. Durchhardt, Heinz 1991: Deutsche Verfassungsgeschichte 1495–1806. Stuttgart/Berlin/Köln, S. 239.

¹⁵⁶ Stollberg-Rilinger, Barbara 2006: Das Reich als Lehnssystem. In: Schilling, Heinz/Heun, Werner/Götzmann, Jutta (Hrsg.): Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 962 bis 1806. Altes Reich und neue Staaten 1495 bis 1806. Essays, Bd. 2. Dresden, S. 55–67, hier: S. 57.

waltet auch sonst damit nach Gefallen’¹⁵⁷, sofern seine Handlungen dem Reich und dem Kaiser nicht schadeten.¹⁵⁸ Von einem mächtigen Kaiser kann allerdings im 18. Jahrhundert keine Rede sein. Zwar war der Kaiser Reichsoberhaupt und vertrat das Reich nach außen, doch konnte er die Exekution der Reichsgesetze erst ausüben, nachdem die Reichsstände bzw. die Landesherren den Entwürfen zugestimmt hatten.¹⁵⁹ Auf der anderen Seite besaß der Kaiser in der Gesetzgebung ein absolutes Veto und seit 1530 wurden Reichsgesetze in den habsburgischen Ländern nur dann in Kraft gesetzt, wenn der Landesfürst/Monarch diese billigte.¹⁶⁰

Es ist also zu sehen, dass der Monarch in den böhmisch-österreichischen Verwaltungsgebieten, die zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörten theoretisch absolut und vollsouverän regieren konnte, solange er dem Kaiser und dem Reich nicht schadete. Bis auf Maria Theresia war der Monarch der Habsburgischen Erbländer – zur Zeit der Existenz des absolutistischen Staates – auch Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, allerdings war Maria Theresia die Gemahlin Kaiser Franz Stephans I. und die Mutter Kaiser Josephs I. Mit dieser Verbindung zwischen Kaiser des Heiligen Römischen Reiches und Monarch der Habsburgischen Länder, der Tatsache, dass der Kaiser in der Gesetzgebung ein absolutes Veto besaß und der Monarch der habsburgischen Länder seit 1530 einem Reichsgesetz erst zustimmen musste, ist auch die absolute und vollsouveräne Regierungsweise im österreichischen Staat bzw. in den deutschen Gebieten desselben in der Verfassungswirklichkeit zu erkennen.

Mit dieser Mitgliedschaft im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation besaß der Monarch sog. „Reichsprivilegien“, zu denen insbesondere die „Österreichischen Freiheitsbriefe“ gehörten, bei denen es sich um fünf unter der Triebfeder Herzog Rudolfs IV. 1358/59 gefälschten und illegal teilweise veränderten Urkunden¹⁶¹ handelt. Bei der ersten Urkunde handelt es sich um ein Privileg König Heinrichs IV.¹⁶² vom 04. 10. 1058, in dem zwei Urkunden, die von römischen Kaisern verliehen worden sind,

¹⁵⁷ *Stollberg-Rilinger*, Barbara 2006: Das Reich als Lehnssystem, a.a.O., S. 59. Zit n. *Moser*, Johann Jacob 1774: Von der Teutschen Lehens-Verfassung. Nach denen Reichs-Gesezen und dem Reichs-Herkommen, wie auch aus denen Teutschen Staats-Rechts-Lehrern, und eigener Erfahrung. Frankfurt/Leipzig, S. 349ff.

¹⁵⁸ Vgl. *Stollberg-Rilinger*, Barbara 2006: Das Reich als Lehnssystem, a.a.O., S. 57–59.

¹⁵⁹ Vgl. *Mraz*, Gottfried 1993: Österreich und das Reich 1804–1806. Ende und Vollendung. Wien, S. 10.

¹⁶⁰ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 107/109.

¹⁶¹ Rudolf IV. veränderte und fälschte Rechtsurkunden, um seine Position innerhalb des Reiches zu erhöhen, nachdem der Herzog von Österreich, der er seit 1358 war, in der „Goldenen Bulle“ von 1356, nicht die Kurfürstenwürde erhielt und somit nicht wahlberechtigt war bei der Wahl zum König des Reiches.

¹⁶² Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 53/73.

bestätigt werden. In diesen steht geschrieben, dass Julius Caesar seinen Onkel mit dem „Land der östlichen Seite“¹⁶³ belehnt. Des Weiteren sollte kein anderer Herrscher über ihm existieren und ohne ihn dürfe es zu keinem Beschluss kommen. Die zweite bestätigte Urkunde besagt, dass „jenes östliche Land“¹⁶⁴ aufgrund des Willens Kaiser Neros keine Abgaben an das Römische Imperium zahlen müsse.

Die zweite – zu den Österreichischen Freiheitsbriefen zugehörige – Urkunde ist eine erweiterte Version des „Privilegium Minus“ vom 17. 09. 1156. Hierbei handelt es sich um die Formulierungen in der Originalurkunde¹⁶⁵, welche die Markgrafschaft Österreich zu einem selbstständigen Herzogtum erhob, die weibliche Nachfolge gewährleistete und dem Herzog das Recht einräumte, bei Kinderlosigkeit über die Nachfolge zu entscheiden. Außerdem musste der Herzog nur an Reichstagen im benachbarten Bayern teilnehmen und ihm blieb die alleinige Gerichtsbarkeit vorbehalten.¹⁶⁶ Rudolf IV. erweiterte allerdings die Bestimmungen, indem für ihn der Titel „Pfalzerzherzog“ vorgesehen war. Ferner sollte dieser Pfalzerzherzog, und nicht mehr der Kaiser, die oberste Lehenshoheit in den österreichischen Ländern besitzen¹⁶⁷ und Bestimmungen des Pfalzerzherzogs durften nicht einmal vom Kaiser aufgehoben werden. Auch die Unteilbarkeit der Länder wurde hier vorgeschrieben.

In der dritten Urkunde dieses Komplexes soll König Heinrich VII. dem Babenbergerherzog Leopold VI. am 24. 08. 1228 diese Sonderrechte gebilligt und ihm noch weitere, wie z.B. jene, das Lehen zu Pferd entgegenzunehmen, gewährt haben.

Kaiser Friedrich II. soll im Juni 1245 das verfälschte „Privilegium Minus“ bestätigt und dieses noch durch weitere Rechte erweitert haben, wie z.B. dass die Lehensleute und jene Einwohner in Österreich, die Besitzrechte hatten, ausschließlich dem Herzog sowie seinem Stellvertreter Folge leisten durften. In der letzten vermeintlichen Urkunde garantierte König Rudolf I. am 11. 06. 1283 seinen Söhnen Rudolf II. und Albrecht

¹⁶³ Insertion des „Caesardiplotms“ in den Freiheitsbrief Kaiser Heinrichs IV., 4. Oktober 1058. In: Hoke, Rudolf/Reiter, Ilse (Hrsg.) 1993: Quellensammlung zur österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte. Vornehmlich für den Studienggebrauch. Wien/Köln/Weimar, S. 120.

¹⁶⁴ Insertion des „Nerodiploms“ in den Freiheitsbrief Kaiser Heinrichs IV., 4. Oktober 1058. In: Hoke, Rudolf/Reiter, Ilse (Hrsg.) 1993: Quellensammlung zur österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte, ebenda.

¹⁶⁵ Vgl. *Niederstätter*, Alois 2001, 2004: Die Herrschaft Österreich. Fürst und Land im Spätmittelalter. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 6: 1278–1411. Wien, S. 147.

¹⁶⁶ Vgl. *Dopsch*, Heinz/*Brunner*, Karl/*Weltin*, Maximilian 1999: Die Länder und das Reich. Der Ostalpenraum im Hochmittelalter. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 5: 1122–1278. Wien, S. 139.

¹⁶⁷ Vgl. *Kleindel*, Walter 1978: Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur. Wien/Heidelberg, S. 44.

„[...] alle Urkunden, die ihren Ländern von heidnischen und christlichen Königen und Kaisern verliehen wurden.“^{168 169}

Diese Österreichischen Freiheitsbriefe wurden schließlich 1453 zu Reichsrecht erklärt und mehrfach bestätigt, wie z.B. von Kaiser Karl V. 1530 sowie durch Kaiser Karl VI. 1729.

Zu diesen bereits im Mittelalter für die Habsburgischen Länder innerhalb des Reiches geltenden Herrschaftsgrundlagen kamen noch weitere Verfassungsgrundlagen, sog. „Hausgesetze“ oder „Hausverträge“ hinzu: Darunter befanden sich laut Brauneder testamentarische Bestimmungen, wie z.B. das Kodizil von Kaiser Ferdinand I. von 1554, welches schließlich Herrschaftsteilung¹⁷⁰ 1564 brachte sowie das Testament von 1621 und das Kodizil 1635 von Kaiser Ferdinand II., in denen der Kaiser versuchte, eine Primogeniturerbfolge¹⁷¹ zu etablieren. Des Weiteren existierten Herrschaftsverträge, wie z.B. 1602 bzgl. der Berufung eines „Gubernators“ für die „Oberösterreichische Ländergruppe“ (Tirol und Vorderösterreich).

Der wichtigste Hausvertrag, der gleichzeitig eines der wichtigsten Grundgesetze der Monarchie bis 1918 ausmachte, war die „Pragmatische Sanktion“ von 1713, die von Kaiser Karl VI. verlautbart wurde. Diese sah die Unteilbarkeit der Habsburgischen Länder vor und richtete die Position eines Regenten in einer Länderunion ein. Weiters wurde die Primogeniturerbfolge im Mannesstamm bestätigt. Sofern kein männlicher Nachfolger vorhanden war, sollte die Monarchenwürde „ auf die [e]helich hinterlassende Tochter, allzeit nach Ordnung und Recht der [P]rimogenitur“¹⁷² fallen. Da der älteste Sohn Karls VI., Leopold, 1716 starb und der Kaiser vier Töchter hatte, wurde die Pragmatische Sanktion in den folgenden Jahren von den Landständen der Monarchie bestätigt und 1732 erfolgte schließlich die Reichsgarantie. Da mit Karl VI. das Haus Habsburg im Mannesstamm erlosch, folgte schließlich 1740 Maria Theresia Karl VI. nach.

¹⁶⁸ *Niederstätter*, Alois 2001, 2004: Die Herrschaft Österreich. Fürst und Land im Spätmittelalter, a.a.O., S. 149.

¹⁶⁹ Vgl. ebenda., S. 147–149.

¹⁷⁰ Hierbei handelt es sich um eine Erbteilung der Monarchie in drei Teile: „Innerösterreich“ (Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland), „Tirol und Vorlande“ sowie „Österreich (ob und unter der Enns), Böhmen und Ungarn“. In: Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 71.

¹⁷¹ In den österreichischen Erbländern existierte zwar eine Erbmonarchie, aber in Böhmen bis 1627 sowie in Ungarn bis 1687 eine Wahlmonarchie, anschließend eine Erbmonarchie. In: Vgl. *Lehner*, Oskar 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 120.

¹⁷² Sanctio Pragmatica. Über die Erbfolge des Durchlauchtigsten Erz-Hauses Oesterreich 1713. In: Fischer, Heinz/Silvestri, Gerhard (Hrsg.) 1970: Texte zur österreichischen Verfassungs-Geschichte. Von der Pragmatischen Sanktion zur Bundesverfassung (1713–1966). Wien, S. 2.

Sehr wichtig bzgl. Verfassungssituation ist neben diesen Rechten auch noch das „Organisationsrecht der Zentralbehörden“. „[D]eren Weisungen [regelten] Kompetenzen, Willensbildung und anwendbares Recht [...]“.“¹⁷³

Neben den gerade erwähnten Urkunden, also den Reichsprivilegien, v.a. den Österreichischen Freiheitsbriefen, den privatfürstlichen Hausverträgen, insbesondere der Pragmatischen Sanktion, sowie dem Organisationsrecht der Zentralbehörden, die die Verfassung im „materiellen Sinn“ ausmachten, existierten ab dem 19. Jahrhundert noch weitere schriftliche Urkunden: Zunächst das Patent vom 11. 08. 1804 bezüglich des Titels „Kaiser von Österreich“, den Franz II. des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nun führte. Hiemit erhielt die Länder der Habsburgermonarchie mit allen Besitzungen der Habsburger den Namen: „Kaisertum Österreich“. Diese Annahme der Kaiserwürde ist als Aufstieg des Monarchen zu verstehen, denn bisher war der Monarch nicht mit einem einheitlichen Titel ausgestattet gewesen. Als wichtigster Auslöser für diese Rangerhöhung gilt die Ernennung Napoléons zu Kaiser Napoléon I., die Tatsache, dass auch der russische Monarch den Titel „Kaiser“ bzw. „Zar“ trug und die Befürchtung, dass die Kaiserwürde im Heiligen Römischen Reich eine andere Dynastie übernehmen könnte.

Eine zweite wichtige verfassungsmäßige Grundlage kam mit dem Patent vom 06. 08. 1806 hinzu: Hier wurde die Existenz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation für beendet und die früheren Reichsterritorien wurden für unabhängig erklärt. Des Weiteren müssen noch „Einzelbestimmungen in Allgemeinen Gesetzen über den Staatszweck, die Stellung des Monarchen und die ‚angeborenen Rechte‘ der Staatsbürger.“¹⁷⁴ zur Verfassungssituation hinzugezählt werden.¹⁷⁵

Während nun diese verfassungsrechtlichen Grundlagen für sämtliche Länder der Habsburgermonarchie bzw. länderübergreifend galten, existierten für einzelne Länder auch spezifische Gesetzesgrundlagen: So erließ Kaiser Franz I. – gemäß Artikel 13¹⁷⁶ der Deutschen Bundesakte, der Gesetzesgrundlage des Deutschen Bundes, – ständische Landesordnungen für Tirol 1816, Galizien 1817, Krain 1818 sowie Salzburg 1826. Allerdings hatte der Kaiser das absolute Besteuerungsrecht, während die Landstände nur ihre Beamten selbst bestimmen durften.¹⁷⁷

¹⁷³ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 73.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 91.

¹⁷⁵ Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 53/69–73 sowie 91.

¹⁷⁶ Vgl. Artikel 13 der Deutschen Bundesakte vom 8ten Juni 1815: <http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/que/normal/que814.pdf> (15. 04. 2010).

¹⁷⁷ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 166.

Entscheidend für den Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 sowie für die Verfassungssituation danach war die Mitgliedschaft der ehemals zum Heiligen Römischen Reich gehörigen Länder des Kaisertums Österreich im Nachfolger des Reiches, dem Deutschen Bund zwischen 1815 und 1866: Der Deutsche Bund bestand ohne einen Kaiser aus 37 souveränen Fürsten der deutschen Staaten (das Kaisertum Österreich und Preußen, die stärksten Mächte dieses Bundes nur mit ihren „deutschen“ Gebieten) sowie vier freien Städten bzw. Stadtstaaten. Dieser war in der Rechts- bzw. Verfassungstheorie sowie in der Praxis ein lockeres politisches und defensives militärisches Bündnis der deutschen Staaten sowie der freien Städte. Aber nicht nur die Bewahrung der inneren und äußeren Sicherheit der deutschen Staaten, sondern auch deren Souveränität und Unantastbarkeit waren wichtige Faktoren, die den Zielen des Bundes entsprachen. Als oberste Behörde des Bundes fungierte der „Bundestag“, der – unter dem Vorsitz Österreichs bzw. des Kaisertums – aus Vertretern der Bundesstaaten zusammengesetzt war. „Die Gliedstaaten [waren theoretisch] voll souverän nur gegenüber ihren Untertanen, nicht gegenüber dem Bund, aus dem sie nicht austreten d[urften] und dessen Mehrheitsbeschlüsse für sie bindend [waren].“¹⁷⁸ Der Bund konnte zwar die Regierungen der Mitgliedstaaten militärisch dazu zwingen, dass die Einzelstaaten der Rechtsordnung des Bundes Folge leisteten (Bundesexekution), allerdings „[...] bedurften [Gesetze des Bundes] zu ihrer Wirksamkeit jedoch der Publikation in den einzelnen Staaten.“¹⁷⁹ ¹⁸⁰ Damit ist eindeutig die Dürftigkeit der Kompetenzen des Bundes gegenüber seinen Staaten erwiesen. Des Weiteren zeigt sich in der Rechtspraxis, dass ein militärischer Einsatz ausschließlich gegen das Kaisertum oder gegen Preußen unmöglich war, da die beiden Mitgliedsländer militärisch die stärksten des Bundes waren. Das Kaisertum rekrutierte von zehn Armeekorps des Bundesheeres drei, Preußen ebenfalls drei, Bayern ein Armeekorps und die weiteren deutschen Klein- und Mittelstaaten konnten insgesamt drei Armeekorps stellen. Des Weiteren mussten die Gliedstaaten je nach der Höhe ihrer Bevölkerungsanzahl Soldaten stellen. Das Kaisertum und Preußen hatten die meisten Einwohner und somit von der Anzahl an Soldaten her die stärksten Truppen. Außerdem konnten das Kaisertum und Preußen auch außerhalb des Bundesheeres Truppen stellen. Eine Bundesexekution wurde in der Verfassungswirklichkeit v.a. gegen Klein- und Mittelstaaten gefällt, aber

¹⁷⁸ O.A. ³²1998: Der Große Ploetz., a.a.O., S. 841.

¹⁷⁹ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 170.

¹⁸⁰ Vgl. Angelow, Jürgen 2003: Der Deutsche Bund. Darmstadt, S. 1/7–9; Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 170; Vgl. o.A. ³²1998: Der Große Ploetz., a.a.O., S. 840–841.

nicht gegen die zwei großen Staaten. 1866 allerdings fällt das Kaisertum gegen Preußen eine Bundesexekution, nachdem dieses sich widerrechtlich das vom Kaisertum besetzte Holstein angeeignet hatte¹⁸¹. Die Auseinandersetzung führte schließlich zum Deutschen Krieg und in der Folge zur Auflösung des Deutschen Bundes¹⁸².

Es ist also klar zu erkennen, dass der böhmisch-österreichisch-galizische-lombardovenetische Staat innerhalb seiner „deutschen Gebieten“ (also die österreichischen Länder, Böhmen, Mähren und Schlesien) theoretisch nahezu vollsouverän war, aufgrund der Mitgliedschaft zum Deutschen Bund bis 1866 in der Verfassungstheorie jedoch nicht vollkommen unabhängig existierte. Allerdings konnte der Kaiser aufgrund der Position des Kaisertums im Bund mit dem Vorsitz im Bundestag, dessen militärischer Stärke und der Tatsache, dass ein militärisches Vorgehen sich in der Verfassungswirklichkeit v.a. gegen Mittel- und Kleinstaaten des Bundes richtete, in der Praxis absolut regieren und dem Staat war es möglich vollsouverän zu agieren.

Diese absolute Regierungsform wurde bis zur Märzrevolution 1848 mittels Unterdrückung und Repression aufrechterhalten.

3.2 Die Wiener Märzrevolution 1848

Die Periode zwischen dem Wiener Kongress 1815 und der Märzrevolution 1848 war geprägt von der repressionsartigen „Aufrechterhaltung für Ruhe und Ordnung“¹⁸³ im Staat durch das „Metternichsche System“. Der Kaiser sowie die adelige politische Elite sahen diese Ordnung in Gefahr, da sich immer nachdrücklicher das Gedankengut der Französischen Revolution sowie jenes des Liberalismus verbreitete. Letzterer forderte eine Teilnahme der Bevölkerung an der Regierung. Zudem erwachte sowohl bei der nichtdeutschen als auch bei der deutschen Bevölkerung ein Nationalismusgefühl. Staatskanzler Metternich sollte für die innere Ordnung innerhalb des Gebietes der Monarchie sorgen und bediente sich eines breiten Polizei- und Spitzelsystems. Jede öffentliche politische Erregung wurde durch sein umfangreiches Netzwerk an Spitzeln

¹⁸¹ In Kapitel 4.1 dieser Arbeit wird der Konflikt zwischen dem Kaisertum und Preußen näher beschrieben. Unter anderem die Tatsache, dass es sich bei der Besetzung von Holstein um eine Ausnahmesituation bzw. Provokation Preußens gegen das Kaisertum handelte: Bismarck wollte den Ausschluss des Kaisertums aus dem Deutschen Bund erreichen und arbeitete bereits an einer Zukunft Deutschlands ohne das Kaisertum. Auch die Bundesexekution gegen Preußen muss somit als ursprünglich im Bund für nicht möglich gehaltenes Szenario verstanden werden.

¹⁸² Vgl. Siemann, Wolfram 1995: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871. München, S. 327–328.

¹⁸³ Buchmann, Bertrand Michael 2003: Kaisertum und Doppelmonarchie. In: O.A.: Geschichte Österreichs, Bd. 5. Wien, S. 43.

und Agenten unterbunden, jede größere Versammlung von Menschen und die freie Meinungsäußerung waren verboten. Auch der gesamte Briefverkehr der Monarchie wurde von der Geheimen Ziffernkanzlei überwacht. Auch existierte keine Pressefreiheit. Das Metternichsche System verursachte insbesondere den Unmut unter zwei Bevölkerungsschichten: Einerseits des Bürgertums, das nach mehr Einfluss auf das politische Geschehen strebte und bürgerliche Freiheiten verlangte sowie andererseits die „arbeitende Bevölkerung“, die durch die verstärkte Industrialisierung unter – nach heutigem Maßstab – unmenschlichen Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeitszeit zwischen 12 und 14 Stunden pro Tag) litt.¹⁸⁴ Weitere Gründe für eine Revolution bildeten die Tatsachen, dass seit der Thronübernahme des chronisch kranken Kaiser Ferdinands I. 1835 das Kaisertum unter einem Führungsdefizit litt, die Regierung mittels Anleihen das Geld entwertete und die Nationalbewegungen eine immer radikalere ideologische Ausrichtung erfuhren. Des Weiteren kam es wegen Missernten und Wirtschaftskrisen zu Arbeiterrevolten und Hungersnöten und die Stände beanspruchten mehr Unabhängigkeit von Wien. Vor allem seitens der bürgerlichen Bevölkerung wurde der Ruf nach einer Verfassung, die die absolutistische Macht des Kaisers beschränken und den Bürgern mehr politische Partizipation sowie bürgerliche Freiheiten gewähren sollte, immer lauter. Es bedurfte eigentlich nur noch eines unmittelbaren Anlasses, um eine Revolution in Gang zu bringen.¹⁸⁵

Den ersten Anstoß für die liberale Opposition bewirkte weniger die Februarevolution in Frankreich, die zur Niederlegung der Königswürde durch König Louis Philippe I. führte¹⁸⁶, sondern ein Bericht der Nationalbank vom 05. 03. 1848, in dem die Schulden der Monarchie auf 81 Mio. Gulden angegeben wurden. Allerdings handelte es sich bei dieser Zahl nur um eine Schätzung, die tatsächlichen Schulden waren um ein Vielfaches höher. Des Weiteren war klar, dass das Bankhaus Rotschild, das in diesen Situationen normalerweise Hilfe leistete, die Regierung nicht mehr unterstützte, woraufhin die Kunden reihenweise in den Banken ihr Vermögen abhoben. Infolgedessen sanken die Börsenkurse. Am 13. 03. 1848 sollten sich die niederösterreichischen Stände als Reaktion auf die Unruhen mit der Tage zuvor verfassten politischen Erklärung des liberalen deutschen Besitz- und Bildungsbürgertums beschäftigen. In dieser wurde aber

¹⁸⁴ Vgl. *Buchmann*, Bertrand Michael 2003: Kaisertum und Doppelmonarchie, a.a.O., S. 42–43; Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 194–198.

¹⁸⁵ Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.): Österreichische Geschichte, Bd. 10: 1804–1914. Wien, S. 261; Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 199.

¹⁸⁶ Vgl. *Mommsen*, Wolfgang J. 1998: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849. Frankfurt am Main, S. 106–107.

nicht auf die sozialen Probleme der Bauern und Arbeiter eingegangen. Es wurden vielmehr nur sehr bescheidene Forderungen zur politischen Partizipation des Bürgertums gestellt. Die Studenten allerdings verlangten weiterreichende Reformen. Deswegen fassten sie eine Studentenpetition ab, in der sie nach Gewissensfreiheit, Pressefreiheit sowie Lehr- und Lernfreiheit riefen. Nachdem der Studentenfarrer Anton Fürster eine Predigt gehalten hatte, drangen die Studenten in die Universität ein und waren gewillt ihren Marsch Richtung Hofburg fortzusetzen, allerdings verwarfen sie diese Idee, nachdem zwei Professoren der Regierung die Studentenpetition im Namen der Universität überreichen wollten. Am 13. 03. 1848 brach schließlich die Revolution aus. An diesem Tag sollte – wie bereits erwähnt – der niederösterreichische „Landtag“ bzw. sollten die Landstände über die politische Lage beraten und weit mehr Menschen als üblich strömten zum Kauf und Verkauf aus den Vorstädten herbei. Zwar war die Wiener Garnison, die 10.000 Mann betrug, mit scharfer Munition ausgestattet und auf den Basteien waren die Artilleriestellungen bemannt, doch wurden die Stadttore nicht geschlossen. Somit war es möglich geworden, dass sich große Menschenmassen in den Morgenstunden des 13. 03. rund um das niederösterreichische Landhaus in der Herrengasse versammelten. Diese stürmten in den Hof des Landhauses. Allerdings stoben diese fluchtartig wieder auseinander, nachdem Erzherzog Albrecht auf die Demonstranten schießen ließ und fünf Menschen getötet wurden. Als Reaktion auf die Schüsse kam es nun zu einem Arbeiteraufstand in den Vorstädten: „Fabriken wurden zerstört, Geschäfte geplündert und die [...] Linienämter, durch deren Besteuerung sich die Lebensmittel verteuerten, wurden attackiert.“¹⁸⁷ Aufgrund dieser Unruhen, ging der Hof auf die Forderungen der Revolutionäre ein: Noch am selben Tag fügte sich die Regierung, Metternich trat zurück und verließ Österreich Richtung England. Ferner wurde die Pressefreiheit gewährt, die Soldaten zogen sich aus der Stadt zurück und Ferdinand I. versicherte den Bürgern, eine Verfassung zu gewähren.

Am 25. 04. 1848 wurde die vom Innenminister und späteren Ministerpräsidenten Franz von Pillersdorf ausgearbeitete „Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“ bzw. „Pillersdorfsche Verfassung“ in Kraft gesetzt.¹⁸⁸

¹⁸⁷ *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 199.

¹⁸⁸ Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 276–279; Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 199.

3.3 Die Bestimmungen der Pillersdorfschen Verfassung („Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“) 1848

Die „Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“ bildete mit ihren 59 Paragraphen die Grundlage für den Verfassungsstaat und wurde für die Länder diesseits der Leitha, also Cisleithaniens bzw. des österreichischen Staates erlassen. Laut Verfassung umfasste der Geltungsbereich der Verfassung [„[...] die Königreiche Böhmen, Galizien, Lodomerien mit Auschwitz und Zator und der Bucovina, Illyrien (bestehend aus den Herzogthümern Kärnthen und Krain und dem Gubernial-Gebiete des Küstenlandes), [...] das Königreich Dalmatien, [...] das Erzherzogthum Oesterreich ob und unter der Enns, die Herzogthümer Salzburg, Steiermark, Ober- und Nieder-Schlesien, das Markgrathum Mähren, die gefürstete Grafschaft Tyrol mit Vorarlberg“¹⁸⁹] ¹⁹⁰, also in jenen Gebieten der Monarchie, wo der Staat tatsächlich existierte. Dieses Gesetzeswerk sah für diese Länder eine unauflösliche, konstitutionelle Monarchie vor¹⁹¹. In den ungarischen Ländern und Lombardo-Venetien besaß die Verfassung aufgrund der dort herrschenden Radikalisierung der revolutionären Strömungen keine Gültigkeit.¹⁹²

Das Königreich Ungarn erhielt bereits – als Resultat der dortigen Revolution – am 11. 04. 1848 eine eigene Verfassung, die den habsburgischen König mit einem ungarischen „Reichstag“ (auch „Landtag“ genannt) regieren ließ, der von jenen Bürgern (auch ohne Standeszugehörigkeit) auf drei Jahre gewählt wurde, die einen bestimmten Zensus zahlten.¹⁹³ Ungarn verblieb somit in Personalunion mit den übrigen Ländern des Kaisertums Österreich.

Laut österreichischer Regierung existierten somit innerhalb der Monarchie zwei „Verfassungen“. Doch beabsichtigte die Regierung darin, die Pillersdorfsche Verfassung als gesamtmonarchisches Gesetzeswerk und die ungarische als „Landesverfassung“ zu betrachten. Aufgrund der inhaltlich bestehenden Gleichrangigkeit galt die Pillersdorfsche Verfassung allerdings nicht in Ungarn. In Lombardo-Venetien galt weder die Pillersdorfsche Verfassung noch die ungarische

¹⁸⁹ § 2 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000145&zoom=2> (Politische Gesetz-Sammlung Ferdinand I./PGS 1848/49) (06. 06. 2010).

¹⁹⁰ Vgl. ebenda.

¹⁹¹ Vgl. § 1 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

¹⁹² Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 117.

¹⁹³ Vgl. Révész, László 2000: Der ungarische Reichstag 1848 bis 1918. Rechtliche Grundlagen und praktische Umsetzung. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 1007–1060, hier: S. 1007–1008/1018.

Verfassung. Laut österreichischer Sicht war der Geltungsbereich der Verfassung nicht deckungsgleich mit dem „Staatsgebiet“ der Monarchie. Somit steht im Titel sowie in § 1 der Begriff „österreichischer Kaiserstaat“. In § 2 wird der Geltungsbereich mit „hat auf folgende Länder des Kaiserreiches Anwendung“¹⁹⁴ umschrieben, in § 27 und 31–58 wird von „Monarchie“ gesprochen, in § 3 und 56 von den „einzelnen Provinzen“ bzw. „jeder Provinz“ und in § 54 von den „einzelnen Ländern“.

Aufgrund der realen politischen Situation bzw. v.a. der Tatsache, dass der Geltungsbereich der Pillersdorfschen Verfassung genau abgegrenzt war, muss allerdings innerhalb der Monarchie von zwei gleichgestellten konstitutionellen Verfassungen gesprochen werden, wobei Ungarn die Ansicht vertrat, dass zwei „Staaten“ existierten, die sich in einer Personalunion vereinten, da Ungarn ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung besaß.¹⁹⁵

Die Pillersdorfsche Verfassung wurde von Kaiser Ferdinand I. von Österreich oktroyiert, also ohne Beteiligung einer Volksvertretung in Kraft gesetzt, womit deutlich zu erkennen ist, dass der Kaiser alleine der Träger der Souveränität war.¹⁹⁶

Im folgenden Unterkapitel soll nun die Verfassungstheorie, also die auf dem Papier festgehaltenen Bestimmungen dieser Verfassungsurkunde erörtert werden, welche die Beschränkung der Macht des Kaisers und die Errichtung eines Reichstages sowie bürgerliche Rechte für die Staatsbürger und die Nichtstaatsbürger vorsahen, aber auch Bestimmungen zur Judikative und zu den Ländern und Gemeinden fanden Eingang in die Verfassung.

3.3.1. Kaiser, Kabinettsregierung und Reichstag

Der Kaiser übt die gesetzgebende Gewalt zusammen mit dem Reichstag, dessen Dauer fünf Jahre beträgt, aus. Der Reichstag besteht aus zwei Kammern, dem Senat¹⁹⁷, der aus Prinzen des kaiserlichen Hauses nach Vollendung des 24. Lebensjahres¹⁹⁸, 150 von den wichtigsten Großgrundbesitzern für eine Wahlperiode (fünf Jahre) gewählten

¹⁹⁴ § 2 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

¹⁹⁵ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm 2000: Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 69–237, hier: S. 101–102.

¹⁹⁶ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 113/117.

¹⁹⁷ Vgl. § 34 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

¹⁹⁸ Vgl. § 35 a) ebenda.

Mitgliedern¹⁹⁹ und weiters vom Kaiser ohne Rücksichtnahme auf Geburt und Stand auf Lebensdauer ernannten Teilnehmern²⁰⁰. Die zweite Kammer, das Abgeordnetenhaus, vertritt die staatsbürgerlichen Interessen²⁰¹ und deren 383 Mitglieder²⁰² werden proportional zur Bevölkerungszahl gewählt²⁰³. Für die erste Reichstagswahl werden allerdings noch die Wahlrechtsmodalitäten mittels einer provisorischen Wahlordnung in Kraft gesetzt²⁰⁴.

Der Reichstag hat kein Selbstversammlungsrecht, er wird vom Kaiser einberufen, der des Weiteren das Recht der Vertagung und Auflösung desselben besitzt. Löst der Kaiser den Reichstag auf, muss innerhalb von 90 Tagen ein neuer Reichstag vom Kaiser einberufen werden.²⁰⁵ Sowohl der Reichstag selbst (ursprünglich beide Kammern)²⁰⁶, als auch der Kaiser können Gesetze im Reichstag vorschlagen²⁰⁷. Ferner ist es dem Reichstag erlaubt Petitionen zu empfangen und zur Debatte zu bringen, allerdings ist es „Privaten“ oder „Corporationen“ nicht erlaubt, diese Petitionen persönlich zu überreichen. Dies kann nur von einem Mitglied des Reichstages erledigt werden. Außerdem kann der Reichstag bei der Regierung bzgl. eines Gesetzesvorschlages vorstellig werden.²⁰⁸ Damit ein Gesetz in Kraft tritt, müssen zunächst in der Abgeordnetenkammer mindestens 60 Mitglieder (ursprünglich waren für den Senat 30 Mitglieder vorgesehen) anwesend sein²⁰⁹, die schließlich mit einfacher Mehrheit, bei Änderungen von Verfassungsgesetzen mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder²¹⁰ über ein Gesetz bzw. einen Gesetzesentwurf abstimmen²¹¹. Für die

¹⁹⁹ Vgl. § 35 c) des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁰⁰ Vgl. § 35 b) ebenda.

²⁰¹ Vgl. § 36 Abs. 2 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010)

²⁰² Vgl. § 36 Abs. 1 ebenda.

²⁰³ Vgl. § 36 Abs. 2 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁰⁴ Vgl. § 37 ebenda.

²⁰⁵ Vgl. § 16 Abs. 1 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁰⁶ Vgl. § 48 ebenda.

²⁰⁷ Vgl. § 15 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁰⁸ Vgl. § 48 ebenda.

²⁰⁹ Vgl. § 49 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²¹⁰ Vgl. § 50 ebenda.

²¹¹ Vgl. § 51 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

Inkraftsetzung eines Gesetzes ist dann allerdings noch die Sanktion des Kaisers, welche ihm alleine zusteht, notwendig.²¹²

Zwar besagt § 45, dass alle Gesetze mit Zustimmung des Reichstages sowie der Sanktion des Kaisers in Kraft treten²¹³, allerdings ist die Mitwirkung des Reichstages laut Verfassung beschränkt: Sie wird ausdrücklich bei der jährlichen Bewilligung der Militärrekrutierungen, bei der Aufnahme von Staatsschulden, der Erhebung von Steuern und Abgaben sowie des Staatsbudgets und des jährlichen Rechnungsabschlusses notwendig.²¹⁴

Der Kaiser legitimiert seine Machtposition auf zwei Grundlagen: einerseits auf metaphysischer Ebene als Kaiser „von Gottes Gnaden“²¹⁵ und andererseits auf weltlich-rechtlicher Ebene mit den Bestimmungen bzw. der Erbfolgeregelung der Pragmatischen Sanktion von 1713 sowie der Verfassung von 1848²¹⁶, weswegen dieser vor versammeltem Reichstag einen Eid auf die Verfassung ablegen muss²¹⁷. Aus diesem Grunde führt der Kaiser nicht nur die Bezeichnung Kaiser „von Gottes Gnaden“, sondern er betrachtet sich auch als „constitutioneller Kaiser“²¹⁸. „Die Person des Kaisers ist geheiligt und unverletzlich: Er ist für die Ausübung der Regierungsgewalt unverantwortlich; seine Anordnungen bedürfen aber zur vollen Giltigkeit der Mitfertigung eines verantwortlichen Ministers.“²¹⁹ Ein Erlass vom 17. 03. 1848 sieht bereits die Bildung eines verantwortlichen Ministerrates (Regierung) vor, der aus dem Minister für auswärtige Angelegenheiten und des kaiserlichen Hauses, dem Minister des

²¹² Vgl. § 15 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillarsdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²¹³ Vgl. § 45 ebenda.

²¹⁴ Vgl. § 47 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillarsdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²¹⁵ Vgl. Präambel ebenda.

²¹⁶ Vgl. § 5 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillarsdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²¹⁷ Vgl. § 9 ebenda.

²¹⁸ Allerhöchstes Patent vom 7. September 1848. Aufhebung des Untertänigkeitsbandes und Entlastung des bäuerlichen Besitzes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000285&zoom=2> (PGS 1848/112) (24. 06. 2010); Allerhöchstes Patent vom 20. Oktober 1848. Steuer-Ausschreibung für das Verwaltungsjahr 1849: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000320&zoom=2> (PGS 1848/131) (24. 06. 2010). In diesen kaiserlichen Patenten, die einem Reichstagsbeschluss zugrundeliegen, existiert sogar nur die Bezeichnung „constitutioneller Kaiser von Österreich“.

²¹⁹ § 8 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillarsdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

Inneren, dem Minister des Krieges und dem Minister der Finanzen bestehen soll. An der Spitze soll ein vom Kaiser bestimmter Ministerpräsident stehen.²²⁰

Während der Kaiser zusammen mit dem Reichstag die gesetzgebende Gewalt ausübt, gebührt diesem alleine die vollziehende Gewalt.²²¹ Er bedient sich von ihm selbst ernannter Minister²²², die für all ihre Handlungen in der Führung ihres Amtes verantwortlich²²³ sind²²⁴. Die Regierung bzw. das Kabinett wird im Reichstag (ursprünglich in beiden Kammern) von den verantwortlichen Ministern oder durch vom Reichstag zu benennende „Reichs-Commissäre“ vertreten²²⁵, allerdings besitzen beide in diesem Organ nur dann ein Stimmrecht, wenn sie gleichzeitig Mitglied im Reichstag sind²²⁶.

Des Weiteren kommen dem Kaiser typische „Prärogative der Krone“ zu, wie z.B. die Besetzung aller Staatsämter (dazu gehört auch die Ernennung von Ministern), die Verleihung von Orden und Adelsgraden. Außerdem besitzt er den Oberbefehl über die Land- und Seemacht²²⁷, erklärt Krieg und schließt Frieden. Ferner schließt der Kaiser Verträge mit anderen Staaten²²⁸, allerdings müssen diese nachträglich vom Reichstag genehmigt werden²²⁹. Außerdem besitzt der Kaiser das Recht der Strafmilderung und Begnadigung, allerdings muss bei verurteilten Ministern der Reichstag (ursprünglich eine der beiden Kammern) abstimmen.²³⁰

3.3.2. „Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner“

Eine immanente Forderung der Revolutionstage vom März 1848 war – als Reaktion auf das Metternichsche Repressaliensystem – die Etablierung bürgerlicher Freiheiten bzw.

²²⁰ Vgl. Ministerial-Erlaß vom 17. März 1848 über die Bildung eines verantwortlichen Minister-Rathes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000048&zoom=2> (PGS 1848/30) (22. 06. 2010).

²²¹ Vgl. § 10 ebenda.

²²² Vgl. § 11 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²²³ „[...] [D]ie Ministerverantwortlichkeit in der Monarchie [fungierte] als Instrument, um den ex lege unverantwortlichen Kaiser mittels der Notwendigkeit der Gegenzeichnung seiner Handlungen durch verantwortliche Minister indirekt an die Rechtsordnung zu binden.“ Direkt zitiert aus: *Lehner*, Oskar⁴ 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 183.

²²⁴ Vgl. § 32 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²²⁵ Vgl. § 52 Abs. 1 ebenda.

²²⁶ Vgl. § 52 Abs. 2 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²²⁷ Vgl. § 11 ebenda.

²²⁸ Vgl. § 12 Abs. 1 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²²⁹ Vgl. § 12 Abs. 2 ebenda.

²³⁰ Vgl. § 13 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

Rechte, die u.a. die Bevölkerung vor Missbräuchen seitens der Obrigkeit beschützen sollten. Im dritten Teil der Verfassungsurkunde werden solche Rechte unter dem Titel „Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner“ geregelt.

So gewährleistet die Pillersdorfsche Verfassung allen Staatsbürgern die persönliche sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit.²³¹ Des Weiteren ist die Rede- und Pressefreiheit bei gleichzeitigem Verbot der Zensur in der Verfassung verankert²³² (Bereits am 15. 03. 1848 wurde mittels kaiserlichem Patent die Zensur aufgehoben und die Pressefreiheit gewährt.²³³) sowie die Tatsache, dass Verhaftungen nur getätigt werden dürfen, wenn eine Person gegen das Gesetz verstößt²³⁴ und dass jeder Verhaftete innerhalb von 24 Stunden über den Grund seiner Verhaftung unterrichtet werden und einem Richter zugewiesen werden muss. Weiters können Hausdurchsuchungen nur dann vorgenommen werden, wenn sie das Gesetz erlaubt.²³⁵ Auch das Briefgeheimnis wird verfassungsrechtlich geschützt.²³⁶

Die soeben genannten staatsbürgerlichen Rechte gelten sowohl für Staatsbürger als auch für „[...] die Fremden, welche noch keine staatsbürgerlichen Rechte erworben haben.“²³⁷ Hierbei handelt es sich somit um „Menschenrechte“. Die folgenden bürgerlichen Rechte sind nur für österreichische Staatsbürger gültig: die Freiheit der Vereinsbildung, das Petitionsrecht²³⁸, die Tatsache, dass alle den gleichen persönlichen Gerichtsstand beanspruchen, kein Staatsbürger seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf und jeder die gleiche Steuer- und Wehrpflicht genießt. Außerdem sieht die Pillersdorfsche Verfassung vor, dass die Gesetze für alle Staatsbürger gleich wirksam sind²³⁹. Zudem ist jedem Staatsbürger die freie Berufswahl, der freie Zugang zu allen Ämtern und Würden erlaubt sowie die Tatsache, dass jeder Staatsbürger Grundbesitzer werden darf.²⁴⁰ Gleiche politische und bürgerliche Rechte, v.a. das gleiche Recht zum

²³¹ Vgl. § 17 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²³² Vgl. § 19 ebenda.

²³³ Vgl. Allerhöchstes Patent vom 15. März 1848. Verleihung der Constitution und Aufhebung der Censurgesetze: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000046&zoom=2> (PGS 1848/29) (22. 06. 2010).

²³⁴ Vgl. § 18 Abs 1 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²³⁵ Vgl. § 18 Abs. 2 ebenda.

²³⁶ Vgl. § 20 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²³⁷ § 21 ebenda.

²³⁸ Vgl. § 22 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²³⁹ Vgl. § 25 ebenda.

²⁴⁰ Vgl. § 24 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

Grunderwerb, sollen auch die Angehörigen der gesetzlich anerkannten Konfessionen (Laut § 31 sind dies die christlichen Glaubensgemeinschaften sowie das Judentum, denen auch die Ausübung des Gottesdienstes erlaubt ist²⁴¹) besitzen.²⁴² Unter den allgemeinen Bestimmungen der Verfassung findet sich noch eine wichtige Bestimmung, die die Nationalitäten des Staates bzw. sogar der gesamten Monarchie betrifft: § 4 gewährt allen Volksstämmen die Unverletzlichkeit ihrer Nationalität sowie ihrer Sprache.²⁴³

3.3.3. Gerichtsbarkeit

Für die Gerichtsbarkeit sind einige wenige Paragraphen vorgesehen: So geht die Rechtspflege vom Kaiser aus und wird auch in seinem Namen ausgeübt.²⁴⁴ Das öffentliche, mündliche Verfahren vor Gericht wird in der Pillersdorfschen Verfassung eingeführt²⁴⁵ und für die Strafgerichtsbarkeit sollen Geschworenengerichte eingerichtet werden²⁴⁶. Zum ersten Mal wurden die Schwurgerichtsbarkeit sowie die in der Verfassung angeführten Verfahrensgrundsätze in der Prozessordnung für Presssachen angewandt. Hier wird auch zum ersten Mal die Erhebung der Anklage einer bestimmten Behörde, der Staatsanwaltschaft übertragen.²⁴⁷

3.3.4. Länder und Gemeinden

Vier Paragraphen der Pillersdorfschen Verfassung widmen sich den Ländern und den Gemeinden: So haben „Provinzial-Stände“²⁴⁸ (Landstände) für die Wahrnehmung der Interessen der Länder „[...] und zur Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse, so weit solche nicht unter den allgemeinen Staats-Erfordernissen

²⁴¹ Vgl. § 31 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁴² Vgl. § 27 ebenda.

²⁴³ Vgl. § 4 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁴⁴ Vgl. § 14 ebenda.

²⁴⁵ Vgl. § 28 des Allerhöchsten Patentbeschlusses vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁴⁶ Vgl. § 29 Abs. 2 ebenda.

²⁴⁷ Vgl. Provisorische Verordnung über das Verfahren in Preßsachen (vom 18. 05. 1848):

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000198&zoom=2> (PGS 1848/67) (10. 06. 2010).

²⁴⁸ § 54 ebenda.

begriffen [werden], zu bestehen.“²⁴⁹ Die Wirksamkeit und die Einrichtung der „Provinzial-Stände“ bleiben erhalten.²⁵⁰

Der Reichstag bekommt die Aufgabe, Vorschläge der Stände bzgl. Reformen ihrer bisherigen Landesordnungen zu prüfen.²⁵¹

Bezüglich der Gemeinden sieht die Verfassung vor, dass „ [d]ie Gemeinde-Verfassungen [...] nach dem Grundsatz zu ordnen [sind], daß in denselben alle Interessen der Gemeinde und ihrer Glieder vertreten werden.“²⁵²

EXKURS: Die Revolution 1848/49 als politische Rahmenbedingung für die Verfassungswirklichkeit der Pillersdorfschen Verfassung

Die Pillersdorfsche Verfassung wurde am 25. 04. 1848 in Kraft gesetzt, allerdings verlor diese mit dem kaiserlichen Patent²⁵³ zur „Oktroyierten Märzverfassung“ nach nur knapp einem Jahr, am 04. 03. 1849, ihre Gültigkeit.²⁵⁴

Während dieser Zeit war die Revolution in allen Teilen der Monarchie, insbesondere in Wien, den ungarischen und den böhmischen Ländern sowie in den oberitalienischen Gebieten voll im Gang und somit waren der österreichische Staat und die Monarchie von einer immensen kontinuierlich-andauernden innenpolitischen Krise geprägt. Die revolutionären Unruhen in Wien lösten eine Kettenreaktion in der gesamten Monarchie aus, denn am 15. 03. 1848 brach die Revolution in Pest , am 17. 03. in Venedig, wo die Republik proklamiert wurde, und am 18. 03. in Mailand aus.²⁵⁵ Am 24. 03. 1848 überquerten König Karl Albert von Sardinien und seine Truppen die lombardo-venetische Grenze Richtung Tirol. Feldmarschall Graf Joseph Radetzky konnte die italienischen Revolutionäre, aufgrund derer die Herrscher der Nebenlinien der Habsburger ihre Fürstentümern verlassen mussten, am 06. 05. 1848 bei Santa Lucia besiegen und setzte dem Vorstoß derselben ein Ende.²⁵⁶

²⁴⁹ § 54 des Allerhöchsten Patent vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁵⁰ Vgl. ebenda.

²⁵¹ Vgl. § 55 des Allerhöchsten Patent vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

²⁵² § 57 ebenda.

²⁵³ Kaiserliches Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“):

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000151&zoom=2> (RGI. 1849/150) (09. 07. 2010).

²⁵⁴ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 182.

²⁵⁵ Vgl. Bruckmüller, Ernst 1985: Sozialgeschichte Österreichs, a.a.O., S. 349.

²⁵⁶ Vgl. Zöllner, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 356–357.

Der Beginn der Revolution in Pest, in der von jungen radikalen Intellektuellen, der „März-Jugend“, die sog. „Zwölf Punkte-Forderungen“ proklamiert wurden, führte zu Zugeständnissen Ferdinands I. (König Ferdinand V. von Ungarn). In diesen zwölf Punkten wurden die „[...] Freiheit der Presse, die Schaffung eines verantwortlichen Ministeriums in Pest-Buda, Gleichheit vor dem Gesetz in bürgerlicher und religiöser Hinsicht, [...] die Freilassung der politischen Gefangenen und die Union mit Siebenbürgen“²⁵⁷ gefordert. Ferdinand reagierte – auch aufgrund der Unterstützung seitens des revolutionären Wiens –, indem er der Not gehorchend Lajos Batthyány zum ersten ungarischen Ministerpräsidenten ernannte. Am 11. 04. 1848 stimmte Ferdinand, der aufgrund der revolutionären Ereignisse in Deutschland und Italien stark unter Druck geraten war, einer eigenen ungarischen Verfassung mit einem Reichstag zu. Außerdem wurde in dieser Urkunde die innere Autonomie der ungarischen Regierung festgelegt.²⁵⁸ In Wien überschlugen sich zunächst aufgrund der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem restriktiven Wahlrecht zum österreichischen Reichstag die Ereignisse: Am 15. 05. 1848 kam es zu einem großen Aufmarsch von Demonstranten zur Wiener Hofburg („Sturmpetition“) und in den darauffolgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Straßen konnten sich die radikalen Demokraten (Arbeiter, Studenten und Mitglieder der Nationalgarde) gegen das liberale Besitzbürgertum, welches sich als „monarchisch-konstitutionell“²⁵⁹ verstand, durchsetzen.²⁶⁰ Die neuerlichen Unruhen führten zur Flucht des Kaisers nach Innsbruck²⁶¹ sowie zu Änderungen im Wahlrecht für den Reichstag²⁶². Nachdem Innenminister Pillersdorf am 26. 05. 1848 die Auflösung der Akademischen Legion, also der studentischen „Armee“, sowie die Schließung der Universität verfügte, wurden als Antwort an allen strategisch wichtigen Punkten Wiens Barrikaden aufgebaut. Der größte Barrikadenbau existierte am Michaelerplatz, während die Regierung isoliert in der Hofburg saß.²⁶³ Somit musste die Staatsspitze – wie bei der Frage der Wahlordnung zum Reichstag – nachgeben.²⁶⁴

Nachdem die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main im Mai 1848, die als Resultat der Revolution in Deutschland gebildet wurde und die unter Einschluss der „deutschen Länder“ (also der österreichischen und die böhmischen Länder) der

²⁵⁷ Hauszmann, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 165.

²⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 164–167.

²⁵⁹ Rumpler, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 282.

²⁶⁰ Vgl. Buchmann, Bertrand Michael 2003: Kaisertum und Doppelmonarchie, a.a.O., S. 76.

²⁶¹ Vgl. Vöclka, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 200.

²⁶² Genauerer zu den Änderungen im Wahlrecht siehe Kapitel 2.4. dieser Arbeit.

²⁶³ Vgl. Rumpler, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 281.

²⁶⁴ Vgl. Vöclka, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 200.

Habsburgermonarchie das Ziel der Errichtung eines deutschen „Nationalstaates“ verfolgte, sowie der gewählte österreichische Reichstag im Juli 1848 zusammentraten, folgte eine kurze friedliche Periode.²⁶⁵ Allerdings flammte die Revolution im August erneut auf: Nachdem die Regierung in Wien den immer stärker zugewanderten Bauern, welche keine Arbeit in den Fabriken fanden und somit v.a. durch öffentliche Arbeiten, insbesondere zur Gestaltung des Praters, eine Anstellung fanden, die Löhne aufgrund des starken Zustroms an Arbeitskräften um einen Kreuzer kürzte, kam es am 23. 08. 1848 zu Demonstrationen der Arbeiter. Daraufhin ging die Nationalgarde, die sich aus dem Bürgertum rekrutierte, gegen die Arbeiter vor. Am Praterstern stießen diese beiden Gruppen zusammen und die Nationalgarde eröffnete das Feuer auf die Arbeiter. Die sog. „Praterschlacht“ forderte viele tote Arbeiter und zahlreiche Verletzte.²⁶⁶

In den böhmischen Ländern wurde gefordert, dass verantwortliche Zentralbehörden eingerichtet würden, die tschechische und deutsche Sprache in der Landesverwaltung gleichberechtigt existieren konnten und dass Böhmen, Mähren und Schlesien zu einem Staat vereint würden.²⁶⁷ In der „Böhmischen Charte“ vom 08. 04. 1848 aber wurde nicht allen „Ländern der böhmischen Krone“, sondern nur Böhmen eine größere Selbstständigkeit versprochen und die schlesischen Exponenten. Die mährischen Stände verwarfen schließlich die Pläne Prags, die Länder zu vereinen. František Palacký, der Posener Karol Libelt, der Mährer František Zach und der Russe Michail Alexandrowitsch Bakunin arbeiteten das sog. „Manifest des Slawenkongresses an die europäischen Völker“ aus, in dem sich diese für einen „Bund von gleichberechtigten Völkern“ für die Habsburgermonarchie aussprachen. Der Politiker und Intellektuelle Karel Havlíček-Borovský und der Dichter und Wissenschaftler Pavel Šafárik verlangten die Auflösung der Monarchie, während Palacký weiterhin die Monarchie befürwortete, allerdings sollte diese nach Nationalitäten aufgeteilt werden. Ferner befürwortete dieser aber kein slawisches Böhmen, sondern ein „slawisches Österreich“. Die österreichische Regierung hörte aufgrund dieser Stimmung auf, diese Politik Böhmens zu unterstützen. Fürst Alfred Windischgrätz ging nach Prag und demonstrierte mittels Militärparaden und immer stärkere Konzentrationen des Militärs die österreichische Präsenz in Böhmen. Als Reaktion darauf begannen sich am 12. 06. 1848 Kleinbürger, Studenten und Handwerker im sog. „Prager Pfingstaufstand“ aufzulehnen, allerdings kapitulierten die Aufständischen bereits am 17. 06., nachdem Windischgrätz gedroht hatte, Prag zu

²⁶⁵ Vgl. Rumpler, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 282–283.

²⁶⁶ Vgl. Vocelka, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 202.

²⁶⁷ Vgl. Bahlcke, Joachim 1999: Böhmen und Mähren. In: Roth, Harald (Hrsg.): Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln, S. 113–124, hier: S. 118.

bombardieren. Der Kaiser hatte davor zugestimmt, dass ein böhmischer Landtag eröffnet werden sollte, doch wurde dieses Zugeständnis schließlich nicht erfüllt.²⁶⁸

Nachdem in Böhmen militärisch für Ruhe gesorgt und auch in Oberitalien mit der Rückeroberung von Mailand am 06. 08. 1848 die österreichische Hegemonie wiederhergestellt worden war, sah der Wiener Hof die Chance gekommen die Verhältnisse in Ungarn, das sich immer stärker von der Monarchie löste, zu klären. Unzufrieden mit der Lösung eines konstitutionellen Ungarn zeigten sich die Kroaten. Sie forderten nun eine ähnliche Rechtsstellung innerhalb der Monarchie wie Ungarn sie besaß und der kroatische Landtag war nicht gewillt, sich der ungarischen Regierung unterzuordnen.²⁶⁹ Der Kaiser unterstützte den kaisertreuen Ban von Kroatien (den höchsten Repräsentanten Kroatiens) Josip Jelačić und Mitte September begannen die Kroaten in Richtung Budapest zu marschieren, allerdings scheiterte schließlich ihr Vorhaben. Die Ungarn traten zunächst erfolglos an den Hof und schließlich am 18. 09. 1848 an den österreichischen Reichstag heran. Allerdings konnten sie auch hier aufgrund der Reichstagsmehrheit der Slawen keine Erfolge verbuchen. Die revolutionäre Bevölkerung Wiens hielt zu den Magyaren und diese Haltung führte zu einem blutigen Aufstand: Am 06. 10. 1848 sollte das „Grenadierbataillon Richter“ von Wien nach Ungarn marschieren, allerdings wehrte sich ein Teil der Truppe dagegen, die Akademische Legion beteiligte sich an den entstandenen Straßenkämpfen und die Revolutionäre konnten sich auch gegen jene Truppen, die nicht rebellierten durchsetzen. Des Weiteren drangen die Revolutionäre in das Zeughaus und das Kriegsministerium ein und der Kriegsminister Latour wurde brutal ermordet. Der Kaiser, der erst im Sommer wieder nach Wien zurückgekommen war, flüchtete nach Olmütz (Olomouc) und der Reichstag wich nach Kremsier (Kroměříž) aus. Der kaiserliche Oberbefehlshaber in den Erbländern, Windischgrätz mit Jelačić, begannen am 26. 10. 1848 Wien militärisch zu attackieren. Am 31. 10. gelang es diesen schließlich, Wien einzunehmen, nachdem sie am Vortag einen Angriff des ungarischen Armeegenerals János Móga bei Schwechat abwehren konnten.

Diese Ereignisse und die Tatsache, dass Ferdinand I. bereits in nichtrevolutionären Phasen kein „starker“ Herrscher gewesen war bzw. sein konnte, führten schließlich am 02. 12. 1848 zu seiner Abdankung und sein Neffe Franz Joseph I. folgte ihm auf den

²⁶⁸ Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 293–296.

²⁶⁹ Vgl. *Bruckmüller*, Ernst 1985: Sozialgeschichte Österreichs, a.a.O., S. 353; Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 282.

Thron.²⁷⁰ Der ungarische Reichstag und v.a. der ungarische Ministerpräsident Lajos Kossuth erkannten den neuen König von Ungarn nicht an, sondern betrachteten ihn als „Usurpator“. Der Kaiser/König reagierte auf diesen „Hochverrat“ mit einem militärischen Vorgehen gegen Ungarn, das Anfang Dezember in Galizien gestartet wurde. Feldmarschall Franz Graf Schlick konnte bereits am 11. 12. 1848 mit den österreichischen Truppen in Kaschau einmarschieren, während Alfred Fürst Windischgrätz sich militärisch gegen die ungarischen Armeegeneräle Artúr Görgey und Mór Perczel durchsetzen und am 05. 01. 1849 in Pest, das zuvor geräumt worden war, einmarschieren und dieses besetzen konnte.²⁷¹

Am 04. 03. 1849 wurde – unter dem Eindruck der Erfolge der Gegenrevolution des Kaisers in Ungarn – von Franz Joseph I. eine neue, für das gesamte Kaisertum Österreich geltende Verfassung oktroyiert, nachdem außerdem der österreichische Reichstag einen auf dem monarchischen Prinzip und der „Volkssouveränität“²⁷² basierenden Verfassungsentwurf, den „Kremsierer Verfassungsentwurf“ zustande gebracht hatte. Die stark beschnittenen Rechte des Monarchen im Verfassungsentwurf des Reichstages wollten der Kaiser und die Regierung jedoch nicht hinnehmen, weswegen die auf dem monarchischen Prinzip beruhende „Oktroyierte Märzverfassung“ 1849 in Kraft trat.²⁷³

3.4 Die Verfassungswirklichkeit der Pillersdorfschen Verfassung („Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“) 1848

Die Pillersdorfsche Verfassung besaß somit vom 25. 04. 1848 bis zum 04. 03. 1849 Gültigkeit, allerdings wurde diese bereits im Mai 1848 zum Provisorium erklärt und der Reichstag mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung betraut.

In diesem Unterkapitel soll nun geklärt werden, ob und in welcher Form die Pillersdorfsche Verfassung in die Wirklichkeit umgesetzt wurde und welche außerverfassungsrechtlichen Faktoren dabei eine Rolle spielten. Anhand der Verfassungswirklichkeit soll schließlich geklärt werden, ob der Verfassungsstaat nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis existierte.

²⁷⁰ Vgl. Zöllner, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 359–360; Vgl. Hauszmann, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 168.

²⁷¹ Vgl. Hauszmann, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 169.

²⁷² Es handelte sich hierbei nicht um „Volkssouveränität“ nach heutigem Verständnis (also ein nach gleichem, allgemeinem, geheime Wahlrecht gewählten Parlament), sondern um eine Stärkung der Kompetenzen des mittels Zensus- und Männerwahlrechtes gewählten Reichstages gegenüber dem Kaiser.

²⁷³ Vgl. Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 119–120.

3.4.1 Kaiser, Kabinettsregierung und Reichstag

Zwischen 1835 und Dezember 1848 regierte Ferdinand I. als Kaiser von Österreich. Schon bei der Geburt des Sohnes von Kaiser Franz I. am 19. 04. 1793 war eine auffallende Verformung des Kopfes erkennbar sowie die Tatsache, dass das Kind an Epilepsie litt. „Diese in unterschiedlichen Abständen stärker und schwächer auftretende Beeinträchtigung trug dazu bei, daß sein Vater längere Zeit an eine neue Erbfolgeordnung dachte.“²⁷⁴ Die Erziehung des Prinzen war mit vielen Schwierigkeiten verbunden, da das Wissen bzgl. seiner Krankheit und deren Behandlung äußerst unzulänglich waren.²⁷⁵ Schon als Säugling war er oft krank, von epileptischen Anfällen gepeinigt und befand sich mehrmals in Lebensgefahr. Außerdem lernte Ferdinand sehr spät zu sprechen und zu gehen. 1802 übergaben der Kaiser und seine Gattin die Erziehung Franz Maria Carnea-Steffaneo und Ferdinand machte in der gesamten Zeit seiner Erziehung erstaunliche geistige und körperliche Fortschritte. Davor hatte Ferdinand kein Glas heben und zum Mund führen können, er war nicht fähig gewesen, Stiegen zu steigen, ohne sich dabei anzuhalten oder eine Tür aufzumachen und wirkte im Gespräch äußerst scheu. Auf der anderen Seite besaß er ein gutes Gedächtnis und war wissbegierig. Unter Carnea-Steffaneo erhielt Ferdinand deswegen Unterricht in verschiedenen Fremdsprachen, wie z.B. Latein, Französisch, Italienisch, Ungarisch und ihm wurde umfangreiches Wissen in Botanik, Geographie, Geschichte, Mathematik etc. vermittelt, sodass man von einem „halbwegs handlungsfähigen jungen Mann“²⁷⁶ sprechen konnte. Trotz der erziehungstechnischen Erfolge im Laufe der folgenden Jahre konnte Ferdinand allerdings wegen seiner geistigen Einschränkungen und seiner epileptischen Anfälle ein großes Vielvölkerreich nicht regieren.²⁷⁷ Doch Kaiser Franz I. und v.a. Metternich traten für das Prinzip der Legitimität ein und Ferdinand wurde daher 1830 in Bratislava zum König von Ungarn gekrönt, womit offiziell die Nachfolge des Kaisers geregelt wurde. 1835 starb Franz I. und Ferdinand trat die Nachfolge als Kaiser an. Aufgrund von Ferdinands Regierungsunfähigkeit hatte Franz I. noch zu seinen Lebzeiten 1835 für die Etablierung einer „Staatskonferenz“ gesorgt, welche die Regierungsgeschäfte für den zukünftigen Kaiser übernehmen sollte. Metternich und Franz Anton von Kolowrat-Liebsteinsky sollten diese Staatskonferenz führen, doch hatte Franz I. in seinem letzten Handbillet vom 28. 02. 1835 nur Metternich bestimmt

²⁷⁴ Hamann, Brigitte 1988: Die Habsburger., a.a.O., S. 121.

²⁷⁵ Vgl. ebenda.

²⁷⁶ Weissensteiner, Friedrich 2003: Die österreichischen Kaiser. Franz I., Ferdinand I., Franz Joseph I., Karl I. Wien, S. 67.

²⁷⁷ Vgl. ebenda, S. 64–71.

und hinzugefügt, dass Ferdinand erst Entscheidungen treffen sollte, sobald er die Meinung Metternichs kenne. Kolowrat meinte allerdings, dass es der Wille Franz I. gewesen sei, dass er Metternich nicht untergeordnet war und gemeinsam mit ihm die Staatskonferenz führen sollte. Als Zeugin für diesen Willen sollte sogar die Witwe des Kaisers Karoline Auguste herhalten. Mit Ferdinand I. konnte sich Kolowrat auch ohne Metternich bzgl. einer Senkung des Zuckerzolls für Zuckerindustrie Böhmens um zehn Prozent durchsetzen. Allerdings war es Metternich möglich, diese Bestimmung zurückzunehmen und Kolowrat war gezwungen, gegen seinen Willen zuzustimmen. Kolowrat reichte daraufhin seinen Rücktritt beim Kaiser ein, allerdings nahm der Monarch diesen nicht an. Ferner begab sich Kolowrat für ein halbes Jahr auf seine Güter, was Metternich für die Stärkung seiner Machtbefugnisse nutzte. Kolowrat konnte aber schließlich wieder zur Mitarbeit in der Staatskonferenz gewonnen werden und Ferdinand erklärte, dass er selbst die Staatskonferenz übernehmen werde, allerdings sollte in seiner Vertretung sein Onkel, Erzherzog Ludwig, als Vorsitzender der Staatskonferenz agieren.²⁷⁸

Unter Ferdinand I. blieb Österreich bis 1848 weiterhin eine absolute Monarchie, doch konnte vom Kaiser höchstens als von einem Repräsentanten des Staates gesprochen werden. Die faktische Macht behielt die Staatskonferenz und insbesondere Metternich, doch mit dem Vorsitz des Kaisers (dessen Vertretung, wie bereits erwähnt, sein Onkel übernahm) bezogen sich die Kompetenzen des Staatskanzlers Metternich nur auf die Außenpolitik. Kolowrat hingegen, der für die Polizei und die Finanzen zuständig war, besaß einen großen Einfluss auf die Verwaltung.²⁷⁹

Sowohl die Lösung bzgl. des Vorsitzes der Staatskonferenz als auch die Märzrevolution 1848 zeigen allerdings eindrucklich, dass trotz der Regierungsunfähigkeit des Kaisers und der Tatsache, dass die Staatskonferenz die Regierungsgeschäfte führte, Ferdinand I. als absoluter Herrscher „von Gottes Gnaden“ die letzte Instanz bei gesetzlichen Beschlüssen war. Diese seine Macht setzte der Kaiser, dessen gesundheitlicher Zustand sich mit zunehmendem Alter deutlich gebessert hatte²⁸⁰, auch des Öfteren ein: Als Metternich am Tag des Ausbruches der Revolution, am 13. 03. 1848, seinen Rücktritt einreichte, nahm Ferdinand I. diesen sofort an und verweigerte sogar finanzielle Hilfe

²⁷⁸ Vgl. *Holler*, Gerd 1986: *Gerechtigkeit für Ferdinand. Österreichs gütiger Kaiser*. Wien/München, S. 135–136/157–166.

²⁷⁹ Vgl. *Weissensteiner*, Friedrich 2003: *Die österreichischen Kaiser*, a.a.O., S. 78.

²⁸⁰ Zwischen dem 12. 02. 1838 und seiner Abdankung am 02. 12. 1848 brauchte Ferdinand I. keine anticonvulsivische Therapie mehr.

für dessen Abreise.²⁸¹ Am darauffolgenden Tag gewährte der Kaiser in einem „Allerhöchsten Cabinet-Schreiben“ an den „Obersten Kanzler“ den Bürgern die Bildung einer Nationalgarde²⁸², hob des Weiteren die Zensurgesetze auf, garantierte die Pressefreiheit und verkündete eine Verfassung²⁸³. Ferner wurde Erzherzog Ludwig durch Ferdinand I. von seinem Amt als Stellvertreter des Kaisers in der Staatskonferenz abberufen und Erzherzog Albrecht, welcher den Schießbefehl auf die Demonstranten in der Herrengasse erteilt hatte, wurde in die italienischen Gebiete der Monarchie versetzt.²⁸⁴ Ein provisorisches Staatsministerium wurde mit Kolowrat als Vorsitzenden und Pillersdorf als Innenminister eingerichtet, das die Staatskonferenz ersetzte.²⁸⁵ Nachdem am 15. 03. 1848 bekanntgegeben worden war, dass ein verantwortliche Ministerrat (Regierung), dessen Vorsitz ein Ministerpräsident übernehmen sollte²⁸⁶, etabliert werde, kam es zur Bildung von Ministerien, welche die bisherigen Zentralbehörden ersetzten. Diese waren nicht mehr kollegial organisiert, sondern es stand nur ein Minister an der Spitze. So wurden in der Folge das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und des kaiserlichen Hauses, das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen, das Innen-, Kriegs-, Finanz-, Justiz-, Handels- sowie das Unterrichtsministerium etabliert. „Auf Landes- und Kreisebene [²⁸⁷] blieben die bisherigen Behörden bestehen [...]“²⁸⁸, allerdings wurden durch die Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes alle grundherrschaftlichen Patrimonialbehörden aufgelöst. Diese Behörden sollten bis zur Etablierung staatlicher Behörden vorläufig die Geschäfte der politischen Verwaltung weiterführen.^{289 290}

Die Pillersdorfsche Verfassung beendete die absolute Herrschaft des Kaisers, allerdings besaß dieser weiterhin eine enorme Machtposition gegenüber den Staatsinstitutionen,

²⁸¹ Vgl. *Holler*, Gerd 1986: Gerechtigkeit für Ferdinand, a.a.O., S. 181/212.

²⁸² Vgl. Allerhöchstes Cabinet-Schreiben Seiner k.k. Majestät vom 14. März 1848 an den obersten Kanzler wegen Errichtung einer Nationalgarde: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000045&zoom=2> (PGS 1848/28) (10. 07. 2010).

²⁸³ Vgl. Kaiserliches Patent über die Verleihung einer Verfassung und der Aufhebung der Zensurgesetze: a.a.O. (10. 07. 2010).

²⁸⁴ Vgl. *Weissensteiner*, Friedrich 2003: Die österreichischen Kaiser, a.a.O., S. 83.

²⁸⁵ Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S.277.

²⁸⁶ Vgl. Ministerial-Erlaß vom 17. März 1848 über die Bildung eines verantwortlichen Minister-Rathes: a.a.O. (PGS 1848/30) (22. 06. 2010).

²⁸⁷ Dies waren die Gubernien sowie die Kreisämter, welche als Unterbehörden der Gubernien deren Zuständigkeiten für die jeweiligen Kreise ausführten. In: Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 93; Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 165.

²⁸⁸ *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 184.

²⁸⁹ Die Weiterentwicklung der Verwaltung bzw. die nächsten Verwaltungsreformen. Siehe: Kapitel 3.3.2.

²⁹⁰ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 184.

insbesondere gegenüber der Regierung, die gemeinsam mit dem Kaiser als Ministerrat die Regierungsfunktion ausübte, sowie auch gegenüber dem neugeschaffenen Reichstag. Der Kaiser besaß bei Gesetzesentwürfen mit seinem Sanktionsrecht ein absolutes Veto und konnte somit weiterhin die Geschicke des Staates v.a. nach eigenem Gutdünken lenken.

Obwohl die Sanktion des Kaisers der Unterschrift eines verantwortlichen Ministers bedurfte, war es in der Praxis eher unwahrscheinlich, dass ein Minister dem Kaiser die Unterschrift verweigerte, da der Kaiser die Minister ernennen und entlassen konnte.²⁹¹ Ferdinand I. oder sein Onkel und Stellvertreter Erzherzog Johann ernannten in der turbulenten Zeit der Revolution zwischen der Inkraftsetzung der Verfassung und der Abdankung Ferdinands I. am 02. 12. 1848 gleich vier Ministerpräsidenten: Franz Freiherr von Pillersdorf, Anton Freiherr von Doblhoff-Dier²⁹², Johann Philipp Freiherr von Weissenberg und Felix Fürst zu Schwarzenberg.²⁹³ Da dem Kaiser alleine die vollziehende Gewalt gebührte, besaß er auch das alleinige Entscheidungsrecht bei der Ernennung und Entlassung von Ministern und brauchte somit ein etwaiges Misstrauensvotum des Reichstages nicht zu berücksichtigen.²⁹⁴ Aufgrund dieser Abhängigkeit gegenüber dem Kaiser ist deutlich zu erkennen, dass die Minister in erster Linie dem Kaiser und weniger dem Reichstag, der das Interpellationsrecht besaß, als möglichem Kontrollorgan der Regierung verantwortlich waren.

Trotz der immensen Macht des Kaisers, die die Verfassung ihm verlieh, blieb Ferdinand I. – wie bereits erwähnt – eine Repräsentationsfigur. So nahm er kein einziges Mal an den Sitzungen des Ministerrates teil. Erst nachdem ein Ministerratsmitglied – meist der Ministerpräsident – und ein Angehöriger des Hauses Habsburg – für gewöhnlich sein Bruder Franz Karl – die sog. „Bestätigung der Einsicht“ in das Protokoll der jeweiligen Ministerratssitzung gegeben hatten, setzte Ferdinand bzw. Erzherzog Johann seine Unterschrift darunter.²⁹⁵

²⁹¹ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm 2000: Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918, a.a.O., S. 105.

²⁹² Nachdem Ferdinand I. nach der „Sturmpetition“ am 17. 05. aus Wien nach Innsbruck geflüchtet war, beauftragte sein Onkel, Erzherzog Johann, Anton Freiherr von Doblhoff-Dier mit der Regierungsbildung, was Doblhoff-Dier auch erfüllte. Er überließ aber dem Freiherrn von Weissenberg den Vorsitz, während Doblhoff-Dier Innenminister wurde.

²⁹³ Vgl. *Kleindel*, Walter 1978: Österreich, a.a.O., S. 241–242/246/485.

²⁹⁴ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm 2000: Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918, a.a.O., S. 105.

²⁹⁵ Siehe dazu: Ministerratssitzungen Nr. 1–127. In: *Kletečka*, Thomas 1996: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848. 20. März 1848–21. November 1848. In: Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut (Hrsg.): Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, 1. Abteilung. Wien, S. 3–650.

Die daraus resultierende größere Bedeutung der Regierung in der Verfassungswirklichkeit schwand allerdings, als Ferdinand I. am 02. 12. 1848 abdankte und sein Bruder Erzherzog Franz Karl auf den Thron zugunsten seines regierungsfähigen 18-jährigen Sohnes Franz Joseph verzichtete.²⁹⁶ Kaiser Franz Joseph I. nahm zwischen seiner Inthronisierung und der Außerkraftsetzung der Pillersdorfschen Verfassung am 04. 03. 1848 von 28 Ministerratssitzungen neunmal als Vorsitzender teil. Gleichgültig ob er den Sitzungen beigewohnt hatte oder nicht, setzte nunmehr der Kaiser – nachdem vor ihm nur Ministerpräsident Schwarzenberg unterschrieben hatte – nach persönlicher Einsicht seine eigene Unterschrift unter jedes Ministerratsprotokoll.²⁹⁷

Mit Franz Joseph I. war somit wieder ein Kaiser an die Macht gekommen, der nicht alleine dem Ministerrat die Regierungsgeschäfte überließ und seine verfassungsmäßigen Vollmachten als oberstes Organ der vollziehenden Gewalt, das aber für die Handlungen der Regierung nicht verantwortlich zeichnete, äußerst ernst nahm.

Der Reichstag wurde im Juni und im Juli 1848 (in Böhmen) gewählt. Allerdings musste laut Verfassung zuvor noch eine provisorische Wahlordnung ins Leben gerufen werden: Die erste provisorische Wahlordnung wurde am 09. 05. 1848 erlassen. Sie sah für je 50.000 Einwohner auf dem „flachen Land“²⁹⁸ – in den Städten im Hinblick auf die Handels- und Gewerbetreibenden im österreichischen Staat für je 20.000 Einwohner – einen Abgeordneten (Diese geringere Maßzahl diente 31 Städten als Grundlage)²⁹⁹ vor, der mittels indirektem absolutem Mehrheitswahlrecht³⁰⁰ (d.h. die wahlberechtigte

²⁹⁶ Vgl. Allerhöchstes Patent vom 2. December 1848. Thron-Entsagung Seiner k.k. Majestät Ferdinand des Ersten, und Verzichtleistung Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Carl auf die österreichische Kaiserkrone zu Gunsten Seines ältesten Sohnes Franz Joseph: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000345&zoom=2> (PGS 1848/145) (11. 07. 2010).

²⁹⁷ Siehe dazu: Ministerratssitzungen Nr. 1–28. In: *Kletečka*, Thomas 2002: Das Ministerium Schwarzenberg. 5. Dezember 1848–7. Jänner 1850. In: Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut (Hrsg.): Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, 2. Abteilung, 1. Band. Wien, S. 3–148.

²⁹⁸ Vgl. § 19 des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000166&zoom=2> (PGS 1848/57) (06. 06. 2010).

²⁹⁹ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865. In: Rumppler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 569–665, hier: S. 579.

³⁰⁰ Vgl. § 24 und § 40 Abs. 1 des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

Bevölkerung wählt die Wahlmänner in den Wahldistrikten^{301 302}. Diese Wahlmänner wählten sodann einen oder mehrere Abgeordnete³⁰³ pro Wahlbezirk, welcher in die soeben erwähnten Wahldistrikte unterteilt war.³⁰⁴) von allen männlichen österreichischen Staatsbürgern jeglicher Konfession nach Vollendung des 24. Lebensjahres³⁰⁵, gewählt wurde, welche die „staatsbürgerlichen Rechte“ besaßen³⁰⁶, seit sechs Monaten ihren ordentlichen Wohnsitz in einem der Wahlbezirke der Provinzen des österreichischen Staates hatten³⁰⁷ und die für den Senat nicht wahlberechtigt waren (jene Großgrundbesitzer, die einen bestimmten Zensus zahlten und somit für den Senat wahlberechtigt waren, durften daher nicht an der Wahl des Abgeordnetenhauses teilnehmen)³⁰⁸. Ausgenommen vom Wahlrecht waren Arbeiter, die Tag- oder Wochenlohn empfangen sowie Dienstleute und jene Personen, die Unterstützung aus öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten bekamen³⁰⁹. Alle männlichen österreichischen Staatsbürger ab dem vollendeten 24. Lebensjahr durften – unter den eben genannten Bestimmungen – auch zu Wahlmännern gewählt werden.³¹⁰ Von diesen Wahlmännern konnte zum Abgeordneten jeder männliche österreichische Staatsbürger ab dem

³⁰¹ Ein Ort auf dem „flachen Land“ ab 250 Einwohnern kann einen Wahldistrikt bilden und somit einen Wahlmann wählen. Für alle weiteren 500 Einwohner wird ein weiterer Wahlmann gewählt. In Städten, die eigene Abgeordnete wählen, deren Einwohnerzahl 20.000 aber nicht überschreitet, werden für je 500 Einwohner gleich zwei Wahlmänner gewählt und in Städten mit über 20.000 Einwohnern wird für je 500 Einwohner ein Wahlmann gewählt.

³⁰² Vgl. § 25 Abs. 1 u. 2 sowie § 28 und § 29 Abs. 2 des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³⁰³ Die Wahlmänner, die aus dem Kreis der Wahlberechtigten der einzelnen Distrikte in schriftlicher oder mündlicher Form gewählt werden sowie auch die Abgeordneten werden mittels geheimer Abstimmung und mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Wird die absolute Mehrheit bei der Wahl beider im ersten Wahlgang nicht erreicht, kommt es zu einer zweiten Wahl. Wird auch in dieser keine absolute Mehrheit erreicht, kommt es zu einer Stichwahl zwischen jenen zwei Kandidaten, die bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen bekommen haben. In: Für die Wahl der Wahlmänner: Vgl. § 15, 22, 29 Abs. 2, § 38 sowie § 40 Abs. 1 u.2 des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010). Für die Wahl der Abgeordneten: Vgl. § 53, 58 u. 59 des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³⁰⁴ Vgl. § 22 ebenda.

³⁰⁵ Vgl. § 31 a) des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³⁰⁶ Vgl. § 31 b) ebenda.

³⁰⁷ Vgl. § 31 c) des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³⁰⁸ Vgl. § 31 d) ebenda.

³⁰⁹ Vgl. § 31 d) Abs. 2 des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³¹⁰ Vgl. § 31 Abs. 1 ebenda.

vollendeten 30. Lebensjahr gewählt werden³¹¹, der für den Senat oder das Abgeordnetenhaus wahlberechtigt war³¹². Mit der Berufung der Prinzen durch den Kaiser in den Senat wurde § 35 Abs. a) der Pillersdorfschen Verfassung bzgl. der Zusammensetzung des Senats ergänzt. Des Weiteren wurden hier die Wahlmodalitäten für den Senat geklärt: Das direkte, aktive sowie das passive Wahlrecht für den Senat wurde an einen bestimmten hohen Steuerzensus geknüpft³¹³, außerdem mussten das 24. Lebensjahr vollendet³¹⁴ und die Ausübung der „staatsbürgerlichen Rechte“ gegeben sein³¹⁵. Ferner musste nachgewiesen werden, dass der Wähler Grundbesitzer war³¹⁶.

Am 16. 05. 1848 wurde nach einem neuerlichen Aufflammen der Revolution Anfang Mai 1848, das u.a. aufgrund der starken Einschränkungen beim Wahlrecht zustandekam³¹⁷, die Pillersdorfsche Verfassung zum Provisorium erklärt, während der Reichstag zu einem konstituierenden Organ deklariert bzw. mit der Aufgabe betraut wurde, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Dieser bestand nun alleine aus dem Abgeordnetenhaus, womit auch kein Zensuswahlrecht mehr vorhanden war.³¹⁸ Somit musste eine neue Wahlordnung, die zweite provisorische Wahlordnung, in Kraft gesetzt werden, die keine Wahlmodalitäten für den Senat mehr vorsah, für das Abgeordnetenhaus allerdings kaum Veränderungen gegenüber der ersten Wahlordnung aufwies. Die wichtigste Änderung betraf den Umfang der Wahlberechtigten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Die zweite provisorische Wahlordnung sah nun das indirekte aktive sowie das passive Wahlrecht aller männlichen österreichischen Staatsbürger ab dem vollendeten 24. Lebensjahr (im Gegensatz zur ersten Wahlordnung, die das passive Wahlrecht ab dem vollendeten 30. Lebensjahr

³¹¹ Vgl. § 46 a) des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³¹² Vgl. § 46 b) ebenda.

³¹³ Vgl. § 4 und 5 des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³¹⁴ Vgl. § 6 a) ebenda.

³¹⁵ Vgl. § 6 b) des Allerhöchsten Patents vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³¹⁶ Vgl. § 6 c) ebenda.

³¹⁷ Im Unterkapitel 2.4. zur „Verfassungswirklichkeit“ wird genauer auf die sog. „Sturmpetition“ vom 15. 05. 1848 eingegangen.

³¹⁸ Vgl. Erklärung des ersten Reichstages als einen constituirenden nur mit einer Kammer und angeordnete Abänderung der früheren Wahlordnung (vom 16. 05. 1848): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&zoom=2&seite=00000188&x=23&y=14> (PGS 1848/65) (06. 06. 2010).

vorgesehen hatte) vor³¹⁹, die die „staatsbürgerlichen Rechte“ besaßen³²⁰ und seit sechs Monaten ihren ordentlichen Wohnsitz in einem bestimmten Wahlbezirk des österreichischen Staates besaßen³²¹.

Somit besaßen nun auch jene Grundbesitzer das Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus, die in der ersten Wahlordnung aufgrund ihres Wahlrechtes für den Senat nicht Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden bzw. nicht wählen durften.

Eine weitere Novelle der Wahlordnung, welche aus Angst der Regierung vor weiteren Unruhen beschlossen wurde³²², betraf den Ausschluss von Wahlen: Die Wahlordnungsnovelle vom 10. 06. 1848 schloss nun nur noch Personen von der Reichstagswahl aus, die Unterstützung aus öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten erhielten,³²³. Außerdem war es nunmehr „selbstständigen“ Arbeitern erlaubt zu wählen.³²⁴

Die Verfassungsbestimmungen zum Reichstag, insbesondere die Existenz bzw. Bedeutung des „großbürgerlichen“ und „adeligen“ Senats sowie das vorgesehene Zensuswahlrecht für das Abgeordnetenhaus sorgten für Unmut unter der Bevölkerung. Die liberalen Kräfte wollten keine Mitbestimmung des Senats, während die Radikalen das vorgesehene Zensuswahlrecht ablehnten und ein „allgemeines Wahlrecht“ auch für Kleinbürger, die einen niedrigen Steuersatz zahlten sowie für die Dienstboten, Erwerbslosen und unselbstständigen Arbeiter forderten.³²⁵

Von demokratischen Wahlen und daraus resultierend von einer „Volksvertretung“ kann man jedoch beim Reichstag keinesfalls sprechen: Die im Reichstag vertretenen Länder umfassten eine Gesamtbevölkerung von 17.5 Millionen Einwohnern, von denen nur knapp mehr als 10 % wahlberechtigt waren. „Die Wahlberechtigung wurde durch eine äußerst restriktive Interpretation der Vorschriften bewußt niedrig gehalten, vor allem wurde die Bestimmung über den sechsmonatigen Aufenthalt am Wahlort sehr streng

³¹⁹ Vgl. § 16 a) der von Seiner k.k. Majestät angeordneten Aenderungen der provisorischen Wahlordnung („Zweite provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag vom 30. 05. 1848“)

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000226&zoom=2> (PGS 1848/75) (06. 06. 2010).

³²⁰ Vgl. § 16 b) ebenda.

³²¹ Vgl. § 16 c) der von Seiner k.k. Majestät angeordneten Aenderungen der provisorischen Wahlordnung („Zweite provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag vom 30. 05. 1848“), a.a.O. (06. 06. 2010).

³²² Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2001: Der Reichstag 1848/49 – Wahlen, Zusammensetzung, Arbeitsweise.

In: *Bruckmüller*, Ernst (Hrsg.): *Parlamentarismus in Österreich*. Wien, S. 20 –39, hier: S. 23.

³²³ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: *Österreichische Verfassungsgeschichte*, a.a.O., S. 126.

³²⁴ Vgl. *Bruckmüller*, Ernst 1985: *Sozialgeschichte Österreichs*. Wien/München, S. 350.

³²⁵ Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: *Eine Chance für Mitteleuropa*, a.a.O., S. 280.

gehandhabt [...].³²⁶ Des Weiteren existierten große Unterschiede bei der Interpretation des Begriffs „selbstständiger Arbeiter“, weswegen Handwerksgehlen, Dienstboten, Lohnarbeiter sowie Landarbeiter in verschiedenen Wahldistrikten nicht wählen durften, da sie in einem abhängigen Dienstverhältnis standen.

Des Weiteren zeigt sich beim Wahlrecht die Bevorzugung der Städte: So mussten in Dalmatien für die Wahl eines Abgeordneten knapp über 37.000 Einwohner diesen wählen, in Böhmen oder den galizischen Ländern allerdings waren zu diesem Zweck mehr als 48.000³²⁷ erforderlich. Bei diesen Zahlen handelt es sich nicht um die Wahlberechtigten, sondern um die Gesamteinwohnerzahl der Länder. Aufgrund des ungleichen Wahlrechtes und des indirekten Wahlsystems verursachten weit größere Missverhältnisse.

Die Wahlen zum konstituierenden Reichstag waren ferner von einer niedrigen Wahlbeteiligung gekennzeichnet. In Galizien, also jenem Teil, der die größte Bevölkerungszahl besaß und somit auch die meisten Abgeordneten (96 von 383) in den Reichstag schickte, zeigte sich eine besonders niedrige Wahlbeteiligung. Hier ist deutlich ein Nebeneinander der ruthenischen Bauern, die die Mehrheit ausmachten, und der dünnen polnischen Oberschicht erkennbar. Die ruthenische Nationalität wurde von den Polen abgelehnt und forderte eine konfessionelle Teilung zwischen ihrem eigenen katholischen Glauben und der griechisch-unierten Konfession der Ruthenen. Die Ruthenen allerdings wollten eine Trennung ihrer Provinz nach nationalen Merkmalen, also in einen ruthenischen und einen polnischen Teil. Viele ruthenische Wahlberechtigte gingen allerdings nicht zur Wahl, da sie sich vor ihren polnischen Grundherren fürchteten. Aber auch ein dürftiges Interesse an Politik, Analphabetismus und geringe Informationen zur Wahl sorgten für eine immens niedrige Wahlbeteiligung: Etwa 10–15 % der Einwohner waren wahlberechtigt und weniger als 50 % der Wahlberechtigten fanden sich zur Urwahl ein. Viele Wahlmänner erschienen wiederum nicht zum zweiten Wahlgang. Die notwendige Zahl an Wahlmännern wurde nicht bewerkstelligt, da sogar ganze Wahldistrikte den Gang zur Urne ablehnten.

In Mähren waren 8.6 % der Bevölkerung wahlberechtigt und 20 % der Wahlberechtigten kamen zur Wahl.

In Schlesien betrug die Zahl der Wahlberechtigten ca. 10 %, allerdings stieg die Wahlbeteiligung auf 40 % und lag somit über dem Durchschnitt.

³²⁶ *Gottsmann, Andreas* 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 582.

³²⁷ Die in der Wahlordnung vorgesehene Zahl von 50.000 Einwohnern pro Abgeordneten wurde in keinen der Länder erreicht, da Stadt und Land nicht differenziert wurden, sondern die Städte in das Land, das sie umgab, eingerechnet wurden.

In Niederösterreich existierten große urbane Wahlbezirke und es waren besonders viele Arbeiter politisch aktiv, weswegen die Wahlberechtigten 15 % ausmachten, was ein überdurchschnittlicher Wert war und die Wahlbeteiligung in einigen Wahlbezirken sogar bis zu 70 % erreichte. In Wien und seinen Vorstädten, wo 15 von 37 niederösterreichischen Abgeordneten gewählt wurden, blieb die Wahlbeteiligung allerdings sehr schwach. Dafür wurden auf dem flachen Land Niederösterreichs überdurchschnittlich viele Bauern gewählt: 76 % der Wahlmänner wählten Bauern zu Abgeordneten. Somit waren mehr als die Hälfte der niederösterreichischen Abgeordneten Bauern, nur in Oberösterreich (76 %) und der Bukowina (100 %) war der Anteil an bäuerlichen Abgeordneten höher.

Selbstverständlich muss hinzugefügt werden, dass die Wahlbeteiligung u.a. von lokalen Ereignissen beeinflusst wurde, die wiederum eine Folge der nationalen, sozialen und politischen Lage sowie des Interesses am Reichstag waren. Die Ziehung der Wahlbezirke war äußerst umstritten, da damit die Nachteile des Mehrheitswahlrechtes verstärkt wurden. Aufgrund der Tatsache, dass jeder Abgeordnete mit absoluter Mehrheit gewählt werden musste, wurden v.a. nationale, aber auch religiöse und soziale Personenkreise benachteiligt, die keine Berücksichtigung bei der Wahlbezirkseinteilung erfuhren. Insbesondere im Küstenland existierten immense Wahlbeeinflussungen: Für Triest und Görz wurden drei Mandate vergeben, während auf dem Land neun Mandate vergeben wurden. Innerhalb der Landbevölkerung hatte die slawische Bevölkerung die Mehrheit, allerdings wurde sie aufgrund der auf Italienisch abgefassten Wahlkundmachungen stark benachteiligt. Deswegen waren v.a. Italiener politisch aktiv und von den fünf Mandaten Istriens wurde nur ein Kroat in den Reichstag gewählt. In den slowenischen Teilen des Küstenlandes wurde aus den oben erwähnten Gründen nur ein Slowene gewählt.

Im Küstenland kam es daher aufgrund der Bevorzugung der Städte und der Veröffentlichung der Wahlkundmachungen auf Italienisch dazu, dass die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse ins Gegenteil verkehrt wurden.

In einigen Gebieten des österreichischen Staates sind aber auch direkte Wahlbeeinflussungen zu erkennen, wie z.B. in Galizien: Hier wurden z.B. ruthenische Bauern von ihren polnischen Grundherren dazu gezwungen, jene als Wahlmänner zu Kandidaten zu wählen, die die polnischen Grundbesitzer vertraten.

Zu Wahlmännern wurden insbesondere grundbesitzende Bauern, Ärzte, Rechtsanwälte, Richter, Kaufleute und Händler, Beamte, Geistliche, Fabrikanten sowie

Handwerksmeister gewählt, aber auch das gewerbliche Kleinbürgertum zeigte sich bei der Urwahl politisch äußerst aktiv. Da allerdings in der Verfassung keine Bestimmung existierte, die die Wahlmänner dazu verpflichtete, ihre Stimme auf Basis des Willens ihrer Wähler abzugeben, wählten die Wahlmänner nicht immer jenen Abgeordneten kandidaten aus ihrer eigenen sozialen Schicht bzw. aus der sozialen Schicht der Mehrheit ihrer Urwähler.

Der Reichstag war also auf keinen Fall eine „Volksvertretung“ nach heutigem Muster, da dieser keineswegs die realen nationalen sowie sozialen Verhältnisse des österreichischen Staates widerspiegelte.³²⁸ Der Großteil der 383 Abgeordneten stammte aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum: 27 % waren Beamte, 16 % Ärzte und Juristen, 11 % adelige und bürgerliche Gutsbesitzer, 9 % Händler, Gewerbetreibende, Fabrikanten und „Privatiers“, 5 % Geistliche, 4 % Professoren und Lehrer, 2 % Freiberufler (z.B. Schriftsteller und Redakteure) und knapp 2 % Studenten. Trotz des Wahlsystems, das die Oberschicht begünstigte, waren immerhin 24 % (92) der Abgeordneten Bauern.³²⁹ Deren hohe Zahl ist v.a. auf die Frage der Befreiung aus der Grunduntertänigkeit zurückzuführen³³⁰, doch wurden bäuerliche Reichstagskandidaten in Landbezirken erst dann gewählt bzw. konnten damit rechnen gewählt zu werden, wenn diese versprachen, sich für die Befreiung von den Urbarial- und Zehentlasten und die Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes zu engagieren³³¹.

Betrachtet man die Aufteilung der Mandatare nach Nationalitäten, so existierte eine relative Mehrheit der deutschen Abgeordneten (für sich alleine genommen die größte Gruppe), allerdings existierte insgesamt eine Mehrheit von slawischen, rumänischen und italienischen Abgeordneten, wobei unter den slawischen Abgeordneten die Tschechen die größte Nationalitätengruppe darstellte. Deutlich ist jedenfalls eine Mehrheit der nichtdeutschen gegenüber den deutschen Abgeordneten zu erkennen. Die Abgeordneten des Reichstages organisierten sich in lockeren politischen Bündnissen: der „Rechten“, der „Linken“ und des „Zentrums“. Zu den „Rechtsabgeordneten“ gehörte ein Großteil der tschechischen Abgeordneten. Ihre Führer waren František Ladislav Riegler und František Palacký. Letzterer trat für die Föderalisierung der Monarchie nach nationalen Kriterien ein, allerdings konnte er keine Mehrheit finden.

³²⁸ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 582–586.

³²⁹ Vgl. *Bruckmüller*, Ernst 1985: Sozialgeschichte Österreichs, a.a.O., S. 351.

³³⁰ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 586.

³³¹ Vgl. *Asmera*, Gabriela 1985: Der Reichstag 1848 in Wien und seine politischen Gruppierungen. Phil. Diss. Universität Wien, S. 22.

Ein Großteil der „rechten“ Abgeordneten trat für einen Konstitutionalismus und für liberale Grundregeln ein und aufgrund der Tatsache, dass sie stets kompromissbereit und gemäßigt agierten, war es ihnen möglich, leicht Zugang zur Regierung zu bekommen.

Zur „Linken“ gehörten v.a. Deutsche und Italiener, aber auch einige galizische Polen bzw. Bauernabgeordnete. Die deutsche Linke strebte einen Anschluss an den deutschen Bundesstaat von 1848 an, allerdings konnten sie hier nicht mit der Unterstützung der italienischen Linken sowie jener der Polen rechnen, da sie die Mitgliedschaft Österreichs im lockeren Deutschen Bund ablehnten. Des Weiteren befürworteten die „Linken“, dass Ungarn einen selbstständigen „Staat“ bekomme und dass die Herrschaft der Habsburger über die Lombardei und Venetien beendet werde, allerdings sollten laut der deutschen „Linken“ Gebiete wie Böhmen, Mähren, Istrien, das Küstenland, das Trentino und Dalmatien an das durch die Revolution neu entstehende Deutschland³³² angegliedert werden.

Das „Zentrum“ und insbesondere einer ihrer wichtigsten Exponenten, Franz Graf Stadion, vertrat die Idee eines Gesamtstaates der Monarchie auf Basis nationaler Egalität sowie eine engere Bindung an Deutschland, solange sich Österreich nicht der deutschen Nationalversammlung unterordnen musste.

Im Reichstag von Kremsier, wo sich die Abgeordneten nach den Oktoberunruhen in Wien ab November 1848 regelmäßig versammelten, ist eine stärkere Mobilität unter den Abgeordneten zu erkennen. Die mit 120 Mitgliedern stärkste Reichstagsfraktion bildete der aus der tschechisch-slawischen Gruppierung resultierende „österreichisch-slawische Klub“, der sich für den Föderalisierungsvorschlag Palackýs einsetzte. Die zweitgrößte Gruppierung bildete der „Zentrumsklub“, der sich v.a. für die Gleichstellung der Nationalitäten einsetzte.

In Kremsier änderten sich wichtige ehemals gemachte Forderungen der „Linken“. Franz Schuselka z.B. rückte von seiner Forderung eines Anschlusses an Deutschland ab und auch die italienischen Abgeordneten boten nicht mehr solch ein geeintes Bild wie in

³³² Die Revolution von 1848/49 sorgte für die Entstehung eines deutschen Parlaments, der Frankfurter Nationalversammlung, die wiederum eine liberale und bundesstaatlich organisierte Verfassung, die sogenannte „Paulskirchenverfassung“, ausarbeitete und das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht für Männer ab dem 25. Lebensjahr für die „Volkskammer“ sowie für die Landtage vorsah. Die jeweiligen Landesregierungen der 38 Einzelstaaten und die Landtage sollten die zweite Kammer, das „Staatenhaus“ beschicken. Des Weiteren war ein „deutscher Kaiser“ vorgesehen, es sollte der preußische König werden, und die Thronfolge sollte durch Erbfolge bestimmt werden. Der Monarch hätte ein Vetorecht gegenüber dem Reichstag gehabt. Vor allem aufgrund der Herrschaftsbegrenzung des Kaisers lehnte der preußische König ab und obwohl die Verfassung mittels Publikation in Kraft trat, konnte sie praktisch aufgrund des Widerstandes des preußischen Königs, der 1850 wiederum eine preußische Verfassung oktroyierte, sowie anderer Fürsten, nicht durchgesetzt werden. In: o.A. 1998: ³²Der Große Ploetz, a.a.O., S. 844–851.

Wien. Die Südtiroler Abgeordneten z.B. schlossen sich dem „Zentrum“ an und traten v.a. für eine Trennung des Trentino von Tirol ein.³³³

Diese Gruppierungen und „Klubs“ unterschieden sich voneinander weniger durch ideologische- als vielmehr durch Differenzen bzgl. des Staatsaufbaus. Unter diesen Voraussetzungen fanden auch die Verhandlungen für eine neue Verfassung (Kremsierer Verfassungsentwurf) statt.

Nach acht vorberatenden Sitzungen wurde der Reichstag schließlich am 22. 07. 1848 mit Erzherzog Johann als Stellvertreter für den nach der Sturmpetition nach Innsbruck geflüchteten Kaiser in Wien eröffnet.³³⁴ Als konstituierender Reichstag war dessen wichtigste Aufgabe die Schaffung einer Verfassung³³⁵, allerdings ging er als einem – nach heutigem Maßstab der Regierung gegenübergestellten Organ – auch jenen beschränkten Zuständigkeiten nach, die ihm die Verfassung verliehen hatte. Allerdings existierte keine scharfe Trennlinie bzgl. der Frage, welche gesetzlichen Bestimmungen bzw. deren Entwürfe einer Zustimmung vom Reichstag bedurften und um welche sich die Vollziehung kümmern musste. „In der Praxis zeigte sich die Tendenz, dass die Regierung unpopuläre Angelegenheiten dem Reichstag zuzuschieben versuchte, hingegen populäre vom Kaiser durch Verwaltungsakt erlassen wurden.“^{336 337} So hätte z.B. der Reichstag bei einem Entwurf für ein Rekrutierungsgesetz mittels Beschluss tätig werden müssen³³⁸, allerdings wurde schließlich eine „provisorische“ gesetzliche Bestimmung durch Franz Joseph I. als Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht ohne Beteiligung des Reichstages erlassen. Des Weiteren wurde in der Präambel festgelegt, dass die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Verhältnisse nicht bis zu einem „vollständigen Militärkonskriptions- und Rekrutierungsgesetz“ warten konnten, was de facto bedeutete, dass sich der Kaiser das Recht nahm, diese gesetzliche Bestimmung ohne einen Reichtagsbeschluss in Kraft zu setzen.³³⁹

³³³ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 588–591.

³³⁴ Vgl. Neunte Sitzung. Eröffnung des Reichstages, den 22. Juli 1848: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=krt&datum=00010005&zoom=2&seite=00000091&x=12&y=8> (12. 07. 2010).

³³⁵ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 592.

³³⁶ *Lehner*, Oskar 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 183–184.

³³⁷ Vgl. ebenda.

³³⁸ Vgl. Ministerratssitzung Nr. 77. In: *Kletečka*, Thomas 1996: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848, a.a.O., S. 447.

³³⁹ Vgl. Kaiserliches Patent vom 5. December 1848, wodurch verschiedene Abänderungen in den bestehenden Rekrutierungs-Gesetzen vorgeschrieben werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno->

Laut Verfassung musste der Reichstag bei Fragen des Staatsbudgets, der Aufnahme von Steuern, bei der Bewilligung der jährlichen Militärrekrutierungen, beim jährlichen Rechnungsabschluss sowie bei der Aufnahme von Staatsschulden tätig werden. Eindeutig in die Zuständigkeiten des Reichstages fiel die Frage über die Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes und der damit verbundenen Entlastung des Besitzes der Bauern. Nachdem der schlesische Abgeordnete Hans Kudlich am 26. 07. 1848 den diesbezüglichen Gesetzesvorschlag eingebracht hatte, wurden im Reichstag Beratungen zwischen dem 08. 08 und dem 06. 09. 1848 geführt. Am 06. 09. beschloss der Reichstag das Gesetz zur Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes³⁴⁰, welches am 07. 09. 1848 vom Kaiser sanktioniert wurde³⁴¹. Dieses Gesetz bedeutete das Ende der grundherrschaftlichen Ordnung bzw. die Befreiung der Bauern von der Erbuntertänigkeit.

Des Weiteren wurde ein Patent über die „Steuer ausschreibung für das Verwaltungsjahr 1849“ auf der Grundlage eines Reichstagsbeschlusses am 20. 10. 1848 von Ferdinand I. sanktioniert, in dem u.a. die Abschaffung der Urbarial- und Zehentsteuer sowie sämtlicher „Judensteuern“ ab 01. 11. 1848 getätigt wurden.³⁴² Ferner wurde dem Finanzministerium auf Grundlage eines reichstäglichen Beschlusses vom 21. 08. 1848 ein Kredit eröffnet.³⁴³ Ein weiterer Reichstagsbeschluss vom 03. 01. 1849 ermächtigte das Finanzministerium mittels Benutzung des Staatskredites 80 Mio. Gulden während des Verwaltungsjahres 1849 aufzunehmen. Zur Deckung dieser 80 Mio. wurde dem Finanzministerium erlaubt „verzinslichte Staatsscheine“ auszugeben sowie eine Staatsanleihe aufzunehmen. Mittels kaiserlicher Verordnung wurde dieser Reichstagsbeschluss am 08. 01. 1849 genehmigt.³⁴⁴

Hier ist also deutlich zu erkennen, dass der Reichstag in der Praxis in seinem Zuständigkeitsbereich tätig wurde.

[plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&zoom=2&seite=00000006&x=18&y=6](http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&zoom=2&seite=00000006&x=18&y=6) (RGBl. 1848/6) (16. 07. 2010).

³⁴⁰ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 594–595.

³⁴¹ Vgl. Allerhöchstes Patent vom 7. September 1848. Aufhebung des Untertänigkeitsbandes und Entlastung des bäuerlichen Besitzes: a.a.O. (15. 07. 2010).

³⁴² Vgl. Allerhöchstes Patent vom 20. October 1848. Steuer-Ausschreibung für das Verwaltungsjahr 1849: a.a.O. (15. 07. 2010).

³⁴³ Vgl. Erlaß des k.k. Finanzministeriums vom 16. September 1848 über die Hinausgabe von fünfprozentigen Casse-Anweisungen: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000293&zoom=2> (PGS 1848/116) (15. 07. 2010).

³⁴⁴ Vgl. Kaiserliche Verordnung vom 8. Jänner 1849, wodurch der Reichstagsbeschluß vom 3. Jänner 1849 in Betreff eines Staatsanlehens genehmigt wurde: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000082&zoom=2> (RGBl. 1849/75) (15. 07. 2010).

Ein weiteres wichtiges Recht bzgl. der Mitbestimmung bzw. Teilnahme am politischen Prozess wurde vom Reichstag erfüllt: Er nahm Petitionen an. Der Reichstag berücksichtigte allerdings eher Petitionen, die von einer größeren Menschenmasse unterstützt worden waren. Die meisten Unterschriften für eine Petition konnte man erzielen, wenn diese Probleme eines Landes sowie einer Nationalität bzw. deren Wünsche betrafen. So organisierte der Katholikenverein Tirols und Vorarlbergs eine Petition, in der für Tirol gefordert wurde, dass das Verbot für nichtkatholische Konfessionen weiterhin bestehen sollte. Diese Petition erhielt 125.000 Unterschriften. Eine Petition mit zahlreichen Unterschriften konnte vom Reichstag nicht vernachlässigt werden, da diese den Willen eines größeren Teiles des Volkes widerspiegelte. Petitionen, die nur von einer Person unterschrieben worden waren, wurde nur dann Bedeutung beigemessen, wenn der Unterfertigte ein höheres Amt innehatte oder eine gehobene gesellschaftliche Stellung einnahm, sodass der Reichstag darüber nicht hinwegsehen konnte. Petitionen, deren Ursprung nicht bekannt war bzw. deren Verfasser und Unterstützer anonym blieben, hatten keinerlei Bedeutung. Ein großes Problem für den Reichstag stellte die Tatsache dar, dass ihm oft Vorschläge unterbreitet wurden, die gar nicht in seinen Tätigkeitsbereich fielen.³⁴⁵ In den Reichstag wurden seitens der Bevölkerung auch große Hoffnungen gesetzt, die über seine Kompetenzen hinausgingen: So sollte dieser z.B. für den Schutz der Rechte und Freiheiten, die in der Verfassung verankert waren sorgen, die Regierung zum Rücktritt bewegen und die revolutionären Kämpfe in Wien abwenden.

Ferner machte der Reichstag auch von seinem Recht auf Interpellation Gebrauch. Mit diesem Instrument brachte er immer wieder die Regierung dazu, zu ihrer Politik Stellung zu nehmen. Bei diesen Interpellationen wurden auch Angelegenheiten behandelt, die über die Kompetenzen des Reichstages hinausgingen, die Frage, wie z.B. wie das offizielle Österreich zum Einigungsprozess des „neuen Deutschlands“ stand. „Der küstenländische Abgeordnete Giovanni Battista Pitteri stellte etwa die Interpellation, warum Österreich in Italien einen gegen die Freiheitsbestrebungen der italienischen Völker gerichteten Krieg [Anm. des Autors: Feldzug gegen Piemont-Sardinien und die Herrschaft Österreichs über Lombardo-Venetien] führe und die Einberufung eines Friedenskongresses noch nicht vorbereitet worden sei.“³⁴⁶ In Vertretung des Ministerpräsidenten antwortete Innenminister Franz Seraph Stadion,

³⁴⁵ Vgl. Hörhan, Otto 1965: Die Petitionen an den Kremsierer Reichstag 1848/49. Phil. Diss. Universität Wien, S. 8 sowie 19–21.

³⁴⁶ Gottsmann, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 603.

indem er den Standpunkt der Regierung bzgl. der Gleichberechtigung der Volksstämme als ein für die Regierung wichtiges Prinzip bezeichnete, er allerdings hinzufügte, dass gegen Unruhen vorgegangen und gegen eine Trennung Lombardo-Venetiens von der Habsburgermonarchie gehandelt werden müsse.

Die größten Probleme für den Reichstag bezogen sich auf seine geringe Macht im politischen System: Obwohl in der Verfassung festgesetzt ist, dass alle Gesetze die Zustimmung des Reichstages benötigen, wird zwei Paragraphen darunter der geringe Kompetenzbereich – v.a. bzgl. bestimmter Bereiche der Finanzen – zugemessen. Des Weiteren vertrat der Reichstag den österreichischen Staat, während der Kaiser und die Regierung Organe der gesamten Monarchie waren. Obwohl Ungarn und Lombardo-Venetien nicht im Reichstag vertreten waren, wurde dieses Gremium von der Regierung um Zustimmung zur Aufnahme von neuen Krediten, insbesondere zum Vorgehen gegen die Ungarische Revolution, gebeten.³⁴⁷ Dies bedeutete ein schwerwiegendes verfassungsrechtliches Problem.

Ferner war aufgrund der Kompetenz des Kaisers, die Minister zu ernennen und zu entlassen, die Regierung dem Monarchen verantwortlich und faktisch kaum dem Reichstag, der allerdings das Interpellationsrecht zur Überprüfung der Regierungspolitik hatte.

Infolge der niedrigen Wahlbeteiligung muss ebenfalls davon ausgegangen werden, dass sich ein immens hohes Legitimationsdefizit unter der Bevölkerung und damit auch beim Kaiser und seiner Regierung ergab, weswegen der Reichstag gegenüber Kaiser und Regierung nicht wirksamer auftreten konnte.

Selbstverständlich ging der Reichstag seiner wichtigsten Aufgabe, der Erarbeitung einer neuen Verfassung, welche die Pillersdorfsche Verfassung ersetzen sollte, nach. Für diese Tätigkeit wurde ein Verfassungsausschuss eingerichtet, der am 02. 03. 1849 nach langen Beratungen den sog. „Kremsierer Verfassungsentwurf“³⁴⁸ vorlegte, ein auf der Verbindung zwischen monarchischem Prinzip und „Volkssouveränität“ sowie auf der Gewaltenteilung aufbauendes Verfassungskonstrukt. Am 15. 03. 1849 sollte es zu Beratungen über den Entwurf im Plenum kommen, doch existierte bis dahin der Reichstag nicht mehr.³⁴⁹ Bereits Anfang Jänner hatte die starke Begrenzung der Macht

³⁴⁷ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 602–604.

³⁴⁸ Eine genauere Behandlung zum Kremsierer Verfassungsentwurf siehe Kapitel 3.2.

³⁴⁹ Vgl. *Gottsmann*, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 605.

des Monarchen sowie der vorläufige § 1 des Grundrechtsentwurfs von Kremsier „Alle Staatsgewalten gehen vom Volk aus“, der schließlich wieder herausgenommen werden musste, für Unmut bei Franz Joseph I. sowie der Regierung gesorgt.³⁵⁰ Eine stärkere Beschränkung der monarchischen Rechte bzw. die bloße Diskussion darüber konnten weder Kaiser, noch die Regierung ohne Weiteres hinnehmen. Am 04. 03. 1849 löste Kaiser Franz Joseph I. – auch unter dem Eindruck der erfolgreichen Zurückdrängung der Revolution in Ungarn – daher den Reichstag auf und setzte eine neue Verfassung für das gesamte Kaisertum in Kraft: die „Oktroyierte Märzverfassung“ 1849. Der Kaiser begründete die Auflösung des Reichstages damit, dass dieser sich mehr mit theoretischen Überlegungen als mit den tatsächlichen Zuständen der Monarchie befasst hatte.

Die Oktroyierung der Verfassung wurde damit begründet, dass die Gegenrevolution in Ungarn laut Franz Joseph I. große „Fortschritte“³⁵¹ mache, und da die Nationalitäten der Monarchie seiner Meinung nach eine Verfassung für die gesamte Monarchie verlangten (und nicht einen Entwurf des Reichstages, der nur den österreichischen Staat berücksichtigte), wurde die Märzverfassung von 1849 für die gesamte Habsburgermonarchie in Kraft gesetzt.³⁵²

3.4.2 „Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner“

Obwohl laut Verfassung sowohl österreichischen als auch nichtösterreichischen Staatsbürgern Rechte zugestanden wurden, besaß die Pillersdorfsche Verfassung ein entscheidendes Manko, das diese Zugeständnisse in einem anderen Licht erscheinen lassen: Die Verfassung sah kein Gericht vor, das bei Verletzung eines dieser Rechte seitens des Staates oder seiner Institutionen eingreifen hätte können. Diese Aufgabe wäre ihm auch bei bestimmten Gesetzen zugekommen, die sich gegen die zugestandenen Rechte stellten, diese thematisieren und die Regierung auf eine Verfassungswidrigkeit hätte aufmerksam machen können. Noch weniger wäre es möglich gewesen, ein Gesetz zu Fall zu bringen. Das bedeutete, dass diese Rechte nicht einklagbar waren. Laut Brauner waren diese Rechte als sog. „Staatszielbestimmungen“ konzipiert, also als Bestimmungen, welche dem Staat

³⁵⁰ Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 120.

³⁵¹ Kaiserliches Manifest vom 4. März 1849, wodurch der Reichstag von Kremsier aufgelöst, und den Völkern Oesterreichs aus eigener Macht des Kaisers eine Reichsverfassung für das gesamte Kaiserthum Oesterreich verliehen wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000148&zoom=2> (RGI. 1849/149) (15. 07. 2010).

³⁵² Vgl. ebenda.

Richtlinien vorgaben, ohne dass er sich daran hätte halten müssen. Diese stehen im Gegensatz zu „subjektiv-öffentlichen Rechten“, die einklagbar sind.³⁵³ Schäffer betont deutlich, dass diese Rechte nicht als subjektiv-öffentliche Rechte im heutigen Sinne gedacht waren, sondern an die gesetzgebenden Organe und die staatlichen Behörden angepasst waren.³⁵⁴

Allerdings wurden vom Kaiser und der Regierung bis hin zur Gesetzgebung Maßnahmen ergriffen, um die in der Verfassung geschriebenen Rechte durchzuführen bzw. zu forcieren – v.a. im Bereich der persönlichen Freiheit sowie der Gleichheit der Staatsbürger : So wurde der Untertänigkeitsverband per Gesetz vom 07. 09. 1848 aufgelöst.³⁵⁵ Des Weiteren wurde z.B. die Notwendigkeit für Menschen nichtkatholischen Glaubens beim Kauf von Häusern sowie bei der Erlangung von Meister- sowie Bürgerrechten Dispens anzusuchen, abgeschafft³⁵⁶ Das gilt auch für die Befreiung des Adels vom Wehrdienst³⁵⁷. Vorübergehend aufgehoben wurden die Militäreinquartierungsverpflichtung und die Vorspannleistung³⁵⁸, da diese Maßnahmen gegen die Gleichstellung der Staatsbürger verstießen.³⁵⁹ Des Weiteren mussten alle Staatsbürger vor Gericht mit „Herr“ und „Frau“ angesprochen werden.³⁶⁰ Auf der anderen Seite wurde die Gleichberechtigung der Staatsbürger beim Wahlrecht keineswegs ernst genommen, da es nur Männern erlaubt war zu wählen bzw. gewählt zu werden, obwohl in den provisorischen Wahlordnungen zum Reichstag nicht von einem bloßen Männerwahlrecht die Rede ist.³⁶¹ Es wurde als Selbstverständlichkeit erachtet, dass Frauen nicht wählen durften. Ute Frevert betont, dass anhand der

³⁵³ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm 1987: Die historische Entwicklung der modernen Grundrechte in Österreich. Wien, S. 8 sowie 12.

³⁵⁴ Vgl. *Schäffer*, Heinz 2009: Grundrechte in Österreich. In: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch der Grundrechte in Europa, Bd. 7, 1. Teilband. Heidelberg/Wien, S. 3–48, hier: S. 11.

³⁵⁵ Vgl. Allerhöchstes Patent vom 7. September 1848. Aufhebung des Untertänigkeitsbandes und Entlastung des bäuerlichen Besitzes: a.a.O. (15. 07. 2010).

³⁵⁶ Vgl. Erlaß des k.k. Ministeriums des Innern vom 22. April 1848 über die Entbehrlichkeit der Dispens zur Erlangung des Hausbesitzes, Bürger- und Meisterrechtes von Akatholiken: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&zoom=2&seite=00000145&x=14&y=11> (PGS 1848/48) (16. 07. 2010).

³⁵⁷ Vgl. Kaiserliches Patent vom 5. December 1848, wodurch verschiedene Abänderungen in den bestehenden Recrutirungs-Gesetzen vorgeschrieben werden: a.a.O. (16. 07. 2010).

³⁵⁸ Damit sind die Kriegs- und Friedensleistungen durch den Staat gemeint.

³⁵⁹ Vgl. Erlaß des Ministeriums des Innern vom 15. Jänner 1849, womit die Aufhebung der bisher bestanden Ausnahmen von der Verpflichtung der Militär-Bequartierung und der Leistung der Vorspann angeordnet wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000096&zoom=2> (RGI. 1849/88) (16. 07. 2010).

³⁶⁰ Vgl. Erlaß des k.k. Ministeriums des Innern vom 21. August 1848. Gebrauch des Titels „Herr und Frau“ in gerichtlichen Ausfertigungen, an alle Staatsbürger ohne Unterschied: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000277&zoom=2> (PGS 1848/106) (16. 07. 2010).

³⁶¹ Vgl. Erste und zweite provisorische Wahlordnung für den österreichischen Reichstag: a.a.O. (16. 07. 2010).

Wahlrechtsdebatten im 19. Jahrhundert in Deutschland zu sehen sei, dass die meisten Männer dieser Zeit der Überzeugung waren, dass Politik ein Männern vorbehaltener Tätigkeitsbereich sei, bei dem Frauen nichts verloren hatten.³⁶²

Obwohl – wie bereits in Kapitel 2.4.1. beschrieben – das Petitionsrecht auch verwirklicht wurde, sah es beim Recht zur freien Vereinsbildung anders aus: Zwar konnten grundsätzlich Vereine gebildet werden, aber es wurden ab Dezember 1848 alle demokratischen Vereine und „Arbeiterklubs“ aufgrund von deren Wendung gegen die „Grundpfeiler“³⁶³ der Verfassung verboten.³⁶⁴

Auch bzgl. der Pressefreiheit und der Aufhebung der Zensur wurde ein Patent³⁶⁵ sowie eine Verordnung die Presse betreffend³⁶⁶ erlassen, allerdings zeigen Interpellationen an den Reichstag, dass es besonders bei der Pressefreiheit starke Einschränkungen gab: So legte Balthasar Szábel gegen die Aufhebung der demokratisch gesinnten Zeitung „Ostdeutsche Post“ Protest ein.³⁶⁷

Eine wichtige Bestimmung, die nicht unter den „staatsbürgerlichen Rechten“, sondern unter den staatsorganisatorischen Bestimmungen der Verfassung zu finden ist, betrifft die Garantie der Unverletzlichkeit der Nationalitäten und Sprachen für alle Volksstämme. So wurde z.B. ein Erlass des Unterrichtsministerium, der auf der Universität Lemberg sowie in den Gymnasien des ruthenischen Teiles Galiziens als Unterrichtssprache Polnisch vorsah – im Sinne der Gleichstellung der Nationalitäten und Sprachen – wieder zurückgenommen.³⁶⁸

Bezüglich der Verfassungsbestimmung, dass alle Mitglieder von Konfessionen, die staatlich anerkannt waren, gleiche politische und bürgerliche Rechte besitzen sollten, wurden ebenfalls von der Regierung Gesetze erlassen, wie z.B. das bereits erwähnte Wegfallen der Dispenspflicht für Nichtkatholiken zur Erlangung des Bürger- und

³⁶² Vgl. Frevert, Ute 1995: „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne. München, S. 127.

³⁶³ Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. December 1848, wodurch die Auflösung aller demokratischen und Arbeiter-Klubbs aufgetragen wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000013&zoom=2> (RGBl. 1848/11) (16. 07. 2010).

³⁶⁴ Vgl. ebenda.

³⁶⁵ Vgl. Allerhöchstes Patent vom 15. März 1848. Verleihung der Constitution und Aufhebung der Censurgesetze: a.a.O. (22. 06. 2010).

³⁶⁶ Vgl. Provisorische Verordnung über das Verfahren in Preßsachen (vom 18. 05. 1848): a.a.O. (10. 06. 2010).

³⁶⁷ Vgl. Gottsmann, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 604.

³⁶⁸ Vgl. Erlaß des provisorischen Ministers des Unterrichts vom 4. December 1848, wodurch bestimmt wird, daß bis auf Weiteres hinsichtlich der Unterrichtssprache an der Hochschule zu Lemberg und an den Gymnasien des ruthenischen Theiles von Galizien der Status quo vor dem 29. September 1848 aufrecht erhalten werde: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000005&zoom=2> (RGBl. 1848/5) (16. 07. 2010).

Meisterrechtes sowie von Hausbesitz. Des Weiteren wurde der Übertritt zwischen den christlichen Glaubensbekenntnissen massiv erleichtert: Nun konnte jeder ab dem vollendeten 18. Lebensjahr zwischen den christlichen Religionsbekenntnissen (Röm.-Kath. und Evangelische Kirche) wechseln.³⁶⁹ Ferner wurde die Sondererlaubnis („Dispenspflichtigkeit“) für jüdische Kinder beim Besuch von Gymnasien abgeschafft.³⁷⁰

Den Studenten wurden ebenfalls Zugeständnisse gemacht: So wurde in einem ministeriellen Schreiben die rigide geregelte Reihenfolge von verpflichtenden Prüfungen gelöst und auch die Überwachung der Universitäten bzgl. des Besuches des Gottesdienstes wurde abgeschafft.³⁷¹

Es ist also deutlich zu erkennen, dass der Kaiser und die Regierung im Hinblick auf die staatsbürgerlichen Rechte wichtige Durchführungsbestimmungen der in der Verfassung vorgesehenen Rechte geleistet haben, allerdings wurden Rechte dann beschnitten, wenn sie – nach Meinung des Kaisers und der Regierung – für „staatsfeindliche Zwecke“ benutzt worden waren. Dies traf v.a. die Zerschlagung von demokratisch-liberalen Organisationen wie Vereine oder Zeitungen.

Ein schwerwiegendes (verfassungs-)staatliches Modernisierungsdefizit ist allerdings mit der Nichtexistenz eines Verfassungsgerichtes zu erkennen, weswegen die Staatsbürger, aber auch die Nichtösterreicher, kein rechtliches Mittel besaßen gegen Verletzungen der in der Verfassung zugestandenen Rechte vorzugehen.

3.4.3 Gerichtsbarkeit

Vor 1848 existierte als oberste staatliche justizielle Behörde die Oberste Justizstelle, die die Position eines obersten Gerichtshofes und der leitenden Dienststelle der Justizverwaltung innehatte. Auf der Ebene der Länder wurden sog. „Landesjustizstellen“ eingerichtet und ab 1782 wurden von Joseph II. sog. „Appellationsgerichte“ (2. Instanz) etabliert. Die Grundherren sowie die städtischen

³⁶⁹ Vgl. Erlaß des Ministeriums des Innern vom 30. Jänner 1849, betreffend einige provisorische Verfügungen in Bezug auf die Verhältnisse der Akatholiken: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000111&zoom=2> (RGBI. 1849/107) (16. 07. 2010).

³⁷⁰ Vgl. Erlaß des Unterrichtsministeriums bzgl. der Aufhebung der Dispenspflichtigkeit für jüdische Kinder beim Besuch von Gymnasien vom 19. 12. 1848: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000041&zoom=2> (RGBI. 1848/38) (16. 07. 2010).

³⁷¹ Vgl. Schreiben des k.k. Ministeriums des öffentlichen Unterrichtes vom 6. April 1848 bzgl. der Bestimmungen über die Lehr- und Lernfreiheit: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000133&zoom=2> (PGS 1848/41) (24. 07. 2010); Vgl. *Lehner, Oskar* ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 186.

Magistrate (an deren Spitze ein Bürgermeister stand, allerdings konnte hiebei nicht von einem autonomen Organ der Gemeinde/Stadt sprechen, sondern von einem des Staates) behielten auf lokaler Ebene die Justiz sowie die Verwaltung, allerdings konnten Grundherren die Gerichtsbarkeit nur noch durch staatlich geprüfte Richter bewerkstelligen.³⁷²

Trotz der Auflösung des Untertänigkeitsverbandes haben – wie bereits erwähnt – laut Artikel (Art.) 9 des diesbezüglichen Gesetzes alle Patrimonialbehörden die Gerichtsbarkeit sowie die politische Verwaltung vorübergehend mittels Budget des Staates weiterzuführen, bis es zur Etablierung landesfürstlicher Behörden kommen wird.³⁷³ Aber erst § 100 der „Oktroyierten Märzverfassung“ 1849 sah die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit vor.³⁷⁴ „Noch 1849 w[urde] mit der Durchführung dieser Verfassungsbestimmungen begonnen.“³⁷⁵

Die in der Verfassung vorgesehene Einführung der Mündlichkeit sowie die Öffentlichkeit des Verfahrens und die Schwurgerichtsbarkeit wie auch deren Verfahrensprinzipien wurden – wie bereits erwähnt – in der Verordnung über das Verfahren in Presssachen das erste Mal niedergeschrieben. Des Weiteren wurde in diesem Dokument die Anklageerhebung der sog. „Staatsanwaltschaft“ übergeben.³⁷⁶

Waren in der „Obersten Justizstelle“ die oberstgerichtliche Rechtsprechung sowie die Justizverwaltung verbunden, so wurde die in „Oberster Gerichtshof“ umbenannte Institution als unabhängiges Gericht vom im Frühjahr 1848 gegründeten Justizministerium etabliert.³⁷⁷ Ein weiteres rechtsstaatliches Indiz ist in einem Justizministeriumserlass zu finden, in dem die Unabhängigkeit der Richter sowie die Bindung der Richter an das gesetzte Recht festgelegt wurden.³⁷⁸ Außerdem konnten

³⁷² Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 147 sowie 164–165.

³⁷³ Vgl. Artikel 9 des Allerhöchsten Patentbes vom 7. September 1848. Aufhebung des Untertänigkeitsbandes und Entlastung des bäuerlichen Besitzes: a.a.O. (15. 07. 2010).

³⁷⁴ Vgl. § 100 des Kaiserlichen Patentbes vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (09. 07. 2010).

³⁷⁵ *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 127. Näheres zu den Durchführungsbestimmungen in Kapitel 3.3.

³⁷⁶ Vgl. Provisorische Verordnung über das Verfahren in Preßsachen (vom 18. 05. 1848): a.a.O. (10. 06. 2010).

³⁷⁷ Vgl. Justiz-Ministerial-Erlaß vom 21. August 1848, sämtlichen Appellationsgerichten bekannt gemacht mit Justiz-Hofdecret vom 31. August 1848: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=jgs&datum=10320003&seite=00000652&zoom=2> (Justizgesetzsammlung/JGS 1848/1176) (17. 07. 2010).

³⁷⁸ § 4 ebenda.

Richter nur durch Erkenntnis der Gerichtsbehörden entlassen, in den Ruhestand geschickt oder gegen ihren Wunsch an einen anderen Ort versetzt werden.³⁷⁹

3.4.4 Länder und Gemeinden

„Die Landstände [waren] mit dem Landesfürsten die Träger der Landesherrschaft.“³⁸⁰ Laut Tiroler Landesordnung von 1816 und jener von Krain 1818, welche vom Kaiser oktroyiert wurden, waren die Stände die alleinigen „Repräsentanten“ bzw. „Vertreter“ des Landes

Die Stände, die in den Landständen bzw. „Landtagen“ saßen, setzten sich wie im Mittelalter aus vier „Klassen“ zusammen: dem Adel, den Prälaten, der Bürgerklasse und der Bauernklasse. Die Stände repräsentierten keineswegs die Bevölkerung der Länder, sondern es hatten nur jene physischen Personen und Genossenschaften, die die „Landstandschaft“ besaßen, Zugang zur Landesherrschaft. „Voraussetzung der Landstandschaft ist eigene, auf vererb- und veräußerbarem Eigengut aufbauende, landesunmittelbare Herrschaft entweder

- einer physischen Person als Inhaber umfassender Hausgewalt über Grundholden [Adel und Prälaten] [...] oder
- einer Genossenschaft als Inhaber von dieser Hausgewalt analogen Gemeinderechten [„Städte und Märkte“ bzw. die Bürgerklasse sowie „Täler und Gerichte“ bzw. die Bauernklasse.] [...].“^{381 382}

Faktisch besaßen die Stände bzw. die Landstände seit den Zentralisierungsmaßnahmen Maria Theresias kaum noch für den Staat bedeutende Macht³⁸³, allerdings sah die Pillersdorfsche Verfassung die Landstände sowie deren Funktionen weiterhin vor. Ferner sollten Vertreter des „Bürgerstandes“ Eingang in diese Landstände finden.³⁸⁴

Bezüglich der Etablierung von Landesordnungen und „modernerer“ Landtagen zeigte sich große Aktivität: Im Kabinettschreiben vom 08. 04. 1848 bzw. der „Böhmischen Charte“ wurde der Ausbau der Stände thematisiert. So sollten die ländliche Oberschicht und die Bürger in den Städten im Landtag vertreten sein. Aufgrund des Wiederaufflammens der Revolution im Mai in Wien wurden die Wahlen zum Landtag

³⁷⁹ Vgl. § 28 des Allerhöchsten Patentens vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): a.a.O. (06. 06. 2010).

³⁸⁰ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 33.

³⁸¹ Ebenda.

³⁸² Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 33–36 sowie 102.

³⁸³ Vgl. Einleitungsunterkapitel „Die Etablierung des (früh)modernen Staates in Österreich“ dieser Arbeit.

³⁸⁴ Vgl. Allerhöchstes Patent vom 15. März 1848. Verleihung der Constitution und Aufhebung der Censurgesetze: a.a.O. (01. 08. 2010).

vom böhmischen Gubernialpräsidenten Leo Graf von Thun selbst festgesetzt und der Kaiser stimmte diesem Schritt am 06. 06. 1848 auch zu. Der böhmische Landtag kam allerdings nie zustande.

Die Ständeversammlung von Österreich unter der Enns bzw. Niederösterreich versammelte sich bloß am Tag des Ausbruches der Revolution, am 13. 03. 1848. Dabei wurde ein „Verstärkter Ausschuss“ beschlossen, in dem auch Gesandte aus dem bürgerlichen Lager sitzen sollten und welcher sich den Themen Landesordnung und Grundentlastung widmen sollte. Des Weiteren sollte im Mai ein „Verstärkter Landtag“ versammelt werden, allerdings kam das Wiederaufflammen der Revolution im Mai dazwischen und da im Juli der Reichstag bereits tagte, wurde kein Landtag in Niederösterreich versammelt.

In Mähren wurde der letzte ständische „Landtag“ zwischen dem 30. 03. und dem 13. 05. 1848 abgehalten. „Der neue Landtag sollte nicht mehr nach den klassischen Ständen, sondern nach Interessenvertretungen gegliedert sein: Großgrundbesitz, Städte und Landgemeinden sowie fünf Vertreter der Universität Olmütz (Olomouc) [...]“³⁸⁵ und der Vertreter der klassischen Stände. Dieser Landtag versammelte sich zum ersten Mal am 31. 05. und hielt seine Tagungen bis Ende Jänner 1849 ab.

Die Wahl eines provisorischen steirischen Landtages, der auf der Basis von Kurien gewählt werden sollte, wurde im März 1848 von den Ständen beschlossen und im Juni auch abgehalten. Dieser Landtag hielt seine Tagungen auch vom 13. 06. bis zum 18. 08. 1848 ab. Auch in Kärnten sollte statt der alten Ständeversammlung ein modernes politisches Repräsentationsorgan entstehen, weswegen ein auf der Basis der ständischen Kurien gewählter provisorischer Landtag gewählt wurde und auch zwischen dem 17. 07. und 06. 09. 1848 versammelt war.

In Tirol wurde ein provisorischer, ständisch geprägter „Landtag“ gewählt. Er tagte zwei Sitzungsperioden lang, vom 10. 06. bis zum 24. 07. sowie vom 26. 10. bis zum 18. 11. 1848 und konnte sogar eine ständisch geprägte Landesordnung erstellen.

Der ständische „Landtag“ in Oberösterreich wurde am 23. 03. 1848 versammelt und beschloss, dass ein Ausschuss eingerichtet werden sollte. Dieser hatte die Aufgabe, die Versammlung eines „Verstärkten Landtages“ einzuleiten. Dieser wurde am 24. 07. einberufen und tagte bis zum 30. 09. 1848. Obwohl Salzburg verwaltungstechnisch zu Oberösterreich gehörte und somit keine eigene Landesvertretung existierte, konsolidierte sich am 15. 04. 1848 eine Ständeversammlung, deren Vorsitz der

³⁸⁵ Gottsmann, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 573.

Fürsterzbischof übernahm. In dieser Versammlung einigte man sich auf die Bildung eines Komitees, in dem auch Vertreter der Bürger und Bauern sitzen sollten. Am 15. sowie am 16. 06. 1848 versammelte sich dieses Komitee und konnte einen Entwurf für eine Landesordnung ausarbeiten.

In Krain trat der alte Ständetag am 06. 04. 1848 das letzte Mal zusammen. Ein ständischer Ausschuss hatte die Aufgabe die Vorbereitung für die Wahlen zu einem Landtag, der nach einem Kurienwahlrecht gewählt werden sollte, zu treffen. Dieser Landtag versammelte sich schließlich am 19. 06. 1848.

In jenen Ländern, in denen über Jahrhunderte Stände existiert hatten, konnten auch solch moderne Landtage etabliert werden. „Die immerhin in sechs Ländern (mit Schlesien sogar sieben) einberufenen provisorischen Landesvertretungen stellten eine Kombination zwischen dem historisch-ständischen Prinzip und der Idee einer modernen Volksrepräsentation dar. Die alten Stände wurden durch Interessensgruppen ergänzt. Dadurch sollte einerseits den alten Ständen ihr Einfluß gewahrt bleiben, andererseits aber auch das sich politisch und ökonomisch in den Vordergrund drängende Bürgertum eine angemessene Vertretung erhalten.“³⁸⁶ Des Weiteren konnte die Landbevölkerung aufgrund der Thematik der Grundentlastung auf der Basis der Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes nicht mehr übersehen werden und nahm somit ein stärkeres Gewicht in den Gremien ein. Gleichzeitig mit dem Reichstag tagten die Landtage von Mähren, Steiermark, Tirol, Oberösterreich und Kärnten. Die gleichzeitige Tagung der Landtage der politisch mächtigsten Kronländer Böhmen und Niederösterreich, mit dem Reichstag konnte von der Regierung unterbunden werden. Die wichtigsten Verhandlungsthematiken dieser Landtage waren die Etablierung von Landesordnungen sowie die Grundentlastung.³⁸⁷

Allerdings muss betont werden, dass die ständische Landesherrschaft trotz der Modernisierungsmaßnahmen erst mit der Verfassung von 1849 beendet und durch Landtage ersetzt wurde, die von der Bevölkerung gewählt worden waren.³⁸⁸

Mit der Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes änderten sich auch die Verhältnisse für die Lokalgewalt. Die Bestimmungen der Pillersdorfschen Verfassung beinhalteten den Aufbau von Gemeinden als „einheitliche Lokalgewalt“³⁸⁹. Während diese

³⁸⁶ *Gottsmann, Andreas* 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, a.a.O., S. 577.

³⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 572–578.

³⁸⁸ § 70, 77 und 78 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (09. 07. 2010).

³⁸⁹ *Brauneder, Wilhelm* 2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 130

Bestimmungen in den Städten eher eine Abänderung der bestehenden Verhältnisse darstellten, waren diese für das flache Land nach der Aufhebung der Grundherrschaft vollkommen neu, und zwar sowohl für die bisher weitgehend rechtlose Bevölkerung am Land als auch für deren Grundherrn, die nunmehr zur Gemeinde gehörig waren.

Auf der Grundlage des Provisorischen Gemeindegesetzes 1849³⁹⁰, welches sich auf die Pillersdorfsche Verfassung bezog sowie explizit auf die „provisorische“ Durchführungsbestimmung des § 33 der „Oktroyierten Märzverfassung“ 1849, in der den Gemeinden die selbstständige Verwaltung gewährleistet worden war³⁹¹, wurden ab 1850 die Gemeinden im heutigen Österreich eingerichtet. Dieses Gesetz errichtete die Gemeinde als dauerhafte Institution.³⁹²

Fazit: Der erste monarchische österreichische Verfassungsstaat 1848–1849

Nachdem nun Verfassungstheorie und -wirklichkeit besprochen worden sind, soll anhand dieser beiden Faktoren geklärt werden, ob und in welcher Form der Verfassungsstaat zwischen der Inkraftsetzung der Pillersdorfschen Verfassung am 25. 04. 1848 und der Oktroyierung der Märzverfassung am 04. 03. 1849 existiert hat:

Wieso muss von einem „modernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden?

Mit der Pillersdorfschen Verfassung wurde ein Gesetz in Kraft gesetzt, das die Staatsorgane sowie deren Aufgaben, Zuständigkeiten und ihren Pflichtenkreis bestimmte: Der Kaiser stand als Staatsoberhaupt an der Spitze des Staates. So war er an der Spitze der vollziehenden Gewalt positioniert. Ihm zur Seite gestellt wurden verantwortliche Minister, die zusammen mit dem Kaiser die Regierungsfunktion übernahmen. Unter Ferdinand I. erfuhr allerdings die Kabinettsregierung einen starken Bedeutungsaufschwung, da sich der regierungsunfähige Monarch nicht an den Regierungsgeschäften beteiligte, allerdings musste er jedes Gesetz unterschreiben, da er das uneingeschränkte Sanktionsrecht besaß. Dies bedeutete in der Praxis, dass unter Ferdinand I. die Kabinettsregierung Gesetzesvorschläge ausarbeitete und – nachdem der

³⁹⁰ Vgl. Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit ein provisorisches Gemeinde-Gesetz erlassen wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000203&zoom=2> (RGI. 1849/170) (18. 07. 2010).

³⁹¹ Vgl. § 33 des Kaiserlichen Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (09. 07. 2010).

³⁹² Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 130–131.

Reichstag in seinem Tätigkeitsbereich zugestimmt hatte – Ferdinand I. in der Regel dieses Gesetz sanktionierte. So wurde z.B. am 24. 08. 1848 bei Nichtanwesenheit des Kaisers über die Steueraussschreibung für das Verwaltungsjahr 1849 im Ministerrat verhandelt. Nachdem der Ministerrat einem Gesetzesvorschlag, der u.a. die Aufhebung der Judensteuern sowie der Urbarial- und Zehentsteuern vorsah, zugestimmt hatte, folgte am 07. 10. die Zustimmung des Reichstages³⁹³ und am 20.10. 1848 die Sanktion des Kaisers³⁹⁴. Mit Franz Joseph I. folgte ein Kaiser, der die Regierungsgeschäfte wieder gemeinsam mit dem Ministerrat ausübte. Neben der Unterschrift des Kaisers war allerdings auch die Unterschrift eines Ministers notwendig, ansonsten trat das Gesetz (Bei Erlassen von Ministerien war überhaupt keine Unterschrift notwendig) nicht in Kraft.

Dem Kaiser und der Regierung gegenübergestellt wurde der Reichstag, der bei Fragen des Staatsbudgets tätig werden musste und auch Beschlüsse fasste. So wurde eines der wichtigsten Gesetze bzgl. persönlicher Freiheit des Einzelnen beschlossen und kurze Zeit später vom Kaiser sanktioniert: das Gesetz zur Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes und der damit in Verbindung stehenden Grundentlastung. Des Weiteren nahm dieses Gremium Petitionen aus der Bevölkerung entgegen und wurde auch als Kontrollorgan der Regierung tätig, indem es die Regierung mittels Interpellationsrecht zu Stellungnahmen bzgl. der Regierungspolitik zwang.

Es ist hier also deutlich zu erkennen, dass Kaiser und Regierung bei für den Staat essentiellen Themen des Staatsbudgets, der Steuern und der Staatsanleihen mit dem Reichstag zusammenarbeiten mussten und dies auch in der Praxis taten.

Die Verfassung gewährte des Weiteren der im österreichischen Staat lebenden Bevölkerung sowie den österreichischen Staatsbürgern bürgerliche Rechte, wie z.B. persönliche Freiheit, Petitionsrecht, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Nationalitätenschutz, Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf Verfahren vor einem Richter, Presse- und Meinungsfreiheit etc. Kaiser und Regierung waren auch bereit diese Rechte gemäß der Verfassung mittels gesetzlicher Durchführungsbestimmungen durchzusetzen bzw. zu festigen: Mit der Aufhebung des Untertänigkeitsverbandes wurde ein wichtiges Gesetz bzgl. persönlicher Freiheit in Kraft gesetzt, die Aufhebung

³⁹³ Vgl. Ministerratssitzung Nr. 111. In: Kletečka, Thomas 1996: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848, a.a.O., S. 596–597.

³⁹⁴ Vgl. Allerhöchstes Patent vom 20. October 1848. Steuer-Ausschreibung für das Verwaltungsjahr 1849: a.a.O. (15. 07. 2010).

der Zensur und die Pressefreiheit wurden gewährt, ein Erlass des Innenministeriums garantierte den Akatholiken die Aufhebung der Dispenspflichtigkeit beim Hauserwerb sowie bei der Erlangung von Meister- und Bürgerrechten.

Ferner wurden die in der Verfassung vorgesehene Schwurgerichtsbarkeit sowie das öffentliche und mündliche Verfahren eingeführt. Die Patrimonialgerichtsbarkeit sollte nur noch so lange bestehen bleiben, bis landesfürstliche Behörden diese ersetzen. Auch die richterliche Unabhängigkeit, die Bindung der Richter an das Gesetz, die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofes vom Justizministerium sowie die Einrichtung einer Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft wurden beschlossen.

Des Weiteren wurden die in der Verfassung vorgesehenen Landstände tätig, um Landesverfassungen sowie moderne (provisorische) Landtage zu etablieren, die eine Mischung aus dem alten ständischen Prinzip und einer Volksvertretung darstellten, welche v.a. mittels Kurienwahlrechtes gewählt wurden.

Die soeben beschriebenen Faktoren, die in der Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit bestanden, zeigen deutlich, dass grundlegende Elemente eines modernen Verfassungsstaates vorhanden waren, wie z.B. die Beschränkung der Macht der Staatsorgane, insbesondere des Kaisers, indem ihm in für den Staat grundlegenden Bereichen ein gewähltes Gremium, der Reichstag, zur Seite gestellt wurde. Des Weiteren existierten Rechte für die Staatsbürger oder die Beschlüsse bzgl. der Justiz. Allerdings existierten markante Modernisierungsdefizite, weswegen – aus heutiger Sicht – nicht von einem „modernen Verfassungsstaat“ alleine, sondern von einem „frühmodernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden muss.

Wo befinden sich die Modernisierungsdefizite?

Moderne rechtsstaatliche Verfassungen sehen eine Beschränkung der Macht der verschiedenen Staatsorgane, insbesondere der Staatsleitung, vor, u.a. um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten. Zwar muss selbstverständlich mit der Inkraftsetzung der Pillersdorfschen Verfassung von einer Beschränkung der Macht des bisher absolut regierenden Kaisers gesprochen werden, allerdings behielt er gegenüber den anderen Staatsorganen eine überwältigende Macht, die eine Kontrolle des Kaisers nicht zuließ, sodass keineswegs von einem Mächtigegleichgewicht gesprochen werden

kann. Der Verfassungsstaat war geprägt vom „monarchischen Prinzip“ und nicht von einem Mächtegleichgewicht, womit hier schon das erste Modernisierungsdefizit genannt ist:

Der Kaiser besaß in der Gesetzgebung ein absolutes Veto, ernannte die Minister seiner Kabinettsregierung und konnte diese auch entlassen. Bei Ernennung und Entlassung konnte er frei entscheiden. Obwohl für die Inkraftsetzung einer gesetzlichen Bestimmung die Unterschrift eines Ministers nötig war, war es aufgrund des Ernennungs- und Entlassungsrechtes eher unwahrscheinlich, dass ein Minister dem Kaiser die Unterschrift verweigerte. Die Regierung war somit dem Kaiser verantwortlich.

Des Weiteren berief der Kaiser den Reichstag ein und konnte diesen auch entlassen. So machte Franz Joseph I. am 04. 03. 1849 von seinem Entlassungsrecht auch Gebrauch.

Alleine die Oktroyierung der Pillersdorfschen Verfassung durch den Kaiser stellt ein wichtiges Modernisierungsdefizit dar, da in explizit modernen bzw. modernisierten Verfassungsstaaten eine Verfassung meist durch repräsentativdemokratische Versammlungen in Kraft gesetzt wird.

Eine weitere Tatsache, die sogar das Prädikat „vormodern“ verdient, ist die Tatsache, dass sich der Kaiser als „von Gottes Gnaden“ erwählter Kaiser betrachtete.

Die Schwäche des Gesetzgebungsorgans im politischen System ist ein weiteres Modernisierungsdefizit:

Dies betrifft die Tatsache, dass der Reichstag kein Selbstversammlungsrecht besaß, aber auch – für heutige Maßstäbe – wenige Kompetenzen. Der Reichstag musste bei Fragen des Staatsbudgets mitbestimmen, womit er entscheidend bei der Erhebung von Steuern und der Aufnahme von Staatsschulden mitbestimmen konnte. Jene gesetzlichen Angelegenheiten, für die der Reichstag auf keinen Fall vorgesehen war, wurden per Verwaltungsakt des Kaisers in Kraft gesetzt. Allerdings existierte auch keine genaue Abgrenzung, wofür nun die Gesetzgebung und für welchen Gesetzesvorschlag nun die Vollziehung zuständig war. Dies nutzte der Kaiser, indem z.B. ein Gesetzesvorschlag über die Veränderung der bisherigen Rekrutierungsgesetze, welches die Wehrpflicht für den Adel vorsah und weswegen eine Erweiterung der Militärrekrutierungen erfolgen musste, ohne Reichtagsbeschluss von ihm sanktioniert wurde. Er übergab damit die Tatsache, dass dem Reichstag in der Verfassung die Aufgabe zuerteilt war, bei den jährlichen Militärrekrutierungen mitzubestimmen.

Ein weiteres wichtiges Modernisierungsdefizit ist die Tatsache, dass Frauen an den Reichstagswahlen nicht teilnehmen durften. Allerdings existierten auch viele weitere Einschränkungen, wie z.B. die Tatsache, dass es „unselbstständigen“ Arbeitern oder Staatsbürgern, die weniger als sechs Monate in einem bestimmten Wahlkreis wohnten, nicht erlaubt war zu wählen. Nicht zuletzt muss in diesem Zusammenhang auch die Bevorzugung der Städte bei der Wahlkreiseinteilung ebenfalls genannt werden.

Zwar besaß der Reichstag als wichtigen Kontrollmechanismus das Interpellationsrecht, das auch eingesetzt wurde, um eine Stellungnahme der Regierung zu ihrer Politik zu erwirken. Allerdings war die Regierung aufgrund seines Ernennungs- und Entlassungsrechtes de facto nur dem Kaiser und nicht dem Reichstag verantwortlich, was einem immensen Modernisierungsdefizit im Hinblick auf das Gleichgewicht der Macht, die auch bei der Kontrolle der Regierung eher beim Kaiser lag, gleichkam.

Ferner muss infolge der Existenz der Stände und deren in der Verfassung festgelegten Aufgaben von einem weiteren Modernisierungsdefizit gesprochen werden, obwohl die Stände ohnehin kaum Macht gegenüber dem Kaiser besaßen.

Aufgrund dieser Modernisierungsdefizite muss bei der Beurteilung der Machtverteilung zwischen 1848 und 1849 von einem „frühmodernen Verfassungsstaat“ ausgegangen werden.

Wieso muss von einem „schwachen frühmodernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden?

Der moderne Verfassungsstaat kann nicht existieren, wenn die Verfassungswirklichkeit nicht auf den Grundprinzipien der Verfassungstheorie basiert. Zwar traf Letzteres für den Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 zu, allerdings mangelte es an einer für den Verfassungsstaat essentiellen Einrichtung: einem Verfassungsgericht, welches bei Verletzung der zugestandenen Bürger- und Menschenrechte oder bei verfassungswidrigen rechtlichen Bestimmungen hätte eingeschaltet werden müssen.

Die Ermangelung eines solchen Organs hatte zur Folge, dass solche Rechte nur dann gewährt wurden, wenn Kaiser und Regierung keinen Einwand gegen die Inkraftsetzung eines bestimmten Gesetzes im Hinblick auf die Gewährung eines solchen Rechtes hatten.

Bezüglich der Pressefreiheit konnte es somit zu Einschränkungen kommen: So wurde die liberal-demokratische „Ostdeutsche Post“ verboten. Auch die Vereinsfreiheit wurde immens eingeschränkt, indem alle „demokratischen“ Vereine und „Arbeiterklubs“ per Erlass des Innenministeriums für verboten erklärt wurden.

Es ist daher deutlich zu erkennen, dass solch verfassungswidrige Handlungen des Staates möglich waren und die Verwirklichung des Verfassungsstaates vom Willen der Staatsleitung, (insbesondere des Kaisers und seiner Regierung) abhing, verfassungsmäßig zu handeln – was v.a. aufgrund der instabilen innenpolitischen Lage zu einem großen Teil durchgezogen wurde³⁹⁵. In Ermangelung eines übergeordneten Verfassungsgerichtes muss hier deshalb von einem „schwachen frühmodernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden.

Dieser „schwache frühmoderne Verfassungsstaat“ zwischen 1848 und 1849 soll trotz seiner kurzen Dauer nicht als Übergangskonstrukt oder bloße Fußnote der politischen Geschichte Österreichs betrachtet werden, sondern als Anfang von staatlichem Leben in Österreich auf der Basis eines von Menschen gesetzten, bestimmten und akzeptierten Verfassungsrechtes.

³⁹⁵ Zwei Beispiele bzgl. der instabilen innenpolitischen Lage und der Zugeständnisse, die hier erwähnt werden sollten, sind die Tatsachen, dass 1. die Pillersdorfsche Verfassung als Resultat der Märzunruhen zustandekam und 2. nach der „Sturmpetition“ vom 15. 05. 1848 das Wahlgesetz verändert wurde. Mit solchen Zugeständnissen sicherte sich die Staatsleitung ab, um monarchiegefährdende Unruhen im österreichischen Staat zu verhindern. So sind auch die vielen Durchführungsbestimmungen der Staatsspitze und deren verfassungsmäßiges Handeln zu erklären.

4 Die zwischenverfassungsstaatliche Epoche (1849 – 1867)

In diesem Kapitel soll ein Überblick über die „zwischenverfassungsstaatliche“ Zeit gegeben werden: Die zwischenverfassungsstaatliche Epoche begann bereits 1849, als die „Oktroyierte Märzverfassung“ in Kraft trat, allerdings nur wenige Bestimmungen in Kraft getreten waren und insbesondere nur ein Organ der Staatsleitung neben dem Kaiser und seiner Regierung, nämlich der Reichsrat, aber nicht der Reichstag, versammelt wurde. Der Kaiser besaß somit praktisch bis 1851 die absolute Macht im österreichischen Staat. 1851 wurden schließlich die drei „Silversterpatente“ für das gesamte Habsburgerreich erlassen, die es dem Kaiser ab diesem Zeitpunkt auch rechtstheoretisch gesehen erlaubten, ohne ein ihm gegenübergestelltes Organ, wie einem Reichstag, absolut zu regieren. Diese absolute Stellung des Kaisers entspricht keineswegs den Prinzipien des Verfassungsstaates, die u.a. eine Machtaufteilung auf verschiedene Organe des Staates vorsehen.

Mit dem Erlass der Staatsgrundgesetze von 1867 endet die zwischenverfassungsstaatliche Epoche, doch soll zunächst auf den historischen Hintergrund eingegangen werden, der zum Erlass der Verfassung von 1849 führte.

4.1 Das Ende der Revolution und dessen Bedeutung für die zwischenverfassungsstaatliche Epoche

Am 04. 03. 1849 trat die „Oktroyierte Märzverfassung“ in Kraft und als Reaktion auf diese Verfassung erklärte sich Ungarn am 14. 04. 1849 beim Reichstag von Debrecen für souverän, das Haus Habsburg-Lothringen wurde für abgesetzt erklärt und Lajos Kossuth zum Gouverneurpräsidenten ernannt.

Franz Joseph I. sah sich vor dem Zerfall des Habsburgerreiches, weswegen er ein Bündnis mit dem zaristischen Russland einging, mit dessen Hilfe die Ungarn geschlagen werden konnten. Die kaiserliche Armee griff unter dem Freiherrn Julius von Haynau Ungarn an, die Russen attackierte die Ungarn von den Karpaten aus und die Kroaten marschierten in Südungarn ein. General Artúr Görgey und seine Armee mussten sich schließlich bei Világos in Ostungarn den Russen geschlagen geben und die bedingungslose Kapitulation akzeptieren. Das letzte Bollwerk der ungarischen Revolution, die Festung Komárom, wurde schließlich im Oktober 1849 erobert, womit die Revolution in Ungarn beendet wurde.

In den italienischen Provinzen mussten sich die Truppen König Alberts von Piemont-Sardinien, der einen mit den Österreichern geschlossenen Waffenstillstand gebrochen hatte, in den Schlachten von Mortara am 21. 03. 1849 und Novara am 23. 03. 1849 geschlagen geben. Am 22. 08. 1849 musste sich schließlich Venedig beugen, womit die revolutionären Bestrebungen in den italienischen Gebieten beendet und die habsburgische Herrschaft in Norditalien vorläufig gesichert wurde.³⁹⁶

Aufgrund der Beendigung der Revolution und der damit einhergehenden innenpolitischen Stabilisation sah sich der Kaiser in einer solch mächtigen Position, sodass er absolutistisch regieren konnte³⁹⁷. In der Folge wird sich zeigen, dass der Monarch auch nicht mehr gewillt war, die Bestimmungen der Verfassung von 1849 zu erfüllen, insbesondere hinsichtlich der Einberufung des österreichischen Reichstages. Mit den Silvesterpatenten von 1851 sicherte sich Franz Joseph I. schließlich seine absolute Stellung im österreichischen Staat.

Aber bevor die Verfassung von 1849 behandelt wird, soll kurz auf die Gründe, wieso der Kremsierer Entwurf nicht in Kraft gesetzt wurde, anhand von dessen Bestimmungen erläutert werden.

4.2 Der „Kremsierer Verfassungsentwurf“

Der „Kremsierer Verfassungsentwurf“ war Ausdruck der bürgerlich-demokratischen Bewegung innerhalb der Monarchie und stellt v.a. hinsichtlich der späteren Entwicklung der Nationalitätenkämpfe einen der wichtigsten Ausdrücke der Bevölkerung dar, da sich die verschiedenen Völker des Staates ohne Beeinflussung des Kaisers, des Adels oder der Kirche im Reichstag auf einen gemeinsamen Verfassungsentwurf einigen konnten.³⁹⁸

4.2.1 Bestimmungen

Der im Verfassungsausschuss des Reichstages ausverhandelte und verabschiedete Kremsierer Entwurf sieht das gesamte Kaisertum Österreich als unteilbare

³⁹⁶ Vgl. *Hauszmann*, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 170–171; Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 204–205; Vgl. *Zöllner*, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 398.

³⁹⁷ Vgl. *Pelinka*, Anton/*Rosenberger*, Sieglinde ²2003: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien, S. 18.

³⁹⁸ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 187.

konstitutionelle Monarchie vor³⁹⁹. Allerdings gilt diese Verfassung nur im österreichischen Staat, während die ungarischen Länder und die italienischen Besitzungen nicht berücksichtigt werden⁴⁰⁰.

Die gesetzgebende Gewalt übt der Kaiser gemeinsam mit dem Reichstag aus, in den Ländern als Landesoberhaupt gemeinsam mit den Land- oder Kreistagen.⁴⁰¹ Dem Kaiser obliegt alleine die vollziehende Gewalt, er übt diese durch verantwortliche Minister aus⁴⁰², während die richterliche Gewalt im Namen des Kaisers von unabsetzbaren Richtern gesprochen wird⁴⁰³. (Die Rechtspflege muss voneinander getrennt und unabhängig sein.⁴⁰⁴) Des Weiteren besitzt der Kaiser das Ernennungs- und Entlassungsrecht der Minister, ist Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht⁴⁰⁵, erklärt Krieg, schließt Friedens- und Handelsverträge sowie Bündnisse, allerdings muss über die letztgenannten Handlungen der Reichstag in Kenntnis gesetzt werden⁴⁰⁶. Ferner eröffnet der Kaiser den Reichstag und schließt diesen auch, allerdings kann er auch diesen vertagen sowie eine oder beide Kammern auch auflösen.⁴⁰⁷ Die Gegenzeichnung eines Ministers ist notwendig, damit ein Regierungsakt des Kaisers gesetzliche Kraft gewinnt.⁴⁰⁸

Der Regierung (und nicht dem Kaiser) wird ein „Reichsrat“ als beratendes Organ zur Seite gestellt.⁴⁰⁹

Der Reichstag besteht aus zwei Kammern: der „Volkskammer“ und der „Länderkammer“⁴¹⁰. Deren Mitglieder repräsentieren die Gesamtheit der Länder, in denen der Entwurf gilt⁴¹¹.

³⁹⁹ Vgl. § 1 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): http://134.76.160.151/rmc/nbu.php?page_id=02a1b5a86ff139471c0b1c57f23ac196&viewmode=pages&how_doc=AT-00-1849-03-01-de&position=0 (29. 07. 2010).

⁴⁰⁰ Vgl. § 2 ebenda.

⁴⁰¹ Vgl. § 35 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴⁰² Vgl. § 38 ebenda.

⁴⁰³ Vgl. § 39 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴⁰⁴ Vgl. § 137 ebenda.

⁴⁰⁵ Vgl. § 45 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴⁰⁶ Vgl. § 47 ebenda.

⁴⁰⁷ Vgl. § 49 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴⁰⁸ Vgl. § 44 ebenda.

⁴⁰⁹ Vgl. § 72 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴¹⁰ Vgl. § 73 ebenda.

⁴¹¹ Vgl. § 75 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

Die Volkskammer besteht aus 360 Abgeordneten und wird mittels direktem Männerwahlrecht von jenen, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, im vollen Genusse ihrer staatsbürgerlichen Rechte sind und einen bestimmten Satz an direkten Steuern zahlen können, auf drei Jahre gewählt.⁴¹²

Das passive Wahlrecht besitzen jene Männer, die das österreichische Staatsbürgerrecht besitzen und im vollen Genusse dieser Rechte sind, seit einem Jahr ihren ordentlichen Wohnsitz im Kaiserreich besitzen und mindestens 28 Jahre alt sind.⁴¹³

Die Länderkammer besteht aus je sechs Abgeordneten pro Reichsland, welche von den Landtagen gewählt werden⁴¹⁴ sowie aus je einem von den Kreistagen eines jeden Kreises pro Land gewählten Abgeordneten.⁴¹⁵ Diese Abgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt, wobei alle drei Jahre die Hälfte der Abgeordneten der Reichsländer sowie der Kreise austreten.⁴¹⁶

Des Weiteren sieht der Kremsierer Entwurf einen umfassenden und fortschrittlichen Grundrechtekatalog vor: die Vereins- und Versammlungsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, Bewegungsfreiheit der Person, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit von Wissenschaft und Lehre, Schutz des Briefgeheimnisses und des Hausrechtes, Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz, Recht auf Bildung und die Gleichheit der Nationalitäten.⁴¹⁷ Bei Verletzung eines dieser Grundrechte seitens des Staates soll ein „Oberstes Reichsgericht“ tätig werden.⁴¹⁸

In der Gesetzgebung wird der Kaiser in seinen Kompetenzen im Vergleich zur Pillersdorfschen Verfassung weiter beschränkt: Er besitzt nicht mehr ein absolutes Veto. Ein Gesetz tritt dann in Kraft, wenn der Kaiser nach einem Reichstagsbeschluss die Sanktion erteilt. Kommt es nicht zur Erteilung der Sanktion, darf derselbe Gesetzesvorschlag in derselben Sitzung nicht nochmals vorgebracht werden.⁴¹⁹ Wenn derselbe Gesetzesvorschlag in der nächsten ordentlichen Jahressession vom Reichstag abermals angenommen wird und die Sanktion des Kaisers wieder nicht erfolgt, muss der

⁴¹² Vgl. § 95 und 98 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴¹³ Vgl. § 97 ebenda.

⁴¹⁴ Vgl. § 99 Abs. 1 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴¹⁵ Vgl. § 99 Abs. 2 ebenda.

⁴¹⁶ Vgl. § 100 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴¹⁷ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 191.

⁴¹⁸ Vgl. § 140 Abs. 1 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴¹⁹ Vgl. § 87 ebenda.

Reichstag aufgelöst werden. Nimmt der neu zusammengetretene Reichstag erneut denselben Gesetzesvorschlag an, darf der Kaiser die Sanktion nicht verweigern.⁴²⁰ Es handelt sich also nur um ein suspensives Veto des Kaisers.

Deutlich zu erkennen ist in diesem Entwurf der Machtzuwachs des Reichstages bei gleichzeitigem Machtverlust des Kaisers gegenüber der Pillersdorfschen Verfassung. Der Kaiser besitzt kein absolutes Veto mehr und muss damit im Gesetzgebungsprozess verstärkt mit dem Reichstag zusammenarbeiten. Auf der anderen Seite hat der Kaiser auch weiterhin das Recht, den Reichstag ohne Nennung eines bestimmten Grundes aufzulösen.

Eine besondere Neuerung zeigt sich mit der Errichtung eines Obersten Reichsgerichtes: Bei Verletzung eines der im Kremsierer Entwurf zugestandenen Rechte für die Staatsbürger hat dieses Reichsgericht tätig zu werden.

4.2.2 Verfassungswirklichkeit

Mit dem Kremsierer Verfassungsentwurf wurde zwar eine für damalige Verhältnisse äußerst moderne, weil demokratischere Verfassung entworfen. Doch wurde diese Verfassung nie in Kraft gesetzt.

Im Ministerrat des 02. 01. 1849 zeigte sich bereits großer Unmut bzgl. des Verfassungsentwurfes des Reichstages. Insbesondere der § 1 des Grundrechtekatalogs, der besagt, dass alle Staatsgewalten vom Volk ausgehen, wurde im Ministerrat besprochen und als nicht mit dem monarchischen Prinzip vereinbar abgelehnt. Des Weiteren wurde dessen Streichung beantrag⁴²¹, was auch geschah. Allerdings wussten der Kaiser und die Regierung nun, dass der Reichstag mit seinem Entwurf einen auf der Basis der „Volkssouveränität“ basierenden Staat schaffen wollte, weswegen im Ministerrat parallel zu den Verhandlungen im Reichstag ein weiterer Verfassungsentwurf ausgearbeitet wurde.⁴²² Auch die Beschränkung der monarchischen Rechte (suspensives statt absolutes Veto) stieß bei Kaiser und Regierung keinesfalls auf Zustimmung.

⁴²⁰ Vgl. § 88 des Entwurfes der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): a.a.O. (29. 07. 2010).

⁴²¹ Vgl. Ministerratssitzung Nr. 11. In: Kletečka, Thomas 2002: Das Ministerium Schwarzenberg, a.a.O., S. 69.

⁴²² Siehe dazu: Ministerratssitzungen Nr. 16–18, 20–23 sowie 28. In: Ebenda, S. 99–113 sowie 119–134 und 148–150.

Am 04. 03. 1849 wurde schließlich der im Ministerrat beratene Verfassungsentwurf als „Reichsverfassung für das Kaisertum Österreich“ („Märzverfassung“ 1849) vom Kaiser oktroiert, womit die Inkraftsetzung des Kremsierer Entwurfes verhindert wurde.⁴²³

4.3 Die „Oktroierte Märzverfassung“ („Reichsverfassung für das Kaisertum Österreich“) 1849

Die „Oktroierte Märzverfassung“ 1849 kann als eine modernere Rechtsordnung des Staates als die Pillersdorfsche Verfassung angesehen werden: So sah sie ein Reichsgericht vor, das bei Verletzung der politischen Rechte tätig werden musste. Außerdem hatte der Reichstag bei Gesetzen, die Reichsangelegenheiten betrafen, die weit über die Fragen des Staatsbudgets hinausgingen, einen größeren Kompetenzbereich als in der Pillersdorfschen Verfassung. Ferner sah diese Verfassung die Beendigung der Ständeherrschaft in den Ländern vor.

Es soll nun anhand der Bestimmungen und insbesondere der Verfassungswirklichkeit geklärt werden, wieso trotz der Inkraftsetzung der Märzverfassung der Verfassungsstaat nicht existieren konnte.

4.3.1 Bestimmungen

Die „Oktroierte Märzverfassung“ 1849 gilt für das gesamte Kaisertum Österreich inklusive der ungarischen Länder (§ 1 dieser Verfassung bestimmt die Trennung Kroatiens und Slawoniens von Ungarn, wobei beide sowie Dalmatien zu einem Kronland erklärt werden⁴²⁴.) und Lombardo-Venetien, allerdings nicht für die restlichen italienischen Besitzungen (z.B. das Herzogtum Modena, das Großherzogtum Toskana sowie das Herzogtum Parma)⁴²⁵

Der Kaiser ernennt und entlässt die Minister⁴²⁶, besitzt den Oberbefehl über die bewaffnete Macht⁴²⁷, in seinem Namen wird Recht im gesamten Reich gesprochen⁴²⁸

⁴²³ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 120.

⁴²⁴ Vgl. § 1 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴²⁵ Vgl. § 1 ebenda.

⁴²⁶ Vgl. § 19 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴²⁷ Vgl. § 15 ebenda.

⁴²⁸ Vgl. § 20 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

und er verkündet die Gesetze und erlässt die entsprechenden Verordnungen⁴²⁹. Des Weiteren entscheidet der Kaiser über Krieg und Frieden⁴³⁰ und schließt mit anderen Staaten Verträge⁴³¹, allerdings bedarf es einer Zustimmung des Reichstages, wenn die Schließung eines solchen Vertrages „neue Lasten“ bringt⁴³². Dem Kaiser steht ausschließlich die vollziehende Gewalt zu und er übt diese durch verantwortliche Minister aus.⁴³³ Des Weiteren hat der Kaiser das Recht – sofern der Reichstag oder ein Landtag nicht versammelt sind und dringend eine Gesetzesmaßnahme im Reich oder im Kronland erforderlich ist – Verfügungen, welche provisorische Gesetzeskraft besitzen, zu treffen. Allerdings muss der Kaiser dem Reichs- oder dem betreffenden Landtag, sobald diese wieder versammelt sind, die Gründe für die Inkraftsetzung sowie die damit errungenen Erfolge darlegen.⁴³⁴

Dem Kaiser und der vollziehenden Gewalt zur Seite gestellt wird der „Reichsrat“, der in allen Angelegenheiten als beratendes Organ fungieren soll.⁴³⁵ Dessen Mitglieder werden vom Kaiser ernannt, wobei er hiebei auf die verschiedenen Teile des Reiches Rücksicht nehmen muss.⁴³⁶

In Bezug auf „Reichsangelegenheiten“ wird die gesetzgebende Gewalt vom Kaiser zusammen mit dem Reichstag, in Landesangelegenheiten zusammen mit den Landtagen bewerkstelligt.⁴³⁷ Zu Reichsangelegenheiten zählen alle Angelegenheiten, die das Kaiserhaus sowie die Rechte der Krone⁴³⁸, den Reichshaushalt⁴³⁹, das Heerwesen⁴⁴⁰,

⁴²⁹ Vgl. § 18 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴³⁰ Vgl. § 16 ebenda.

⁴³¹ Vgl. § 17 Abs. 1 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴³² Vgl. § 17 Abs. 2 ebenda.

⁴³³ Vgl. § 84 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴³⁴ Vgl. § 87 ebenda.

⁴³⁵ Vgl. § 96 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴³⁶ Vgl. § 97 ebenda.

⁴³⁷ Vgl. § 37 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴³⁸ Vgl. § 36 a) ebenda.

⁴³⁹ Vgl. § 36 f) des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁴⁰ Vgl. § 36 e) ebenda.

die Beziehungen zwischen Kirche und Staat⁴⁴¹, das höhere Unterrichtswesen⁴⁴², alle Institutionen, die die Wahrung der inneren Sicherheit⁴⁴³, alle Gewerbs- und Handelsangelegenheiten⁴⁴⁴, die völkerrechtliche Vertretung des Reiches, insbesondere das Schließen von Verträgen mit anderen Staaten⁴⁴⁵ sowie alle Angelegenheiten, die durch die Verfassung oder durch Reichsgesetze nicht als Landesangelegenheiten erklärt werden⁴⁴⁶, betreffen.

Als Landesangelegenheiten werden alle Anordnungen erklärt, die die Landeskultur⁴⁴⁷, die öffentlichen Bauten, welche von den Ländern finanziert werden⁴⁴⁸, die Wohltätigkeitsanstalten der Länder⁴⁴⁹ sowie den Voranschlag und die Rechnungslegung der Länder⁴⁵⁰ betreffen. Außerdem werden jene Anordnungen als Landesangelegenheiten bezeichnet, die mittels Reichsgesetz der Landesgewalt zugewiesen werden.⁴⁵¹ Die Gemeindeangelegenheiten⁴⁵², Kirchen- und Schulangelegenheiten der Länder⁴⁵³ sowie der Vorspannleistung und der Einquartierung und Verpflegung des Heeres gehören zu den Landesangelegenheiten innerhalb der Grenzen des Landes⁴⁵⁴. Falls Gesetze nicht auf dem Verfassungsweg

⁴⁴¹ Vgl. § 36 c) des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁴² Vgl. § 36 d) ebenda.

⁴⁴³ Vgl. § 36 i) des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁴⁴ Vgl. § 36 g) ebenda.

⁴⁴⁵ Vgl. § 36 b) des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁴⁶ Vgl. § 36 i) ebenda.

⁴⁴⁷ Vgl. § 35 Abs. I.1 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁴⁸ Vgl. § 35 Abs. I.2 ebenda.

⁴⁴⁹ Vgl. § 35 Abs. I.3 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁵⁰ Vgl. § 35 Abs. I.4 ebenda.

⁴⁵¹ Vgl. § 35 Abs. III. des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁵² Vgl. § 35 Abs. II.1 ebenda.

⁴⁵³ Vgl. § 35 Abs. II.2 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁵⁴ Vgl. § 35 Abs. II.3 ebenda.

zustandegekommen sind, werden entsprechende Verfügungen mittels Verordnungen des Kaisers erlassen.⁴⁵⁵

Der Reichstag wird jedes Jahr im Frühjahr vom Kaiser einberufen und besteht aus zwei Kammern: dem „Unterhaus“ und dem „Oberhaus“. Das Unterhaus wird direkt gewählt⁴⁵⁶, wobei aktive Wahlberechtigung u.a. ein Mindestmaß an direkter jährlicher Steuer, Großjährigkeit und der Vollbesitz der bürgerlichen und politischen Rechte vorausgesetzt sind⁴⁵⁷, während passive Wahlberechtigung die Vollendung des 30. Lebensjahres voraussetzt⁴⁵⁸. Die Mitglieder des Unterhauses werden auf fünf Jahre gewählt.⁴⁵⁹ Das Oberhaus wird durch die Landtage auf die Dauer von zehn Jahren gewählt⁴⁶⁰, allerdings waren nur Personen wählbar, die einen jährlichen direkten Steuersatz von 500 fl. zahlten⁴⁶¹.

Sowohl der Kaiser als auch beide Häuser können Gesetze vorschlagen.⁴⁶² Jedes Haus beschließt Gesetze mit absoluter Stimmenmehrheit⁴⁶³, wobei mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sein muss⁴⁶⁴. Wenn ein übereinstimmender Beschluss beider Häuser vorliegt, kann nun der Kaiser die Sanktion (mit der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers⁴⁶⁵) erteilen, allerdings können in derselben Session keine Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche vom Kaiser oder einem der beiden Häuser abgelehnt worden sind, mehr eingebracht werden.⁴⁶⁶

⁴⁵⁵ Vgl. § 120 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁵⁶ Vgl. § 43 Abs. 1. ebenda.

⁴⁵⁷ Vgl. § 43 Abs. 2 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁵⁸ Vgl. § 45 ebenda.

⁴⁵⁹ Vgl. § 49 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁶⁰ Vgl. § 40 und 49 ebenda.

⁴⁶¹ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 194.

⁴⁶² Vgl. § 65 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁶³ Vgl. § 58 ebenda.

⁴⁶⁴ Vgl. § 56 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁶⁵ Vgl. § 18 ebenda.

⁴⁶⁶ Vgl. § 66 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

Der Kaiser hat das Recht den Reichstag zu vertagen und zu schließen und er kann den Reichstag oder eines seiner Häuser auflösen⁴⁶⁷, allerdings muss der Reichstag drei Monate nach deren Auflösung wieder einberufen werden⁴⁶⁸.

Bezüglich der Rechte für die einzelnen Bürger sieht die „Oktroyierte Märzverfassung“ „für alle Völker“ des Reiches ein allgemeines „österreichisches“ Reichsbürgerrecht⁴⁶⁹ vor und es darf in keinem Kronland ein Unterschied zwischen den eigenen und den Angehörigen anderer Länder gemacht werden⁴⁷⁰. Weiters in der Verfassung verankert sind die Freizügigkeit der Person⁴⁷¹, das Verbot des Untertänigkeits- oder Hörigkeitsverbandes⁴⁷², die Gleichheit vor dem Gesetz für jeden Reichsbürger⁴⁷³, der Schutz des Eigentums⁴⁷⁴, der Zugang zu öffentlichen Ämtern⁴⁷⁵ sowie die Ablösbarkeit der aus jedem Untertänigkeits- oder Hörigkeitsverbandes haftende Schuldigkeit⁴⁷⁶. Für die Länder des österreichischen Staates (ohne Lombardo-Venetien) wurde am Tag der Inkraftsetzung der Märzverfassung 1849 ein eigenes Grundrechtspatent erlassen: Dieses sieht u.a. die volle Glaubensfreiheit⁴⁷⁷, die Freiheit der öffentlichen Religionsausübung für gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften⁴⁷⁸, die Pressefreiheit⁴⁷⁹, die Freiheit der Person⁴⁸⁰, das Petitionsrecht⁴⁸¹, das Recht zur freien Vereinsbildung und

⁴⁶⁷ Vgl. § 69 Abs. 1 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁶⁸ Vgl. § 69 Abs. 2 ebenda.

⁴⁶⁹ Vgl. § 23 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁷⁰ Vgl. § 24 ebenda.

⁴⁷¹ Vgl. § 25 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁷² Vgl. § 26 ebenda.

⁴⁷³ Vgl. § 27 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁷⁴ Vgl. § 29 ebenda.

⁴⁷⁵ Vgl. § 28 des Kaiserlichen Patentens vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁷⁶ Vgl. § 32 ebenda.

⁴⁷⁷ Vgl. § 1 des Kaiserlichen Patents vom 4. März 1849, über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte („Grundrechtspatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000165&zoom=2> (RGI. 1849/151) (02. 08. 2010).

⁴⁷⁸ Vgl. § 2 ebenda.

⁴⁷⁹ Vgl. § 5 des Kaiserlichen Patents vom 4. März 1849, über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte („Grundrechtspatent“): a.a.O. (02. 08. 2010).

⁴⁸⁰ Vgl. § 8 ebenda.

⁴⁸¹ Vgl. § 6 des Kaiserlichen Patents vom 4. März 1849, über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte („Grundrechtspatent“): a.a.O. (02. 08. 2010).

zur Versammlungsfreiheit⁴⁸², die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre⁴⁸³ sowie das Recht auf Bildung auch für jene Völker, die in bestimmten Landesteilen die Minderheit ausmachen, insbesondere bzgl. der Pflege der eigenen Sprache⁴⁸⁴. Bis auf die Rechte in den Paragraphen 1 – 4 können alle anderen Rechte bei Krieg oder bei inneren Unruhen außer Wirksamkeit gesetzt werden.⁴⁸⁵

Zum Schutz dieser politischen Rechte wird als oberste Instanz ein „Reichsgericht“ geschaffen⁴⁸⁶, das außerdem als Schiedsgericht bei Streitfällen zwischen dem Reich und den Kronländern oder nur zwischen den Kronländern⁴⁸⁷ sowie als untersuchende und oberste richterliche Behörde bei Anklagen von Ministern und Statthaltern in den Ländern⁴⁸⁸ sowie bei Hoch- oder Landesverrat und bei Verschwörungen und Attentaten gegen den Kaiser⁴⁸⁹ dient.

Von den Gerichten selbstständig wird die richterliche Gewalt ausgeübt⁴⁹⁰. Jegliche Gerichtsbarkeit geht vom Reich aus und alle Patrimonialgerichte⁴⁹¹ werden verboten.⁴⁹² Ein Richter darf nur durch richterlichen Spruch von seinem Amt zeitweilig entfernt oder entlassen werden.⁴⁹³ Öffentlich und mündlich soll das Gerichtsverfahren abgehalten werden.⁴⁹⁴ Bei Strafsachen soll der Anklageprozess Geltung finden, bei allen schweren

⁴⁸² Vgl. § 7 des Kaiserlichen Patents vom 4. März 1849, über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte („Grundrechtspatent“): a.a.O. (02. 08. 2010).

⁴⁸³ Vgl. § 3 ebenda.

⁴⁸⁴ Vgl. § 4 des Kaiserlichen Patents vom 4. März 1849, über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte („Grundrechtspatent“): a.a.O. (02. 08. 2010).

⁴⁸⁵ Vgl. § 12 ebenda.

⁴⁸⁶ Vgl. § 106 Abs. II des Kaiserlichen Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁸⁷ Vgl. § 106 Abs. I ebenda.

⁴⁸⁸ Vgl. § 106 Abs. III a) des Kaiserlichen Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁸⁹ Vgl. § 106 Abs. III b) ebenda.

⁴⁹⁰ Vgl. § 99 des Kaiserlichen Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁹¹ Bezüglich der Einrichtung von „staatlichen“ Gerichten siehe Kapitel 3.3.2. „Verfassungswirklichkeit“.

⁴⁹² Vgl. § 100 des Kaiserlichen Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁹³ Vgl. § 101 Abs. 1 ebenda.

⁴⁹⁴ Vgl. § 103 Abs. 1 des Kaiserlichen Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

Verbrechen soll die Schwurgerichtbarkeit erkennen.⁴⁹⁵ Des Weiteren sollen Verwaltung und Rechtspflege voneinander getrennt sein.⁴⁹⁶

Bezüglich Landesangelegenheiten ist in der Verfassung noch eine Zweiteilung der Monarchie zu erkennen: In den Kronländern des österreichischen Staates (ohne das Küstenland) sollen eigene Landesverfassungen in Kraft treten, während alle ständischen Herrschaftsordnungen ihre Wirksamkeit verlieren.⁴⁹⁷ Für die einzelnen ungarischen Länder existieren eigene Bestimmungen: So bleibt die Herrschaftsordnung des Königreiches Ungarn aufrecht, jene Bestimmungen, die nicht im Einklang mit der „Oktroyierten Märzverfassung“ sind, werden aber nicht wirksam⁴⁹⁸, der Wojewodschaft Serbien werden Einrichtungen zugesichert, die sich zur Wahrung der Nationalität und ihrer Kirchengemeinschaft auf kaiserliche Erklärungen aus der jüngsten Zeit sowie auf ältere Freiheitsbriefe stützen⁴⁹⁹. Den Königreichen Kroatien und Slawonien (mit dem Küstenland) werden deren eigentümliche Institutionen bei vollkommener Unabhängigkeit vom Königreich Ungarn gewährt.⁵⁰⁰ Auch die Herrschaftsordnung des Großfürstentums Siebenbürgen soll durch ein neues Landesstatut auf der Basis der vollkommenen Unabhängigkeit vom Königreich Ungarn und der Gleichberechtigung aller in diesem Land lebenden Nationen festgestellt werden.⁵⁰¹ Die Militärgrenze, also jenes Grenzgebiet zwischen den ungarischen Ländern und dem Osmanischen Reich soll zum Schutz der Integrität des Reiches in seiner militärischen Organisation verharren, wobei es als Bestandteil des Reichsheeres der vollziehenden Gewalt untergestellt bleibt. Für die Bewohner dieser Militärgrenze soll ein eigenes Statut beschlossen werden.⁵⁰²

⁴⁹⁵ Vgl. § 103 Abs. 2 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁹⁶ Vgl. § 102 ebenda.

⁴⁹⁷ Vgl. § 77 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁴⁹⁸ Vgl. § 71 ebenda.

⁴⁹⁹ Vgl. § 72 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁵⁰⁰ Vgl. § 73 ebenda.

⁵⁰¹ Vgl. § 74 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁵⁰² Vgl. § 75 ebenda.

Wichtig erscheint auch die Tatsache, dass die Verfassung für das Königreich Lombardo-Venetien durch ein eigenes Statut geregelt werden soll.⁵⁰³

Die Landesgesetzgebung wird – wie bereits erwähnt – vom Kaiser im Einklang mit den Landtagen gewährleistet, wobei die Abgeordneten der Landtage durch direkte Wahl bestellt werden⁵⁰⁴. Laut Verfassung sollen die Landesverfassungen im Laufe des Jahres 1849 in Kraft treten.⁵⁰⁵

Den Gemeinden werden einige „Grundrechte“ gewährt, wie die Wahl deren Vertreter⁵⁰⁶, die Öffentlichkeit der Verhandlungen deren Vertreter⁵⁰⁷, die selbstständige Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten⁵⁰⁸, die Aufnahme von neuen Mitgliedern in die Gemeinde⁵⁰⁹ sowie die Veröffentlichung des Gemeindehaushaltes⁵¹⁰. Mittels Gesetz sollen diese Grundrechte näher bestimmt werden.⁵¹¹ Die Einrichtung von Bezirks- und Kreisgemeinden sowie die Klärung ihrer gemeinsamen inneren Angelegenheiten soll ein besonderes Gesetz regeln.⁵¹²

Es ist hier deutlich zu sehen, dass diese Verfassung – im Gegensatz zum Kremsierer Entwurf – einzig und alleine auf dem monarchischen Prinzip beruht. Dies äußert sich anhand der Tatsachen, dass dem Kaiser alleine die vollziehende Gewalt vorbehalten ist und er im Gesetzgebungsprozess das absolute Veto besitzt. Zwar erhält der Reichstag einen größeren Kompetenzbereich als in der Pillersdorfschen Verfassung, jedoch bleibt seine Position aufgrund des absoluten Vetos des Kaisers schwach.

⁵⁰³ Vgl. § 76 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁵⁰⁴ Vgl. § 78 ebenda.

⁵⁰⁵ Vgl. § 83 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁵⁰⁶ Vgl. § 33 a) ebenda.

⁵⁰⁷ Vgl. § 33 e) des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁵⁰⁸ Vgl. § 33 c) ebenda.

⁵⁰⁹ Vgl. § 33 b) des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁵¹⁰ Vgl. § 33 d) ebenda.

⁵¹¹ Vgl. § 33 Abs. 2 des Kaiserlichen Patentbeschlusses vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): a.a.O. (31. 07. 2010).

⁵¹² Vgl. § 34 ebenda.

Mit der Errichtung eines Reichsgerichtes sieht die Verfassung auch die Möglichkeit vor, die politischen und bürgerlichen Rechte der Reichsbürger bei Verstoß gegen eines dieser Rechte seitens des Staates einzufordern.

Trotz der formellen Inkraftsetzung der soeben beschriebenen Bestimmungen trat der Verfassungsstaat nicht in Kraft. Im nächsten Kapitel sollen nun die Gründe dafür geklärt werden.

4.3.2 Verfassungswirklichkeit

Die Inkraftsetzung der Verfassung von 1849 ist das Resultat der Stärkung sowie der bereits erzielten Erfolge der Gegenrevolution bis zum März 1849. Mit dem Sieg der Gegenrevolution in Ungarn und Lombardo-Venetien sah sich der Kaiser soweit gestärkt, dass Konzessionen an die Bevölkerung mittels einer Verfassung nicht mehr notwendig erschienen:

Bis auf die Regierung und den Reichsrat wurden keine Institutionen der Verfassung eingerichtet. Kaiser Franz Joseph I. regierte somit auf der Grundlage des laut § 120 vorübergehendes Gesetzgebungsrechtes des Kaisers, mit dem er einige Bestimmungen gemäß der Verfassung erließ: So wurden gemäß den Paragraphen 77 bis 83 „Landesverfassungen“ bzw. Landtagsstatute erlassen. Zwar wurden die bisherigen landständischen Herrschaftsordnungen durch die Verfassung von 1849 aufgehoben, allerdings sollten keine allgemeinen Volksvertretungen eingerichtet werden, sondern „neuständische Interessensvertretungen“⁵¹³. Die Abgeordneten der Landtage sollten nach Kurien gewählt werden: 1. Höchstbesteuerte, 2. Städte, Märkte, Handels- und Gewerbekammern und 3. Landgemeinden. Für Tirol sollte eine weitere Kurie für die hohe Geistlichkeit eingerichtet werden. Doch weder für den Reichstag, noch für die Landtage gab es Neuwahlen. Es handelt sich also keineswegs um Verfassungsstaaten innerhalb des Staates.

Des Weiteren wurde – wie bereits erwähnt – in Durchführung bzgl. der Gemeindebestimmungen in der Verfassung ein „Provisorisches Gemeindegesetz“ erlassen, womit die Gemeinde als autonome Institution (mit Wahlen⁵¹⁴ nach einem Kurien- und Zensuswahlrecht zum „Gemeindeausschuss“) eingerichtet wurde. Dieses Gemeindegesetz kannte allerdings nur den Typ der Ortsgemeinde, die „Bezirks“- und „Kreisgemeinden“ – wie in der Verfassung von 1849 vorgesehen – wurden nicht

⁵¹³ Brauner, Wilhelm 102005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 129.

⁵¹⁴ Die Mitglieder des Gemeindeausschusses wurden direkt, mündlich und öffentlich vor der Wahlkommission gewählt.

eingerrichtet. Unter diesen existierten sog. „Statutarstädte“, also Landeshaupt- und Kreisstädte mit einer eigenen Herrschaftsordnung.

1850 wurde schließlich im heutigen Österreich mit der Errichtung der Gemeinden begonnen.

Nachdem die Grundherrschaft abgeschafft worden war, wurden auf unterster Verwaltungsebene Bezirkshauptmannschaften mit einem Bezirkshauptmann an deren Spitze installiert. In der Verwaltungshierarchie übergeordnet befanden sich die 1849 eingerichteten Kreisbehörden und darüber wiederum die sog. Statthaltereien, welche die allgemeine Gouvernementsbehörde (Gubernium⁵¹⁵, welche der Vereinigten Böhmischo-Österreichischen Hofkanzlei untergeordnet war) ersetzte. Diese Behörden waren staatliche Verwaltungssprengel und keine Selbstverwaltungsbehörden. In der Verwaltungshierarchie darüber befanden sich nur noch die Minister und wiederum übergeordnet der Kaiser an der Spitze der Verwaltung. „Neben der lokalen Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden w[urde] die berufliche Selbstverwaltung durch die Errichtung von ‚Kammern‘ ausgebaut.“⁵¹⁶, wie z.B. von „Handels- und Gewerbekammern“, „Advokatenkammern“ sowie „Notariatskammern“⁵¹⁷.

Nachdem die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Sondergerichtsbarkeit abgeschafft wurde und nur noch staatliche Gerichte Recht sprechen sollten, wurde 1849 mit der Errichtung von „staatlichen“ Gerichten begonnen: So wurden „Bezirksgerichte“, „Bezirkskollegialgerichte“, „Landesgerichte“, „Oberlandesgerichte“ an der Stelle der Appellationsgerichte, und der „Oberste Gerichts- und Kassationshof“ anstatt der Obersten Justizstelle eingerichtet. Das vorgesehene Reichsgericht wurde nicht installiert, womit der rechtliche Schutz der politischen Rechte der Reichsbürger sowie der Schutz der Rechte im Grundrechtspatent nicht existierten.

Mit Ausnahme der Bezirkskollegialgerichte wurde hiemit die aktuelle Gerichtsorganisation geschaffen.⁵¹⁸

⁵¹⁵ Zur Definition von „Gubernium“: Siehe Fußnote 82.

⁵¹⁶ Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 127.

⁵¹⁷ Die weitere Entwicklung der Verwaltung bzw. die nächsten Verwaltungsreformen: Siehe: Kapitel 3.4.2.

⁵¹⁸ Vgl. Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 123–129; Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 195–197.

Des Weiteren wurden auch gemäß dem Grundrechtspatent Gesetze erlassen, wie z.B. das Patent zur Regelung der Ausübung der Versammlungsfreiheit⁵¹⁹, sowie Gesetze bzgl. der Beziehung zwischen Staat und katholischer Kirche⁵²⁰.

Trotz einiger Gesetze, die gemäß den Verfassungsbestimmungen erlassen wurden, kann ab dem 04. 03. 1849 nicht mehr von einem Verfassungsstaat auf der Basis der „Oktroyierten Märzverfassung“ gesprochen werden, da Franz Joseph I. den Reichstag nicht einberief und somit die einzige Institution neben den nichteinberufenen Landtagen, die ein Gegengewicht zum Kaiser und seiner Regierung hätte bilden können, fehlte. Des Weiteren wurde das Reichsgericht nicht eingerichtet.

Faktisch regierte Franz Joseph I. im österreichischen Staat absolut, da u.a. die Selbstverwaltung der Gemeinden sukzessive abgeschafft wurde. Zwar beendete das Gemeindegesetz 1849 die adelige Vorherrschaft in den Dörfern auf dem Land, aufgrund der Intensivierung der Reaktion ab 1850 seitens des Kaisers bekamen die Statutarstädte allerdings neue Wahlordnungen, mit denen regierungsnahen Mehrheiten garantiert und die Ortsgemeinden in Bezug auf ihren selbstständigen Wirkungsbereich den Bezirkshauptmannschaften untergeordnet wurden.⁵²¹

Mit diesen Maßnahmen sicherte sich Franz Joseph I. die absolute Herrschaft über den österreichischen Staat – nicht aber über die ungarischen Länder, wo die österreichische Behördenorganisation erst nach 1851 eingerichtet und schließlich mit den Silvesterpatenten 1851 auch rechtlich gesichert wurde.

4.4 Die Silvesterpatente 1851

Die drei sog. „Silvesterpatente“ hoben die Verfassung von 1849 auf und führten die absolute Monarchie im österreichischen Staat nun auch rechtlich ein.

Es handelte sich nicht um eine Verfassung, sondern um drei Patente, die einerseits die bisherige herrschaftliche Ordnung aufhoben und andererseits um eine Beilage eines Kabinettschreibens des Kaisers an Ministerpräsident Schwarzenberg, in dem der Aufbau der Verwaltung und Gerichtsbarkeit formuliert wurde.

⁵¹⁹ Vgl. Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit die Ausübung des freien Vereinigungs- und Versammlungsrechtes geregelt wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000222&zoom=2> (RGI. 1849/171) (02. 08. 2010).

⁵²⁰ Vgl. Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 123.

⁵²¹ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 197.

4.4.1 Bestimmungen

Das erste Patent gilt für das gesamte Reich und hebt ausdrücklich die „Oktroyierte Märzverfassung“ auf, da sie nach Beratungen im Ministerrat sowie Reichsrat „[...] weder in ihren Grundlagen den Verhältnissen des österreichischen Kaiserstaates⁵²² angemessen, noch in dem Zusammenhange ihrer Bestimmungen ausführbar sich darstellt [...]“.⁵²³

Trotz der Aufhebung der Verfassung von 1849 werden die Gleichheit aller Angehörigen des Reiches sowie die Aufhebung des Untertänigkeits- oder Hörigkeitsverbandes garantiert.⁵²⁴

Das zweite Patent hebt das Grundrechtspatent vom 04. 03. 1849 auf, allerdings bleibt den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften ihr Recht auf öffentliche Religionsausübung, selbstständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten und der Besitz ihrer für Wohltätigkeits-, Kultus- und Unterrichtszwecke bestimmten Stiftungen, Fonds und Anstalten erhalten.⁵²⁵

Beim dritten „Patent“ handelt es sich nicht um ein Gesetz, sondern um die Beilage eines Kabinettschreibens Franz Josephs I. an seinen Ministerpräsident Schwarzenberg. Hier enthalten ist die Basis für die organischen Einrichtungen der Länder der Monarchie: So sieht dieses Schreiben die Untrennbarkeit der Länder innerhalb der Monarchie vor.⁵²⁶

⁵²² Bei den Silvesterpatenten ist mit diesem Staatsbegriff die gesamte Habsburgermonarchie gemeint.

⁵²³ Vgl. Kaiserliches Patent vom 31. December 1851, womit die Verfassungs-Urkunde vom 4. März 1849, Nr. 150 des R.G.B., außer Gesetzeskraft erklärt, jedoch die Gleichheit aller Staats-Angehörigen vor dem Gesetze, sowie die Unzulässigkeit und Abstellung jedes bürgerlichen Untertänigkeits- oder Hörigkeits-Verbandes und der damit verbundenen Leistungen ausdrücklich bestätigt, ferner für die zunächst wichtigsten und dringendsten Richtungen der organischen Gesetzgebung eine Reihe von Grundsätzen festgestellt, bis zur Kundmachung der hiernach auszuarbeitenden Gesetze aber die Beobachtung der dermalen in Wirksamkeit bestehenden Gesetze angeordnet wird („Erstes Silvesterpatent“):

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18520004&seite=00000025&zoom=2> (RGI. 1852/2) (03. 08. 2010).

⁵²⁴ Vgl. ebenda.

⁵²⁵ Vgl. Kaiserliches Patent vom 31. December 1851, wodurch das Patent vom 4. März 1849 (Nr. 151 des R.G.B.) und die darin für die genannten Kronländer verkündeten Grundrechte außer Gesetzeskraft gesetzt, jedoch jede in diesen Kronländern gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgemeinschaft in dem Rechte der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung, dann in der selbstständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten, ferner im Besitze und Genusse der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeits-Zwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen, Fonds erhalten und geschützt wird („Zweites Silvesterpatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18520004&seite=00000027&zoom=2> (RGI. 1852/3) (03. 08. 2010).

⁵²⁶ Vgl. Art. 1 des Allerhöchsten Cabinettschreiben Seiner Majestät des Kaisers vom 31. December 1851, wodurch die für die organische Gesetzgebung des Reiches festgestellten Grundsätze mit dem Auftrage mitgeteilt werden, daß ohne alle Verzögerung von den Ministerien zu den Arbeiten der Ausführung geschritten und die Resultate sofort Seiner Majestät vorgelegt werden sollen („Drittes Silvesterpatent“):

Die Verwaltung der Länder sieht eine Dreiteilung vor: Es sollen „Bezirksämter“ an unterster Stelle, darüber „Kreisbehörden“ und als darüberliegende Behörde die „Statthaltereien“ eingerichtet werden.⁵²⁷

Bei den Gemeinden wird zwischen Land- und Stadtgemeinden unterschieden, bei der Bestimmung der Landgemeinden kann der davor vormals herrschaftliche Großgrundbesitz aus den Gemeinden ausgegliedert und direkt den Bezirksämtern untergeordnet werden. Die Gemeindevorstände werden in der Regel von der Regierung ernannt oder bestätigt und dort, wo Wahlen vorgesehen sind, sollen die Haus- und Grundbesitzer sowie die Unternehmer („Corporationen“) ein entscheidendes Übergewicht genießen. Des Weiteren wird die Öffentlichkeit der Gemeindeverhandlungen für beseitigt erklärt.⁵²⁸

Bezüglich der Justiz wird die richterliche Unabhängigkeit nicht garantiert und die Justiz und Verwaltung werden erst ab der zweiten Instanz getrennt. Des Weiteren soll erstinstanzlich die Verbindung von Verwaltung und Justiz in den Bezirksämtern errichtet werden. Bei diesen Bezirksämtern wird die Inquisitionsmaxime als Verfahrensgrundsatz wiedereingeführt. Das Gerichtsverfahren ist nicht öffentlich und ab der zweiten Instanz nicht mündlich, sondern schriftlich. Ferner werden die Schwurgerichte abgeschafft und das Strafrecht mit dem Privatrecht vereinheitlicht.⁵²⁹

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt betrifft die Tatsache, dass in den Ländern Statute erlassen werden sollen, die die Vorrechte des Erbadels rechtlich sichern. Als beratende Behörden den Kreisbehörden und Statthaltereien zur Seite gestellt werden sollen Ausschüsse des besitzenden Erbadels, der Grundbesitzer sowie von Unternehmern (sozusagen neuständische „Landtage“).⁵³⁰

4.4.2 Praxis

Nachdem kein Reichstag vorgesehen war und keine andere Institution den Kaiser entscheidend in seiner Macht hätte beschränken können, wurde der Absolutismus im österreichischen Staat verankert.

„Das Volk war von der Teilnahme an der Staatsgewalt völlig ausgeschlossen, die Gewaltenteilung vollständig aufgehoben. Da die wenigen in den Silvesterpatenten

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18520004&seite=00000028&zoom=2> (RGI. 1852/4) (03. 08. 2010).

⁵²⁷ Vgl. Art. 4–6 ebenda.

⁵²⁸ Vgl. Art. 10, 11, 14 und 16 des Dritten Silvesterpatents vom 31. 12. 1851: a.a.O. (03. 08. 2010).

⁵²⁹ Vgl. Art. 18, 19, 25, 27, 29, 31, 33 ebenda.

⁵³⁰ Vgl. Art. 34 und 35 des Dritten Silvesterpatents vom 31. 12. 1851: a.a.O. (03. 08. 2010).

garantierten Rechte nicht einklagbar waren, blieb ihre praktische Bedeutung gering.⁵³¹

Die Monarchie wurde vollständig in einen Zentralstaat umgewandelt. Diese Zentralisierungsmaßnahmen betrafen v.a. die ungarischen Länder, wo die österreichische Verwaltungsorganisation, die Gesetzgebung, ein gemeinsames Strafrecht, die deutsche Amtssprache sowie das ABGB eingeführt wurden.

Die Verwaltung wurde mit ihren drei Instanzen in den Ländern errichtet (Bezirksämter mit ihrer Verbindung zwischen Verwaltung-, Straf- und Zivilgerichtsbarkeit für die Bezirke, die Kreisbehörde als zweite Instanz und oberste Behörde der Kreise innerhalb der größeren Länder und die Landesstelle, an deren Spitze ein Landeschef stand, der „Statthalter“ oder „Landespräsident“ genannt wurde.). Als vierte Instanz für den gesamten Staat fungierten die Minister, die dem Kaiser (Spitze der Verwaltung) weisungsgebunden waren. Außerdem existierte weiterhin der Reichsrat, der keine Exekutivgewalt besaß, sondern weiterhin ein beratendes Gremium des Kaisers war. Des Weiteren wurde 1854 die „Oberste Rechnungs-Kontrollbehörde“ als Rechnungskontrolle des Staates eingerichtet, die dem Kaiser unterstand und den Ministerien gleichgestellt war. Bis 1860/61 war die lokale Selbstverwaltung der Länder, bis 1862 die der Gemeinden aufgehoben. Somit konnten sich die Handels- und Gewerbekammern – wie bereits die Notariats- und Advokatenkammern – lediglich selbst verwalten. Die Zünfte wurden mit der der Gewerbefreiheit, die in die Gewerbeordnung 1859 aufgenommen wurde, aufgehoben⁵³².

Hinsichtlich der Justiz wurden 1852 die Schwurgerichte und die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Strafgerichte abgeschafft, genauso wie die richterliche Unabhängigkeit. Des Weiteren wurde die „Inquisitionsmaxime“ wiedereingeführt und erst ab der zweiten Instanz wurde die Rechtssprechung von der Verwaltung getrennt. Dies führte innerhalb weniger Jahre zu einem administrativen Durcheinander.

Im Sinne des Dritten Patents wurden 1859 die Gemeinden neu organisiert, womit reichere Bevölkerungsschichten ein entscheidender Einfluss auf die Verwaltung der Gemeinde gesichert ausüben konnten. Ferner existierte ab 1852 keine Öffentlichkeit von Gemeindeverhandlungen mehr und ab 1854 wurde der Gemeindevorstand nicht mehr gewählt, nachdem bereits 1852 für die Gemeindevorstandswahlen die jeweilige

⁵³¹ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 207.

⁵³² Die weitere Entwicklung der Verwaltung bzw. die nächsten Verwaltungsreformen: Siehe Kapitel 3.6.2. hinsichtlich der Errichtung des „Staatsrates“ sowie Kapitel 4.

politische, gesamtstaatliche (Bezirks-, Kreis- oder Landes-) Behörde zustimmen musste.⁵³³

Trotz verfassungsrechtlicher Gleichstellung der anerkannten Kirchen- und Religionsgemeinschaften bzgl. öffentlicher Religionsausübung muss von einer Bevorzugung der Katholischen Kirche gesprochen werden. Franz Joseph I. schloss 1855 mit Papst Pius IX. ein Konkordat, in dem es der Katholischen Kirche erlaubt wurde, einen stärkeren Einfluss auf die Gläubigen auszuüben. So gelangten z.B. jene Pädagogen, die an solchen Volksschulen lehrten, wohin die Katholiken zu gehen hatten, unter die Aufsicht der Kirche. Der Staat musste des Weiteren die kirchliche Zensur durchsetzen und das Eherecht und die Ehegerichtsbarkeit im Sinne der Kirche durchführen.⁵³⁴

Mit den Silvesterpatenten kehrte der Staat zum status quo ante 1848, also zum absolutistischen Staat zurück. Allerdings brachte das dritte Patent die Durchsetzung der österreichischen Verwaltungsorganisation sowie deren Verfahrensgrundsätze und somit auch die Etablierung eines zentralistischen Staates. Warum sich diese Staatsordnung nicht lange halten konnte, wird im nächsten Unterkapitel geklärt.

4.5 Das Oktoberdiplom 1860

Die innenpolitische- und v.a. die außenpolitische Entwicklung in den Jahren nach 1851 zeigten, dass das absolutistische System auf der Basis der Silvesterpatente nicht aufrechtzuerhalten war.

Nachdem in Ungarn nicht daran zu denken war, dass die ständische Herrschaftsordnung, wie sie vor der Revolution bestanden hatte, wieder in Kraft trat, ging ein Großteil der wohlhabenden Grundbesitzer sowie der Intelligenz zu einem passiven Widerstand gegen das zentralistische System über. So weigerten sie sich z.B. Steuern zu zahlen.⁵³⁵ Auch in den österreichisch-böhmischen Ländern und in

⁵³³ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 146; Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 207–209.

⁵³⁴ Vgl. Kaiserliches Patent vom 5. November 1855, womit das zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Seiner kaiserlich-königlichen Apostolischen Majestät Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich, am 18. August 1855 zu Wien abgeschlossene Uebereinkommen (Concordat) kundgemacht und angeordnet wird, daß die Bestimmungen desselben, mit Vorbehalt der in den Artikeln I und II dieses Patentbeschlusses angedeuteten Anordnungen im ganzen Umfange des Reiches von dem Zeitpunkte der Kundmachung dieses Patentbeschlusses an in volle Gesetzeskraft zu treten haben: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18550004&zoom=2&seite=00000635&x=10&y=12> (RGI. 1855/195) (03. 08. 2010); Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 209.

⁵³⁵ Vgl. *Hauszmann*, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 174.

Lombardo-Venetien wurden weniger Steuergelder eingenommen als erhofft. Hinzu kamen die hohen Ausgaben für die Verwaltungsreform, die aufgrund der Zentralisierungsmaßnahmen durchgeführt wurde, sowie für den Eisenbahnausbau. Die steigenden Ausgaben und die geringeren Einnahmen verursachten ein immens hohes Budgetdefizit.⁵³⁶

Am 05. 04. 1852 starb der langjährige Ministerpräsident Schwarzenberg, weswegen Franz Joseph I. nun persönlich die Regierung leitete⁵³⁷ und sich von immer größeren außenpolitischen Problemen konfrontiert sah: Einerseits isolierte sich die Habsburgermonarchie auf außenpolitischer Ebene, da sie im Krimkrieg zwischen Russland und dem Osmanischen Reich, das mit Frankreich und Großbritannien sowie Sardinien-Piemont verbündet war, unparteiisch blieb, andererseits ging Frankreich ein Bündnis mit Sardinien-Piemont ein, damit Sardinien-Piemont die Lombardei und Venetien erwerben konnte. Nachdem während der Revolution 1848/49 der Versuch Sardiniens scheiterte, Lombardo-Venetien zu erobern und somit den Einigungsprozess zu einem vereinten Italien entscheidend voranzutreiben, kam es 1859 zum Krieg zwischen der Habsburgermonarchie und Sardinien-Piemont, das mit Frankreich verbündet war. Bereits bei der ersten größeren Schlacht bei Magenta musste das Kaisertum Österreich eine schwere Niederlage hinnehmen. Das Oberkommando führte nun der Kaiser selbst, erlitt allerdings eine vernichtende und letztendlich auch entscheidende Niederlage in der Schlacht von Solferino. Kaiser Napoléon III. von Frankreich offerierte Franz Joseph I. – angesichts der Niederlage – nicht unbedingt nachteilige Friedensbedingungen: Zwar musste die Habsburgermonarchie die Lombardei abgeben, allerdings blieb Venetien weiterhin beim Kaisertum Österreich, dafür erhielt Sardinien-Piemont die Lombardei. Des Weiteren verlor die Habsburgermonarchie durch Auflehnungen und Aufstände 1860 die Vorherrschaft in den habsburgischen Sekundogenituren im Herzogtum Modena sowie im Großherzogtum Toskana.⁵³⁸

Diese schwerwiegende innen- und außenpolitische Krisensituation, insbesondere der Verlust eines Großteils der oberitalienischen und der mittelitalienischen Gebiete, führte zu Verfassungsreformen: Am 05. 03. 1860 wurde ein „Verstärkter Reichsrat“ geschaffen, der einerseits aus vom Kaiser ernannten Mitgliedern bestehen sollte sowie aus 38 Personen, die von den Landesvertretungen der Länder des Kaisertums Österreich

⁵³⁶ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 210; Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 324–325.

⁵³⁷ Vgl. *Zöllner*, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 401.

⁵³⁸ Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 209–210.

ernannt wurden.⁵³⁹ Dieser Reichsrat trat auch am 01. 06. 1860 zusammen, wobei hier v.a. Großgrundbesitzer aus dem Hochadel vertreten waren, die ihre traditionellen ständischen Rechte wiedererlangen wollten.⁵⁴⁰

Am 20. 10. 1860 trat schließlich das „Oktoberdiplom“ in Kraft, womit versucht wurde, die Silvesterpatente hinsichtlich der Gesetzgebung zu reformieren bzw. weiterzuentwickeln.

4.5.1 Bestimmungen

Das Oktoberdiplom sieht zunächst jene Garantien vor, die schon in den ersten beiden Silvesterpatenten gegeben worden sind sowie die gleiche Steuer- und Wehrpflicht.⁵⁴¹

Die Gesetzgebung sowie die Abänderung und Aufhebung von Gesetzen werden vom Kaiser zusammen mit den Landtagen sowie mit dem Reichsrat erledigt.⁵⁴² Der Reichsrat besteht aus vom Kaiser ernannten Mitgliedern (hier wird keine Zahl genannt) sowie aus 100 Mitgliedern, die von den Landtagen bestimmt werden sollen.⁵⁴³ Der Reichsrat hat bei folgenden für alle Königreiche und Länder gemeinschaftlichen Gegenständen in der Gesetzgebung mitzuwirken bzw. zu beraten: Grundsätze des Telegraf-, Post- und Zettelbankwesen, Münz-, Geld- und Kreditwesen, Zölle und Handelssachen sowie die Ordnung der Militärpflichtigkeit. Bei der Einführung von Steuern, der Erhöhung der bestehenden Steuern sowie Gebühren, der Aufnahme neuer Anleihen sowie der Erhöhung des Salzpreises hat der Reichsrat sogar ein Zustimmungsrecht.⁵⁴⁴

Alle anderen Gegenstände, die hier nicht genannt worden sind, sollen in den ungarischen Ländern nach ihren „früheren“ Herrschaftsordnungen, also mit Landtagen, gehandhabt werden, während in den übrigen Ländern gemäß ihrer Landesordnungen verfahren werden muss. In diesen Ländern soll zur Behandlung dieser „anderen Gegenstände“ ein „Engerer Reichsrat“ gebildet werden.⁵⁴⁵

⁵³⁹ Vgl. Kaiserliches Patent vom 5. März 1860, womit eine Verstärkung des Reichsrathes durch außerordentliche Reichsräthe angeordnet wird, und die Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Wirkungskreis des verstärkten Reichsrathes getroffen werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18600004&seite=00000097&zoom=2> (RGBl. 1860/56) (06. 08. 2010).

⁵⁴⁰ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 210.

⁵⁴¹ Vgl. Kaiserliches Diplom vom 20. October 1860, zur Regelung der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie („Oktoberdiplom“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18600004&seite=00000336&zoom=2> (RGBl. 1860/226) (07. 08. 2010).

⁵⁴² Vgl. Art. I ebenda.

⁵⁴³ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 210; Vgl. Allerhöchstes Handschreiben vom 20. 10. 1860 an den Ministerpräsidenten. In: *Bernatzik*, Edmund (Hrsg.) ²1911: Die österreichischen Verfassungsgesetze. Wien, S. 228.

⁵⁴⁴ Vgl. Art. II des Kaiserlichen Diploms vom 20. October 1860, zur Regelung der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie („Oktoberdiplom“): a.a.O. (07. 08. 2010).

⁵⁴⁵ Vgl. Art. III ebenda.

4.5.2 Praxis

Mit dem Oktoberdiplom wurde versucht, das neoabsolutistisch-zentralistische Herrschaftssystem zumindest in der Gesetzgebung auf feudal-ständischer Grundlage auszubauen.⁵⁴⁶ Allerdings scheiterte dieses Vorhaben: Die Reformen waren für die sich in einer ernsten innenpolitischen Krise befindlichen Monarchie nicht weitgehend genug, weswegen das Oktoberdiplom bis auf den Feudaladel in der gesamten Monarchie von heftigen Protesten begleitet war, v.a. aufgrund des schwachen Reichsrates in der Gesetzgebung.⁵⁴⁷ Ähnlich wie in der Verfassung von 1848 hatte dieser nur in einigen wenigen Bereichen tätig zu werden. In allen anderen Bereichen, wo Reichsrat und Landtage nicht tätig werden durften, agierte der Kaiser alleine als Gesetzgeber.⁵⁴⁸ Aber auch die Überrepräsentanz von Adel und Klerus im Reichsrat sowie die Möglichkeit des Kaisers – aufgrund der nicht verfassungsrechtlich gesicherten Anzahl an vom Monarchen zu ernennenden Mitglieder – mittels Nachnominierungen die Mehrheitsverhältnisse nach seinem Gutdünken zu verändern, sollte dem Reichsrat auch im Oktoberdiplom zu einem vom Kaiser abhängigen Organ machen. Der Reichsrat wurde allerdings nicht versammelt. Des Weiteren wurden vier Landesstatute für Kärnten, die Steiermark, Salzburg und Tirol in Kraft gesetzt, die die Bildung von Landtagen in vier Kurien (Adel, Prälaten, Bürger sowie Bauern), die dieselbe Größe hatten, vorsahen. Allerdings kam es nicht zu den vorgesehenen Wahlen nach Zensuswahlrecht, geschweige denn zur Einberufung dieser Landtage.⁵⁴⁹

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesetzgebung in den ungarischen Ländern auf Basis der früheren Landesordnungen stattfinden sollte, wurden den wiedererrichteten Landtagen Ungarns, Siebenbürgens und Kroatiens jene Kompetenzen verliehen, die in den Ländern Cisleithaniens von dem „Engeren Reichsrat“ erledigt werden sollten. Allerdings hatten diese Landtage nicht nur beratende Funktion, sondern sie sollten in all diesen Angelegenheiten mit dem Monarchen in der Gesetzgebung tätig sein.⁵⁵⁰

Mittels mehrerer allerhöchster Handschreiben vom 20. 10. 1860 wurde in Ungarn die vor 1848 bestehende Herrschaftsordnung wiedereingeführt.⁵⁵¹ Dies bedeutete, dass neben einem Landtag auch die Komitatsverwaltung wiedereingeführt wurde.⁵⁵² Die

⁵⁴⁶ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 211.

⁵⁴⁷ Vgl. ebenda.

⁵⁴⁸ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 139.

⁵⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 140; Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 210–211.

⁵⁵⁰ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 139.

⁵⁵¹ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 211.

⁵⁵² Vgl. *Hauszmann*, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 175.

Bevölkerung Ungarns wollte sich jedoch nicht einem deutsch und slawisch dominierten Staat fügen⁵⁵³, andererseits forderte das Bürgertum insbesondere in den deutschsprachigen Gebieten eine stärkere Repräsentation im Reichsrat⁵⁵⁴ und die Forderungen seitens cisleithanischer Politiker einer Konstitutionalisierung des Regimes erfüllten sich nicht.

Das Oktoberdiplom alleine wurde letztendlich nicht durchgeführt⁵⁵⁵ und der breite Widerstand dagegen führte bereits im Februar 1861 mit dem sog. „Februarpatent“, welches als Ausführung und Erweiterung des Oktoberdiploms in Kraft gesetzt wurde, zu Konzessionen in Bezug auf die Teilnahme liberal-bürgerlicher Kreise am politischen Prozess auf der Basis des monarchischen Prinzips.

4.6 Das Februarpatent 1861

Franz Joseph I. musste zur Kenntnis nehmen, dass er seine Herrschaft nicht bloß mithilfe des hohen Adels sowie des Klerus – geschweige denn absolut – ausüben konnte. Das „Februarpatent“ von 1861 sah zwar eine Stärkung der Macht des Reichsrates vor, doch stieß diese Herrschaftsordnung aufgrund der Bevorzugung des Adels im politischen System gegenüber dem Bürgertum sowie der „ungerechten“ Behandlung der ungarischen Länder auf breiten Widerstand.

4.6.1 Bestimmungen

Als „Verfassung Unseres Reiches“ gelten die Pragmatische Sanktion, das Oktoberdiplom sowie in dessen Durchführung das Februarpatent mit dessen Grundgesetz über die Reichsvertretung, die wiederhergestellten Herrschaftsordnungen der ungarischen Länder und Siebenbürgen sowie neue Landesordnungen und Wahlordnungen für die Länder Cisleithaniens.⁵⁵⁶

⁵⁵³ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 211.

⁵⁵⁴ Vgl. *Hauszmann*, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 175.

⁵⁵⁵ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 141.

⁵⁵⁶ Vgl. Präambel, Art. I, II, III und VI der Verfassung der österreichischen Monarchie (vom 26. 02.

1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000069&zoom=2> (RGI. 1861/20) (08. 08. 2010).

Das „Grundgesetz über die Reichsvertretung“ im Rahmen des Februarpatents sieht den Verstärkten Reichsrat mit einem „Abgeordnetenhaus“ und einem „Herrenhaus“ vor.⁵⁵⁷

Mitglieder des Herrenhauses sind einerseits die großjährigen Prinzen des kaiserlichen Hauses⁵⁵⁸, alle Erzbischöfe sowie Bischöfe, die fürstlichen Rang besitzen⁵⁵⁹, jene erblichen Mitglieder inländischer und gutsbesitzender Adelsgeschlechter, denen der Kaiser die Reichsratswürde verleiht⁵⁶⁰ sowie Männer, die der Kaiser aufgrund von deren Verdiensten um den Staat, der Kirche, der Kunst oder der Wissenschaft, ernennt⁵⁶¹.

Das Abgeordnetenhaus besteht aus 343 gewählten Mitgliedern aus allen Ländern des Kaisertums, wobei die Zahlen der Abgeordneten, die die Länder zu verschicken haben⁵⁶², festgesetzt sind.⁵⁶³

Die Mitglieder des Verstärkten Reichsrates werden nach der vorgegebenen Zahl von den Landtagen gewählt.⁵⁶⁴ Kommt es nicht zur Beschickung durch einen Landtag, so hat der Kaiser das Recht die direkte Wahl im betreffenden Land anzuordnen.⁵⁶⁵ Der Wirkungskreis des Reichsrates soll – bezogen auf Art. II des Oktoberdiploms – sich auf allen Ländern gemeinschaftliche Interessen, Rechte und Pflichten beziehen: Dies betrifft die Regelung des Geld-, Kredits-, Münz- und Zettelbankwesens, die Grundsätze des Post- und Telegraphenwesens, sowie die Zölle und Handelssachen⁵⁶⁶. Des Weiteren muss der Reichsrat bei allen Angelegenheiten der Finanzen des Habsburgerreiches, v.a. bei Voranschlägen des „Staats“⁵⁶⁷haushaltes, der Prüfung des „Staats“rechnungsabschlusses, der Konvertierung bestehender Staatsschulden, Aufnahme neuer Anleihen, Erhöhung bzw. Einführung neuer Steuern, Prüfung des „Staats“rechnungsabschlusses, Belastung und der Veräußerung von unbeweglichem

⁵⁵⁷ Vgl. § 1 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000072&zoom=2> (RGBl. 1861/20) (08. 08. 2010).

⁵⁵⁸ Vgl. § 2 ebenda.

⁵⁵⁹ Vgl. § 4 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁶⁰ Vgl. § 3 ebenda.

⁵⁶¹ Vgl. § 5 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁶² Königreich Ungarn: 85, Kgr. Böhmen: 54, Kgr. Galizien und Lodomerien: 38, Kgr. (Lombardo)-Venetien: 20, Kgr. Kroatien und Slawonien: 9, Kgr. Dalmatien: 5, Erzherzogtum Österreich unter der Enns: 18, Österreich ob der Enns: 10, Herzogtum Steiermark: 13, Hzm. Krain: 6, Hzm. Ober- und Niederschlesien: 6, Hzm. Kärnten: 5, Hzm. Salzburg: 3, Hzm. Bukowina: 5, Großfürstentum Siebenbürgen: 26, Markgrafschaft Mähren: 22, die gefürstete Grafschaft Tirol und Vorarlberg: 12, Markgrafschaft Istrien mit der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska und der Stadt Triest mit deren Gebiet: 6.

⁵⁶³ Vgl. § 6 Abs. 1 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁶⁴ Vgl. § 7 Abs. 1 ebenda.

⁵⁶⁵ Vgl. § 7 Abs. 3. des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁶⁶ Vgl. § 10 b) des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010)..

⁵⁶⁷ Hier wird wieder der Begriff „Staat“ unter Anführungszeichen gestellt, da in den ungarischen Ländern mit der gewohnheitsrechtlichen Komitatsverwaltung der Staat nicht existierte.

„Staats“vermögen tätig werden.⁵⁶⁸ Letztlich muss dies der Reichsrat ebenso bei der Ordnung der Militärflichtigkeit tun.⁵⁶⁹

Nach Art. III. des Oktoberdiploms, der ebenso wie Art. II in das Februarpatent aufgenommen worden ist, müssen Gegenstände der Gesetzgebung, die alle Länder bis auf die ungarischen Länder betreffen, von einem „Engeren Reichsrat“ ohne die Mitglieder der Länder der ungarischen Krone erledigt werden.⁵⁷⁰ Zu den Angelegenheiten des Engeren Reichsrates gehört jener Teil der Gesetzgebung, der weder dem Verstärkten Reichsrat, noch den im Reichsrat vertretenen Landtagen obliegt.⁵⁷¹ Bei Kompetenzstreitigkeiten entscheidet auf Antrag des Reichsrates der Kaiser.⁵⁷²

Als Regierungsvorlage geht ein Gesetzesvorschlag an den Reichsrat, der ebenfalls in Gegenständen seines Wirkungskreises Gesetze vorschlagen kann. Mittels Zustimmung durch absolute Mehrheit der Anwesenden in beiden Häusern sowohl im Verstärkten-, als auch im Engeren Reichsrat sowie mit Sanktion des Kaisers tritt ein Gesetz in Kraft.⁵⁷³ Ist der Reichsrat nicht zusammengetreten und müssen in dessen Wirkungskreis „dringende Maßnahmen“ erledigt werden, so hat die Regierung dem Reichsrat die Gründe und die Erfolge der in Kraft gesetzten Verfügung zu berichten.⁵⁷⁴

Der Kaiser hat außerdem das Recht den Reichsrat zu vertagen und das Abgeordnetenhaus aufzulösen.⁵⁷⁵

Des Weiteren sieht das Februarpatent 15 Landesordnungen und Landtags-Wahlordnungen für die Länder Cisleithaniens⁵⁷⁶ vor. Dem Kaiser obliegt gemeinsam mit den Landtagen die

⁵⁶⁸ Vgl. § 10 c) des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁶⁹ Vgl. § 10 a) ebenda.

⁵⁷⁰ Vgl. § 11 Abs. 1 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁷¹ Vgl. § 11 Abs. 2 ebenda.

⁵⁷² Vgl. § 11 Abs. 5 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁷³ Vgl. § 12 Abs. 1 und 2 sowie § 14 ebenda.

⁵⁷⁴ Vgl. § 13 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861) : a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁷⁵ Vgl. § 18 ebenda.

⁵⁷⁶ Diese Länder waren: Österreich ob und unter der Enns, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Kärnten, Krain, Steiermark, das Küstenland, Dalmatien, Böhmen, Mähren, Galizien und Lodomerien, Ober- und Niederschlesien sowie die Bukowina. In: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610002&seite=00000003&zoom=2> (08. 11. 2010). Venetien wurde nicht berücksichtigt und die Verhältnisse Siebenbürgens wurden in Punkt II. der Verfassung der österreichischen Monarchie geregelt. So wurde das Gubernium wiedererrichtet sowie der Landtag versammelt, der mittels Zensuswahlrecht gewählt wurde. Somit besaß jener Adel, der zu wenig Steuern zahlte, kein Wahlrecht. In: Vgl. Roth, Harald 2003: Kleine Geschichte Siebenbürgens, a.a.O., S. 102.

Gesetzgebung in Landesangelegenheiten⁵⁷⁷. Ein Landesgesetz kommt mit der Zustimmung des Landtages, der auch das Gesetzesvorschlagsrecht besitzt, und der Sanktion des Kaisers zustande. Letztgenannter kann auch das Gesetzgebungsgremium des Landes bei gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen auflösen.⁵⁷⁸ Der Landtag besteht aus vier Kurien: 1. Kurie: Virilisten, also Bischöfe und Rektoren, die aufgrund ihres Amtes im Landtag vertreten sind, 2. Kurie: Großgrundbesitzer, 3. Kurie: Bevölkerung der Städte und Märkte und Angehörige der Handels- und Gewerbekammern, 4. Kurie: Bevölkerung der Landgemeinden. Die 2., 3. und 4. Kurie werden mittels Kurienwahlrecht gewählt. In der 3. und 4. Kurie existiert für das aktive Wahlrecht ein Zensus von 10 und 20 fl.⁵⁷⁹ Als ausführendes dem Landtag unterstelltes Organ fungiert der „Landesausschuss“, der unter dem Vorsitz des vom Kaiser ernannten „Landeshauptmannes“ bzw. „(Oberst)Landmarschall“ geführt wird. Dieser ist auch Vorsitzender im Landtag.⁵⁸⁰

In Art. II wird darauf hingewiesen, dass für die ungarischen Länder die Bestimmungen bzgl. der Wiederherstellungen der Herrschaftsordnungen bereits im Oktoberdiplom getroffen worden sind.⁵⁸¹

4.6.2 Praxis

Das Februarpatent verstand sich als Ausführung des Oktoberdiploms, doch kann keineswegs von einer konstitutionellen Verfassung gesprochen werden. Es fehlte an einem Grundrechtekatalog und es existierten keine Bestimmungen zur Trennung von Gerichtsbarkeit und Verwaltung. Der Kaiser besaß ein absolutes Vetorecht, musste jedoch mit dem Reichsrat in bestimmten Angelegenheiten zusammenarbeiten.

⁵⁷⁷ Die Landesangelegenheiten betreffen Anordnungen bzgl. öffentlicher Bauten, welche aus Landesmitteln finanziert werden, Wohltätigkeitsanstalten, welche vom Land finanziert werden sowie generell der Finanzgebarung des Landes. Bei den inneren Angelegenheiten handelt es sich um Belange bzgl. der Gemeinden, der Kirche und der Schulen, der Heeresverpflegung und Einquartierung sowie über sonstige Wohlfahrts- und Landesinstitutionen. In: Vgl. § 18 der Landes-Ordnung und Landtags-Wahlordnung für das Erzherzogthum Oesterreich ob der Enns (vom 26. 02. 1861):

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000091&zoom=2> (08. 11. 2010), Vgl. § 18 der Landes-Ordnung und Landtags-Wahlordnung für das Herzogthum Salzburg (vom 26. 02. 1861):

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000106&zoom=2> (08. 11. 2010); Vgl. § 18 der Landes-Ordnung und Landtags-Wahlordnung für das Königreich Böhmen (vom 26. 02. 1861):

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000230&zoom=2> (08. 11. 2010).

⁵⁷⁸ Vgl. Landes-Ordnungen und Landtags-Wahlordnungen ebenda.

⁵⁷⁹ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 150; Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 212–213.

⁵⁸⁰ Vgl. Landes-Ordnungen und Landtags-Wahlordnungen in Fußnote 577.

⁵⁸¹ Vgl. Art. II der Verfassung der österreichischen Monarchie (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

Allerdings besaß der Reichsrat keine große Macht: Ihm wird einerseits z.B. in finanziellen Angelegenheiten ein Mitbestimmungsrecht gegeben, andererseits bezog sich dieses keinesfalls auf das Recht Steuern zu gewähren. Auch bei den Militärrekrutierungen hatte der Reichsrat nicht mitzubestimmen. Ferner konnte der hohe Adel im Reichsrat Gesetzesvorhaben in zweifacher Hinsicht beeinflussen: Sowohl im Herrenhaus als auch in der ersten Kurie des Abgeordnetenhauses war der Adel vertreten, weswegen dieser mittels Herrenhaus sämtliche Gesetzesentwürfe abwenden konnte. Aufgrund dieser Tatsache war das Februarpatent – trotz gewisser Zugeständnisse an das liberal-konstitutionelle Bürgertum – für die Letztgenannten ein dürftiges Reformprojekt.⁵⁸² Auf der anderen Seite konnte der Monarch eine Änderung und damit auch die Aufhebung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung laut § 14 nicht alleine bestimmen.⁵⁸³

Des Weiteren zeigte sich in den Handlungen des Reichsrates eine gewisse Annäherung zu Prinzipien des Verfassungsstaates: So wurde z.B. 1862 der Schutz der persönlichen Freiheit

gewährt⁵⁸⁴ sowie der Schutz des Hausrechtes⁵⁸⁵.

Mit dem Protestantenpatent wurde theoretisch die Gleichstellung der evangelischen Kirchen mit den katholischen festgesetzt, allerdings ohne Mitwirkung des Reichsrates.⁵⁸⁶

Dem Kaiser zur Seite gestellt wurde ein „Staatsrat“, der auch dessen Mitglieder ernannte. Der Staatsrat musste den Kaiser sowie die Regierung bei Gesetzesentwürfen beraten. Allerdings lag es an der Entscheidung des Kaisers, auch bei anderen Angelegenheiten ein Gutachten des Staatsrates einzuholen.⁵⁸⁷

⁵⁸² Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 213–214.

⁵⁸³ Vgl. § 14 Abs. 2 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): a.a.O. (08. 08. 2010).

⁵⁸⁴ Vgl. Gesetz vom 27. October 1862 zum Schutze der persönlichen Freiheit: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18620004&zoom=2&seite=00000243&x=13&y=9> (RGI. 1862/87) (09. 08. 2010).

⁵⁸⁵ Vgl. Gesetz zum Schutz des Hausrechtes vom 27. 10. 1862: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18620004&seite=00000245&zoom=2> (RGI. 1862/88) (09. 08. 2010).

⁵⁸⁶ Vgl. Kaiserliches Patent vom 8. April 1861, womit die Angelegenheiten der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses, insbesondere die staatsrechtlichen derselben in den cisleithanischen Ländern geregelt werden („Protestantenpatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000337&zoom=2> (RGI. 1861/41) (09. 08. 2010).

⁵⁸⁷ Vgl. Kaiserliches Patent bzgl. der Einsetzung eines Staatsrates vom 26. 02. 1861: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&zoom=2&seite=00000313&x=14&y=9> (RGI. 1861/22) (10. 08. 2010).

Mit den wenigen und dürftigen Kompetenzen des Reichsrates war es dem Kaiser zwar nicht mehr möglich, absolut zu regieren, doch besaß er weiterhin mit dem absoluten Vetorecht und seiner Stellung in der Verwaltung immens hohe Machtbefugnisse.

Eine weitere Erneuerung betrifft die Bedeutung der Länder innerhalb der Monarchie: Diese wurden – nachdem sie mit den Silvesterpatenten zu bloßen Verwaltungssprengeln des Gesamtstaates degradiert worden waren – zu Selbstverwaltungskörpern mit autonomer Landesgewalt aufgewertet. Ferner wurde mit der Dezentralisierung des Staates wieder die Gemeindeautonomie eingeführt. Das sog. „Reichsgemeindegesetz“, welches mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates beschlossen wurde, sah neben den Ortsgemeinden das sog. „Gutsgebiet“ vor, auf dem der Großgrundbesitzer Träger von Funktionen der Gemeinde war. Als Organe der Gemeinden fungierten der „Gemeindeausschuss“ („Gemeinderat“), der von den Mitgliedern der Gemeinde direkt nach einem Dreiklassenwahlrecht (I. Höchstbesteuerte und „Honoratioren“, wie z.B. Lehrer und Seelsorger), II. Mittelbesteuerte, III. Mindestbesteuerte), welches die vermögenden Gemeindemitglieder bevorzugte, gewählt wurde. Als Vollzugsorgan fungierte der „Gemeindevorstand“. Dieser wurde vom Gemeindeausschuss gewählt und setzte sich aus dem Bürgermeister sowie Gemeinderäten zusammen. Im Gemeindevorstand war einzig und allein der Bürgermeister berechtigt Entscheidungen zu treffen. Die Gemeindeangelegenheiten waren in zwei Bereiche aufzuteilen: 1. den „autonomen Wirkungsbereich“, also all jene Angelegenheiten, die im Interesse der Gemeinde standen und prinzipiell innerhalb der Gemeindegrenzen selbst erledigt werden konnten (örtliche Sicherheits-, Bau-, Feuerpolizei, Armenwesen, Wohlfahrtspflege, Finanzbefugnisse durch die Verwaltung des Vermögens der Gemeinde sowie ein hoheitliches Recht auf Besteuerung etc.) sowie 2. den „übertragenen staatlichen Wirkungsbereich“. Hier war die Gemeinde ein „staatliches Hilfsorgan“⁵⁸⁸, wie z.B. beim Anschlag von Steuern, dem Polizei-(verwaltungs) strafrecht sowie der Einhebung direkter Steuern. Der Gemeindevorstand und der Gemeindeausschuss waren für die Ausführung der autonomen Angelegenheiten zuständig, standen allerdings unter der Aufsicht von gesamtstaatlichen- und Landesbehörden. Der Bürgermeister war für die Erledigung der Angelegenheiten des übertragenen staatlichen Wirkungsbereiches zuständig. Er war dafür den staatlichen Behörden verantwortlich und an deren Weisungen gebunden.

⁵⁸⁸ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 151.

Neben den Ortsgemeinden existierten des Weiteren sog. „Statutarstädte“ und „Bezirksgemeinden“. Den Statutarstädten lag als rechtliche Ordnung nicht die allgemeine Gemeindeordnung zugrunde, sie wurden vielmehr mit eigenen Statuten versehen. Hier ist auch eine andere Ordnung der Gemeindebehörden sichtbar: So war der Gemeindevorstand in ein engeres und ein weiteres Gremium geteilt. Ferner bezog sich der übertragene Wirkungsbereich nicht nur auf einzelne Bereiche, sondern u.a. auf diejenigen, welche die Verwaltungsbehörden der ersten Instanz betrafen. Das Reichsgemeindengesetz sah ferner vor, dass Kommunalverbände auch auf Bezirksebene installiert werden konnten. Hier war die autonome Verwaltung u.a. für Straßen-, Landwirtschafts- und Krankenanstaltsangelegenheiten zuständig. Allerdings wurden nur in der Steiermark solche Bezirksgemeinden etabliert.⁵⁸⁹

Das Februarpatent 1861 stieß nicht nur beim liberal-konstitutionellen Bürgertum auf breiten Widerstand, sondern auch in den ungarischen Ländern: Diese wären im Reichsrat mit nur ca. 1/3 der Abgeordneten im Abgeordnetenhaus in einer Minderheit gewesen und somit von den deutschen bzw. von den slawischen Abgeordneten überstimmt worden. Ungarn, Siebenbürgen (bis 1863) und Kroatien schickten somit keine Abgeordneten in das Abgeordnetenhaus und die Ungarn begannen aus Protest mit einem Verwaltungs- und Steuerboykott. Des Weiteren wurde der ungarische Landtag am 21. 08. 1861 aufgelöst und erst am 14. 12. 1865 wieder eröffnet. 1865 musste Franz Joseph I. endgültig zur Kenntnis nehmen, dass das Februarpatent in den ungarischen Ländern nicht durchgesetzt werden konnte, weswegen er das Grundgesetz über die Reichsvertretung sistierte, also vorläufig außer Kraft setzte.⁵⁹⁰

4.7 Das Sistierungspatent 1865

Am 20. 09. 1865 sistierte Franz Joseph I. das Grundgesetz über die Reichsvertretung innerhalb des Februarpatents. Damit handelte der Kaiser rechtswidrig, da das

⁵⁸⁹ Vgl. Gesetz vom 5. März 1862, womit die grundsätzlichen Bestimmungen zur Regelung des Gemeindevorstands vorgezeichnet werden („Reichsgemeindengesetz“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18620004&zoom=2&seite=00000036&x=8&y=12> (RGrBl. 1862/18) (09. 08. 2010); Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 150–152.

⁵⁹⁰ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 213–215; Vgl. *Radványky*, Anton 1967: Das ungarische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867. In: Forschungsinstitut für den Donauraum, Wien: Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Vorgeschichte und Wirkungen. Wien/München, S. 95 sowie 99.

Grundgesetz über die Reichsvertretung – wie bereits erwähnt – nicht vom Monarchen alleine hätte verändert oder aufgelöst werden dürfen.

4.7.1 Bestimmungen

Das Grundgesetz über die Reichsvertretung, nicht aber das gesamte Februarpatent, wird vorläufig außer Kraft gesetzt. Franz Joseph I. begründete diese Handlung damit, dass es unmöglich sei, in einem Teil das Grundgesetz zum Gegenstand der Verhandlung zu machen (in den ungarischen Ländern bzw. in den Landtagen Ungarns und Kroatiens), während dieses Gesetz in den anderen Teilen der Monarchie als allgemein bindendes Gesetz behandelt wird. Des Weiteren verspricht der Kaiser, dass das mit dem ungarischen, welcher am 14. 12. 1865 wiedereinberufen worden war, und kroatischen Landtag zu erzielende Verhandlungsergebnis bzgl. der Modifikation des Grundgesetzes vor dessen Entschließung den legalen Vertretern der anderen Länder vorgelegt werde. Ferner wird im Sistierungspatent festgehalten, dass – solange die Reichsvertretung nicht versammelt ist – die Regierung die nicht unaufschiebbaren Angelegenheiten, insbesondere jene, die das volkswirtschaftliche und finanzielle Interesse betreffen, bestimmen soll.⁵⁹¹

4.7.2 Praxis

Mit dem Sistierungspatent konnte Franz Joseph I. auf Staats- und Reichsebene (bei Angelegenheiten des gesamten österreichischen Staates sowie des gesamten Reiches) vorläufig alleine, aber prinzipiell nicht absolut herrschen, da das Sistierungspatent für die Länder keine Veränderungen bedeutete bzw. der Kaiser auf Landesebene weiterhin mit den Landtagen regierte⁵⁹²: So konnten schließlich die Landesordnungen von 1861 innerhalb des österreichischen Staates vollzogen werden und in den Landtagen war es möglich, dass sich laut Brauneder eine „parlamentarische“ Tätigkeit entwickelte.⁵⁹³

Das Sistierungspatent blieb bis zur Inkraftsetzung der Staatsgrundgesetze 1867 in Kraft.

⁵⁹¹ Vgl. Kaiserliches Patent vom 20. September 1865, womit die Wirksamkeit des durch das kaiserliche Patent vom 20. Februar 1861 kundgemachten Grundsatzes über die Reichsvertretung sistiert wird („Sistierungspatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18650004&seite=00000303&zoom=2> (09. 08. 2010).

⁵⁹² Es kann auch nicht von einer „absoluten Regierungsform auf Reichsebene“ gesprochen werden, da der Absolutismus die völlige Alleinherrschaft eines Herrschers ohne jegliche Einschränkungen durch ständische oder parlamentarische Institutionen auf allen Ebenen des Staates bzw. der Herrschaft vorsieht. Da der Kaiser auf Länderebene mit den Landtagen regieren musste, existierte die absolute Regierungsform nicht und es muss von einer „alleinigen Herrschaft auf Reichsebene“ gesprochen werden.

⁵⁹³ Vgl. Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 142.

Fazit: Die Nichtexistenz des Verfassungsstaates zwischen 1849 und 1867 und deren Bedeutung für den Verfassungsstaat ab 1867

Die Epoche zwischen 1849 und 1867 zeigt eindrücklich, dass die Monarchie trotz anfänglicher innen- und außenpolitischer Stabilität (die Beendigung der Revolution 1848/49 mit russischer Hilfe) weder absolut – wie in den Silvesterpatenten 1851 – regiert werden, noch mit eher kleinen Zugeständnissen an die Bevölkerung – wie im Februarpatent – zusammengehalten werden konnte.

Bereits nach der erfolgreichen Gegenrevolution schien der Verfassungsstaat für den Kaiser obsolet, denn der in der „Oktroyierten Märzverfassung“ von 1849 vorgesehene Reichstag, der in der Gesetzgebung dem Kaiser hätte gegenübergestellt werden sollen, wurde weder gewählt noch einberufen. Des Weiteren wurden weder das Reichsgericht, das v.a. bei Verletzungen der politischen Rechte der Reichsbürger sowie bei den im Grundrechtspatent stehenden Rechten seitens des Staates hätte tätig werden müssen, noch die Landtage eingerichtet.

Der Kaiser konnte somit den österreichischen Staat absolut regieren. Diese absolute Stellung wurde schließlich mit den Silvesterpatenten 1851 auf eine rechtliche Basis gestellt. Mit den Silvesterpatenten erreichte Franz Joseph I. aber auch, die österreichische Behördenorganisation auf der Ebene der Mittelbehörden in den ungarischen Ländern und somit auch den zentralistischen, absolutistischen Staat in der gesamten Monarchie durchzusetzen. Diese Zentralisierungsmaßnahmen führten zu breitem Widerstand unter den wohlhabenden Grundbesitzern sowie der Intelligenz in Ungarn, was sich durch die Verweigerung der Steuerleistung äußerte. Außerdem erforderte der finanzielle Engpass der Monarchie, der durch die Verwaltungs- und Justizreform sowie aufgrund hoher Zahlungen für das Militär entstand, ebenso wie die Gebietsverluste in Ober- und Mittelitalien (Mit der Kriegsniederlage des Kaisertums Österreich gegen Sardinien-Piemont und Frankreich verlor die Habsburgermonarchie die Lombardei und 1860 gingen das Großherzogtum Toskana sowie das Herzogtum Modena verloren) eine neue politische Systemordnung: Das Oktoberdiplom von 1860 konnte aber keinesfalls die stabilisierende Wirkung erzielen, die die Monarchie in dieser Krisenzeit benötigt hätte: Zwar wurde der Reichsrat aus einem rein beratenden Organ in ein in einigen wenigen Bereichen an der Gesetzgebung teilhabenden Organ umgewandelt, doch besaß er z.B. im Münz-, Geld- und Kreditwesen ein bloßes Mitwirkungs- bzw. Beratungsrecht, während er nur bei der Einführung von Steuern

sowie der Erhöhung der bestehenden Steuern und Gebühren, der Aufnahme neuer Anleihen sowie der Erhöhung des Salzpreises ein Zustimmungsrecht gehabt hätte.

Das Oktoberdiplom sah sich immenser Kritik in der gesamten Monarchie (bis auf den Feudaladel) ausgesetzt, insbesondere seitens des liberalen Bürgertums: So wurden z.B. die wenigen Kompetenzen des Reichsrates kritisiert. Ferner forderte das Bürgertum eine stärkere Repräsentation im Reichsrat. Da allerdings der Kaiser beliebig viele Mitglieder ernennen und somit auch die Mehrheitsverhältnisse kontrollieren konnte, war an eine stärkere Beteiligung des Bürgertums bzw. an dessen stärkeren Einfluss nicht zu denken. Schließlich wurde der Reichsrat so, wie das Oktoberdiplom ihn vorsah, nicht einberufen.

Obwohl das Oktoberdiplom für die ungarischen Länder die Rückkehr der Herrschaftsordnungen von vor 1848 vorsah und mittels allerhöchstem Handschreiben des Kaisers der Herrschafts- und Behördenaufbau Ungarns von vor 1848 auch eingeführt worden war, sah die Bevölkerung Ungarns im Oktoberdiplom eine zentralistische Herrschaftsordnung, durch die sie sich den Deutschen und Slawen hätten unterordnen müssen. Dieses Faktum konnte nicht akzeptiert werden.

Aufgrund der umfangreichen Kritik blieb dieses General schließlich unrealisiert. Vier Monate später wurde daher das Februarpatent in Kraft gesetzt, das am Oktoberdiplom anknüpfte, die absolute Regierungsform des Kaisers allerdings beendete und liberal-bürgerlichen Kreisen die Möglichkeit an der Teilnahme am politischen Prozess erleichterte. Der Reichsrat wurde von den Landtagen beschickt. Er bestand jedoch einerseits aus Rektoren und Bischöfen, die nicht gewählt wurden und andererseits aus Mitgliedern, die mittels Zensus- und Kurienwahlrechts gewählt wurden. Trotz der Zugeständnisse an das Bürgertum zeigte sich dieses mit dem Februarpatent unzufrieden, da der Adel in beiden Kammern des Reichsrates vertreten war und durch das Herrenhaus z.B. sämtliche Gesetzesvorlagen, die Anliegen des Bürgertums repräsentierten, verhindern konnten. Außerdem hätten die ungarischen Länder nur 1/3 der Abgeordneten gestellt, womit sie von den deutschen und slawischen Abgeordneten überstimmt worden wären. Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen (bis 1863) verweigerten daher die Beschickung des Reichsrates und verhinderten im Hinblick auf das Grundgesetz über die Reichsvertretung die Durchführung des gesetzten Rechtes. Auch das Februarpatent war somit gescheitert und wurde durch Franz Joseph I. sistiert, bis eine reformierte Verfassungsordnung in Kraft gesetzt werden sollte.

Aufgrund der Niederlage im Deutschen Krieg 1866, der Auflösung des Deutschen Bundes und der Tatsache, dass die Habsburgermonarchie nun an der Vereinheitlichung bzw. der Neugestaltung Deutschlands keinen Anteil mehr haben würde, mussten nun tiefgreifende Reformen unternommen werden, die der Habsburgermonarchie aus der bedrohlichen Krise helfen konnten. Das Resultat waren der Ausgleich mit Ungarn und für den österreichischen Staat die Staatsgrundgesetze 1867.

Die zwischenverfassungsstaatliche Epoche, genauer gesagt die Misserfolge des Oktoberdiploms und des Februarpatents, machten dem Kaiser zwar bewusst, dass ohne eine stärkere Einbindung der Bevölkerung (v.a. des Bürgertums) und insbesondere der Völker der ungarischen Länder die Monarchie auf Dauer nicht mehr zusammenzuhalten war. Aber erst eine schwerwiegende (außen)politische Krise – wie die von 1866 – konnte die politischen bzw. verfassungsrechtlichen Verhältnisse in der Monarchie tiefgreifend verändern.

5 Die zweite verfassungsstaatliche Periode auf Grundlage der Staatsgrundgesetze von 1867 (1867 – 1914)

Das Sistierungspatent 1865 war als bloßes herrschaftsrechtliches Übergangskonstrukt für die Monarchie gedacht. Das Grundgesetz sollte auf Basis von Verhandlungen mit dem ungarischen sowie dem kroatischen Landtag und durch Abstimmungen über dieses Verhandlungsergebnis durch die Vertreter der übrigen Länder modifiziert werden.

Doch erst die militärische Niederlage im Deutschen Krieg 1866 und deren Folgen zwangen den Kaiser nun endgültig, die Habsburgermonarchie vor einem möglichen Zerfall⁵⁹⁴ zu bewahren und innenpolitisch zu stärken.

5.1 Die Niederlage im Deutschen Krieg 1866 und die „kleindeutsche Lösung“

Mit dem Überfall Preußens auf Schlesien 1740 wurde der deutsche Dualismus, also die Existenz von zwei europäischen Großmächten auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und ab 1815 des Deutschen Bundes manifestiert. Dieser Dualismus äußerte sich z.B. im Ausschluss des Kaisertums Österreich vom von Preußen dominierten „Deutschen Zollverein“, dem 1834 18 deutsche Staaten beitraten, um wirtschaftlich enger zusammenzuarbeiten

In seiner schärfsten Form hatte sich dieser Dualismus bereits zuvor in kriegerischen Auseinandersetzungen, wie z.B. im Österreichischen Erbfolgekrieg 1740–1748⁵⁹⁵ sowie im Siebenjährigen Krieg 1756–1763⁵⁹⁶ geäußert⁵⁹⁷ und erfuhr seine endgültige Ausprägung im Deutschen Krieg von 1866.

⁵⁹⁴ Die Mehrheit der politischen Führungsschicht Ungarns strebte eine Loslösung Ungarns von Österreich an, was Franz Joseph I. verhindern wollte. In: Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 224.

⁵⁹⁵ Siehe S. 16 dieser Arbeit. Der Österreichische Erbfolgekrieg wurde schließlich durch den Frieden von Aachen 1748 beendet, in dem Preußen Schlesien (Der Erste Schlesische Krieg 1740–1742 war ein Teilkrieg des Erbfolgekrieges) zuerkannt und Maria Theresia als Thronerbin anerkannt wurde.

⁵⁹⁶ Der Siebenjährige Krieg zwischen 1756 und 1763 war ein militärischer Konflikt mit Preußen, bei dem die Habsburgermonarchie Schlesien wieder zurückgewinnen wollte. In: Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus Geschichte, a.a.O., S. 804.

⁵⁹⁷ Vgl. *Behnen*, Michael ³2006: Deutschland unter Napoleon. Restauration und Vormärz (1806–1847). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 397–450, hier: S. 437; Vgl. O.A. ³²1998: Der Große Ploetz, a.a.O., S. 843; Vgl. *Schmidt*, Hans ³2006: Zerfall und Untergang des alten Reiches (1648–1806). Wirtschaftliche, geistige und gesellschaftliche Grundzüge des Barockzeitalters. In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 218–296, hier: S. 258–269.

König Christian IX. von Dänemark (1863–1906) erließ eine neue Verfassung, in der er die Einverleibung Schleswigs in Dänemark vorsah. Mit diesem Dokument verstieß der König von Dänemark gegen das sog. „Londoner Protokoll“ von 1852, in dem Preußen, das Kaisertum Österreich, Frankreich, Großbritannien und Russland Schleswig einen Sonderstatus gewährten⁵⁹⁸ (In diesem Protokoll erkannten diese Mächte an, dass die dänische Monarchie unteilbar war, sodass Schleswig in bloßer Personalunion mit dem dänischen König regiert werden sollte⁵⁹⁹). Das Kaisertum Österreich sowie Preußen verlangten, dass die Verfassung aufgehoben und die Londoner Protokolle eingehalten werden, doch Dänemark lehnte ab. Die Folge war der Einmarsch beider Großmächte in Schleswig. Im Frieden von Wien vom 30. 10. 1864 wurden seitens Dänemarks die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und das Kaisertum Österreich abgegeben. In der Konvention von Gastein von 1865 wurde festgelegt, dass einerseits das Kaisertum Holstein, Preußen dagegen Schleswig verwalten sollte, während Lauenburg gegen eine monetäre Abfindung an Preußen abgetreten wurde.⁶⁰⁰

Bismarcks großes Ziel in dieser Frage war allerdings die Annexion Holsteins. „Er behauptete die Identität von deutschem National- und preußischem Hegemonialinteresse und suchte die ‚Allianz mit dem Volk‘“⁶⁰¹ Am 09. 04. 1866 beantragte er den Deutschen Bund zu reformieren: Um über die Regierungsvorlagen zur Bundesreform zu beraten, sollte eine aus direkten Wahlen sowie allgemeinem Stimmrecht der „ganzen Nation“⁶⁰² gewählte Versammlung einberufen werden. Bismarck wollte damit insbesondere den Ausschluss des Kaisertums aus dem Deutschen Bund erreichen. Allerdings waren die Mittelstaaten des Deutschen Bundes bestrebt, jegliche Erweiterung des preußischen Territoriums verhindern, weswegen Bismarck seit dem 24. 02. 1866 versuchte, Bayern im Hinblick auf die „nationale Frage“ auf die Seite Preußens zu stellen. Nachdem dies vorübergehend gelungen war, lehnte der Bundestag des Deutschen Bundes den preußischen Reformvorschlag tatsächlich nicht ab. Trotz des kleinen Erfolges war es Bismarck allerdings nicht gelungen, die nationale Bewegung und die Mittelstaaten für seinen Kampf gegen das Kaisertum zu gewinnen. Das außerpreußische Deutschland einschließlich Sachsens und Hannovers stellten sich sogar

⁵⁹⁸ Vgl. Behnen, Michael ³2006: Bürgerliche Revolution und Reichsgründung (1848–1871). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 451–517, hier: S. 504.

⁵⁹⁹ Vgl. Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus Geschichte, a.a.O., S. 526.

⁶⁰⁰ Vgl. O.A. ³²1998: Der Große Ploetz, a.a.O., S. 853.

⁶⁰¹ Behnen, Michael ³2006: Bürgerliche Revolution und Reichsgründung (1848–1871), a.a.O., S. 504.

⁶⁰² Ebenda.

auf die Seite des Kaisertums. Letzteres kündigte wiederum an, die Frage bzgl. Schleswig-Holsteins zu einer Angelegenheit des Bundes zu machen. Damit verband das Kaisertum die Hoffnung, dass ein neuer Mittelstaat im Norden entstehen könnte, der die Hegemonie Preußens in dieser Region ins Wanken bringen könnte. Am 01. 06. 1866 wurde die Frage um Schleswig-Holstein an den Bundestag delegiert, wohin die Stände (in Holstein) vom Kaisertum demonstrativ versammelt wurden. „Diese Maßnahme wertete Preußen als Drohung und besetzte [...]“⁶⁰³ am 07. 06. 1866 das österreichisch verwaltete Holstein. Preußen verstieß mit dieser Besetzung gegen Bundesrecht, weswegen das Kaisertum beim Bund beantragte, dass die nichtpreußischen militärischen Einheiten des Bundesheeres mobilgemacht werden sollten. Am 14. 06. wurde diesem Antrag Folge geleistet.

Preußen erklärte daraufhin die Bundesakte für gebrochen und trat aus dem Bund aus. Des Weiteren marschierten Truppen Preußens in Sachsen, Hannover und Kurhessen ein, nachdem diese ein Ultimatum Preußens, sich dem preußischen Reformvorschlag anzuschließen ablehnten. Der Bundestag verhängte schließlich am 14. 06. 1866 die Bundesexekution gegen Preußen.⁶⁰⁴

Das Kaisertum konnte im sog. „Deutschen Krieg“ 12 weitere deutsche Staaten auf seiner Seite wännen, wie z.B.: Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Liechtenstein, Sachsen-Meiningen, die Freie Stadt Frankfurt und Reuß ältere Linie. Des Weiteren schloss das Kaisertum bereits am 12. 06. 1866 mit Frankreich eine geheime Vereinbarung, die die Neutralität Frankreichs in diesem Konflikt vorsah. Wichtig für die neutrale Haltung Frankreichs war die Tatsache, dass Venetien auch bei einem Sieg des Kaisertums und der Mittelstaaten an Frankreich abgegeben werden sollte. Napoléon III. versprach außerdem das Territorium des Kaisertums sowie der deutschen Mittelstaaten zum Nachteil Preußens und dessen Verbündeten zu erweitern. Großbritannien und Russland zeigten offiziell kein Interesse an diesem Konflikt, allerdings lehnte Russland dezidiert ein Bündnis mit dem Kaisertum ab. Preußen schloss bereits am 08. 04. 1866 ein Angriffsbündnis mit Italien, welches zunächst nur für drei Monate Geltung besaß. Damit gelang Bismarck eine Allianz mit der italienischen Nationalbewegung, deren Ziel die Eroberung Venetiens gewesen war. Italien erklärte schließlich – gemäß dem Vertrag – am 18. 06. 1866 dem Kaisertum den Krieg. Nicht nur Italien, sondern auch die kleineren norddeutschen

⁶⁰³ Behnen, Michael ³2006: Bürgerliche Revolution und Reichsgründung (1848–1871), a.a.O., S. 505.

⁶⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 504–506; Vgl. O.A. ³²1998: Der Große Ploetz, a.a.O., S. 854.

Staaten, wie z.B. Bremen, Hamburg und Lübeck stellten sich im Deutschen Krieg auf die Seite Preußens

Die italienische Armee unter König Viktor Emanuel II. (1861–1878) und General Alfonso Marchese La Marmora überquerte nach deren Kriegserklärung den Mincio, musste sich allerdings am 24. 06. 1866 der österreichischen Südmarmee, die von Erzherzog Albrecht und seinem Generalstabschef Franz Freiherr von John kommandiert wurde, in der Schlacht bei Custoza geschlagen geben. Zur See war das Kaisertum ebenfalls erfolgreich: Am 20. 07. 1866 konnte die österreichische Flotte unter Admiral Wilhelm von Tegetthof völlig unerwartet bei der dalmatinischen Insel Lissa gegen die bzgl. der militärischen Rüstung überlegene italienische Flotte einen Sieg erringen.

„Noch bevor die süddeutschen Bundeskontingente mobilgemacht worden waren, hatte eine preußische Armee die Hannoveraner eingekreist“⁶⁰⁵. Diese verloren am 28./29. 06. 1866 die Schlacht bei Langensalza gegen die Preußen. Daraufhin konnte die Vereinigung der süddeutschen Armeekorps sowie eine einheitliche Planung der militärischen Operationsplanung wegen Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Oberbefehlshaber der süddeutschen Bundeskontingente, Carl Prinz von Bayern, und Prinz Alexander von Hessen-Darmstadt nicht gelingen, weswegen die süddeutschen Staaten den preußischen Truppen nichts mehr entgegensetzen konnten.

Sechs Siebentel der preußischen Gesamtstreitkräfte (drei Armeen) marschierten schließlich in Böhmen ein und die Österreicher konnten aufgrund von Begegnungsgefechten, die große Verluste verursachten, an der Grenze nur noch auf der inneren Linie agieren. Am 03. 07. 1866 wurden die drei Heeressäulen auf dem Schlachtfeld bei Königgrätz/Nordböhmen vereint. Ludwig Ritter von Benedek, der österreichische Feldherr, bekam den Befehl, in Böhmen eine Lösung hinauszuzögern, bis in Italien eine Entscheidung herbeigeführt worden war. Danach sollten die österreichischen Truppen, die nach dem Plan nun keine Verwendung mehr im Süden hätten, die Nordarmee verstärken und in die Offensive gehen. Allerdings musste dieser Plan fallen gelassen werden, nachdem die preußischen Truppen ihren Vormarsch schneller als erwartet gestalteten. Am 03. 07. 1866 siegten die vereinigten preußischen Armeen über die österreichisch-sächsische Armee in der Schlacht bei Königgrätz.

Die politischen Folgen dieser Schlacht waren für die Habsburgermonarchie verheerend: Der Vorfriede von Nikolsburg/Südmähren vom 26. 07. 1866 beendete den Krieg und im Frieden von Prag vom 23. 08. 1866 zwischen Preußen und dem Kaisertum stimmte

⁶⁰⁵ Angelow, Jürgen 2003: Der Deutsche Bund, a.a.O., S. 153.

letzteres der Auflösung des Deutschen Bundes zu. Außerdem musste das Kaisertum die Neugestaltung Deutschlands ohne Österreich anerkennen. Die Kriegsentschädigung betrug 20 Mio. preußische Taler, allerdings hatte das Kaisertum keine Gebiete an Preußen abzutreten. Aufgrund des Bündnisses zwischen Preußen und Italien war es aber verpflichtet, Venetien an Italien abzutreten. Des Weiteren musste das Kaisertum die Annexionen Preußens in Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Kurhessen, Hannover und Frankfurt am Main) anerkennen.

Unter Führung Preußens (inklusive dessen annektierten Gebieten) wurde am 18. 08. 1866 mit den 17 deutschen Mittel- und Kleinstaaten, die auf der Seite Preußens im Deutschen Krieg gekämpft hatten, mit dem „August-Bündnis“ der Norddeutsche Bund zunächst als reines Offensiv- und Defensivbündnis begründet, das ab 1867 mit der Inkraftsetzung einer Bundesherrschaftsordnung auch als politisches Bündnis fungierte. Mit den süddeutschen Staaten (z.B. Bayern und Württemberg) schloss Preußen am 22. 08. 1866 geheime „Schutz- und Trutzbündnisse“, in welchen sich diese im Falle eines Krieges gegenseitig die volle militärische Unterstützung unter preußischem Kommando zusagten. Das Kaisertum wurde sowohl vom Norddeutschen Bund als auch von etwaigen Bündnissen seitens Preußens völlig ausgeschlossen.

Ein Streit hinsichtlich des hohenzollerschen (der herrschenden Adelsfamilie in Preußen) Nachfolgekandidaten auf den spanischen Thron zwischen Preußen und Frankreich war Anlass für den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, mit dessen Hilfe schließlich die kleindeutsche Reichsgründung gelang. Ende 1870 erreichte Bismarck in Verhandlungen – insbesondere mit Bayern – den Zusammenschluss der vier süddeutschen Staaten, die sich im Juli 1870 mit der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen auf die Seite des Norddeutschen Bundes geschlagen hatten. Am 18. 01. 1871 wurde König Wilhelm I. von Preußen im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen.⁶⁰⁶

Das Deutsche Kaiserreich war – mit den süddeutschen Staaten – als Bundesstaat, und nicht als Staatenbund (wie z.B. der Deutsche Bund und der Norddeutsche Bund) ohne das Kaisertum bzw. ohne einen Teil desselben und somit als „Kleindeutsches“ Kaiserreich begründet worden.

⁶⁰⁶ Vgl. *Angelow*, Jürgen 2003: Der Deutsche Bund, a.a.O., S. 148–155; Vgl. *Behnen*, Michael ³2006: Bürgerliche Revolution und Reichsgründung (1848–1871), a.a.O., S. 505–508/514; Vgl. *Epkenhans*, Michael 2008: Geschichte Deutschlands. Von 1648 bis heute, Stuttgart, S. 54; Vgl. O.A. ³²1998: Der Große Ploetz, a.a.O., S. 854–856.

Das Kaisertum stand ab 1866 nach jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Bündnen (dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und dem Deutschen Bund) mit den deutschen Fürstentümern, die somit die wichtigsten außenpolitischen Bündnispartner repräsentierten, außenpolitisch isoliert da. Dieser Ausschluss und die daraus resultierende Isolation stürzte die Habsburgermonarchie neben der weiterhin nicht gelösten verfassungsrechtlichen Situation und den immens hohen Schulden der Habsburgermonarchie (1865/66 waren dies 1.600 Mio. Taler, zum Vergleich: Preußen hatte Schulden von „nur“ 290 Mio. Taler⁶⁰⁷) in eine tiefe Krise. Die Antwort war die innenpolitische Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Form des Österreichisch-Ungarischen Ausgleichs 1867.

5.2 Der Österreichisch-Ungarische Ausgleich 1867

Bereits lange vor dem Deutschen Krieg wurden Verhandlungen geführt, die schließlich die Grundlage für den Ausgleich mit den Ungarn bildeten. Zu Weihnachten 1864 schickte Franz Joseph I. Baron Antal Augusz zum Führer der ungarischen Liberalen, Ferenc Déak, der einen Verbleib eines autonomen Ungarns innerhalb der Monarchie befürwortete (im Gegensatz zu den Radikalen, die einen ungarischen Nationalstaat unabhängig von der Monarchie forderten). Déak sicherte dem Baron zu, dass Ungarn befürwortete – auf der Basis der Pragmatischen Sanktion – das Budget der Reichsverteidigung sowie des Allerhöchsten Hofstaates (Krieg und Außenpolitik), die Handelsverträge sowie die indirekten Steuern und die Staatsschulden als „gemeinsame Angelegenheiten“ zu akzeptieren. Franz Joseph I. erklärte sich nun bereit, von der sog. „Verwirkungstheorie“, also der offiziellen Haltung der Zentralgewalt, dass Ungarn mit der Revolution 1848/49 jegliches Recht auf eine eigene

Verfassung verwirkt habe, abzugehen. Das Ziel des Staatsministers Anton von Schmerling, der sich für ein Reich mit einer starken parlamentarischen Zentralgewalt, welches Österreich und Ungarn umschließen sollte einsetzte, konnte unter diesen Bedingungen nicht mehr erreicht werden. Er trat am 27. 07. 1865 zurück und Richard Belcredi folgte ihm nach. Die verschiedenen politischen Lager in Budapest, u.a. das linke Zentrum der von Kálmán Tisza geführten „Beschlusspartei“ einigten sich, dass ein Ausgleich der einzige Ausweg aus der innenpolitischen Krise und zur Erhaltung der Monarchie bei gleichzeitiger Aufwertung Ungarns war. Lajos Kossuths Vorschläge für ein vollkommen eigenständiges Ungarn fand kaum noch Befürworter.

⁶⁰⁷ Vgl. *Angelow*, Jürgen 2003: Der Deutsche Bund, a.a.O., S. 148.

Am 20. 09. 1865 wurde – u.a. als Resultat der Annäherung mit Ungarn – schließlich das „Grundgesetz über die Reichsvertretung“ des Februarpatents sistiert und am 14. 12. 1865 – wie bereits erwähnt – der ungarische Landtag nach mehr als vier Jahren wieder versammelt.

Um ein Ausgleichsgesetz bzgl. der „gemeinsamen Angelegenheiten“ erarbeiten zu können, wurde eine Landtagskommission errichtet, die aus 67 Mitgliedern bestand und die schließlich die Arbeit an einen Unterausschuss, bestehend aus 15 Mitgliedern, weiterleitete. Aufgrund des Deutschen Krieges wurden keine der bis dahin eher langwierig verlaufenden Debatten zwischen Juni und Oktober 1866 geführt.⁶⁰⁸ Mit der Niederlage der Habsburgermonarchie und der daraus folgenden außenpolitischen Isolation wurde nun – wie bereits erwähnt – die Frage um den Ausgleich mit den Ungarn zu einer notwendigen Angelegenheit bzgl. des Weiterbestandes und des Zusammenhaltes der Monarchie. Anfang 1867 trat Ministerpräsident Belcredi, der als Föderalist mit der möglichen dualistischen Ordnung der Monarchie nicht einverstanden war, zurück und der sächsische Staatsmann Friedrich Ferdinand Freiherr wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Dieser sollte nun mit Ferenc Déak und mit dem aus der Emigration zurückgekehrten Revolutionär Graf Gyula Andrássy die Ausgleichsverhandlungen zu einem für beide Seiten versöhnenden Ende bringen. Eine wichtige Unterstützerin der Anliegen Ungarns war Kaiserin Elisabeth, die bereits nach der Niederlage in Königgrätz Franz Joseph I. beschwichtigte, nunmehr auf die Anliegen Ungarns einzugehen. Am 17. 02. 1867 ernannte Franz Joseph I. daraufhin den 1849 verurteilten Revolutionär Graf Gyula Andrássy zum Ministerpräsidenten, auf dessen Vorschlag schließlich die ungarische Regierung vom König von Ungarn ernannt wurde. Nachdem der ungarische Landtag sich eingehend mit dem Ausgleichsgesetz beschäftigt hatte, nahm dieser das Ausgleichsgesetz am 29. 05. 1867 mit großer Mehrheit an und am 08. 06. 1867 wurden Franz Joseph und seine Gemahlin zum König und zur Königin von Ungarn gekrönt.⁶⁰⁹ Nach seiner Krönung unterzeichnete Franz Joseph schließlich das Ausgleichsgesetz.⁶¹⁰

Der Ausgleich wurde für die dadurch entstandene ungarische Reichshälfte im Gesetzesartikel XII vom 12. 06. 1867 gesetzlich verankert und für die österreichische

⁶⁰⁸ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 179; Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 405–407.

⁶⁰⁹ Vgl. *Hauszmann*, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 177.

⁶¹⁰ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 181.

Reichshälfte im Staatsgrundgesetz vom 21. 12. 1867⁶¹¹. Bei den Bestimmungen der österreichischen Reichshälfte handelte es sich allerdings nicht um eine vollständige Übersetzung des ungarischen Gesetzestextes, sondern dieser wurde unabhängig vom ungarischen Text verfasst. Inhaltliche Unterschiede⁶¹² beider Gesetze und damit zusammenhängend unterschiedliche Auslegungen der Bestimmungen waren die Folge, was im Laufe der Jahrzehnte zu einer Reihe von Differenzen zwischen der österreichischen- und der ungarischen Reichshälfte führte.

Die zentralen Bestimmungen des Ausgleichs teilten die Habsburgermonarchie in zwei Reichshälften: die „cisleithanisch-österreichische“ (offizieller Name: Die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, ab 1915: Österreich) und die „transleithanisch-ungarische“ Reichshälfte. Des Weiteren wurden sowohl Kroatien-Slawonien als auch Siebenbürgen an die „Länder der ungarischen Krone“ wiederangegliedert. (Die Länder der Stephanskronen nach 1867: Ungarn, Kroatien-Slawonien und Fiume. Siebenbürgen wurde direkt an Ungarn angegliedert.⁶¹³). Des Weiteren wurden der ungarische bzw. „transleithanische“ Reichstag, der aus der „Magnatentafel“ und dem „Abgeordnetenhaus“ bestand sowie die ungarische Regierung den österreichischen bzw. „cisleithanischen“ Organen gleichgesetzt. Außerdem wurde in Ungarn eine konstitutionelle Monarchie errichtet.

Mit diesen Bestimmungen erlangte die ungarische Reichshälfte die Unabhängigkeit, allerdings blieben beide Reichshälften durch die sog. „pragmatischen Angelegenheiten“ einschließlich der diesbezüglichen Organe sowie mittels der „dualistischen Angelegenheiten“ lose miteinander verbunden:

Die pragmatischen Angelegenheiten wurden als gemeinsame Angelegenheiten beider Reichshälften erklärt: 1. die auswärtigen Angelegenheiten inklusive der diplomatischen und kommerziellen Vertretung im Ausland, 2. das Kriegswesen inklusive der Kriegsmarine. Aber nicht nur die Angelegenheiten der gemeinsamen k.u.k. Armee gehörten zu den pragmatischen Angelegenheiten, sondern jede Reichshälfte stellte eine

⁶¹¹ Gesetz vom 21. December 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und ihrer Behandlung („Delegationsgesetz“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000401&zoom=2> (RGBL 1867/146) (15. 10. 2010)

⁶¹² Der markanteste Unterschied bildet die Tatsache, dass im österreichischen Delegationsgesetz festgelegt ist, dass über die sog. „dualistischen Angelegenheiten“ nach einer bestimmten Zeit verhandelt werden soll. Im ungarischen Ausgleichsgesetz allerdings kann Transleithanien frei entscheiden, ob in diesen Angelegenheiten Verträge abgeschlossen werden. In: § 2 des Gesetzes vom 21. December 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und ihrer Behandlung („Delegationsgesetz“). In: *Bernatzik*, Edmund (Hrsg.) ²1911: Die österreichischen Verfassungsgesetze, a.a.O., S. 441.

⁶¹³ Vgl. *von Reden*, Alexander ⁵1995: Österreich-Ungarn, a.a.O., S. 41.

eigene bewaffnete Streitkraft auf: die ungarische „Honved“ und die kaiserliche „Landwehr“, 3. das Finanzwesen bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten. Die gemeinsame Verwaltung Bosnien-Herzegowinas durch den k.u.k. Finanzminister kam dann 1878 noch hinzu.

Die Verwaltung der pragmatischen Angelegenheiten wurde vom Monarchen gemeinschaftlich mit den k.u.k. Reichsministerien ausgeübt: Diese waren 1. das „gemeinsame Ministerium des Äußeren und des k.u.k. Hauses“, 2. das „gemeinsame Kriegsministerium“ und 3. das „gemeinsame Finanzministerium“.⁶¹⁴ Die drei k.u.k. Minister, die nicht gleichzeitig Mitglieder der cisleithanischen sowie der transleithanischen Regierung sein durften, waren als „Gemeinsamer Ministerrat“ zusammen mit den Ministern Cisleithaniens und Transleithaniens die Mitglieder der Regierung der Gesamtmonarchie.⁶¹⁵

Die Gesetzgebung bei den pragmatischen Angelegenheiten wurde vom Monarchen mit den sog. zwei „Delegationen“ ausgeübt. „Diese waren Ausschüsse des österreichischen Reichsrates bzw. des ungarischen Reichstages mit je 60 Mitgliedern (20 aus dem Ober- und 40 aus dem Unterhaus), die in getrennten Sitzungen abwechselnd in Wien und in Budapest tagten und miteinander schriftlich verkehrten.“^{616 617} Laut Delegationsgesetz vom 21. 12. 1867, welches nur für den österreichischen Staat wirksam war, ist bei allen Gesetzen bei Angelegenheiten des Wirkungsbereiches dieser Delegationen die Zustimmung beider Delegationen sowie die Sanktion des Kaisers nötig. Gibt es keine beiderseitige Zustimmung, soll in einem gemeinschaftlichen Plenum beider Delegationen ein Beschluss gefasst werden und schließlich die Sanktion des Kaisers erfolgen.⁶¹⁸ Transleithanien wollte allerdings nichts von einer Gesetzgebungskompetenz der Delegationen wissen. Auf der anderen Seite stimmten beide Reichshälften überein, dass die Delegationen „keine die Angehörigen der beiden Länder unmittelbar verpflichtende[n] Gesetze beschließen“⁶¹⁹ konnten. Die Delegationen hatten die Aufgabe, bei der Feststellung des Reichsbudgets, der Erhebung der Ministeranklage sowie der Prüfung des Rechnungsabschlusses tätig zu werden.

⁶¹⁴ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S.225–227.

⁶¹⁵ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 186.

⁶¹⁶ *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 226.

⁶¹⁷ Vgl. ebenda, S. 226.

⁶¹⁸ Vgl. § 15 des Staatsgrundgesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten aller Länder der Monarchie (Delegationsgesetz) vom 21. 12. 1867: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶¹⁹ *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 226.

Bezüglich der Gerichtsbarkeit existierten zwei gemeinsame „Oberste Gerichtshöfe“: ein Militärjustizsenat sowie ein Konsularobergericht. Der „Gemeinsame Strafgerichtshof“ garantierte die Verantwortlichkeit der k.u.k. Minister und der „Gemeinsame Oberste Rechnungshof“ kontrollierte den gemeinsamen Haushalt.

Die Unterbehörden existierten einerseits in der Militärverwaltung, andererseits als diplomatische Vertretungen im Ausland sowie als Konsulargerichte erster Instanz, wie z.B. in Marokko, Persien und dem Osmanischen Reich.

Außerdem existierten noch weitere Angelegenheiten, die beiden Reichshälften gemein waren: die sog. „dualistischen Angelegenheiten“. Diese wurden zwar nicht einer gemeinsamen Verwaltung unterzogen, allerdings sollten diese „nach gleichen von Zeit zu Zeit vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden“⁶²⁰. Bei diesen Angelegenheiten handelte es sich insbesondere um die wirtschaftlichen Belange (inklusive der Zollgesetzgebung), und die Gesetzgebung im Hinblick auf bestimmte indirekte Steuern. Bei den dualistischen Angelegenheiten waren im Hinblick auf die Gesetzgebung beide „Parlamente“, also der österreichische Reichsrat bzw. der ungarische Reichstag zuständig, allerdings sollte die Gesetzgebung auf der Basis von Abkommen, die in bestimmten Zeitabständen zu erneuern waren, aufeinander angepasst werden. Mit diesen Bestimmungen wurde zwischen beiden Reichshälften (mit Bosnien-Herzegowina und Liechtenstein) eine Zoll- und Währungsunion gebildet.

Der Ausgleich führte zu einer Gleichstellung zweier Nationalitäten, die nun die Vorherrschaft in der Habsburgermonarchie übernahmen. Die anderen Nationalitäten blieben von diesem Ausgleich vollkommen unberührt.⁶²¹

Die Tatsache, dass weitere gleichbedeutende Ausgleichs mit anderen Nationalitäten nicht durchgeführt wurden, führte im Laufe der Jahrzehnte zu einer Zuspitzung des Nationalitätenkonfliktes, zu einer tiefen innenpolitischen Krise, insbesondere durch die Obstruktionspolitik der Tschechen und anderer Nationalitäten und schließlich zum Zerfall des Habsburgerreiches.

⁶²⁰ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 227.

⁶²¹ Vgl. ebenda, S. 225/227; Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 186.

5.3 Die Bestimmungen der Staatsgrundgesetze („Dezemberverfassung“) 1867

Die Tatsache, dass in der cisleithanischen Reichshälfte bzw. im österreichischen Staat der Verfassungsstaat wieder eingeführt wurde, ist auf die Ausgleichsverhandlungen zurückzuführen, in denen die ungarischen Verhandlungsteilnehmer forderten, dass Cisleithanien konstitutionalistisch geprägt sein sollte.

Die Folge war nicht die Publikation der verfassungsrechtlichen Grundlagen in einer einzigen Verfassungsurkunde, sondern in einer Vielzahl vom Reichsrat auf der Basis von Regierungsvorlagen erarbeiteten „Staatsgrundgesetzen“ (StGG) am 21. 12. 1867, die die Rechtsordnung im österreichischen Staat mit dem monarchischen Dualismus harmonisierten und die Verfassungsordnung dieses Staates bildeten⁶²²: 1. das Gesetz über die Reichsvertretung⁶²³, 2. das StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger⁶²⁴, 3. das StGG über die Einsetzung eines Reichsgerichtes⁶²⁵, 4. das StGG über die richterliche Gewalt⁶²⁶, 5. das StGG über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt⁶²⁷, 6. das Gesetz über die gemeinsamen Angelegenheiten aller Länder der Monarchie („Delegationsgesetz“)⁶²⁸ sowie das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit⁶²⁹.

⁶²² Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 228–229.

⁶²³ Vgl. Gesetz vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000389&zoom=2> (RGI. 1867/141) (15. 10. 2010).

⁶²⁴ Vgl. Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000394&zoom=2> (RGI. 1867/142) (15. 10. 2010).

⁶²⁵ Vgl. Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000397&zoom=2> (RGI. 1867/143) (15. 10. 2010).

⁶²⁶ Vgl. Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000398&zoom=2> (RGI. 1867/144) (15. 10. 2010).

⁶²⁷ Vgl. Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000400&zoom=2> (RGI. 1867/145) (15. 10. 2010).

⁶²⁸ Vgl. Staatsgrundgesetz über die gemeinsamen Angelegenheiten aller Länder der Monarchie (Delegationsgesetz) vom 21. 12. 1867: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶²⁹ Vgl. Gesetz vom 25. Juli 1867, über die Verantwortlichkeit der Minister für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&zoom=2&seite=00000208&x=21&y=8> (RGI. 1867/101) (15. 10. 2010).

Die Gesetze waren gültig „für Böhmen, Dalmatien, Galizien, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol mit Vorarlberg, Görz und Gradiska, Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.“⁶³⁰

Damit umfasste die Gültigkeit der Staatsgrundgesetze die österreichisch-cisleithanische Reichshälfte bzw. den österreichischen Staat.

5.3.1 Kaiser, Kabinettsregierung und Reichsrat

Der Großteil der Bestimmungen für diese Organe findet sich im Gesetz über die Reichsvertretung, die die Gesetzgebung bestimmte sowie im StGG über die Regierungs- und Vollzugsgewalt, das die Verwaltung normierte bzw. die Regierungsgewalt regelte.

Der Kaiser ist unverantwortlich, geheiligt und unverletzlich⁶³¹, ernennt und entlässt die Minister der Regierung und besetzt auf Antrag der betreffenden Minister alle Staatsämter in allen Bereichen des Staatsdienstes, sofern ein Gesetz nicht etwas anderes verordnet⁶³². Die Regierungsgewalt übt der Kaiser durch verantwortliche Minister sowie die denselben untergeordneten Bestellten und Beamten aus.⁶³³ Des Weiteren ist der Kaiser Oberbefehlshaber über die Streitkräfte, erklärt Krieg und schließt Frieden⁶³⁴, verleiht Orden, Titel und sonstige Auszeichnungen des Staates⁶³⁵ und schließt Staatsverträge ab⁶³⁶. Allerdings ist für die gesetzliche Gültigkeit von Handelsverträgen und jener Staatsverträge, die einzelne Bürger verpflichten oder das Reich bzw. Teile des Reiches belasten die Zustimmung des Reichsrates notwendig.⁶³⁷ Beim Antritt der Regierung hat der Kaiser in Gegenwart beider Häuser des Reichsrates folgendes eidliches Gelöbnis zu leisten⁶³⁸: „Die Grundgesetze der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit

⁶³⁰ Präambel des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010). Alle anderen Gesetze sind für denselben Raum gültig, siehe alle Staatsgrundgesetze im Quellenverzeichnis.

⁶³¹ Vgl. Artikel (Art.) 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶³² Vgl. Art. 3 ebenda.

⁶³³ Vgl. Art. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶³⁴ Vgl. Art. 5 ebenda.

⁶³⁵ Vgl. Art. 4 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶³⁶ Vgl. Art. 6 Abs. 1 ebenda.

⁶³⁷ Vgl. Art. 6 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶³⁸ Vgl. Art. 8 Abs. 1 ebenda.

denselben und den allgemeinen Gesetzen zu regieren.’“⁶³⁹ Im Namen des Kaisers und unter Berufung auf die Zustimmung der verfassungsmäßigen Vertretungskörper sowie unter Mitfertigung eines verantwortlichen Ministers erfolgt die Kundmachung der Gesetze.⁶⁴⁰ Für die Gültigkeit jedes Regierungsaktes des Kaisers ist die Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers notwendig.⁶⁴¹ Auch das Münzrecht wird im Namen des Kaisers ausgeübt.⁶⁴² Auf der Basis der Gesetze sind die Staatsbehörden innerhalb ihres Wirkungskreises befugt, Verordnungen zu erlassen sowie Befehle zu erteilen.⁶⁴³ Das Exekutionsrecht der Verwaltungsbehörden regelt besondere Gesetze sowie die Befugnisse der bewaffneten Macht, welche zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit dauerhaft organisiert ist oder in besonderen Fällen mobilisiert wird.⁶⁴⁴ Innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises sind sämtliche Staatsdiener für die Beobachtung der Staatsgrundgesetze und für die den Landes- und Reichsgesetzen entsprechende Geschäftsführung verantwortlich.⁶⁴⁵ Des Weiteren haben alle Organe der Staatsverwaltung in ihrem Diensteid zu schwören, dass sie die Staatsgrundgesetze beobachten müssen.⁶⁴⁶

Die ordentliche Gesetzgebung übt der Kaiser zusammen mit dem Reichsrat aus. Der Reichsrat besteht aus dem „Abgeordnetenhaus“ und dem „Herrenhaus“. Das Herrenhaus setzt sich zusammen aus den großjährigen Prinzen des kaiserlichen Hauses⁶⁴⁷, großjährigen Häuption jener inländischen Adelsgeschlechter, die einen ausgedehnten Grundbesitz ihr Eigen nennen und denen der Kaiser die erbliche Reichsratswürde verleiht⁶⁴⁸, allen Erzbischöfen und sowie Bischöfen, die fürstlichen Rang besitzen⁶⁴⁹

⁶³⁹ Art. 8 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁴⁰ Vgl. Art 10 ebenda.

⁶⁴¹ Vgl. Art. 1 des Gesetzes vom 25. Juli 1867, über die Verantwortlichkeit der Minister für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁴² Vgl. Art. 7 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁴³ Vgl. Art. 11 Abs. 1 ebenda.

⁶⁴⁴ Vgl. Art. 11 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁴⁵ Vgl. Art. 12 Abs. 1 ebenda.

⁶⁴⁶ Vgl. Art. 13 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁴⁷ Vgl. § 2 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁴⁸ Vgl. § 3 ebenda.

⁶⁴⁹ Vgl. § 4 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

und vom Kaiser wegen ihrer Verdienste um den Staat, Kirche, Wissenschaft oder Kunst auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern⁶⁵⁰.

Das Abgeordnetenhaus besteht aus 203 Mitgliedern, welche nach der für jedes Land festgesetzten Zahl⁶⁵¹ von den Landtagen mittels unmittelbarer Wahl entsendet werden. „Die Wahl hat durch absolute Stimmenmehrheit in der Art zu geschehen, daß die nach Maßgabe des Anhanges zur Landesordnung auf bestimmte Gebiete, Städte, Körperschaften entfallende Zahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses aus den Landtagsmitgliedern derselben Gebiete, derselben Städte, derselben Körperschaften hervorgehen.“⁶⁵² „Diese unmittelbare Wahl hat in der Art zu geschehen, daß die nach Maßgabe der Landesordnungen auf bestimmte Gruppen entfallende Zahl durch die Landtagswahlberechtigten derselben Gruppe gewählt wird.“⁶⁵³ Ein Reichsgesetz hat aber die näheren Bestimmungen bzgl. der Durchführung dieser unmittelbaren Wahlen sowie der Feststellung der Wahlbezirke festzulegen.⁶⁵⁴ Der Präsident und die Vizepräsidenten des Herrenhauses werden vom Kaiser ernannt und aus der Mitte des Abgeordnetenhauses werden der Präsident sowie der Vizepräsident gewählt.⁶⁵⁵ Der Kaiser hat den Reichsrat alljährlich einzuberufen.⁶⁵⁶

Der Wirkungskreis des Reichsrats umfasst alle gemeinschaftlichen Rechte, Pflichten sowie Interessen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, sofern diese nicht als Resultat der Verhandlungen mit den Ländern der ungarischen Krone zwischen den eben genannten sowie den übrigen Ländern der Monarchie gemeinsam behandelt werden müssen.⁶⁵⁷

Zu diesem Wirkungskreis gehören die Prüfung sowie die Genehmigung der Handelsverträge sowie jener Staatsverträge, welche das Reich oder Teile desselben belasten, eine Gebietsänderung des österreichischen Staates zur Folge haben oder

⁶⁵⁰ Vgl. § 5 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁵¹ Für das Königreich Böhmen: 54, Kgr. Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau: 38, Kgr. Dalmatien: 5, Erzherzogtum Österreich unter der Enns: 18, Erzhm. Österreich ob der Enns: 10, Hzm. Steiermark: 13, Hzm. Krain: 6, Hzm. Ober- und Niederschlesien: 6, Hzm. Kärnten: 5, Hzm. Bukowina: 5, Hzm. Salzburg: 3, die Markgrafschaft Mähren: 22, Markgrafschaft Istrien: 2, gefürstete Grafschaft Tirol: 10, gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska: 2, das Land Vorarlberg: 2, die Stadt Triest mit ihrem Gebiete: 2.

⁶⁵² § 7 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁵³ § 7 Abs. 4 ebenda.

⁶⁵⁴ Vgl. des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁵⁵ Vgl. § 9 ebenda.

⁶⁵⁶ Vgl. § 10 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁵⁷ Vgl. § 11 Abs. 1 ebenda.

einzelne Bürger verpflichten⁶⁵⁸, die jährliche Zustimmung bzgl. Steuern und Abgaben, die Aufnahme von neuen Anleihen, die Schuldumwandlung der bestehenden Staatsschulden sowie „die Veräußerung, Umwandlung und Belastung des unbeweglichen Staatsvermögens“⁶⁵⁹. Des Weiteren ist der Reichsrat für „die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und der Resultate der Finanzgebarung“⁶⁶⁰ zuständig, aber auch für die Gesetzgebung über Regalien und Monopole sowie für die Erteilung einer Befreiung von der Verbindlichkeit von Ansprüchen. Ebenfalls zuständig ist der Reichsrat für die Freistellung der Voranschläge des Haushaltes des Staates sowie für alle Finanzangelegenheiten, die den Ländern innerhalb des österreichischen Staates gemeinsam sind⁶⁶¹. Ein weiterer Zuständigkeitsbereich des Reichsrates betrifft „die Regelung der Zoll- und Handelsangelegenheiten, des Münz-, Geld- und Zettelbankwesens sowie des Telegraphen-, Post-, Eisenbahn-, Schifffahrts- sowie des sonstigen Reichs-Communicationswesens.“⁶⁶² Des Weiteren ist die Bank- Kredit- Privilegien sowie Gewerbsgesetzgebung mit Ausnahme des Propinationsrechtes als Wirkungskreis des Reichsrates zu nennen. Auch die Gesetzgebung über den Muster- und Markenschutz sowie über Maß und Gewicht⁶⁶³ und die Gesetzgebung über Heimats- und Staatsbürgerrecht, über das Passwesen, die Fremdenpolizei und über die Volkszählung gehören zu den Angelegenheiten des Reichsrates⁶⁶⁴. Ferner muss der Reichsrat bei der Medizinalgesetzgebung sowie bei der Gesetzgebung zum Schutz vor Viehseuchen und Epidemien tätig werden.⁶⁶⁵ Außerdem hat der Reichsrat bei konfessionellen Angelegenheiten, beim Versammlungs- und Vereinsrecht sowie bei der Presse und dem Schutz des geistigen Eigentums mitzubestimmen⁶⁶⁶, aber auch bei der Polizeistraf- und Strafrecht- und der Zivilrechtsgesetzgebung. Ausnahmen bilden die Gesetzgebung bzgl. der inneren Einrichtung der öffentlichen Bücher sowie jene Angelegenheiten, die laut Landesordnungen und desselben Grundgesetzes zum Wirkungsbereich der Landtage gehören. Des Weiteren bzgl. der Angelegenheiten des

⁶⁵⁸ Vgl. § 11 a) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁵⁹ § 11 c) ebenda.

⁶⁶⁰ des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁶¹ Vgl. § 11 c) ebenda.

⁶⁶² § 11 d) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁶³ Vgl. § 11 e) ebenda.

⁶⁶⁴ Vgl. § 11 g) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁶⁵ Vgl. § 11 f) ebenda.

⁶⁶⁶ Vgl. § 11 h) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

Reichsrates zu nennen ist das Handels- und Wechselrecht sowie das Berg- und Seerecht.⁶⁶⁷ Die Gesetzgebung über die Universitäten sowie die Feststellung der Grundsätze beim Unterrichtswesen hinsichtlich der Volksschulen und Gymnasien⁶⁶⁸ sowie jene Gesetzgebung bzgl. der Organisierung der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden fallen in den Wirkungsbereich des Reichsrates.⁶⁶⁹ Außerdem ist der Reichsrat zuständig für alle Angelegenheiten, die sich auf die Ordnung, die Art und Weise und die Dauer der Militärpflicht beziehen, v.a. die jährliche Bewilligung der Anzahl bzgl. der Rekrutierung von Soldaten sowie die allgemeinen Bestimmungen bzgl. der Verpflegung und Einquartierung der Soldaten sowie des Bezuges der Vorspannleistung.⁶⁷⁰ Ferner ist der Reichsrat zuständig für die Durchführung der sich auf die Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über die richterliche- und die Regierungs- und Vollzugsgewalt sowie über die Einrichtung eines Reichsgerichtes berufenden und zu erlassenden Gesetze⁶⁷¹. Des Weiteren ist der Reichsrat für die Gesetzgebung bzgl. der Form der Behandlung von mit der ungarischen Krone vereinbarten gemeinsamen Angelegenheiten zuständig⁶⁷² sowie für jene Bereiche, die auf Verhältnisse und Pflichten der Länder untereinander zutreffen⁶⁷³.

Jene Gegenstände der Gesetzgebung, die nicht vom Reichsrat erledigt werden müssen, fallen in den Wirkungskreis der Landtage des österreichischen Staates.⁶⁷⁴ Falls ein Landtag beschließen sollte, dass ein ihm überlassener Gegenstand der Gesetzgebung vom Reichsrat behandelt werden sollte, so fällt der Gegenstand nur in diesem Fall auch in den Wirkungskreis des Reichsrates.⁶⁷⁵ Gesetzesvorschläge gelangen als Regierungsvorlage an den Reichsrat, der ebenfalls innerhalb seines Wirkungskreises das Gesetzesvorschlagsrecht besitzt.⁶⁷⁶ Zur Inkraftsetzung eines Gesetzes sind die

⁶⁶⁷ Vgl. § 11 k) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁶⁸ Vgl. § 11 i) ebenda.

⁶⁶⁹ Vgl. § 11 l) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁷⁰ Vgl. § 11 b) ebenda.

⁶⁷¹ Vgl. § 11 m) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁷² Vgl. § 11 o) ebenda.

⁶⁷³ Vgl. § 11 n) des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁷⁴ Vgl. § 12 Abs. 1 ebenda.

⁶⁷⁵ Vgl. § 12 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁷⁶ Vgl. § 13 Abs. 1 ebenda.

Übereinstimmung beider Häuser sowie die Sanktion des Kaisers notwendig.⁶⁷⁷ Bei dringender Notwendigkeit können Gesetze, die normalerweise die Zustimmung des Reichsrates benötigen, während dieser jedoch gerade nicht versammelt ist, durch kaiserliche Verordnung erlassen werden, sofern diese nicht die Staatsgrundgesetze verändern, keine Veräußerung von Staatsgut und keine dauerhafte Belastung des Staatsschatzes betreffen. Diese Verordnungen haben bloß provisorische Gesetzeskraft, sobald diese von sämtlichen Ministern, die damit die Verantwortung übernehmen, unterzeichnet werden und diese sich ausdrücklich auf den bestimmten Paragraphen beziehen und kundgemacht werden.⁶⁷⁸ Diese Verordnungen müssen allerdings dem Reichsrat, und zwar zunächst dem Abgeordnetenhaus, binnen vier Wochen nach dessen Zusammentritt vorgelegt werden. Geschieht dies nicht oder lehnt es eines der beiden Häuser ab eine solche Verordnung zu genehmigen, erlischt die Gesetzeskraft dieser Verordnung⁶⁷⁹.

Für einen gültigen Beschluss des Reichsrates ist im Abgeordnetenhaus die Anwesenheit von 100, im Herrenhaus von 40 Abgeordneten sowie in beiden Häusern die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden notwendig.⁶⁸⁰ Änderungen der Staatsgrundgesetze – bis auf das StGG über die gemeinsamen Angelegenheiten aller Länder der Monarchie – können nur bei einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der Stimmen in beiden Häusern erfolgen.⁶⁸¹ Die Mitglieder des Reichsrates müssen ihr Stimmrecht persönlich ausüben.⁶⁸²

Über Verfügung des Kaisers kann der Reichsrat vertagt oder sogar aufgelöst werden. Bei einer Auflösung wird gemäß § 7 ein neuer Reichsrat gewählt.⁶⁸³ Beide Häuser des Reichsrates besitzen das Recht, Minister zu interpellieren sowie Verwaltungsakte der Regierung (bzw. des Kaisers) zu überprüfen bzw. einer Überprüfung zu unterziehen. Des Weiteren können beide Häuser von der Regierung über eingehende Petitionen Auskunft verlangen und Kommissionen ernennen, die von Ministerien die erforderlichen Informationen bekommen sollen. Außerdem sollen die Ansichten des

⁶⁷⁷ Vgl. § 13 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁷⁸ Vgl. § 14 Abs. 1 ebenda.

⁶⁷⁹ Vgl. § 14 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁸⁰ Vgl. § 15 Abs. 1 ebenda.

⁶⁸¹ Vgl. § 15 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁸² Vgl. § 17 ebenda.

⁶⁸³ Vgl. § 19 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

Reichsrates in Form von Resolutionen oder Adressen ausgedrückt werden können.⁶⁸⁴ Des Weiteren sind die Minister und die Chefs der Zentralstellen berechtigt, an allen Beratungen teilzunehmen sowie ihre Vorlagen entweder unmittelbar oder durch einen Mandatar zu vertreten. Jedem Haus des Reichsrates ist es möglich, die Anwesenheit der Minister zu verlangen und die Minister müssen jedesmal angehört werden, sofern dieses verlangt ist. Des Weiteren haben die Minister das Recht an Abstimmungen teilzunehmen, sofern sie Mitglieder eines Hauses sind.⁶⁸⁵ Die Sitzungen von beiden Häusern sind öffentlich⁶⁸⁶, doch können beide Häuser ausnahmsweise die Öffentlichkeit ausschließen, sofern der Präsident oder mindestens zehn Mitglieder dies verlangen und es vom jeweiligen Haus nach Entfernung der Zuhörer beschlossen wird⁶⁸⁷.

„Die Ausübung der Controle der Staatsschulden durch die Vertretungskörper wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt.“⁶⁸⁸

Die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses dürfen von ihren Wählern keine Instruktionen annehmen⁶⁸⁹ und kein Mitglied kann wegen einer rechtswidrigen Handlung während der Dauer einer Session verhaftet oder gerichtlich verfolgt werden, sofern das Haus nicht zustimmt. Einzige Ausnahme bildet der Fall, dass das Mitglied auf frischer Tat ertappt wird⁶⁹⁰. Sofern es das Haus verlangt, muss die Verhaftung bzw. die Verfolgung aufgeschoben werden, bis die Sitzungsperiode beendet ist. Das Haus hat überdies das identische Recht bzgl. einer Verhaftung oder Untersuchung bei einem Mitglied, welche außerhalb der Sitzungsperiode verhängt worden ist.⁶⁹¹

5.3.2 Grundrechte

Alle Angehörigen der österreichischen Reichshälfte besitzen ein allgemeines österreichisches Staatsbürgerrecht.⁶⁹² Unter welchen Bedingungen das österreichische Staatsbürgerrecht erworben, ausgeübt und verloren wird, bestimmt das Gesetz.⁶⁹³ Alle

⁶⁸⁴ Vgl. § 21 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁸⁵ Vgl. § 20 ebenda.

⁶⁸⁶ Vgl. § 23 Abs. 1 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁸⁷ Vgl. § 23 Abs. 2 ebenda.

⁶⁸⁸ § 22 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁸⁹ Vgl. § 16 Abs. 1 ebenda.

⁶⁹⁰ Vgl. § 16 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁹¹ Vgl. § 16 Abs. 5 ebenda.

⁶⁹² Vgl. Art. 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁹³ Vgl. Art. 1 Abs. 2 ebenda.

Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich⁶⁹⁴ und für alle Staatsbürger sind die öffentlichen Ämter gleich zugänglich⁶⁹⁵. Für Ausländer ist der Zugang zu denselben vom Erwerb der Staatsbürgerschaft abhängig.⁶⁹⁶ Das StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger gewährt des Weiteren die Freiheit der Person bzw. den Schutz der persönlichen Freiheit⁶⁹⁷ (Jede gesetzeswidrige Verhaftung verpflichtet den Staat zu einem Schadenersatz an den Verletzten⁶⁹⁸), den Schutz des Briefgeheimnisses (außer bei einer gesetzlichen Verhaftung, eines richterlichen Befehls, einer Hausdurchsuchung oder in Kriegsfällen)⁶⁹⁹ die Unverletzlichkeit des Hausrechtes⁷⁰⁰, die Freiheit der Berufsauswahl bzw. die Freiheit sich für den ausgesuchten Beruf auszubilden⁷⁰¹ sowie die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit für „[j]edermann“⁷⁰². Zwar dürfen bürgerliche und politische Rechte nicht vom Religionsbekenntnis abhängig gemacht werden⁷⁰³, doch kann niemand zur Teilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit oder zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden, sofern derjenige nicht einer gesetzlich berechtigten Gewalt untersteht⁷⁰⁴. Außerdem hat jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgemeinschaft das Recht der gemeinsamem öffentlichen Religionsausübung sowie der selbstständigen Verwaltung der inneren Angelegenheiten. Ferner bleiben diese in Besitz ihrer für Wohltätigkeits-, Kultus- und Unterrichtszwecke bestimmten Stiftungen, Anstalten und Fonds, sind aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.⁷⁰⁵ Die private („häusliche“) Religionsausübung ist den Anhängern von gesetzlich nicht anerkannten Religionsgemeinschaften gestattet, sofern diese nicht rechtswidrig oder sittenverletzend sind.⁷⁰⁶ Jedem („[j]edermann“) steht das Petitionsrecht zu⁷⁰⁷, allerdings können Petitionen unter einem Gesamtnamen nur von

⁶⁹⁴ Vgl. Art. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁹⁵ Vgl. Art. 3 Abs. 1 ebenda.

⁶⁹⁶ Vgl. Art. 3 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁹⁷ Vgl. Art. 8 Abs.1 ebenda.

⁶⁹⁸ Vgl. Art. 8 Abs. 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁶⁹⁹ Vgl. Art. 10 ebenda.

⁷⁰⁰ Vgl. Art. 9 Abs. 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁰¹ Vgl. Art. 18 ebenda.

⁷⁰² Vgl. Art. 14 Abs. 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁰³ Vgl. Art. 14 Abs. 2 ebenda.

⁷⁰⁴ Vgl. Art. 14 Abs. 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁰⁵ Vgl. Art. 15 ebenda.

⁷⁰⁶ Vgl. Art. 16 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁰⁷ Vgl. Art. 11 Abs. 1 ebenda.

gesetzlich anerkannten Vereinen und Körperschaften erfolgen⁷⁰⁸. Ferner wird jedem Bürger gewährt, seine Meinung in Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen frei zu äußern⁷⁰⁹ und auch die Presse darf nicht unter Zensur gestellt oder durch ein „Concessions-System“⁷¹⁰ beschränkt werden.⁷¹¹ Des Weiteren hat jeder österreichische Staatsbürger das Recht, sich zu versammeln sowie Vereine zu bilden. Ein besonderes Gesetz wird die Ausübung dieser Rechte regeln.⁷¹²

Innerhalb des Staatsgebietes unterliegt die Freizügigkeit der Person sowie des Vermögens keiner Beschränkung⁷¹³. Des Weiteren besitzt jeder Staatsbürger, der in einer Gemeinde wohnt und dort von seinem Realbesitz, Einkommen oder Erwerb Steuern entrichtet, das aktive und passive Wahlrecht für die Gemeindevertretung⁷¹⁴ und nur durch die Wehrpflicht ist die Freiheit der Auswanderung beschränkt⁷¹⁵. Jeder Untertänigkeits- und Hörigkeitsverband ist aufgehoben bzw. verboten⁷¹⁶ und jedem Staatsbürger ist es erlaubt, überall auf dem Staatsgebiet seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu bestimmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und über diese frei zu verfügen sowie jeden Erwerbszweig zu verrichten⁷¹⁷. Ferner ist das Eigentum unverletzlich und die Enteignung von Eigentum darf nur in bestimmten Fällen eintreten, die das Gesetz bestimmt.⁷¹⁸

Außerdem sind die Wissenschaft und ihre Lehre frei⁷¹⁹ und jedem Staatsbürger ist es erlaubt, Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu begründen sowie an deren Unterricht teilzunehmen, sofern sie gesetzlich dazu berechtigt sind⁷²⁰. Einer solchen Beschränkung

⁷⁰⁸ Vgl. Art. 11 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁰⁹ Vgl. Art. 13 Abs. 1 ebenda.

⁷¹⁰ Art. 13 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷¹¹ Vgl. ebenda.

⁷¹² Vgl. Art. 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷¹³ Vgl. Art. 4 Abs. 1 ebenda.

⁷¹⁴ Vgl. Art. 4 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷¹⁵ Vgl. Art. 4 Abs. 3 ebenda.

⁷¹⁶ Vgl. Art. 7 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷¹⁷ Vgl. Art. 6 Abs. 1 ebenda.

⁷¹⁸ Vgl. Art. 5 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷¹⁹ Vgl. Art. 17 Abs. 1 ebenda.

⁷²⁰ Vgl. Art. 17 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

unterliegt nicht der häusliche Unterricht.⁷²¹ Obwohl der Religionsunterricht an den Schulen von den betreffenden Kirchen oder Religionsgesellschaften getragen werden soll⁷²², obliegt dem Staat die oberste Leitung sowie Aufsicht des gesamten Unterrichts- und Erziehungswesens⁷²³.

Artikel 19 besagt wie bereits erwähnt, dass alle Volksstämme des Staates gleichberechtigt sind und dass jeder Volksstamm ein unverletzliches Recht auf Wahrung sowie Pflege seiner Sprache und Nationalität hat.⁷²⁴ In Amt, Schule und öffentlichem Leben wird die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen anerkannt⁷²⁵ und in jenen Ländern, in denen mehrere Bevölkerungsgruppen leben, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten so eingerichtet werden, dass jedem Volksstamm ohne Erlernung einer weiteren Landessprache alle erforderlichen Mittel für die Ausbildung in seiner Sprache zur Verfügung gestellt werden⁷²⁶.

Ein besonderes Gesetz soll über die Zulässigkeit der zeitweiligen und örtlichen Suspension der in den Artikeln 8, 9, 10, 12 sowie 13 enthaltenen Rechte durch die verantwortliche Gewalt der Regierung bestimmen.⁷²⁷

5.3.3 Gerichtsbarkeit

Das StGG über die Einsetzung eines Reichsgerichtes sieht ein Reichsgericht vor, welches zur Entscheidung bei Kompetenzkonflikten sowie bei Streitfällen im öffentlichen Recht herangezogen wird.⁷²⁸ So hat das Reichsgericht bei Kompetenzkonflikten zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu entscheiden, und zwar über die Frage, ob eine bestimmte Angelegenheit im Verwaltungs- oder Rechtsweg abgewickelt werden soll⁷²⁹, zwischen den obersten Regierungsbehörden und einer Landesvertretung, sofern beide Seiten das Verfügungs- und Entscheidungsrecht in

⁷²¹ Vgl. Art. 17 Abs. 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷²² Vgl. Art. 17 Abs. 4 ebenda.

⁷²³ Vgl. Art. 17 Abs 5 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷²⁴ Vgl. Art. 19 Abs. 1 ebenda.

⁷²⁵ Vgl. Art. 19 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷²⁶ Vgl. Art. 19 Abs. 3 ebenda.

⁷²⁷ Vgl. Art. 20 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷²⁸ Vgl. Art. 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷²⁹ Vgl. Art. 2 a) ebenda.

einer administrativen Angelegenheit fordern⁷³⁰ sowie zwischen den autonomen Landesorganen verschiedener Länder in den ihnen zugewiesenen Angelegenheiten⁷³¹. Des Weiteren hat das Reichsgericht eine Entscheidung zu fällen bei Beschwerden der Staatsbürger bzgl. Verletzung der durch die Verfassung gewährleisteten politischen Rechte, „nachdem die Angelegenheit im gesetzlich vorgeschriebenen administrativen Wege ausgetragen worden ist.“⁷³² ⁷³³ sowie über subjektiv öffentlichrechtliche Ansprüche von einzelnen Ländern gegenüber anderen Ländern, von einem Land gegenüber der Gesamtheit der Länder und umgekehrt oder von Gemeinden, Körperschaften oder einzelnen Personen an ein bestimmtes Land oder an die Gesamtheit der Länder, sofern solche Angelegenheiten nicht für den ordentlichen Rechtsweg geeignet sind⁷³⁴. Ob die Entscheidung eines Falles dem Reichsgericht zusteht, entscheidet einzig und allein das Reichsgericht selbst. Die Entscheidungen dieses Organs schließen jede weitere Berufung aus.⁷³⁵ Wenn eine Angelegenheit vom Reichsgericht vor eine Verwaltungsbehörde oder einen ordentlichen Richter gewiesen wird, so ist die Entscheidung von diesen nicht wegen Inkompetenz abzulehnen.⁷³⁶ Der Sitz des Reichsgerichtes ist in Wien. Es besteht aus dem Präsidenten sowie seinem Stellvertreter, die vom Kaiser auf Lebenszeit ernannt werden, des Weiteren aus zwölf Mitgliedern und vier Ersatzmännern, die vom Kaiser auf Vorschlag des Reichsrates (sechs Mitgliedern und zwei Ersatzmännern vom Herrenhaus und sechs Mitgliedern und zwei Ersatzmännern vom Abgeordnetenhaus) ernannt werden.⁷³⁷ Die näheren Bestimmungen bzgl. der Organisation des Reichsgerichtes über das Verfahren desselben sowie über die Vollziehung dessen Verfügungen und Entscheidungen wird ein besonderes Gesetz definieren.⁷³⁸

⁷³⁰ Vgl. Art 2 b) des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷³¹ Vgl. Art. 2 c) ebenda.

⁷³² Art. 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷³³ Vgl. ebenda.

⁷³⁴ Vgl. Art. 3 a) des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷³⁵ Vgl. Art. 4 Abs. 1 ebenda.

⁷³⁶ Vgl. Art. 4 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷³⁷ Vgl. Art. 5 Abs. 1 ebenda.

⁷³⁸ Vgl. Art. 6 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010).

Ein besonderes Gesetz soll des Weiteren die Zusammensetzung und die Verantwortlichkeit eines über die Ministeranklage erkennenden Gerichtshofes („Staatsgerichtshof“) regeln.⁷³⁹

Die Gerichtsbarkeit wird im Namen des Kaisers ausgeübt⁷⁴⁰ und die Erkenntnisse und Urteile in dessen Namen ausgefertigt⁷⁴¹. Die Kompetenz sowie die Organisation der Gerichte werden durch Gesetze bestimmt⁷⁴², ebenso der Wirkungskreis der Militärgerichte⁷⁴³ sowie die Gerichtsbarkeit bei Übertretungen der Polizei- und der Gefängnisstrafgesetze⁷⁴⁴. Allerdings sieht das StGG über die richterliche Gewalt die Einsetzung eines Obersten Gerichts- und Cassationshofes für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder vor.⁷⁴⁵

Vom Kaiser oder in dessen Namen werden die Richter auf Lebenszeit ernannt⁷⁴⁶. So sind bei der Ausübung ihres Amtes unabhängig und selbstständig⁷⁴⁷ und dürfen nur auf der Grundlage eines förmlichen richterlichen Erkenntnisses ihres Amtes enthoben werden⁷⁴⁸. In Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten sind die Gerichtsverhandlungen öffentlich und mündlich⁷⁴⁹. Bei Verbrechen, bei denen eine „schwere“ Strafe droht, haben Geschworene über die Schuld oder Unschuld des Angeklagten zu entscheiden⁷⁵⁰. Die Gerichte haben nicht die Aufgabe kundgemachte Gesetze zu überprüfen, allerdings müssen diese über die Gültigkeit von Verordnungen im gesetzlich festgelegten Instanzenzuge entscheiden.⁷⁵¹

In ihrem Diensteid müssen alle richterlichen Beamten schwören, die Staatsgrundgesetze unverbrüchlich zu beobachten.⁷⁵²

⁷³⁹ Vgl. Art. 9 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁴⁰ Vgl. Art. 1 Abs. 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁴¹ Vgl. Art. 1 Abs 2 ebenda.

⁷⁴² Vgl. Art. 2 Abs. 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁴³ Vgl. Art. 3 ebenda.

⁷⁴⁴ Vgl. Art. 4 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁴⁵ Vgl. Art. 12 ebenda.

⁷⁴⁶ Vgl. Art. 5 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁴⁷ Vgl. Art. 6 Abs. 1 ebenda.

⁷⁴⁸ Vgl. Art. 6 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁴⁹ Vgl. Art. 10 Abs. 1 ebenda.

⁷⁵⁰ Vgl. Art. 11 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁵¹ Vgl. Art. 7 ebenda.

⁷⁵² Vgl. Art. 8 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

Die Justiz ist von der Verwaltung in allen Instanzen zu trennen.⁷⁵³ Für Beschwerden bzgl. gesetzwidriger Entscheidungen und Verfügungen einer Verwaltungsbehörde soll ein Verwaltungsgerichtshof eingerichtet werden.⁷⁵⁴ Die Zusammensetzung, das Verfahren und die Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes sollen durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.⁷⁵⁵ In allen Fällen, bei denen eine Verwaltungsbehörde über einander widerstreitende Ansprüche von Privatpersonen entscheidet, kann der durch diese Entscheidung in seinen Privatrechten Benachteiligte im ordentlichen Rechtsweg gegen die andere Partei Hilfe suchen.⁷⁵⁶

Obwohl die Verwaltung von der Justiz zu trennen ist, hat der Kaiser das Recht, Amnestie zu gewähren und gerichtlich angeordnete Strafen zu mildern oder gar zu erlassen sowie Rechtsfolgen nach Verurteilungen aufzuheben. Eine Ausnahme bilden allerdings die Bestimmungen im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister.⁷⁵⁷

5.3.4 Länder und Gemeinden

Zu den Ländern und Gemeinden gibt es zwar kein eigenes Staatsgrundgesetz, doch erfahren die Länder eine verfassungsrechtliche Aufwertung: einerseits die Entsendung der Mitglieder für das Abgeordnetenhaus mittels unmittelbarer Wahl durch die Landtage⁷⁵⁸ sowie die Tatsache, dass alle Gegenstände der Gesetzgebung, die nicht in den Wirkungskreis des Reichsrates fallen, zu jenem der Landtage der österreichischen Reichshälfte gehören und verfassungsmäßig erledigt werden müssen⁷⁵⁹.

Von wichtiger Bedeutung ist die Einbindung der Länder und der Gemeinden in das konstitutionelle System: Bei Kompetenzstreitigkeiten bzgl. Zuständigkeitskonflikten hat das Reichsgericht zwischen Landesbehörden und Behörden des gesamten österreichischen Staates zu entscheiden⁷⁶⁰. Des Weiteren schützen die Grundrechte nicht nur vor Eingriffen des gesamten österreichischen Staates, sondern auch vor der öffentlichen Landesgewalt. Dies ist z.B. eindeutig festgelegt in Artikel 8 des

⁷⁵³ Vgl. Art. 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁵⁴ Vgl. Art. 15 Abs. 2 ebenda.

⁷⁵⁵ Vgl. Art. 15 Abs. 3 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁵⁶ Vgl. Art. 15 Abs. 1 ebenda.

⁷⁵⁷ Vgl. Art. 13 Abs. 1 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt: a.a.O. (23. 10. 2010).

⁷⁵⁸ Vgl. § 7 des Gesetzes vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁵⁹ Vgl. § 12 Abs. 1 ebenda.

⁷⁶⁰ Vgl. Art. 2 b) des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: a.a.O. (15. 10. 2010).

Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger bzw. des bestehenden Gesetzes vom 27. 10. 1862⁷⁶¹ bzgl. der Freiheit der Person sowie in Artikel 9 desselben Staatsgrundgesetzes bzw. des bestehenden Gesetzes vom 27. 10. 1862⁷⁶² bzgl. der Unverletzlichkeit des Hausrechtes. In beiden Fällen wird von „der öffentlichen Gewalt“ gesprochen ohne Unterschied zwischen der gesamtstaatlichen- und der Landesgewalt. Bezüglich einer verfassungsmäßigen Veränderung für die Gemeinden geben die Staatsgrundgesetze keine Auskunft.

5.4 Die Verfassungswirklichkeit der Staatsgrundgesetze („Dezemberverfassung“) 1867

Mit den Staatsgrundgesetzen von 1867 wurde in der österreichischen Reichshälfte ein im Gegensatz zu jenem zwischen 1848 und 1849 stabilerer Verfassungsstaat begründet: Dies lag insbesondere an der Tatsache, dass das StGG über die Einrichtung eines Reichsgerichtes ein Organ vorsah, das bei Verletzungen von in der Verfassung gewährleisteten Grundrechten bzw. „politischen Rechten“ tätig werden konnte und auf dessen Urteil der Kaiser und die Regierung in der Regel auch Rücksicht nahmen. Andererseits besaß das Reichsgericht verfassungsrechtlich nicht die Kompetenz, ein verfassungswidriges Gesetz aufzuheben oder ein Gesetz zu prüfen. Es war ihm bloß möglich „festzustellen“, ob der Staat mit seinen Handlungen gegen politische Rechte verstieß oder nicht.

Die weiterhin immens großen Machtbefugnisse des Kaisers sowohl in der Gesetzgebung, als auch in der Verwaltung sowie ein – im Vergleich zur Pillersdorfschen Verfassung – „stärkeres“, allerdings gegenüber dem Kaiser und der Regierung „schwaches“ Gesetzgebungsorgan (Reichsrat) zeugten weiterhin von dem frühmodernen Charakter dieses Verfassungsstaates. Der bis zum Ende der Monarchie nicht gelöste Nationalitätenkonflikt sowie die zunächst von deutschen- und später von tschechischen Abgeordneten geführte Obstruktionspolitik im Reichsrat sorgten für eine immense Destabilisierung im Verfassungsleben des Staates und führten zu einer Steigerung der Macht des Kaisers in der Verfassungswirklichkeit.

In der Folge soll nun auf die soeben in einem Überblick dargestellte Verfassungswirklichkeit präzise eingegangen werden.

⁷⁶¹ Gesetz vom 27. October 1862 zum Schutze der persönlichen Freiheit: a.a.O. (09. 08. 2010).

⁷⁶² Gesetz zum Schutz des Hausrechtes vom 27. 10. 1862: a.a.O. (09. 08. 2010).

5.4.1 Die „geteilte Habsburgermonarchie“

Die Unterschiede im Text beider Ausgleichsgesetze zeugen von den divergierenden Zielen der beiden Reichshälften. So war es die Absicht des österreichischen/cisleithanischen Staates, die herrschaftlichen Gemeinsamkeiten zu stabilisieren, während die transleithanisch/ungarische Herrschaft auf Basis der Verfassung von 1848 versuchte, das Verhältnis zu Cisleithanien zu lockern. Deshalb war der rechtliche Inhalt des Ausgleichs bzw. dessen Interpretation äußerst umstritten: Während Ungarn sich auf den Standpunkt stellte, dass die Bestimmungen von einer Seite geändert werden könnten, hielt Österreich an den Vereinbarungen fest. Insbesondere hinsichtlich der Rechtsnatur Österreich-Ungarns herrschten die stärksten Meinungsdivergenzen: Österreich vertrat die Idee eines gemeinsamen übergeordneten Staates, der der österreichischen und der ungarischen Reichshälfte übergeordnet war, wogegen sich die ungarischen Staatsrechtstheoretiker erfolgreich durchsetzten.⁷⁶³ In der Folge kam man überein, dass die Österreichisch-Ungarische Monarchie „[...] eine Realunion besonderer Art zweier ansonsten selbstständiger Staaten [bzw. Herrschaften] aufgrund der Pragmatischen Sanktion mit zwingenden gemeinsamen Angelegenheiten und Institutionen, die nach außen eine einzige Gesamtmacht darstelle“⁷⁶⁴ sei.

Allerdings muss trotz der gemeinsamen politischen Organe, insbesondere des Monarchen, der gemeinsamen Ministerien und deren Willensbildung, von Österreich-Ungarn in der Verfassungswirklichkeit als einer in zwei Herrschaften geteilten Monarchie gesprochen werden.

In den Jahrzehnten nach dem Ausgleich waren die Verhandlungen über den wirtschaftlichen Ausgleich von immer stärker werdenden Differenzen geprägt⁷⁶⁵: So konnten z.B. jene Ausgleichsverhandlungen, die laut Ausgleichsgesetz 1897 notwendig geworden waren, erst in der Silvesternacht des Jahres 1902 mit einem Kompromiss zwischen dem österreichischen Ministerpräsidenten Koerber und dem ungarischen Széll, beendet, und zwar nach Rücktrittsdrohungen beider Ministerpräsidenten sowie nach Audienzen bei Franz Joseph I. in Schönbrunn werden.⁷⁶⁶ Ab den 1890er-Jahren

⁷⁶³ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 227–228.

⁷⁶⁴ *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 183.

⁷⁶⁵ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 228.

⁷⁶⁶ Vgl. *Rumpler*, Helmut 2000: Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 667–894, hier: S. 868.

begannen des Weiteren beide Reichshälften entgegen den Bestimmungen über die gemeinsamen auswärtigen Angelegenheiten unabhängig voneinander Staatsverträge zu schließen, wie z.B. die Brüsseler Zuckerkonvention^{767 768}.

Die autonome Existenz beider Reichshälften überragte in der Verfassungswirklichkeit die Idee eines übergeordneten, zwei Reichshälften umfassenden Staates. Die Gesetzgebung des jeweiligen gesetzgebenden Organs (Reichsrat in Cisleithanien/Österreich, Reichstag in Transleithanien/Ungarn) wurde bei den dualistischen Angelegenheiten immer wichtiger als die gemeinsam beschlossenen Vereinbarungen im Hinblick auf den Ausgleich. Außerdem existierte weder eine Staatsbürgerschaft noch eine Rechtsordnung der gesamten Monarchie. Jedoch gab es sowohl eine cisleithanische/österreichische und eine transleithanische/ungarische Staatsbürgerschaft als auch eine cisleithanische/österreichische und eine transleithanische/ungarische Rechtsordnung. Beide Rechtsordnungen unterschieden sich voneinander in vielerlei Punkten: So war z.B. im konfessionell gerichteten Eherecht des österreichischen Staates die Scheidung von Ehen unter Katholiken nicht möglich, im konfessionsneutralen Ungarn seit 1894 allerdings schon.⁷⁶⁹

Cisleithanien war also ein selbstständiger Staat, der mit Transleithanien innerhalb der Monarchie lose verbunden war. Nun soll auch auf die Verfassungswirklichkeit bzgl. der Bestimmungen der Staatsgrundgesetze, die nur für den österreichischen Staat (Cisleithanien) galten, eingegangen werden.

5.4.2 Das Nationalitätenproblem

Der Nationalitätenkonflikt entwickelte sich nach 1867 zum beherrschenden politischen und sozialen Problem der Habsburgermonarchie. Aufgrund des Ausgleichs mit den Ungarn waren die anderen Nationen bestrebt, ähnliche Ziele zu erreichen bzw. mehr Autonomie innerhalb der Doppelmonarchie zu erreichen.

Elf verschiedene Nationalitäten lebten in der Gesamtmonarchie (inklusive Bosnien-Herzegowina), die 1910 sprachlich folgendermaßen gegliedert waren: Die Deutsche bzw. Deutschsprachigen (23,9 % der Gesamtbevölkerung Österreich-Ungarns), die Magyaren

⁷⁶⁷ Siehe dazu: Vertrag vom 05. März 1902, betreffend die Zuckergesetzgebung („Brüsseler Zuckerkonvention“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19030004&seite=00000037&zoom=2> (RGI. 1902/25) (30. 12. 2010).

⁷⁶⁸ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 228.

⁷⁶⁹ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 186.

(20, 2 %), die Tschechen (12, 6 %), die Polen (10,0 %), die Ruthenen (Ukrainer, Kleinrussen) (7,9 %), die Rumänen (6,4 %), die Kroaten (5,3 %), die Serben (3,8 %), die Slowaken (3,8 %), die Slowenen (2,6 %), die Italiener (2,0 %) sowie die Serbokroaten, also Personen, die weder den Serben noch den Kroaten zugeordnet werden konnten (1,2 %).

Alleine im österreichischen Staat bzw. in Cisleithanien (ohne Bosnien-Herzegowina) lebten 35,6 % Deutsche, 23,0 % Tschechen, 17,8 % Polen, 12,6 % Ruthenen (Ukrainer, Kleinrussen), 4,5 % Slowenen, 2,8 % Serbokroaten, 2,7 % Italiener und 1,0 % Rumänen.

Die Ungarn hatten mit dem Ausgleich von 1867 ihr Ziel einer Gleichstellung innerhalb der Habsburgermonarchie erreicht, allerdings konnte infolge der nunmehr dominierenden Rolle der Deutschen und Ungarn keine befriedigende Lösung im Nationalitätenkonflikt gefunden werden. Die Föderalisierung der Monarchie – eine Forderung, die z.B. František Palacký während der Revolution 1848/49 vertrat – konnte nicht umgesetzt werden, da die Ordnung des Ausgleichs von deutschen Zentralisten, den Ungarn und dem Deutschen Kaiserreich massiv unterstützt wurde. Insbesondere das Deutsche Reich wollte die Föderalisierung als eine mögliche Destabilisierung seines Bündnispartners verhindern.⁷⁷⁰

Zwar sah Art. 19 des StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger die Gleichberechtigung aller Volksstämme vor sowie „ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache“⁷⁷¹, allerdings konnte keine Durchführung dieser Bestimmung, die alle Nationalitäten befriedigt hätte, in der Praxis durchgesetzt werden.

In der Folge sollen die wichtigsten Ziele aller Nationalitäten kurz geschildert werden:

Die **Deutschen** hatten kein Interesse an weiteren Ausgleichen nach dem Muster von 1867, da sie ihre Dominanz im österreichischen Staat gesichert sehen wollten. Im Abgeordnetenhaus waren sie aufgrund der Einteilung der Wahlkreise überproportional vertreten und besetzten ebenso einen Großteil der höheren Beamtenposten⁷⁷². Des Weiteren waren sie gewillt die Vormachtstellung der deutschen Sprache in der Verwaltung beizubehalten oder sogar zu erweitern. In jenen Ländern, in denen die

⁷⁷⁰ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 242–243

⁷⁷¹ Art. 19 Abs. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: a.a.O. (15. 10. 2010).

⁷⁷² 1914 waren bei den Zentralstellen des österreichischen Staates 83 % der Beamten Deutsche.

Deutschen als eine Minderheit auftraten, wie z.B. in Krain, Böhmen und Mähren, unterstützen sie die deutsche Minderheit, während sie den Minderheiten in jenen Ländern, wo die Deutschen die Mehrheit bildeten, wie z.B. in Kärnten, der Steiermark und Tirol, den Schutz der Minderheiten vorenthielten.

Auf das historische böhmische „Staatsrecht“, also auf die Länder der Wenzelskrone (Böhmen, Mähren und Schlesien) stützten sich die nationalen Ansprüche der **Tschechen**. Diese forderten einen ähnlichen rechtlichen sowie verwaltungstechnischen Ausgleich, wie er zwischen den Deutschen und den Ungarn bestand. Mit diesem Akt wäre ein von den Magyaren gefürchteter Trialismus eingetreten⁷⁷³. Des Weiteren wurden Vorhaben, die deutschsprachigen Gebiete von den böhmischen Ländern verwaltungsmäßig zu trennen, seitens der Tschechen aufgrund der historischen Strukturen sowie der Grenzen der Länder der Wenzelskrone abgelehnt. Zumindest für Mähren konnte bzgl. der Amtssprache mit dem „Mährischen Ausgleich 1906“ ein Kompromiss gefunden werden.⁷⁷⁴ In vier Landesgesetzen konnte in diesem Land eine Einigung über einen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen bzgl. der Amtssprache, des Schulwesens und der Repräsentation im Landtag gefunden werden. Die Amtssprachenregelung sicherte grundsätzlich im ganzen Land für jeden Einzelnen die zweisprachige Gleichberechtigung. So konnten bei allen staatlichen Behörden wie auch bei den autonomen Landesbehörden Eingaben sowohl in Deutsch als auch in Tschechisch gemacht werden. In den Gemeinden allerdings war dies nur in der Amtssprache der jeweiligen Gemeinde möglich. Sowohl für den selbstständigen als auch für den übertragenen Wirkungsbereich⁷⁷⁵ stand es der Gemeinde frei, ihre Amtssprache zu wählen. Falls allerdings mehr als 20 % eines anderen Volksstammes als Minderheit in einer Gemeinde lebten, musste auch die zweite Sprache zur Amtssprache gewählt werden. In den Gemeinderäten existierte die Gleichberechtigung beider Sprachen, allerdings wurde nur in der Amtssprache der Gemeinde protokolliert.

Der Ausgleich im Hinblick auf das Schulwesen betraf die zweisprachige Trennung der Kollegien der Schulaufsichtsbehörden auf der Ebene des Landes, der Bezirke sowie der Gemeinden. Die Aufgabe der Schulerhaltung blieb bei den Gemeinden, weswegen sich

⁷⁷³ Die Regierung Hohenwart erarbeitete einen Entwurf, in dem eine Autonomie der böhmischen Länder und somit eine Umstrukturierung der Monarchie im Sinne des Trialismus vorgesehen war. Aufgrund des deutschen sowie des ungarischen Widerstandes gab Franz Joseph I. schließlich keine Zustimmung zu diesem Entwurf.

⁷⁷⁴ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 243–244.

⁷⁷⁵ Zum selbstständigen und übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinden: Siehe Unterkapitel 4.4.6. dieser Arbeit.

die Minderheitenschulen in den Gemeinden benachteiligt sahen, nachdem nur dann zwei Amtssprachen geführt werden durften, wenn der Anteil der Minderheit mehr als 20 % Gesamtbevölkerung betrug.

Eine weitere wichtige Neuerung bzgl. des nationalen Schulwesens betraf eine Schutzbestimmung gegen den sog. fremdnationalen „Kinderfang“. „Kinderfang“ bedeutete, dass tschechische Kinder auf der Basis des Bekenntnisrechtes der Eltern auf deutschen Schulen angemeldet wurden. Die sog. „Lex Perek“ besagte, dass nur Kinder in die Volksschule aufgenommen werden durften, die die Unterrichtssprache beherrschten. Mit dem „Kinderfang“ erwarteten sich Eltern meist bessere berufliche und soziale Möglichkeiten auf der Grundlage einer Ausbildung in der deutschen Sprache.⁷⁷⁶

Hinsichtlich der Wahlen für den im Landtag wurde das „Prinzip des nationalen Katasters“⁷⁷⁷ eingeführt: Mähren wurde nämlich sowohl in deutsche als auch in tschechische Wahlkreise geteilt. Gemäß ihrer Zugehörigkeit wählten die Tschechen die tschechischen und die Deutschen die deutschen Abgeordneten. Die Stadt Brünn hatte z.B. aufgrund ihrer Bevölkerungsstruktur sowohl einen tschechischen als auch zugleich zwei deutsche Wahlbezirke.⁷⁷⁸

In den restlichen böhmischen Ländern kam es zu keinen Ausgleichsbestimmungen.

Die **Polen** siedelten nach der Zerschlagung Polen-Litauens im 18. Jhdt. und der Aufteilung des Gebietes in Preußen (seit 1871 Deutsches Kaiserreich), Russland und dem österreichischen Staat. In Cisleithanien lebten die Polen v.a. am Randgebiet Galiziens, der Bukowina sowie Schlesiens. Im Galizien, jenem Gebiet, in dem die Polen ihre Mehrheit stellten, gelang es ihnen nach 1867 in einem beschränkten Ausmaß autonom zu leben, weswegen sie in den folgenden Jahrzehnten dem Kaiser und v.a. dem Staat gegenüber loyal agierten und einige Polen sogar wichtige Staatsämter des österreichischen Staates innehatten, wie z.B. Ministerpräsident Badeni. Die in Galizien in der Minderheit lebenden Ruthenen waren einer unterdrückenden Nationalitätenpolitik seitens der Polen ausgesetzt. „Letztes Ziel der polnischen Bemühungen blieb jedoch die Vereinigung aller Polen in einem selbstständigen Staat“⁷⁷⁹, was allerdings erst nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie gelingen sollte.

⁷⁷⁶ Vgl. *Pernthaler*, Peter 2006: Das Nationalitätenrecht Österreich-Ungarns. In: Pan, Christian/Pfeil, Beate Sibylle (Hrsg.): Handbuch der europäischen Volksgruppen, Bd.3: Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa. Wien, S. 42–106, hier: S. 88–89.

⁷⁷⁷ *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 164.

⁷⁷⁸ Vgl. ebenda.

⁷⁷⁹ *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 244.

In der Bukowina, in Galizien, sowie in Nordostungarn lebten die **Ruthenen**, die einerseits von den Ungarn, andererseits von den Polen unterdrückt wurden. Aufgrund der dem Staat gegenüber loyalen Politik der Polen verzichteten die Ruthenen auf ihre zunächst ebenso loyale Position gegenüber dem Kaiser. Das wichtigste Ziel der Mehrheit der Ruthenen war ein souveräner Staat, dem auch die 30 Mio. unter russischer Herrschaft lebenden Ukrainer angehören sollten. Die Ruthenen konnten allerdings mit dem „Polnisch-Ruthenischen Ausgleich 1914“⁷⁸⁰ eine Verbesserung ihrer Lage erfahren.

Im Trentino besaßen die **Italiener** eine Mehrheit, während diese im Küstenland neben den Deutschen und Slawen eine Minderheit bildeten. Insbesondere bei den Italienern in Tirol erfreute sich die „irredenta-Bewegung“, die sich für einen Anschluss an das Königreich Italien einsetzte, großer Popularität. Da allerdings die Regierung fürchtete, dass die Gebiete, die mehrheitlich von Italienern bewohnt waren, endgültig verloren gehen könnten, wurde die administrative Abtrennung dieser Gebiete von der österreichischen Regierung abgelehnt.

Der Großteil der **Slowenen** lebte in Krain, wo außerdem starke slowenische Minderheiten im Küstenland, in der Steiermark sowie in Kärnten existierten. Die Slowenen bewohnten eine strategisch-politisch wichtige Region, da somit die Deutschen keinen Zugang zum Adriatischen Meer besaßen. Die Slowenen traten einerseits für eine Verbesserung der kulturellen und sprachlichen Gegebenheiten für jene Slowenen ein, die außerhalb von Krain lebten, und strebten ab der Jahrhundertwende einen Ausgleich mit den Südslawen an.

Die **Magyaren** führten eine gegenüber den nationalen Minderheiten in Transleithanien konsequente Politik der Magyarisierung durch und wollten somit sogar im österreichischen Staat verhindern, dass die slawische Bevölkerung an Bedeutung gewann, da die Ungarn eine Entwicklung zum „trialistischen Ausgleich“ befürchteten. Im Abgeordnetenhaus des ungarischen Reichstages saßen aufgrund eines entsprechenden Wahlrechtssystems sowie wegen einer die Minderheiten in Transleithanien benachteiligenden Aufteilung der Wahlkreise nahezu keine Mitglieder

⁷⁸⁰ Nachdem die Ruthenen nach 1867 niemals auch nur die Hälfte jener Abgeordneten im Landtag stellten wie 1861, befürchteten die Polen wahrscheinlich zurecht, dass die Bestimmungen der Reichsratswahlordnung auch für die Landtagswahlen in Kraft gesetzt würden. Damit wäre die polnische Mehrheit im Landtag ernsthaft gefährdet gewesen. Das Resultat war der „Polnisch-Ruthenische Ausgleich“. Hierbei handelte es sich um eine Wahlrechtsreform für den galizischen Landtag, die wie in Mähren oder auch der Bukowina 1910 die Aufteilung in nationalen Kurien einführte, allerdings in einem äußerst bescheidenen Ausmaß, da die Polen in jenen Gebieten Ostgaliziens, wo die Ruthenen die Mehrheit stellten, mittels eines ungerechten Wahlmodus bevorzugt wurden. In: *Pernthaler*, Peter 2006: Das Nationalitätenrecht Österreich-Ungarns, a.a.O., hier: S. 93–94.

der nationalen Minderheiten Transleithaniens, obwohl diese insgesamt – im Gegensatz zu den Magyaren – die numerische Mehrheit bildeten.

Die **Slowaken**, die im Norden Transleithaniens unter ungarischer Herrschaft lebten, verfolgten zunächst nur eine politisch-kulturelle Autonomie. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges konnten sich jedoch jene Strömungen durchsetzen, die eine Vereinigung der Slowaken mit den Tschechen zu einem selbstständigen Staat bevorzugten.

Sowohl von den Magyaren, als auch von den Szeklern⁷⁸¹ und Sachsen wurden die **Rumänen** jahrhundertlang unterdrückt. Zwei Drittel aller Rumänen lebten 1867 außerhalb Österreich-Ungarns in Rumänien. Der Großteil des letzten Drittels lebte im ungarischen Siebenbürgen und die übrigen in der cisleithanischen Bukowina. Zunächst strebten die Rumänen nur eine Autonomie Siebenbürgens an, allerdings erfuhr die „irredentistische Bewegung“, die einen Zusammenschluss der von Rumänen besiedelten Gebiete mit Rumänien forderte, ab 1906 enormen Auftrieb.

Die **Kroaten**, die v.a. unter ungarischer Herrschaft lebten, hatten bis zur Jahrhundertwende in politischer Hinsicht die Führungsrolle unter den Südslawen, also den Slowenen, Kroaten und Serben, inne. Zwar war es den Kroaten möglich, mit dem „Kroatisch-Ungarischen Ausgleich 1868“⁷⁸² von den Ungarn in beschränkter Art und Weise autonom zu existieren, allerdings verfolgten sie in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts das Ziel, die transleithanischen und cisleithanischen Südslawen unter kroatischer Führung zu vereinen und einen Ausgleich mit den Deutschen und Ungarn zu etablieren (südslawischer Trialismus)..

Sowohl in Cisleithanien, insbesondere in Dalmatien, als auch in Transleithanien und Bosnien-Herzegowina lebten die **Serben** der Habsburgermonarchie. Nach 1900 war es den Serben möglich, unter den Südslawen die Oberhand zu gewinnen. Diese verfolgten keineswegs – wie die Kroaten – einen südslawischen Trialismus, sondern sie wollten, dass die südslawischen Gebiete von der Habsburgermonarchie getrennt und an das seit 1878 existierende selbstständige Königreich Serbien angeschlossen werden sollte.

⁷⁸¹ Die Szekler sind eine ungarischsprachige Gruppe, die im sogenannten Szeklerland im Südosten Siebenbürgens leben. Deren Vorfahren kamen als Grenzwächter in diese Region. In: o.A. 2008: Minderheiten im heutigen Rumänien. In: Leiserowitz, Ruth (Hrsg.): Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 232–245, hier: S. 234.

⁷⁸² Der „Kroatisch-Ungarische Ausgleich“, auch „kleiner Ausgleich“ genannt, gab zwar dem Königreich Kroatien-Slawonien den Status einer „politischen Nation“, weswegen dieses auch eine beschränkte Autonomie in Verwaltungs-, Justiz- und Kulturangelegenheiten erhielt. Mit „Nation“ war die gesamte bürgerliche Gesellschaft gemeint. In: Hauszmann, Janos 2004: Ungarn, a.a.O., S. 179.

Mit unterschiedlichen Mitteln wollten die vielen verschiedenen Nationalitäten ihre Pläne bzw. ihre Ziele verwirklichen: „Diese reichten von der Kooperation mit der Regierung auf der Basis nationaler Konzessionen, über die politische Mobilisierung der Bevölkerung bis zum Versuch, die Gesetzgebung des Zentralstaates zu blockieren.“⁷⁸³ Letzteres wurde nach 1867 v.a. von den Tschechen, Slowenen, Polen, Italienern und Rumänen angewandt, indem sie sich weigerten das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates zu beschicken. Ab 1897 sorgten im Zuge des „Sprachenkonflikts“⁷⁸⁴ zunächst die Deutschen und in den folgenden Jahren die Tschechen für die Lahmlegung des Reichsrates durch ihre Obstruktionspolitik. Diese bestand v.a. aus Dauerreden, Tumulten, Erzeugung von Lärm mittels Musikinstrumenten etc. Mit der Lahmlegung des Reichsrates verfolgten die Abgeordneten das Ziel, den Druck auf die Regierung zu verstärken bzw. diese zum Handeln zu zwingen.

Selbstverständlich existierten zahlreiche Möglichkeiten, den Nationalitätenkonflikt zu beenden, allerdings wurden diese immens erschwert, da oftmals drei oder vier verschiedene Nationalitäten in einem Land (z.B. in Siebenbürgen, der Bukowina, Schlesien und im Küstenland) lebten.

Im Brünner Nationalitätenprogramm 1899 gaben die Sozialdemokraten ihre Vorstellungen bzgl. der Lösung des Nationalitätenkonflikts bekannt: Einerseits sollten die nationalen Minderheiten im österreichischen Staat geschützt werden, andererseits ein föderalistischer Bundesstaat entstehen, der nach ethnischen Kriterien föderalisiert werde.

Der 1914 getötete Thronfolger Franz Ferdinand hatte das Ziel, nach seiner Thronbesteigung den Ausgleich 1867 für aufgelöst zu erklären, um die Monarchie zu föderalisieren. Allerdings sollten die verschiedenen Völker bei der Föderalisierung kein Mitspracherecht besitzen und die Reform aufgezwungen werden. Der wahrscheinliche entstehende Widerstand, v.a. der Ungarn, sollte nach Plänen Franz Ferdinands im schlimmsten Fall militärisch unterdrückt werden.

Der Rumäne Aurel C. Popovici plante einen Bundesstaat, der sich nicht nur auf den österreichischen Staat, sondern auf die gesamte Habsburgermonarchie erstrecken und aus 15 national einheitlichen „Teilstaaten“⁷⁸⁵ bestehen sollte.

⁷⁸³ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 245.

⁷⁸⁴ Siehe Unterkapitel 4.4.3. dieser Arbeit.

⁷⁸⁵ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 246.

Dagegen strebte Karl Renner danach, innerhalb des österreichischen Staates acht national uneinheitliche Gebiete zu etablieren, die einander allerdings wirtschaftlich und geographisch ergänzen sollten. Innerhalb dieser sollten staatliche Organe für die einzelnen Nationalitäten errichtet werden, die nebeneinander koexistierten.

Bis 1918 wurde keines dieser Lösungskonzepte erfüllt. Anstatt eine Lösung für alle Nationalitäten zu finden bzw. eine Autonomie aller Nationalitäten innerhalb eines monarchischen Oberstaates zu errichten, sorgten die Regierungen nur für einzelne Regelungen in den Kronländern, v.a. hinsichtlich der Schulpolitik, der Repräsentation der Landtage sowie der Amtssprache (z.B. der Mährische Ausgleich 1906). Diese vermochten allerdings die Unzufriedenheit der einzelnen Nationalitäten, die nicht vom österreichisch-ungarischen Ausgleich berücksichtigt waren, nicht einzudämmen.⁷⁸⁶

Der Ausgleich von 1867 bedeutete, – wie bereits erwähnt – dass die Habsburgermonarchie von zwei Nationalitäten regiert wurde: den Deutschen und den Ungarn. Somit benachteiligte der Ausgleich alle anderen Nationalitäten, die daraufhin ähnliche Forderungen für ihre Nationalität und/oder nach bloßer politischer Autonomie stellten. Art. 19 des StGG über die politischen Rechte der Staatsbürger besagte allerdings, dass alle Volksstämme gleichberechtigt seien und ein Recht auf Wahrung ihrer Sprache und Nationalität hätten.

Eine Gleichberechtigung aller Nationalitäten wäre allerdings nur dann erreicht worden, wenn mit allen Nationalitäten die gleichen Ausgleichsbestimmungen ausverhandelt worden bzw. diese in Kraft gesetzt worden wären, wie sie mit den Ungarn beschlossen worden waren. Somit etablierte sich im österreichischen Verfassungsstaat der Nationalitätenkonflikt zu einem entscheidenden Kriterium des politischen Lebens und zu einer immensen Beeinflussung der Verfassungstheorie in der Verfassungswirklichkeit.

5.4.3 Kaiser, Kabinettsregierung und Reichsrat

Die Staatsgrundgesetze 1867 basierten auf dem monarchischen Prinzip in Verbindung mit dem Prinzip der Volkssouveränität. Im Gegensatz zu den Verfassungen von 1848 und 1849 wurden die Staatsgrundgesetze nicht vom Kaiser oktroyiert, sondern mittels Gesetz in Kraft gesetzt. Es muss somit gesagt werden, dass diese Staatsgrundgesetze bzgl. des politischen Systems des österreichischen Staates eine Übereinstimmung

⁷⁸⁶ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 244–246.

zwischen den gewählten Vertretern eines kleinen Teiles der Bevölkerung und dem Kaiser darstellten. Allerdings kann nicht von einem Mächtigegleichgewicht zwischen dem Monarchen und den Gesetzgebungsorganen (Reichsrat und Landtage) gesprochen werden, da sowohl in der Theorie und noch stärker in der Verfassungswirklichkeit der Herrschaftsbereich des Kaisers in Gesetzgebung und Verwaltung überwog:

An der Spitze der Verwaltung stand der Kaiser, der die Regierungsgewalt durch verantwortliche Minister ausübte: Jeder Regierungsakt benötigte die Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers. Ausgenommen von dieser Gegenzeichnung, allerdings nicht in den Staatsgrundgesetzen geregelt, war nach herrschender Meinung der militärische Oberbefehl⁷⁸⁷. Allerdings blieb ungeklärt, inwieweit dies für die weiteren Prärogativen der Krone Gültigkeit besaß, also beim Notverordnungsrecht, bei der Einberufung, Vertagung sowie Auflösung des Reichsrates und der Landtage, der Publikation und Sanktion von Gesetzen, der Ernennung der Minister, der Statthalter und der Herrenhausmitglieder und dem Abschluss von Staatsverträgen, sofern dies nicht Sache der Gesamtmonarchie war. Eine dezidierte Regelung bzgl. der Auflösung des Reichsrates, insbesondere der Begründung einer Auflösung sowie das Sanktionsrecht des Kaisers, nur oberflächlich gegeben. So brauchte der Kaiser in der Praxis keine Begründung für die Auflösung des Reichsrates und die Verweigerung des Sanktionsrechtes bedeutete, dass der Kaiser – wie im Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 – ein absolutes Veto innehatte. Des Weiteren muss beachtet werden, dass § 10 des Gesetzes über die Reichsvertretung besagte, dass die Tatsache, dass der Reichsrat vom Kaiser einberufen werde, nicht als zwingendes, sondern als dispositives, also abdingbares Recht empfunden wurde: Der Kaiser war somit nicht verpflichtet, den Reichsrat einzuberufen, aber er sollte der Einberufung nachkommen. Auch nicht verfassungskonforme Befugnisse des Monarchen, wie z.B. die Errichtung neuer Ressortministerien, wurden geduldet.⁷⁸⁸

Diese gesetzlich nicht gewissenhaft oder gar nicht geregelten, in der Praxis die Macht des Kaisers verstärkenden Faktoren nennt Brauner „vor-konstitutionelle Relikte“⁷⁸⁹. Laut Brauner ist für eine hochkonstitutionelle Monarchie ein Machtverlust des

⁷⁸⁷ Den militärische Oberbefehl besaß der Kaiser zunächst nur über das gemeinsame österreichisch-ungarische „k. u. k. Heer“, während die Organisationskompetenz der 1868 geschaffenen cisleithanischen Formation „k. k. Landwehr“ sowie des ungarischen Gegenstücks, die „k. ung. Honved“ bis 1883 bei den jeweiligen Gesetzgebungsorganen lag. Ab 1883 wurde diese Kompetenz schließlich vom Kaiser bestimmt.

⁷⁸⁸ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 230/235; Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 155/161/170.

⁷⁸⁹ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 161.

Kaisers notwendig: Dieser sollte kein absolutes, sondern ein suspensives Veto besitzen, er sollte verpflichtet sein, den Reichsrat einzuberufen und er sollte diesen nur mit einer Begründung wieder auflösen können.⁷⁹⁰

Als Zentralbehörden dem Kaiser untergeordnet war der Ministerrat bzw. die Regierung, die aus Fachministern und eventuell aus Ministern ohne Geschäftsbereich bestand. Eine gesetzlich festgesetzte Anzahl von Ministerien, denen die Minister vorstanden, gab es nicht. 1909 existierten z.B. die k.k. Ministerien des Inneren, für Ackerbau, Handel, Kultus und Unterricht, öffentliche Arbeiten, Finanzen, Justiz sowie Landesverteidigung. Diese Ministerien müssen von den mit Transleithanien gemeinsamen k.u.k. Ministerien des Äußeren, des Krieges sowie der Finanzen in den vorher genannten Bereichen unterschieden werden.

Die Minister waren für alle Handlungen und Unterlassungen, die in ihre Angelegenheiten fielen, verantwortlich. Die Regierung konnte vom Reichsrat nicht abberufen werden, da diese ein Organ des Monarchen darstellte und somit keinesfalls als eigenständiges politisches Organ zu betrachten war. Somit brauchte die Regierung theoretisch nicht eine Mehrheit im Reichsrat anzustreben, allerdings konnte in der Verfassungswirklichkeit auf die Dauer keine wirkungsvolle und effektive Politik ohne den Reichsrat betrieben werden.

Als weitere Zentralbehörde fungierte der Oberste Rechnungshof, dessen Aufgabe die Kontrolle des Staatshaushaltes war.⁷⁹¹

Die Staatsgrundgesetze sahen die Aufgliederung des österreichischen/cisleithanischen Gesamtstaates in 14 Länder vor und in Durchführung dieser Verfassung wurde 1868 die politische Verwaltung auf der Ebene der Mittel- und Unterbehörden neu eingerichtet: Der Landeschef, der vom Kaiser ernannt wurde und ein Organ des Gesamtstaates repräsentierte, stand an der Spitze. In neun Ländern⁷⁹² wurde dieser „Statthalter“, in den restlichen fünf⁷⁹³ „Landespräsident“ genannt. Jene Behörde, die diesem unterstellt war, wurde „Statthaltereiregierung“ bzw. „Landesregierung“ genannt, die in zweiter Instanz für jene Aufgaben zuständig war, die zu den Angelegenheiten des Innenministeriums, des Ackerbauministeriums, des Landesverteidigungsministeriums, des Arbeitsministeriums

⁷⁹⁰ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 161.

⁷⁹¹ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 235;

Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 173.

⁷⁹² Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Auschwitz und Zator sowie Krakau, Österreich ob und unter der Enns, Steiermark, Mähren, Tirol mit Vorarlberg und das Küstenland.

⁷⁹³ Salzburg, Krain, Kärnten, Bukowina und Schlesien.

sowie des Ministeriums für Kultus und Unterricht gehörten und für die keine Spezialbehörde zuständig war..

Die Kreisbehörden wurden ersatzlos aufgelöst und mit der Neuorganisation der Behörden von 1868 wurden mehrere jener Bezirke, die 1853 eingerichtet worden waren, zu einem Amtsbezirk als unterster Instanz zusammengelegt⁷⁹⁴ Die Bezirke wurden von „Bezirkshauptmannschaften“ – ebenso Organe des Gesamtstaates – verwaltet, an deren Spitze ein „Bezirkshauptmann“ stand. Dieser wurde vom Minister des Inneren ernannt.⁷⁹⁵

Des Weiteren existierten neben den Behörden der allgemeinen politischen Verwaltung sog. „Spezialbehörden“, wie z.B. für die Finanzverwaltung oder für das Schul-, Post-, Militärwesen etc. Außerdem wurde zur gewaltsamen Beendigung von Unruhen, wie z.B. in Böhmen und Dalmatien⁷⁹⁶ sowie während des Ersten Weltkrieges⁷⁹⁷, die Ausübung der Exekutivgewalt eines Bezirkes im Hinblick auf die polizeiliche und politische Verwaltung unter den jeweiligen Militärkommandanten gestellt.

Aufgrund der Tatsache, dass die Länder nur sehr geringe Verwaltungskompetenzen besaßen, dominierten im Bereich der Mittel- und Unterbehörden der Verwaltung die Behörden des österreichischen Gesamtstaates. Dem Kaiser war es somit möglich – mithilfe ihm loyal gegenüberstehenden Beamtenapparates – seine politischen Ziele in den Ländern und in den Bezirken direkt durchzusetzen.⁷⁹⁸

⁷⁹⁴ In Österreich ob der Enns existierten vor 1868 vier Kreise und 46 Bezirke. Mit der Neuorganisation entstanden 12 Bezirke und zwei Statutarstädte (Linz und Steyr).

⁷⁹⁵ Vgl. Gesetz vom 19. Mai 1868 über die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden in den cisleithanischen Ländern: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18680004&seite=00000076&zoom=2> (RGI. 1868/44) (28. 12. 2010); Vgl. Verordnungen des Ministers des Innern vom 10. Juli 1868, die Durchführung des Gesetzes vom 19. Mai 1868 betreffend: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18680004&zoom=2&seite=00000287&x=9&y=10> (RGI. 1868/101 u. 102) (29. 12. 2010); Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 235; Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 173.

⁷⁹⁶ Siehe dazu: Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 25. Oktober 1869, wodurch die Beziehung auf den §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. December 1867, R.G.Bl. Nr. 141, im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Catarro für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse daselbst nachfolgende Verfügungen getroffen werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18690004&zoom=2&seite=00000573&x=7&y=9> (RGI. 1869/162) (29. 12. 2010).

⁷⁹⁷ Siehe dazu: Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000891&x=15&y=5> (RGI. 1914/186) (15. 02. 2011); Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 23. Mai 1915, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19150004&zoom=2&seite=00000221&x=19&y=7> (RGI. 1915/133) (15. 02. 2011).

⁷⁹⁸ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 235–236.

Im Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 konnten Verordnungen von Staatsbehörden noch ohne Grundlage eines Gesetzes, bei dem das Gesetzgebungsorgan des Staates mitbestimmt hatte, erlassen werden. Somit konnten in allen Nichtzuständigkeitsbereichen des Reichstages Rechtsbestimmungen durch die Verwaltung bzw. nach dem Willen des Kaisers erlassen oder verändert werden. Artikel 11 des StGG über die Regierungs- und Vollzugsgewalt – wie bereits im Kapitel zur Verfassungstheorie erwähnt – machte dieser Tradition ein Ende: Ohne Grundlage eines Gesetzes konnten keine Verordnungen der Staatsbehörden mehr erlassen werden (Legalitätsprinzip). Damit wurde eine wichtige Stabilisierung für den modernen Verfassungsstaat erreicht, da es dem Kaiser und seinen Verwaltungsbehörden innerhalb des Wirkungsbereiches des Reichsrates sowie jenes der Landtage nicht mehr möglich war, Verordnungen in Kraft zu setzen, ohne die Zustimmung des Reichsrates sowie der Landtage zu einem Gesetz einzuholen, das solch eine Verordnung erst ermöglichte.

Mit diesem Prinzip sowie dem erweiterten Wirkungsbereich des Gesetzgebungsorganes des Gesamtstaates, der im Artikel 11 des Gesetzes über die Reichsvertretung festgesetzt war, stieg nun die Bedeutung des Reichsrats. Allerdings konnte diese bald wieder schwinden, wenn der Kaiser von seinem Notverordnungsrecht Gebrauch machte und ohne Reichsrat weiterregierte. Es soll nun ein genauerer Blick auf die Bedeutung des Reichsrates in der Verfassungswirklichkeit geworfen werden:

Der Ausgleich mit Ungarn, der dadurch immer stärker in den Vordergrund tretende Nationalitätenkonflikt und die für viele Länder zu zentralistische Verfassung wirkten sich immens auf das parlamentarische Leben im Reichsrat, insbesondere im Abgeordnetenhaus, aus, das in den ersten Jahren durch die nach den Landeswahlordnungen vom Februar 1861 gewählten Landtage beschickt wurde.⁷⁹⁹ Bis 1879 lehnten es die Tschechen ab, ihre Mandate im Abgeordnetenhaus wahrzunehmen. Des Weiteren kamen 1870 die italienischen, rumänischen, slowenischen und die Tiroler Abgeordneten (Diese lehnten sich speziell gegen einen liberalen, nichtklerikalen Zentralismus auf.⁸⁰⁰) nicht in das Abgeordnetenhaus, was zur Folge hatte, dass statt der vorgesehenen 203 nur 129 im Abgeordnetenhaus saßen.⁸⁰¹ Trotz dieser großen Probleme bezeichnen Sutter und Bruckmüller die Jahre zwischen 1867 und 1870 als „[...] fruchtbarste Periode der österreichischen Parlamentsgeschichte zwischen 1861 und

⁷⁹⁹ Vgl. Sutter, Berthold/Bruckmüller, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918). In: Bruckmüller, Ernst (Hrsg.): Parlamentarismus in Österreich. Wien, S. 60–109, hier: S. 83–84.

⁸⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 84.

⁸⁰¹ Vgl. Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 165.

1918“⁸⁰², da in dieser Zeit umfangreiche Reformvorhaben, wie z.B. das Reichsvolksschulgesetz, die Kirchengesetzgebung oder das Wehrgesetz umgesetzt werden konnten. „In zunehmendem Maße [allerdings] häuf[t]en sich schließlich Fälle, in denen das Parlament durch das national zerrissene und auch von parteiegoistischen Motiven oft gelähmte Abgeordnetenhaus funktionsunfähig gemacht [wurde].“⁸⁰³

Das Abgeordnetenhaus war zwischen 1861 und 1873 von der Funktionsdauer der Landtage abhängig, welche sich in der Regel auf sechs Jahre erstreckte. Wurden Landtage vorzeitig aufgelöst, hatte dies aufgrund der jeweiligen vorzeitig abgehaltenen Landtagswahlen einen immensen Einfluss auf die Zusammensetzung des Reichsrates. Solche Landtagswahlen wurden sowohl 1861 als auch 1867 und in einem Großteil der Länder 1870 und 1871 abgehalten.

Ein großes Problem war in den ersten Jahren allerdings die Weigerung von Landtagen, das Abgeordnetenhaus zu beschicken, weswegen ein sog. „Ersatzwahlrecht“ existierte, vom dem v.a. dann Gebrauch gemacht wurde, wenn der Landtag des Königreiches Böhmen das Abgeordnetenhaus nicht beschickte. Aufgrund der tschechischen Mehrheit im Landtag dieses Königreiches war es dieser möglich, mittels Fernbleiben vom Landtag Wahlen zum Reichsrat zu vereiteln. Diesem innenpolitischen Problem, das auch ein Legitimationsdefizit des Reichsrates darstellte, sollte die Wahlrechtsreform von 1873 entgegenwirken, welche die direkte Wahl durch das Volk einführte und die Wahl der Abgeordneten über die Landtage abschaffte.⁸⁰⁴

Mit der Wahlrechtsreform von 1873 wurde das Abgeordnetenhaus auf 353 Abgeordnete vergrößert sowie in vier Kurien bzw. „Wählerklassen“ aufgeteilt: 1. die Großgrundbesitzer, 2. die Städte, 3. die Handels- und Gewerbekammern und 4. die Landgemeinden.⁸⁰⁵ Es handelte sich hierbei um ein ungleiches Wahlrecht, da in der 1. Wählerklasse 59 Wahlstimmen auf einen Abgeordneten fielen, in der 2. Wählerklasse 1.580 Stimmen, in der 3. Wählerklasse 23 Stimmen und in der 4. Wählerklasse 8.400 Wählerstimmen. Des Weiteren musste für das Wahlrecht in der 2. sowie in der 4. Wählerklasse ein Zensus von 10 bis 20 fl. geleistet werden und in der 3. Wählerklasse wurde das Wahlrecht nicht direkt, sondern durch Funktionäre und in der 4. Wählerklasse durch Wahlmänner ausgeübt. Außerdem musste die Wahl in der

⁸⁰² Sutter, Berthold/Bruckmüller, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 68.

⁸⁰³ Ebenda, S. 165.

⁸⁰⁴ Vgl. Sutter, Berthold/Bruckmüller, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 69/83–84.

⁸⁰⁵ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 246–247.

Wählerklasse 4 teilweise öffentlich bzw. mündlich und somit nicht geheim abgehalten werden. Mit der Wahlrechtsreform wurde ein Mehrheitswahlrecht etabliert, da ein Abgeordneter pro Wahlkreis mittels Stimmenmehrheit in das Abgeordnetenhaus geschickt wurde, während die Stimmen der unterlegenen Kandidaten entfielen.⁸⁰⁶ In der 1. Wählerklasse war es auch Frauen möglich zu wählen, allerdings mussten sie dieses Recht durch einen männlichen Stellvertreter ausüben.

Mit dieser Wahlrechtsreform waren nur ca. 12 % der über 24-jährigen wahlberechtigten Bevölkerung (und nur 6 % der gesamten Bevölkerung⁸⁰⁷), darunter insbesondere die bürgerliche und feudale Oberschicht, berücksichtigt. Insbesondere die deutsche Oberschicht profitierte vom Zensuswahlrecht, der Wahlkreiseinteilung sowie der Mandatsverteilung auf die Länder. Deswegen erreichte die liberale deutsch-zentralistische Fraktion, die sog. „Linke“, bei den Wahlen 1873 218 Abgeordnetensitze, während die sog. „Rechte“, also Deutschklerikale, Slawen und Feudale nur 92 Abgeordnete stellen konnten. Erst 1879 konnte diese Mehrheit gebrochen werden, da bei diesen Wahlen die rechten Parteien, die sich zum sog. „Eisernen Ring“ zusammenschlossen, die Mehrheit gewinnen konnten.

Die „Taafesche Wahlrechtsreform“ 1882 hatte v.a. das Ziel, die Mehrheit des „Eisernen Rings“ auf Dauer sicherzustellen. Deswegen wurde die Anzahl der Wahlberechtigten um ca. ein Drittel vergrößert, indem der Steuerzensus in den Wählerklassen 2 und 4 auf fünf Gulden verringert wurde. Somit war es auch Teilen des Bauernstandes und des Kleinbürgertums möglich ihre Stimme abzugeben.

In den folgenden Jahren wehrten sich insbesondere die Polen, die Feudalen und die Liberalen gegen die Etablierung eines allgemeinen Wahlrechts. Dieses wurde jedoch von einer immer stärker werdenden Anzahl unter der Bevölkerung gefordert, 1896 wurde mit der „Badenischen Wahlrechtsreform“ zwar kein allgemeines Wahlrecht eingeführt, aber der Reichsrat wurde auf 425 Sitze vergrößert und der Steuerzensus in den Wählerklassen 2 und 4 auf vier Gulden gesenkt. Des Weiteren wurde eine 5. Wählerklasse, die „allgemeine Wählerklasse“ errichtet, in der jeder österreichische Staatsbürger mit Vollendung des 24. Lebensjahres wählen durfte, der mindestens sechs Monate einen Wohnsitz in derselben Gemeinde hatte und eigenberechtigt war. Außerdem war die

⁸⁰⁶ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 159.

⁸⁰⁷ Vgl. ebenda.

Wahlberechtigung in der 5. Wählerklasse nicht an eine bestimmte Steuerleistung geknüpft.⁸⁰⁸ Obwohl mit dieser Reform die Zahl der Wahlberechtigten um 200 % stieg, war auch dieses Wahlrecht kein gleiches Wahlrecht: Die 5. Wählerklasse, in der 3.8 Mio. Menschen wahlberechtigt waren, wählte nur 72 Abgeordnete zum Abgeordnetenhaus, während die 5.000 Wahlberechtigten der 1. Wählerklasse durch 85 Abgeordnete vertreten waren. Das bedeutete, dass 5.000 Wähler durch ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus 3.8 Mio. Wahlberechtigte überstimmen konnten. Da die Wahlberechtigten der Wählerklassen 1–4 auch in der 5. Wählerklasse wählen durften, hatten die Wähler der 1.–4. Kurie ein sog. „Pluralwahlrecht“.⁸⁰⁹

Im Jahre 1907 wurde mittels der „Beck’schen Wahlrechtsreform“ das geheime und direkte Männerwahlrecht eingeführt. „Mehrere Gründe waren ausschlaggebend: der Druck der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen [...] sowie einer breiteren Wahlrechtsagitationsbewegung. Eine Rolle spielten weiters außenpolitische Rücksichtnahmen, als sogar im rückständigen zaristischen Russland nach einem gescheiterten Revolutionsversuch das Wahlrecht reformiert wurde.“⁸¹⁰ Mit dieser Wahlrechtsreform wollte die Regierung weiters den Reichsrat, der aufgrund des Nationalitätenkonflikts gelähmt war, wieder funktionsfähig machen. Des Weiteren sollten mit dieser Reform die unteren Schichten des Volkes im Abgeordnetenhaus größere Bedeutung erlangen, damit die nationalen Konflikte gegenüber den sozialen in den Hintergrund traten. Tatsächlich konnten bei den Wahlen 1907 und 1911 jene Parteien, die eher sozialpolitisch und konfessionell geprägt waren, zum Nachteil der national orientierten Parteien an Mandaten gewinnen.

Mit dieser Wahlrechtsreform wurde auch jenen Frauen, die in der 1. Wählerklasse ein Stimmrecht gehabt hatten, das Wahlrecht weggenommen, aber es existierte auch kein allgemeines Wahlrecht für Männer, da jene Männer vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, die weniger als ein Jahr einen Wohnsitz in einer Gemeinde hatten und jene, die Armenfürsorge beanspruchten.⁸¹¹ Auch im Hinblick auf die Gleichheit des Wahlrechts muss gesagt sein, dass jene Länder, die eine höhere Leistung an direkten Steuern aufwiesen, mehr Mandate zugesprochen bekamen, als nur deren jeweilige

⁸⁰⁸ Vgl. *Lehner, Oskar* ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 246–248.

⁸⁰⁹ Vgl. *Brauneder, Wilhelm* ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 160.

⁸¹⁰ *Lehner, Oskar* ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 248.

⁸¹¹ Vgl. ebenda, S. 248.

Einwohnerzahlen hergegeben hätten.⁸¹² Eine tatsächliche Gleichheit beim Wahlrecht gab es somit nicht.

Während der gesamten Zeit der Monarchie existierte – nach heutiger Ansicht – also nur ein beschränktes Wahlrecht. Ein allgemeines, gleiches und geheimes Frauen- und Männerwahlrecht konnte erst nach dem Ende der Monarchie 1918 in der „Republik Deutschösterreich“ etabliert werden.

Sowohl der Reichsrat, als auch die Regierung besaßen das Initiativrecht der Gesetzgebung, wovon beide auch Gebrauch machten. Allerdings machte für gewöhnlich die Regierung davon Gebrauch. Da ein Gesetz nur im Zusammenspiel zwischen Kaiser und Reichsrat zustandegebracht werden konnte, holte sich die Regierung die sog. „Vorsanktion des Kaisers“ ein, also die Zustimmung des Kaisers zu einer Regierungsvorlage, bevor sich der Reichsrat damit befasste. Erst danach wurde die Regierungsvorlage in das Abgeordneten- oder in das Herrenhaus gebracht. Bei Finanz- und Budgetgesetzen musste die Regierungsvorlage allerdings zunächst zum Abgeordnetenhaus gebracht werden. In der Regel suchte sich die Regierung eine stabile Mehrheit im Reichsrat, u.a. da beide Häuser desselben jeweils mit einer Zweidrittelmehrheit über einen Minister die Anklage erheben konnten.

Nachdem ein Gesetz in der ersten Lesung behandelt worden war, wurde dieses an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet. Die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse wurden schließlich dem Plenum vorgelegt. Schließlich mussten nach drei Lesungen beide Häuser einer Gesetzesvorlage mehrheitlich zustimmen, wobei das Herrenhaus in der Regel der Zustimmung des Abgeordnetenhauses folgte. Falls das Herrenhaus Vorschläge zur Abänderung verschiedener Gesetzesvorlagen machte, stimmte das Abgeordnetenhaus diesen in der Regel zu. Dieser Vorgang wurde zur Gewohnheit, sofern ein parlamentarisches Leben im Reichsrat überhaupt möglich war.⁸¹³ Das Mittel der „Obstruktion“, also die Hinderung des Reichsrates an seiner Gesetzgebungstätigkeit, wurde insbesondere gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts massiv genutzt. Auslöser der ersten Obstruktionswelle waren die sog. „Badenischen Sprachenverordnungen“ von 1897. Diese führten die Zweisprachigkeit, also die

⁸¹² Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 160.

⁸¹³ Vgl. *Sutter*, Berthold/*Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 87–88; *Hoke*, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte. Wien/Köln/Weimar, S. 395.

Gleichstellung der deutschen und der tschechischen Sprache im inneren und äußeren⁸¹⁴ Amtsverkehr in den Kronländern Böhmen und Mähren ein.⁸¹⁵ Diese Bestimmungen hatte die Obstruktion durch deutschnationale bzw. deutsche Abgeordnete zur Folge. Des Weiteren wurde von einer größeren Anzahl an Abgeordneten ein Antrag auf Ministeranklageerhebung gestellt. Der Reichsrat wurde durch die Obstruktion lahmgelegt und die Regierung Badeni musste infolge der Zuspitzung des Konfliktes der Nationalitäten zurücktreten. 1899 wurde jener Rechtszustand wiederhergestellt, der vor den Badenischen Sprachverordnungen gegolten hatte, d.h. die innere Amtssprache war nur in Deutsch zuzulassen.⁸¹⁶ Die Obstruktion seitens tschechischer Abgeordneter war die Folge.⁸¹⁷

Wie äußerte sich die Obstruktion? Petitionen und das Interpellationsrecht konnten dazu verwendet werden. Diese Form der Obstruktion wurde insbesondere durch deutsche Abgeordnete, die sich gegen die Badenischen Sprachverordnungen gestellt hatten, angewendet. Insbesondere von gemäßigten deutschen Linken ging diese Maßnahme aus, die am 28. 04. 1897 begann und der sich auch Anhänger Georg von Schönerers aus dem deutschnationalen Lager sowie die deutsche Volkspartei anschlossen. „So wurden am 7. Juli 1898 2.183 gleichlautende Petitionen mit 51.674 Unterschriften verlesen. 58 Stunden gingen aufgrund dieser Obstruktion verloren.“⁸¹⁸ Des Weiteren wurde am 28. 10. 1897 vom Abgeordneten der Brünnener Handelskammer, Otto Lecher eine Dauerrede von mehr als 12 Stunden gehalten. Neben diesen Dauerreden waren es auch unendlich lange dauernde namentlich durchgeführte Abstimmungen etc., die den Reichsrat lahmlegten. Mit dieser Art von Obstruktion wurde mithilfe der Geschäftseinteilung der Reichsrat handlungsunfähig gemacht, allerdings gingen die Mittel zur Obstruktion noch weiter. „Erstmals wurde am 19. 10. 1897 physische Gewalt im Parlament angewendet: durch Lärmen, Schreien, Johlen, Pultdeckelkonzerte sollte die jeweils andere Seite am Reden gehindert werden. Dies steigerte sich bis zu Faustkämpfen und Duellaufforderungen.“⁸¹⁹ Auch die sog. „Lex Falkenhayn“, die es ermöglichte, Abgeordnete im strengsten Falle von der Polizei aus dem Saal werfen zu lassen, konnte dauerhaft nicht fruchten, denn zu

⁸¹⁴ Mit dem inneren Amtsverkehr bzw. der inneren Amtssprache ist der Verkehr innerhalb einer bestimmten Behörde oder zwischen verschiedenen Behörden in einer bestimmten Sprache gemeint, während mit dem äußeren Amtsverkehr in einer bestimmten Amtssprache der Verkehr mit den Parteien gemeint ist.

⁸¹⁵ Vgl. *Rumpler*, Helmut 2000: *Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914*, a.a.O., S. 838.

⁸¹⁶ Vgl. *Hoke*, Rudolf 21996: *Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte*. Wien/Köln/Weimar, S. 411.

⁸¹⁷ Vgl. *Rumpler*, Helmut 2000: *Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914*, a.a.O., S. 851.

⁸¹⁸ *Sutter*, Berthold/*Bruckmüller*, Ernst 2001: *Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918)*, a.a.O., S. 88.

⁸¹⁹ Ebenda, S. 89.

Beginn des 20. Jahrhunderts gehörte die Obstruktion schließlich zum Alltag im Abgeordnetenhaus des Reichsrates.⁸²⁰

Wie reagierten der Kaiser und die Regierung auf diese Lahmlegungen des Reichsrates? Diese vertagten meist den Reichsrat und regierten mittels § 14-Notverordnungsrecht, d.h. ohne Beteiligung des Reichsrates weiter. Prinzipiell war dieses Recht nur für jene Fälle vorgesehen, wenn der Reichsrat nicht versammelt war oder wenn Notverordnungen z.B. bei Naturkatastrophen oder im Falle eines Krieges während der Ferien des Reichsrates unumgänglich waren. Allerdings war das Abgeordnetenhaus bei der Obstruktion versammelt, was somit einem verfassungswidrigen Gebrauch des Notverordnungsrechtes gleichkam. Auf der anderen Seite war mit der Obstruktion eine gesetzgeberische Tätigkeit durch den Reichsrat kaum bis überhaupt nicht möglich, weswegen die Vertagung desselben und das Weiterregieren mit dem Notverordnungsrecht als notwendiger legitimer Schritt zur Aufrechterhaltung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Staates angesehen werden kann.⁸²¹ Diese Notwendigkeit trifft insbesondere auf die Jahre der deutschen sowie der danach etablierten tschechischen Obstruktionspolitik, die 1897 begann, zu.⁸²² Erst 1905 beruhigte sich die Lage zusehends v.a. aufgrund der Tatsache, dass die Abgeordneten gewillt waren, ein allgemeines Wahlrecht einzuführen.⁸²³ Mit einem allgemeinen Wahlrecht waren die Hoffnungen verbunden, dass dadurch Schichten, wie z.B. Arbeiter und Bauern in das Abgeordnetenhaus gelangen, die bzgl. des Nationalitätenkonflikts nicht so stark radikalisiert waren und dass somit der Reichsrat wieder an Bedeutung gewinnen werde.⁸²⁴ Allerdings wurden diese Erwartungen bitter enttäuscht. Auch jenes Abgeordnetenhaus, das mittels Wahlrecht von 1907 gewählt worden war, handelte nicht im Sinne einer Abänderung oder gar der Abschaffung des Notverordnungsrechtes.⁸²⁵ Solide Mehrheiten bzw. Koalitionen wurden infolge einer immer stärker aufgesplitteten Parteienlandschaft seitens der Regierung nicht mehr gesucht oder diese Mehrheiten wurden nicht zustandegebracht, sodass versucht wurde, Vertreter wichtiger Parteien oder Nationalitäten zu Ministern zu machen, damit die Nationalitäten und Parteien an die Regierung gebunden waren. „Dieses Regierungssystem war natürlich extrem mühsam, sodass die Regierungen ihrerseits auch

⁸²⁰ Vgl. *Sutter, Berthold/Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 88–89/94.

⁸²¹ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 166.

⁸²² Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 234.

⁸²³ Vgl. *Hasiba*, Gernot D. 1985: Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848–1917). Notwendigkeit und Mißbrauch eines „Staatserhaltenden Instrumentes“. Wien, S. 166.

⁸²⁴ Vgl. *Sutter, Berthold/Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 89.

⁸²⁵ Vgl. *Hasiba*, Gernot D. 1985: Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848–1917), a.a.O., S. 166.

relativ schnell mit dem berühmten § 14 [...] bei der Hand waren.“⁸²⁶ Diese Vorgangsweise ist insbesondere bei der Regierung Bienenrth-Schmerling zwischen 1908 und 1911 sowie bei der Regierung Stürgkh zwischen 1911 und 1916 zu beobachten.⁸²⁷ Die Tatsache, dass sich der Reichsrat nicht um eine Abänderung oder um die Abschaffung des Notverordnungsrechtes kümmerte, wurde diesem im Frühjahr 1914 zum Verhängnis, als der Reichsrat ausgeschaltet wurde und die Regierung nun unbeschränkt vom § 14 Gebrauch machen konnte.⁸²⁸

Lehner beziffert die gesamte Anzahl an § 14-Notverordnungen ab 1867 mit ca. 300, allerdings wurde von diesem Recht in den ersten 30 Jahren nur punktuell Gebrauch gemacht.⁸²⁹

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich jene politischen Massenparteien, die in ihren Grundstrukturen bis heute existieren und damit wurde die traditionsreiche Organisation in Stände endgültig ausgebootet. Ca. zwischen 1860 und 1880 organisierten sich Politiker insbesondere aus der feudal-konservativen bzw. der bürgerlich-liberalen Oberschicht und vereinigten sich in „Klubs“ im Reichsrat. Allerdings existierte bei diesen Zusammenschlüssen, den sog. „Honoratiorenparteien“, – im Gegensatz zu den Massenparteien, die sich ab den 1880er-Jahren entwickelten – kein schriftlich niedergelegtes Parteiprogramm oder eine stabile Organisationsstruktur. Des Weiteren schlossen sich diese Politiker – im Gegensatz zu den Massenparteien – nicht permanent zu den Honoratiorenparteien zusammen.

In den deutschsprachigen Gebieten der Habsburgermonarchie existierten vier wichtige politische Lager: das liberale-, das sozialdemokratische-, das christlich-konservative- und das deutschnationale Lager: Das „liberale Lager“ bzw. die „Liberalen“, die nach der Revolution 1848 in Opposition verharrten und sich ab den 1860er-Jahren zu einer „staatstragenden Kraft“⁸³⁰ etablierten, besaßen keine feste Organisationsstruktur, sondern assoziierten sich in einer lose organisierten Honoratiorenpartei, welche insbesondere Zulauf von den Industriellen, Fabrikanten, kapitalistisch produzierenden Großgrundbesitzern sowie vom Bildungsbürgertum fand. Die Liberalen sicherten sich einen enormen Vorteil beim Zensuswahlrecht des Abgeordnetenhauses, da alle anderen

⁸²⁶ Sutter, Berthold/Bruckmüller, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 94.

⁸²⁷ Vgl. ebenda.

⁸²⁸ Vgl. Hasiba, Gernot D. 1985: Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848–1917), a.a.O., S. 166.

⁸²⁹ Vgl. Lehner, Oskar 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 234.

⁸³⁰ Ebenda, S. 219.

Bevölkerungsschichten nicht wählen durften. Somit hielten die Liberalen zwischen 1867 und 1879 eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus und besetzten bis auf 1870/71 die wichtigsten Ministerämter. Nachdem mit den Wahlrechtsreformen immer mehr Bevölkerungsschichten Zugang zum Wahlrecht besaßen sowie aufgrund der stärker werdenden Massenparteien und des Misserfolges ihrer Wirtschaftspolitik in den 1870er-Jahren (Anm. Börsenkrach 1873), die im Manchester-Liberalismus verankert war und büßten allmählich Mandaten ein. Die Liberalen traten schließlich dem deutschnationalen Lager bei und konnten als „Deutschfortschrittliche Partei“ 1911 21 Mandate von 516 erreichen. Neben der Forderung nach einer Verfassung, weswegen sich die Liberalen auch „Verfassungspartei“ nannten, war es eine Politik gegen die römisch-katholische Kirche (Maigesetze 1868, Kündigung des Konkordats etc.⁸³¹), die bis auf Weiteres das Verhältnis zwischen Kirche und Staat prägte. Nachdem die Liberalen keine Einmischung des Staates in die Ökonomie billigten, war ihnen die Bekämpfung von sozialen Problemen kein wichtiges Anliegen und im Nationalitätenkonflikt zeigten sie sich betont zentralistisch.

Das „sozialdemokratische Lager“ hat seinen Ursprung in der Arbeiterbewegung, deren Wurzeln bis zur Revolution von 1848 zurückgeführt werden können. Der Erste Wiener Arbeiterbildungsverein, der 1867 gegründet worden war, setzte sich für das allgemeine Wahlrecht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie für die Presse- und Koalitionsfreiheit ein und 1888/89 wurde auf dem Parteitag von Hainfeld die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs gegründet, nachdem sich die marxistischen Kräfte dieses Lagers in langjährigen Kämpfen innerhalb des Lagers gegen anarchistische Kräfte und den bürgerlichen Flügel durchsetzen konnten. Der österreichische Staat ging in den Anfangsjahrzehnten nach 1867 gegen diese Bewegung repressiv vor. So wurden z.B. die Arbeiterbildungsvereine 1870 aufgelöst und 1886 ein Gesetz erlassen, das sich gegen die Sozialdemokraten richtete.⁸³² Dieses sah nämlich vor, dass strafbare Handlungen, die aus anarchistischen Motiven begangen worden waren oder mit dem Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen, nicht vor einem Geschworenengericht verhandelt werden durften.⁸³³ Allerdings begann der Staat ab dem Ende der 1890er-Jahre die Sozialdemokraten in den Staat einzuverleiben,

⁸³¹ Mehr Informationen zu den Maigesetzen 1868: Siehe Kapitel 4.4.4 dieser Arbeit.

⁸³² Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 219–221.

⁸³³ Vgl. Gesetz vom 25. Juni 1886, womit Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit, welchen anarchistische Bestrebungen zu Grunde liegen, erlassen werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18860004&seite=00000308&zoom=2> (RGI. 1886/98) (10. 03. 2011).

1907 konnten die Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus 87 Mandate erringen. Die wichtigsten Ziele der Sozialdemokraten, deren Zulauf in den Alpenländern und den Industriegebieten in Böhmen zu finden war, hatten es sich zum Ziel gesetzt, die „Unterdrückung der Arbeiterklasse“ zu beenden. „Um die Voraussetzungen für eine soziale Revolution zu schaffen, traten sie für den Ausbau der politischen Rechte, insbesondere für das **allgemeine Wahlrecht** ein.“⁸³⁴ Zu weiteren primären Zielen der Sozialdemokraten gehörten soziale Reformen, wie z.B. der Acht-Stunden-Arbeitstag oder eine umfangreiche Arbeiterschutz-Gesetzgebung.

„Die katholisch-konservativen Kräfte formierten sich ab 1860 zunächst als Honoratiorenbewegung des Adels, der Großgrundbesitzer und des hohen Klerus. Hauptziel war neben der Verteidigung ihrer sozialen Vorrechte der Kampf gegen die Kirchenpolitik der Liberalen im Unterrichts- und Rechtswesen.“⁸³⁵ In diesem Lager entwickelte sich von Wien und Niederösterreich ausgehend in den 1880er-Jahren die Bewegung der „Christlichsozialen“, die sich insbesondere für soziale Reformen und – nach der „liberalen Ära“ zwischen 1867 und 1879 – für die Wiederverbreitung des Christentums im öffentlichen Leben einsetzten. Die loyal zum Kaiser stehenden Christlichsozialen entwickelten sich ab 1895 mit einem ihrer wichtigsten Führungspersonlichkeiten Karl Lueger zur mächtigsten Fraktion im Abgeordnetenhaus. Bei den Wahlen 1907, der ersten Wahl, die nicht mehr mittels Kurien- und Zensuswahlrecht abgehalten wurde, erlangten die Christlichsozialen nämlich 96 Mandate. Ihren Zulauf hatte diese Massenpartei insbesondere aus dem Mittelstand, also von den Bauern, der niederen Geistlichkeit, den Gewerbetreibenden, den Handwerkern sowie den Kleinbürgern. Auch die Christlichsozialen setzten sich für ein allgemeines Wahlrecht ein, allerdings war ihre Politik von antimarxistischen, antiindustriellen sowie antiliberalen Kernelementen gekennzeichnet. Des Weiteren setzten sie sich für die Wiedereinrichtung der Zünfte ein und forderten die Sicherung von Gewerbetreibenden im Wettbewerb mit großer Konkurrenz, wie z.B. Großwarenhäusern, weswegen sich die Christlichsozialen auch für deren Verbot einsetzten. Die Christlichsozialen waren auch stark vom Antisemitismus geprägt. So äußerten sie sich in ihren Wahlprogrammen gegen die „jüdische Bedrohung“ gegenüber der Ordnung des österreichischen Staates, die von der Presse, der Sozialdemokratie, den Liberalen etc. ausging.

Das größte Problem des „deutschnationalen Lagers“ war die Tatsache, dass sich die vielen deutschnationalen Gruppierungen aufgrund der divergierenden Ideologien und

⁸³⁴ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 221.

⁸³⁵ Ebenda, S. 220.

deren sozialen Strukturen bis zum Ende der Monarchie 1918 nicht zu einer gemeinsamen Massenpartei formieren konnten. So kandidierten bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1911 sechs deutschnationale Parteien, wie z.B. die „Deutsche Arbeiterpartei“, die „Alldutschen“, die „Deutschagrarien“, die „Deutsche Volkspartei“, die „Deutschfortschrittlichen“ sowie die „Deutschradikalen“, die sich gemeinsam 109 von 516 Mandaten sichern konnten. Somit bildeten diese als „Deutscher Nationalverband“ die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus. „Grundsätzlich kann man zwei Strömungen unterscheiden: die radikalere Tendenz warb für eine Auflösung der Habsburgermonarchie und den Anschluss der deutschsprachigen Gebiete an das Deutsche Reich. Die gemäßigte Mehrheit jedoch blieb staatsloyal und strebte die Stärkung der Position der deutschen Bevölkerung innerhalb des Reichsverbandes [...] sowie eine politische und wirtschaftliche Anlehnung an das Deutsche Reich an.“⁸³⁶ Damit die Deutschnationalen in Cisleithanien, wo die Deutschen nur 36, 1 % stellten, eine Mehrheit im Reichsrat erreichen konnten, setzten sie sich für eine Ausgliederung der Gebiete am Balkan sowie Galiziens ein und des Weiteren für eine vollkommene Trennung der beiden Reichshälften, die nur noch in einer bloßen Personalunion (die in weiten Teilen schon bestand, allerdings existierten die bereits erwähnten pragmatischen und dualistischen Angelegenheiten) miteinander verbunden sein sollten. Insbesondere bei den Bauern und dem Bürgertum der deutschsprachigen Gebiete Kärntens, Böhmens, der Steiermark sowie in Wien fanden die Deutschnationalen ihren Zulauf. Insbesondere an den Universitäten bzw. bei Studenten und Lehrenden war das deutschnationale Lager die dominierende Kraft. Das deutschnationale Lager war stark antikatholisch geprägt und viele deutschnationale Parteien waren der Ansicht, dass die „Arier“ einen höheren Wert besäßen, als Menschen einer anderen ethnischen Herkunft bzw. Religion, insbesondere die Slawen und die Juden. Georg Ritter von Schönerer, der antisemitische Führer der „Alldutschen Partei“ übte ideologisch starken Einfluss auf Adolf Hitler aus.⁸³⁷

Nicht nur diese politischen Lager, die insbesondere in den deutschsprachigen Gebieten eine enorm wichtige Rolle gespielt hatten, waren von großer Bedeutung für das parlamentarische Leben im Reichsrat, es existierten auch politische Gruppierungen bzw. Nationalbewegungen bei den nichtdeutschen Ethnien. Diese Bewegungen waren allerdings ebenfalls stark gespalten (So existierten bei den Tschechen 1911 im Abgeordnetenhaus die „Alttschechen“, die „Jungtschechen“, die „Tschechischen

⁸³⁶ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 222.

⁸³⁷ Vgl. ebenda, S. 220–222.

Agrarier“, die „Tschechischen Nationalsozialisten“⁸³⁸, die „Tschechisch-katholische Volkspartei“ und die „Tschechischen Fortschrittlichen“). Insgesamt ca. 40 Parteien konnten nach den Wahlen von 1911 Einzug in das Abgeordnetenhaus finden und schlossen sich in 20 Klubs zusammen. Diese ideologische und nationale Heterogenität machte es im Laufe der Jahre äußerst schwierig, dauerhafte Mehrheiten zu finden.

Zwischen 1867 und 1879 konnten die Liberalen bzw. Deutschliberalen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus bilden, weswegen diese Jahre auch die „liberale Ära“ genannt werden.⁸³⁹ In diesen Jahren konnten wichtige Gesetze verabschiedet werden, insbesondere die bereits erwähnten „Maigesetze“ 1868, das Reichsvolksschulgesetz, das Gesetz über das Reichsgericht sowie das Gesetz über die Einrichtung eines Verwaltungsgerichtshofes⁸⁴⁰.

„Die Haltung der Deutschliberalen zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina, ihre Opposition gegenüber dem am Berliner Kongress abgeschlossenen Vertrag [⁸⁴¹] und gegen die notwendigen Kredite für die militärischen Operationen verärgerten den Kaiser massiv.“⁸⁴² Die Liberalen wurden infolgedessen langsam aus ihren Posten in der Regierung ausgebootet.

Bereits vor den Wahlen 1879 war es dem kaisertreuen und konservativen Grafen Eduard Taaffe, der bereits Landesverteidigungsminister sowie Ministerpräsident war gelungen, mit den Tschechen in Kontakt zu treten und schließlich konnte er diese auch dazu bewegen, 1879 in den Reichsrat einzuziehen.⁸⁴³ Unter der Führung von Taaffe konnten die Konservativen, die Tschechen, die Polen und die Feudalen eine stabile Majorität im Abgeordnetenhaus bilden, den sog. „Eisernen Ring“, und die Liberalen bildeten mit den Deutschnationalen als „Vereinigte Deutsche Linke“ die Opposition.⁸⁴⁴ Unter Taaffe wurden wichtige Sozialreformen geschaffen, wie z.B. Gesetze bzgl. der gewerblichen Unfallversicherung 1887, bzgl. der Krankenversicherung 1888⁸⁴⁵ sowie der Beschränkung der maximalen Arbeitszeit 1885. Des Weiteren sorgte der „Eiserne Ring“ für eine Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren, die vorsah, dass Behörden nun

⁸³⁸ Diese politische Gruppierung hat nichts mit der NSDAP zutun.

⁸³⁹ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 222–223.

⁸⁴⁰ Näheres zu den letzten zwei genannten Gesetze: Siehe Kapitel 4.4.4 dieser Arbeit.

⁸⁴¹ Genaueres zu diesem Vertrag: Siehe Kapitel 4.4.7 dieser Arbeit.

⁸⁴² *Sutter*, Berthold/*Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 91.

⁸⁴³ Vgl. ebenda, S. 90–91.

⁸⁴⁴ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 223.

⁸⁴⁵ Vgl. *Sutter*, Berthold/*Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 91.

Eingaben in der jeweiligen Landessprache ausführen mussten.⁸⁴⁶ Ein weiteres wichtiges Gesetz war das bereits erwähnte Gesetz zur Änderung des Wahlrechtes 1882. Auf der anderen Seite muss erwähnt werden, dass während der Taaffe-Regierung Verordnungen erlassen worden waren, die sich massiv gegen Sozialdemokraten richteten und sich gegen bestimmte Grundrechte stellten⁸⁴⁷. An einer weiteren Wahlrechtsreform scheiterte Taaffe 1893 allerdings. Diese sah ein Wahlrecht für alle Männer vor, die des Lesens und des Schreibens mächtig waren oder den Wehrdienst geleistet hatten. Sowohl die regierungsfreundlichen Konservativen als auch die „Vereinigte Linke“ lehnten diesen Wahlrechtsentwurf ab und Taaffe trat nach 14 Jahren am 11. 11. 1893 als Ministerpräsident zurück.⁸⁴⁸ Nach 1893 war es aufgrund des immer stärker werdenden Nationalitätenkonfliktes kaum noch möglich, längerfristige und solide Mehrheiten im Abgeordnetenhaus zu bilden.⁸⁴⁹ „Franz Joseph neigte mit zunehmendem Alter mehr denn je dazu, Probleme nicht mehr politisch, sondern bürokratisch zu lösen [...]“⁸⁵⁰, weswegen nach 1895 v.a. Beamte an die Spitze der Regierung des Kaisers vordringen konnten. Zwar war auch Taaffe ein Beamter, allerdings konnte er sich auf eine stabile Mehrheit im Reichsrat verlassen. Diese „Zeit der Beamtenkabinette“⁸⁵¹ zwischen 1895 und 1918 war ab 1897 beeinflusst von der bereits näher geschilderten Obstruktionspolitik, die den Reichsrat größtenteils entscheidungsunfähig machte, weswegen die Regierung mithilfe des § 14- Notverordnungsrechts weiterregierte. Nur selten konnten noch Mehrheiten gefunden werden, wie z.B. unter der Regierung Ernest von Koerber 1900–1904, in der z.B. ein Gesetz bzgl. Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder auch gesetzliche Bestimmungen zum Budget verabschiedet wurden. Max Wladimir Freiherr von Beck, der zwischen 1906 und 1908 das Amt des Ministerpräsidenten bekleidete und unter dem 1907 das Männerwahlrecht verabschiedet wurde, konnte nach den Wahlen von 1907 tatsächlich mit einer parlamentarischen Basis regieren. Dieser gehörte auch ein Großteil der tschechischen Parteien an⁸⁵². Allerdings musste Beck 1908 zurücktreten, nachdem er die konfliktreiche Politik des

⁸⁴⁶ Vgl. Münze Österreich (Hrsg.) 2007: Mit vereinten Kräften. Franz Joseph I. und die Innenpolitik. Ausstellungskatalog: http://www.austrian-mint.at/images/content/pdfs/Download/Ausstellung/Katalog_Mit_vereinten_Kraeften_D.pdf (11. 03. 2011), S. 10.

⁸⁴⁷ Mehr Informationen zu diesem Gesetz. Siehe Kapitel 4.4.4.

⁸⁴⁸ Vgl. Münze Österreich (Hrsg.) 2007: Mit vereinten Kräften. Franz Joseph I. und die Innenpolitik, a.a.O., S. 11.

⁸⁴⁹ Vgl. Lehner, Oskar 2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 223.

⁸⁵⁰ Sutter, Berthold/Bruckmüller, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 93.

⁸⁵¹ Ebenda.

⁸⁵² Vgl. Sutter, Berthold/Bruckmüller, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 93–94.

Außenministers Aehrenthal bzgl. der Annexion Bosniens und der Herzegowina nicht in ausreichendem Ausmaße unterstützte, weswegen Franz Joseph I. dieser Regierung die Unterstützung aufkündigte.⁸⁵³ Die immer stärker werdende Aufsplitterung der politischen Gruppierungen im Reichsrat, sorgte – wie bereits erwähnt – dafür, dass die nachfolgenden Regierungen, also jene Bienenrth-Schmerlings sowie Stürgkhs, entweder keine Mehrheiten mehr finden wollten oder vermochten und somit eher mittels § 14-Notverordnungsrecht weiterregierten.⁸⁵⁴

Nimmt man die nationale Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, so ist deutlich zu sehen, dass die verschiedenen Nationalitäten in der gesamten Zeit der Existenz des Abgeordnetenhauses nicht gemäß dem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten waren. So zeigte sich in den ersten Abgeordnetenhäusern ab 1861 eine Dominanz der Deutschen: Obwohl diese nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten, saßen 1861 60 % Deutsche im Abgeordnetenhaus. Des Weiteren saßen 15 % Polen, 12,5 % Tschechen, 4 % Italiener, 3 % Ruthenen, 2,5 % Slowenen, 2 % Rumänen sowie 1 % Kroaten und Serben im Abgeordnetenhaus. Jene Gebiete, die nicht zum Deutschen Bund gehörten, also Galizien, Dalmatien, die Bukowina und Istrien bzw. jene Nationalitäten, die hier ansiedelten, also Polen, Kroaten und Ruthenen erfuhren eine immense Beeinträchtigung, da diese weit weniger Sitze bekamen als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach, während die Tschechen im Verhältnis zur ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in geringem Ausmaß unterproportional vertreten waren. Neben den Deutschen waren ebenso die Italiener in überproportionalem Ausmaß im Abgeordnetenhaus repräsentiert. Zwar konnten mittels der Wahlrechtsreformen die Benachteiligungen auf der einen Seite und die Bevorzugungen der verschiedenen Nationalitäten auf der anderen Seite weitgehend beseitigt werden, allerdings waren diese Ungleichheiten auch noch beim Männerwahlrecht von 1907 bemerkbar. Insbesondere mit der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Taaffe können größere Veränderungen beobachtet werden: So machten die deutschen Abgeordneten 1885 – im Gegensatz zu 1861 – nur noch knapp 50 %⁸⁵⁵ aus und nahmen von 353 Mandaten 172 ein, während die Tschechen 73, die Polen 57, die Serben und Kroaten 10, die Slowenen 14, die Ruthenen 5, die Italiener 16 und die Rumänen 5 Mandate im Abgeordnetenhaus

⁸⁵³ Vgl. *Rumpler*, Helmut 2000: Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914, a.a.O., S. 887–888.

⁸⁵⁴ Vgl. *Sutter*, Berthold/*Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 94.

⁸⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 69–70.

inne hatten.⁸⁵⁶ Erst durch die Wahlrechtsreformen von 1897 und 1907 wurden die Verhältnisse wieder in geringem Ausmaß verändert, aber wenn auch die Vorherrschaft der deutschen Abgeordneten nicht mehr existierte, so saßen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung weiterhin überdurchschnittlich viele Deutsche im Abgeordnetenhaus, ebenso wie die Italiener. „[D]agegen verloren die Polen ihre leichte Bevorzugung (zugunsten der dennoch deutlich zu schlecht vertretenen Ukrainer“⁸⁵⁷ bzw. Ruthenen.

Im gesamten Zeitraum, in dem das Abgeordnetenhaus existierte, waren die Nationalitäten nicht den jeweiligen Anteilen an der Gesamtbevölkerung entsprechend im Haus vertreten.

Im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung war das mittels dem Zensus- und Kurienwahlrechts zusammengesetzte Abgeordnetenhaus insbesondere von Grundbesitzern dominiert. So saßen dort nach den Wahlen von 1867 von 203 Abgeordneten 66 Grundbesitzer, „39 Beamte, 33 Advokaten und Notare, 19 Kaufleute und Industrielle, 13 Geistliche, acht Professoren und Lehrer, vier Ärzte, zwei Offiziere im Ruhestand, je ein Techniker und Schriftsteller.“⁸⁵⁸ Diese Verhältnisse blieben in den weiteren Jahrzehnten weitgehend konstant. Erst mit dem Männerwahlrecht von 1907 änderten sich die Verhältnisse fundamental: Nach den Wahlen 1907 bildeten die stärkste soziale Fraktion mit 129 Mandaten die Bauern, während die sog. „Freiberufler“, also Ärzte, Ingenieure, Journalisten, Rechtsanwälte, Notare nur die zweitstärkste Fraktion bildeten. „[D]eutlich schwächer als früher war das ‚Kapital‘ vertreten: 44 Abgeordnete waren Unternehmer und Leute, die von Kapitalerträgen lebten. Nur drei waren Arbeiter, nur acht selbstständige Kleingewerbetreibende.“⁸⁵⁹ Die Beamten machten 57 Mandate aus, sogar 38 Mitglieder des Klerus konnten in das Abgeordnetenhaus einziehen.⁸⁶⁰

Es ist also deutlich zu erkennen, wie sehr das Wahlrecht die großen regionalen, sozialen und nationalen Unterschiede im Abgeordnetenhaus geprägt hat.

⁸⁵⁶ Vgl. *Sutter, Berthold/Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 70. Zit n. *Höbelt*, Lothar 1986: Die Vertretung der Nationalitäten im Reichsrat. In: Schambeck, Herbert (Hrsg.): Österreichs Parlamentarismus. Werden und System. Berlin, S. 185–224, hier: S. 204.

⁸⁵⁷ *Sutter, Berthold/Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 71.

⁸⁵⁸ Ebenda.

⁸⁵⁹ *Sutter, Berthold/Bruckmüller*, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918), a.a.O., S. 72.

⁸⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 70–72.

Schon in der Verfassungstheorie ist deutlich zu sehen, dass der Reichsrat gegenüber dem Kaiser und seiner Regierung – aufgrund des Sanktionsrechtes des Kaisers und des Vorhandenseins des § 14-Notverordnungsrechtes – eine untergeordnete Rolle spielte. Mit der Anwendung dieses Notverordnungsrechtes – insbesondere während der Obstruktionspolitik der Deutschen und später der Tschechen, was den Reichsrat völlig lahmlegte – erfuhren der Kaiser und seine Regierung eine enorme Aufwertung ihrer verfassungstheoretischen Positionen in der Verfassungswirklichkeit. Diese Tatsache katapultierte gleichzeitig den Reichsrat in eine weit schwächere Position als in der Verfassungstheorie vorgesehen. Dies wird besonders deutlich, als die Regierungen ab 1908 – nachdem das Instrumentarium des Regierens mittels Notverordnungen bereits massiv genutzt wurde – sehr schnell mithilfe des Notverordnungsrechtes weiterregierten, weil diese keine Mehrheiten im stark gespaltenen Abgeordnetenhaus finden konnten bzw. wollten.

Auf der anderen Seite fand zwischen 1867 und 1897 eine rege Gesetzgebungstätigkeit mit dem Reichsrat statt, weswegen man von einem wichtigen Schritt in Richtung Demokratie sprechen kann. Allerdings besaß dieses gewählte Gremium aufgrund der großen Probleme der Habsburgermonarchie – insbesondere des Nationalitätenkonfliktes – mittels Obstruktion einen Hang zur Selbstzerstörung.

5.4.4 Grundrechte, Reichsgericht, Verwaltungsgerichtshof und Staatsgerichtshof

Mit dem StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger enthielt die Dezemberverfassung im Gegensatz zu den Silvesterpatenten 1851, dem Oktoberdiplom 1860 und dem Februarpatent 1861 wieder einen Grundrechtekatalog⁸⁶¹. Diese Rechte wurden weitgehend aus dem Grundrechtsentwurf der Oktroyierten Märzverfassung 1849 sowie des Grundrechtspatents 1849 übernommen. „Bei seinen Grundrechten handelt es sich daher im [G]roßen und [G]anzen um die traditionellen, der demokratischen und der liberalen Ideologie entstammenden Grund- und Freiheitsrechte.“⁸⁶² Soziale Rechte und Pflichten existierten darin allerdings nicht, was aber – sofern man die Entstehungszeit der Konzipierung der Rechte berücksichtigt –

⁸⁶¹ Auf die Grundrechte, die für die österreichische Reichshälfte galten, wurde bereits in Unterkapitel 4.3.3. dieser Arbeit umfassend eingegangen.

⁸⁶² Hoke, Rudolf 21996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 400.

weniger überrascht. „Manche Grundrechte wurden unter Gesetzesvorbehalt und auf diese Weise der (einfachen) Gesetzgebung zur Disposition gestellt.“⁸⁶³ ⁸⁶⁴

Bei den Freiheitsrechten handelte es sich zum großen Teil nicht um Menschenrechte, sondern nur um Rechte für die Staatsbürger. Zu den fortschrittlichsten Bestimmungen zählten die Artikel 14–16 im StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger: Diese sicherten die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Rechte sowohl der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften (Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung) als auch jene der nicht anerkannten Religionsbekenntnisse (Recht auf häusliche Religionsausübung). Außerdem wurde das Recht auf Konfessionslosigkeit gesichert.

Diese Grundrechte wirkten sich entscheidend auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche aus: Der Katholischen Kirche wurde in der zwischenverfassungsstaatlichen Epoche durch das Konkordat 1855 einige staatliche Agenden übertragen, wie z.B. beim Eherecht sowie beim Schulwesen. Die Liberalen bekämpften die Bestimmungen des Konkordats und nachdem sich die liberale „Verfassungspartei“ bei der Reform des Verfassungsrechtes Ende 1867 durchsetzen konnte, begannen sie bereits das Verhältnis zwischen Kirche und Staat umzuformen. Der österreichische „Kulturkampf“ zwischen Liberalen und Klerus war die Folge, welcher mit den „Maigesetzen 1868“ seinen Höhepunkt erfuhr⁸⁶⁵: Die oberste Leitung sowie die Aufsicht über das Erziehungs- und Unterrichtswesens übernahm der Staat alleine und diese wurde von staatlichen Organen ausgeübt. Einzige Ausnahme bildete der Religionsunterricht, der als einziges Lehrfach von der Kirche beeinflusst wurde. Des Weiteren mussten die Lehrbücher nur noch vom Staat – und nicht mehr von der Kirche – genehmigt werden. Außerdem wurde die Ehegerichtsbarkeit im Hinblick auf die Katholikenehen unter staatliche Gerichtsbarkeit gestellt und die Vorschriften des ABGB-Eheschließungsrechts für Katholiken traten wieder in Kraft. Auch die interkonfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger, insbesondere im Hinblick auf Religionswechsel, Religionsaustritt etc. wurden vom Staat festgelegt.⁸⁶⁶

⁸⁶³ Hoke, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 400

⁸⁶⁴ Vgl. ebenda.

⁸⁶⁵ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 239–241.

⁸⁶⁶ Vgl. Gesetz vom 25. Mai 1868, wodurch die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches über das Eherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschließung von weltlichen Behörden erlassen werden („Maigesetze“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno->

Die „Maigesetze“ 1868 bedeuteten einen Bruch mit dem Konkordat von 1855. Der österreichische Klerus bezeichnete diese Bestimmungen als „Christenverfolgung“ und heftige öffentliche Proteste waren die Folge. Unterstützung fand der Klerus bei Papst Pius IX., der die Maigesetze für ungültig erklären wollte. Franz Joseph I. kündigte völkerrechtlich 1870 das Konkordat mit der Begründung, dass mit dem kurz zuvor verkündeten Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes sich das „Wesen des Vertragspartners“⁸⁶⁷ geändert hätte. Nachdem das Konkordat gekündigt worden war, musste das Verhältnis zwischen Staat und Katholischer Kirche neu geregelt werden. Die Liberalen wollten vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise der Monarchie (Anm. „Börsenkrach“ 1873) den katholischen Widerstand nicht erhärten. Mit dem Gesetz über die äußeren Rechtsverhältnisse der Katholischen Kirche wurde zwar das Konkordat nicht nur völkerrechtlich, sondern auch innerstaatlich⁸⁶⁸ aufgehoben, doch wurde das Verhältnis im Sinne einer „kirchenfreundlichen Trennung“⁸⁶⁹ zwischen Staat und Kirche festgelegt.⁸⁷⁰ So wurde z.B. geregelt, dass die Erzbischöfe, Bischöfe und bischöflichen Vikare die inneren kirchlichen Angelegenheiten ihrer Diözesen nach Vorschriften der Kirche selbst verwalten durften, sofern diese nicht den Gesetzen des Staates widersprachen.⁸⁷¹

Auf der Basis des Anerkennungsgesetzes 1874, womit bisher nicht anerkannte Religionsgemeinschaften die Möglichkeit hatten mittels Ansuchung staatlich anerkannt zu werden⁸⁷², wurden die Altkatholische Kirche 1877 sowie die Herrnhutter Brüderkirche 1880 anerkannt. Bereits 1867 anerkannt waren die Griechisch-orientalische Kirche sowie die Israelitische Religionsgemeinschaft. Des Weiteren wurden Juden erstmals den österreichischen Staatsbürgern vollkommen gleichgestellt⁸⁷³

[plus?apm=0&aid=rgb&datum=18680004&zoom=2&seite=00000093&x=20&y=13](http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18680004&zoom=2&seite=00000093&x=20&y=13) (RGI. 1868/47–49) (05. 01. 2011).

⁸⁶⁷ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 241.

⁸⁶⁸ Im durch die Maigesetze 1868 eingeschränkten Umfang blieb das Konkordat innerstaatlich weiterhin in Kraft, da es 1870 nur völkerrechtlich aufgekündigt worden war.

⁸⁶⁹ Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 241.

⁸⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 241.

⁸⁷¹ Vgl. Gesetz vom 7. Mai 1874, wodurch Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche erlassen werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18740004&seite=00000101&zoom=2> (RGI. 1874/50) (06. 01. 2011).

⁸⁷² Vgl. Gesetz vom 20. Mai 1874, betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18740004&seite=00000151&zoom=2> (RGI. 1874/68) (06. 01. 2011).

⁸⁷³ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 241–242.

und der Islam nach hanefitischem Ritus wurde schließlich 1912 als Religionsgemeinschaft anerkannt⁸⁷⁴.

Im Gegensatz zum Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 sahen die Staatsgrundgesetze Gerichtshöfe vor, die im Falle einer Verletzung der im StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger zugestandenen Rechte tätig werden mussten bzw. die Bevölkerung vor staatlichen Übergriffen schützen sowie die Minister unter Aufsicht stellten: Diese Gerichtshöfe waren das Reichsgericht, der Verwaltungsgerichtshof und der Staatsgerichtshof.

In Ausführung des StGG über die Einrichtung eines Reichsgerichtes wurde diese Institution schließlich 1869 eingerichtet. Die zwölf Mitglieder des Reichsgerichtes, der Präsident und sein Stellvertreter sowie vier Ersatzmänner der Mitglieder wurden vom Kaiser ernannt.⁸⁷⁵ Dabei wurden sowohl der Präsident als auch sein Stellvertreter vom Kaiser nach freiem Ermessen ernannt, wohingegen sechs der 12 weiteren Mitglieder auf Vorschlag des Abgeordnetenhauses und die anderen sechs auf Vorschlag des Herrenhauses in Form von Dreivorschlägen vom Kaiser ernannt wurden. Das Reichsgericht hatte – wie bereits erwähnt – laut Verfassung bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen Verwaltungsbehörden und Gerichten, zwischen obersten Verwaltungsbehörden des Staates und autonomen Landesorganen, zwischen dem Verwaltungsgerichtshof und dem Obersten Gerichts- und Kassationshof sowie zwischen autonomen Landesorganen der Länder zu entscheiden. Des Weiteren musste das Reichsgericht bei vermögensrechtlichen Ansprüchen einzelner Länder gegeneinander, gegen den Gesamtstaat und umgekehrt „sowie von Gemeinden, Körperschaften oder Einzelpersonen gegen ein Land oder den Gesamtstaat, wenn diese Ansprüche nicht im ordentlichen Rechtsweg geltend gemacht werden konnten“⁸⁷⁶ entscheiden. Ausgesprochen wichtig für die Existenz des Verfassungsstaates war allerdings die Tatsache, dass es den Staatsbürgern möglich war, wegen Verletzung der ihnen in der Verfassung zugestandenen Rechte sowie des aktiven und passiven Wahlrechtes beim

⁸⁷⁴ Vgl. Gesetz vom 15. Juli 1912, betreffend die Anerkennung der Anhänger Islams nach hanefitischem Ritus als Religionsgesellschaft: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19120004&zoom=2&seite=00000875&x=25&y=12> (RGBl. 1912/159) (06. 01. 2011).

⁸⁷⁵ Vgl. Gesetz vom 18. April 1869, betreffend die Organisation des Reichsgerichtes, das Verfahren vor demselben und die Vollziehung seiner Erkenntnisse: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18690004&seite=00000167&zoom=2> (RGBl. 1869/44) (07. 01. 2011).

⁸⁷⁶ Hoke, Rudolf 21996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 403.

Reichsgericht Beschwerde einzulegen.⁸⁷⁷ Allerdings hatten die Erkenntnisse des Reichsgerichtes bei der Verletzung von in den Staatsgrundgesetzen gewährten politischen Rechten nur deklaratorische, also feststellende, aber keine kassatorische, also aufhebende Wirkung.⁸⁷⁸ Ferner sah die Dezemberverfassung keine Bestimmung vor, die besagte, dass kundgemachte Gesetze automatisch durch das Reichsgericht geprüft werden mussten oder gar aufgehoben werden konnten.⁸⁷⁹, wie dies für den Bundesverfassungsgerichtshof der „Republik Österreich“ möglich ist. Tatsächlich ist deutlich zu sehen, dass der Staat bzw. dessen Verwaltung die Rechtsansicht des Reichsgerichtes respektierte bzw. deren Erkenntnisse tatsächlich durchsetzte. Werner Svoboda gibt an, dass 149 Erkenntnisse des Reichsgerichtes bzgl. der Verletzung von in der Verfassung gewährten politischen Rechten vorliegen. Diese Erkenntnisse bezogen sich nicht auf alle Grundrechte, sondern nur auf einige wenige: Vereins- und Versammlungsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Unterrichts- und Wissenschaftsfreiheit, Wahrung der Pflege der Nationalität und Sprache sowie der Freiheit der Freizügigkeit der Person und die Niederlassungsfreiheit. Svoboda konnte aber nur zu 49 Fällen Belegmaterial finden. Bei insgesamt 26 von 49 Fällen stellte das zuständige Ministerium jenen Rechtszustand her, welcher vom Reichsgericht gesprochen worden war oder erließ eine Weisung an die Unterbehörde, dass diese der Rechtssprechung des Reichsgerichtes entsprechend handeln sollte, was diese auch tatsächlich tat. In sechs Fällen konnte aus der Weisung des zuständigen Ministeriums an die jeweilige Unterbehörde nicht eindeutig festgestellt werden, dass der vom Reichsgericht gewünschte Rechtszustand herzustellen war, allerdings wurde das Erkenntnis des Reichsgerichtes respektiert. In drei weiteren Fällen reagierte die zuständige Behörde auf die Urteile des Reichsgerichtes offiziell nicht, allerdings wurde im Akt vermerkt, dass bei einem weiteren Ansuchen der Beschwerdepartei das Erkenntnis des Reichsgerichtes umgesetzt werden sollte. Bei weiteren zwei Fällen trug zwar die Oberbehörde, nicht aber die Unterbehörde dem reichsgerichtlichen Urteil Rechnung.

⁸⁷⁷ Vgl. Hoke, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 403–404.

⁸⁷⁸ Vgl. § 35 des Gesetzes bzgl. der Organisation des Reichsgerichtes, das Verfahren vor demselben und die Vollziehung seiner Erkenntnisse vom 18. 04. 1869: a.a.O. (07. 01. 2011).

⁸⁷⁹ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 240.

Nur in einem⁸⁸⁰ Fall konnte Svoboda eindeutig herausfinden, dass ein Erkenntnis des Reichsgerichtes auf Verletzung eines politischen Rechtes lautete, dieses Urteil allerdings nicht respektiert wurde. Hierbei handelte es sich um einen Fall bzgl. der Vereins- und Versammlungsfreiheit: So wurden die Statuten des „Vereins für konstitutionellen Fortschritt“ in Mistelbach abgelehnt. Das Reichsgericht entschied zwar auf Verletzung der Vereinsfreiheit, allerdings wurde dem Verein die Statuten nach neuerlicher Einreichung bei der zuständigen Behörde wegen Staatsgefährlichkeit verweigert. Erst das dritte Gesuch mit veränderten Statuten wurde schließlich genehmigt.⁸⁸¹

Es ist also deutlich zu erkennen, dass die Verwaltungsbehörden – trotz der bloß deklaratorischen Wirkung – gemäß einem Großteil der Erkenntnisse des Reichsgerichtes und der Rechtsanschauung handelten bzw. die Erkenntnisse des Reichsgerichtes einen hohen Stellenwert bei den Behörden des Staates einnahmen.

Laut Brauner verließ sich das Reichsgericht nicht erst – wie im Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 – auf Gesetze, die die Grundrechte ausführten, sondern betrachtete die Grundrechtsbestimmungen der Staatsgrundgesetze als direkt anwendbares Recht. Des Weiteren gibt Brauner an, dass die Entscheidungen des Reichsgerichtes trotz dessen bloß feststellender Wirkung v.a. aufgrund dessen Sachautorität beachtet und umgesetzt wurden.⁸⁸²

Die bereits erwähnte Tatsache, dass das Reichsgericht nicht Gesetze auf ihre Verfassungskonformität prüfen oder verfassungswidrige Gesetze aufheben konnte, stellte allerdings ein großes Modernisierungsdefizit des Verfassungsstaates dar. Ein gutes Beispiel sind jene Gesetze, die sich während der Ära Taaffe gezielt gegen Sozialdemokraten richteten: Insbesondere ein durch die Geschworenen erwirkten Freispruch für alle Beschuldigten in einem „Hochverratsprozess“ vom März 1882 gegen 26 Sozialisten sowie Streiks und Arbeiterunruhen in Wien sorgten dafür, dass die Regierung gegen Sozialdemokraten mit ähnlichen Methoden wie im Deutschen Reich

⁸⁸⁰ Svoboda gibt zwar zwei Fälle an, allerdings wurde beim zweiten Fall das Erkenntnis des Reichsgerichtes von der Behörde schließlich doch respektiert. Das Reichsgericht urteilte in einem Fall, dass ein Verstoß gegen die Vereinsfreiheit existiere. Auf der Grundlage dieses Erkenntnisses erklärte das Innenministerium, dass es sich bei dem zu verbotenden Verein um einen rechts- und gesetzeswidrigen sowie staatsgefährdenden handelte, weswegen die Bildung dieses Vereins untersagt wurde. Allerdings erhob der Beschwerdeführer erneut Beschwerde beim Reichsgericht, das wieder auf Verletzung des Vereinsrechtes entschied. Das Innenministerium sah sich schließlich auf Grund des zweiten Erkenntnisses bereit, das Erkenntnis zu akzeptieren.

⁸⁸¹ Vgl. Svoboda, Werner R. 1971: Die tatsächliche Wirkung der Erkenntnisse des Reichsgerichtes (1869–1918). In: Verdross, A. (Hrsg.): Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht 21. Wien/New York, S. 183–196, hier: S. 185–191.

⁸⁸² Vgl. Brauner, Wilhelm 1987: Die historische Entwicklung der modernen Grundrechte in Österreich, a.a.O., S. 22.

vorging, wo die Bismarck'schen Sozialistengesetze erlassen worden waren.. Das Resultat waren zwei Verordnungen der Regierung vom 30. 01. 1884: Mit der ersten Verordnung wurde die Geschworenengerichtsbarkeit in Wien und Korneuburg suspendiert und mit der zweiten war es der Regierung möglich für Taten, die als Hochverrat angesehen wurden und die Sicherheit der Person gefährdeten Ausnahmeverfügungen in Kraft zu setzten. Auf der Grundlage dieser Verordnungen wurden nun Ausnahmeverfügungen für die Gerichtshofsprengel Wien, Wiener Neustadt und Korneuburg erlassen. Mittels dieser Ausnahmeverfügungen wurden Grundrechte wie die Freiheit des Hausrechtes, der Person, die Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie die Meinungs- und Pressefreiheit vorübergehend aufgehoben. Des Weiteren konnten mit diesen Verfügungen hinsichtlich der Polizei- und Strafgewalt Ausnahmeanordnungen getroffen werden. „Eine Wirkung der Suspension des Grundrechtes der Freiheit der Person war nun, daß ‚Personen, welche die öffentliche Ordnung gefährden‘ durch die Sicherheitsbehörde aus dem Bezirke der Suspension oder aus einem Orte dieses Bezirkes ausgewiesen werden können, sofern sie nicht an eben diesem Orte oder in eben diesem Bezirke zuständig sind; daß ferner Personen, welche an einem Orte dieses Bezirkes zuständig sind, durch die Sicherheitsbehörde angewiesen werden können, ohne behördliche Bewilligung diesen Ort nicht zu verlassen.‘ Aufgrund dieser Verordnung ausgewiesene Personen, die ohne Erlaubnis in das Suspensionsgebiet zurückkehrten, unterlagen einer Geldstrafe bis 1000 Gulden oder einer Arreststrafe von bis zu sechs Monaten.“⁸⁸³ Die gesamte Verordnung der Regierung wurde schließlich vom Reichsrat – trotz heftiger Proteste im Abgeordnetenhaus – angenommen. Das Abgeordnetenhaus stimmte allerdings erst zu, nachdem die Regierung diesem versichert hatte, nur gegen „anarchistische Umtriebe“⁸⁸⁴ vorzugehen und diese unverzüglich wieder zurückzunehmen, wenn dieser Vorgang beendet wurde. Der führende Sozialdemokrat Victor Adler berichtete, dass bereits in der Nacht zum 31. 01. 1884, also in der Nacht, nachdem die Verordnung erlassen worden war, hunderte Sozialdemokraten von der Polizei gezwungen worden waren, das Gebiet, für das die Verordnung galt, zu verlassen. Das Abgeordnetenhaus kritisierte diese Ausweisungen scharf und diese wurden nicht nur von den Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus beanstandet. 1891 wurde die Verordnung schließlich – auch unter der weiter anhaltenden Kritik im Abgeordnetenhaus – außer Kraft gesetzt. Allerdings blieben jene

⁸⁸³ *Reiter*, Ilse 2001: Die Freizügigkeit auf dem Schubkarren. Zum Spannungsverhältnis von Ausweisungsrecht und Bewegungsfreiheit in der Habsburgermonarchie im ausgehenden 19. Jahrhundert: <http://fhi.rg.mpg.de/articles/0104reiter.htm> (14. 03. 2011).

⁸⁸⁴ Ebenda.

Personen, die ausgewiesen worden waren, weiterhin ausgewiesen. Nur wenn sie eine Bewilligung zur Heimkehr bekamen, durften sie wieder zurückkehren. Die Regierung sprach von 379 ausgewiesenen Personen (Alleine im ersten Jahr waren es 297), während das Abgeordnetenhaus diese Zahl anzweifelte. Dieses ging im Zeitraum zwischen 1884 und 1890 von 419 ausgewiesenen Personen aus.⁸⁸⁵

Neben dem Reichsgericht wurden noch weitere Höchstgerichte eingerichtet, die in den Staatsgrundgesetzen vorgesehen waren: 1. der Verwaltungsgerichtshof. Dieser wurde aber erst 1876 eingerichtet und konnte prinzipiell von allen Bürgern um Erledigung ihres Falles ersucht werden, sofern diese sich aufgrund einer gesetzwidrigen Entscheidung oder Verfügung einer Verwaltungsbehörde in ihren Rechten verletzt sahen. Zu den Zuständigkeiten des Verwaltungsgerichtshofes, der in Senaten entschied, gehörten nicht: Angelegenheiten, die von anderen Gerichten, wie z.B. den ordentlichen Gerichten oder dem Reichsgericht, erledigt werden mussten, bei Disziplinarangelegenheiten, bei Angelegenheiten, die in beiden Reichshälften verwaltet wurden (pragmatische und dualistische Angelegenheiten), bei Angelegenheiten, bei denen die Verwaltungsbehörden autonom entscheiden konnten etc.⁸⁸⁶

Die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes wurden auf Vorschlag der Regierung vom Kaiser ernannt, wobei mindestens die Hälfte derselben die Befähigung zum Amt des Richters haben musste.⁸⁸⁷

Die Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes hatten – im Gegensatz zum Reichsgericht – kassatorische Wirkung.⁸⁸⁸ Dies bedeutete, dass diese vom Staat respektiert werden bzw. Entscheidungen einer Verwaltungsbehörde auf der Grundlage der Erkenntnisse aufgehoben werden mussten, sofern der Verwaltungsgerichtshof dies anordnete. Gleich im ersten Jahr seines Bestehens musste der Verwaltungsgerichtshof über 271 Beschwerden behandeln. Bis zum Ende der Monarchie stieg die Anzahl auf ca. 10.000.⁸⁸⁹ Mit dem Verwaltungsgerichtshof wurde die gesamte Verwaltung (Staats-,

⁸⁸⁵ Vgl. *Reiter*, Ilse 2001: Die Freizügigkeit auf dem Schubkarren: a.a.O. (14. 03. 2011).

⁸⁸⁶ Vgl. *Hoke*, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 404.

⁸⁸⁷ Vgl. Gesetz vom 22. October 1875, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18760004&seite=00000085&zoom=2> (RGI. 1875/36) (03. 01. 2011).

⁸⁸⁸ Vgl. *Hoke*, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 404.

⁸⁸⁹ Vgl. Geschichte des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes. Von 1876 bis 1918. In: Website des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes:

<http://www.vwgh.gv.at/Content.Node/de/geschichte/frameset.php> (03. 01. 2011).

Landes-, Bezirks- oder Gemeindeverwaltung) unter gesetzliche Aufsicht gestellt, womit dem modernen Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung gedient wurde⁸⁹⁰.

Ein weiteres Höchstgericht war 2. der Staatsgerichtshof. Diesem oblag die gerichtliche Bestrafung von verantwortlichen Ministern, die gegen die Verfassung oder Gesetze verstoßen hatten. Für eine Anklageerhebung wurde in einem der beiden Häuser des Reichsrates eine Zweidrittelmehrheit benötigt. Der Staatsgerichtshof sollte aus 24 Mitgliedern bestehen, die je zur Hälfte vom Abgeordnetenhaus und vom Herrenhaus gewählt wurden. Allerdings wurde der Staatsgerichtshof nur mit 12 Mitgliedern tätig. Sowohl das anklagende Haus als auch der Angeklagte konnten je sechs Mitglieder des Staatsgerichtshofes wieder abwählen. Falls dieses Recht nicht angewandt wurde, entschied das Los über die 12 Mitglieder, die den Staatsgerichtshof verlassen mussten. Falls ein Minister verurteilt wurde, sollte dieser aus der Regierung entlassen werden. Allerdings konnte der Staatsgerichtshof dem verurteilten Minister befristet die politischen Rechte aberkennen und ihn aus dem Staatsdienst entfernen.

Zwar wurde mit dem Staatsgerichtshof die Ministerverantwortlichkeit unter Sanktion gestellt, allerdings wurde bis zum Ende der Monarchie kein einziges Mal die Ministeranklage erhoben.⁸⁹¹

Die Grundrechte wurden in zunehmendem Ausmaße nicht nur als Staatsbürgerrechte, sondern auch als Grundrechte für Nichtösterreicher, also als Menschenrechte, angesehen. Dafür entscheidend war insbesondere die stärker werdende Gleichstellung von Ausländern mit Inländern im Straf- und Zivilrecht, welche sich auch auf das Verfassungs- und Verwaltungsrecht ausbreitete. „So griff alsbald die Ansicht Platz, es stünden jene Grundrechte, welche nicht politische Mitwirkungsrechte gewährten, auch Ausländern zu, wie etwa die Freizügigkeit, die Unverletzlichkeit der Person und andere.“⁸⁹² Allerdings war es Ausländern nicht möglich aufgrund der Zuständigkeitsbestimmungen des Reichsgerichtes vor diesem Anklage zu erheben. Allerdings ging die Funktion der Grundrechte, als verpflichtende Grundsätze bzw. Staatszielbestimmungen zu existieren, mit der Einklagbarkeit vor dem Reichsgericht verloren. Die Grundrechte verblieben nur als „Abwehrrechte gegen den Staat“⁸⁹³.

⁸⁹⁰ Vgl. Hoke, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 404.

⁸⁹¹ Vgl. ebenda, S. 395; Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 161

⁸⁹² Brauner, Wilhelm 1987: Die historische Entwicklung der modernen Grundrechte in Österreich, a.a.O., S. 22.

⁸⁹³ Ebenda.

Mit der Grundrechtsgerichtsbarkeit wurde im österreichischen Staat ein – im Vergleich zum Großteil der anderen Verfassungsstaaten – hoher Standard im Hinblick auf die staatlichen Einrichtungen zum Schutz von Grundrechten der Staatsbürger errichtet. So wurde z.B. Bosnien-Herzegowina – nachdem diese zuvor türkische Provinzen 1908 der Habsburgermonarchie eingegliedert wurden – in ihrer Landesverfassung von 1910 mit Grundrechten ausgestattet, die sich nach dem StGG über die politischen Rechte der Staatsbürger richteten, allerdings zum Teil moderner waren als in Cisleithanien. So wurde z.B. das Briefgeheimnis um ein „Post- und Telegraphengeheimnis“ erweitert und es wurde festgehalten, dass eine Enteignung nur gegen eine Wiedergutmachung durchgeführt werden konnte.⁸⁹⁴

Trotz des Ausbaus des Rechtsstaates blieb die Wirkung einiger Grundrechte in der Praxis äußerst gering, wie z.B. deutlich bei Art. 2 des StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger zu sehen ist: Dieser besagte zwar – wie bereits erwähnt –, dass alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind, allerdings war ein großer Teil der Staatsbürgerrechte für Frauen nicht gültig. Dies betraf insbesondere die politischen Rechte, welche nach herrschender Meinung für Frauen nicht gültig waren. Nicht nur ihnen, sondern auch einem Großteil der männlichen Bevölkerung wurde das Wahlrecht nicht zuerkannt und bis zur Jahrhundertwende war es Frauen nicht erlaubt, die Matura zu absolvieren und ein Hochschulstudium zu beginnen.⁸⁹⁵ Hinsichtlich der in der Verfassung vorgesehenen Gleichberechtigung aller Volksstämme wurden – wie bereits erwähnt – zwar einzelne Zugeständnisse in verschiedenen Ländern, insbesondere im Hinblick auf die Amtssprache, die Repräsentation in den Landtagen sowie die Schulpolitik gemacht, eine Gleichberechtigung im Sinne eines Ausgleiches – nicht nur mit den Ungarn, sondern mit allen Nationalitäten – wurde allerdings nicht eingerichtet.⁸⁹⁶

Aufgrund des Ausbaus des Rechtsstaates sowie der in der Praxis herrschenden Ungleichheit der Bevölkerung vor dem Gesetz kann nicht von einem modernen, sondern es muss von einem frühmodernen Verfassungsstaat gesprochen werden.

⁸⁹⁴ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm 1987: Die historische Entwicklung der modernen Grundrechte in Österreich, a.a.O., S. 22–23.

⁸⁹⁵ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 239.

⁸⁹⁶ Siehe Unterkapitel 4.4.2. dieser Arbeit.

5.4.5 Ordentliche Gerichtsbarkeit

Langfristig blieb die Gerichtsbarkeit eine Angelegenheit des österreichischen Gesamtstaates. Diese wurde auf der Basis des StGG über die richterliche Gewalt in den Ländern von staatlichen Gerichten durchgeführt.⁸⁹⁷ Nachdem das StGG über die richterliche Gewalt die Trennung von Verwaltung und Justiz in allen Instanzen vorsah, wurden jene justiziellen Agenden, die die einstigen Bezirksamter vor der Inkraftsetzung des StGG innehatten auf die wieder eingerichteten Bezirksgerichte übertragen. Des Weiteren wurden die Bezirkskollegialgerichte, welche im Zuge der 1849er-Verfassung errichtet worden waren, nicht wieder errichtet, weswegen sich die Organisation der Zivil- und Strafgerichte in drei Instanzen gliederte: die „Bezirksgerichte“ als erste Instanz in Straf- und Zivilsachen (Übertretungen). In Wien, Triest und Prag wurden eigene „Handelsbezirksgerichte“ errichtet. Als zweite Instanz über den Bezirksgerichten bzw. als erstinstanzliche Straf- und Zivilgerichte (Vergehen, Verbrechen) entschieden die „Kreis-(Landes)gerichte“. Bei diesen Gerichtshöfen erster Instanz traten bei bestimmten Vergehen und Verbrechen Geschworenengerichte (also mit Geschworenenbank und drei Berufsrichtern als Schwurgerichtshof) zusammen. Wien, Triest und Prag besaßen des Weiteren „Handelsgerichtshöfe“. Als zweite Instanz über den Kreis-(Landes-)gerichten standen die „Oberlandesgerichte“ und schließlich als dritte Instanz der „Oberste Gerichts- und Kassationshof“. Dieser hatte die Aufgabe, die Rechtsgleichheit und Rechtseinheit in den Ländern des österreichischen Staates zu wahren.

Als Sondergerichte waren die „Gewerbegerichte“ tätig, die über Rechtsstreitfällen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entschieden, welche aus dem Arbeits- bzw. Lehrverhältnis entstanden. Allerdings saßen in diesen keine Berufsrichter, sondern Arbeitnehmer und Arbeitgeber.⁸⁹⁸

Bei 25 Straftaten (darunter Pressedelikte, politische Delikte und Schwere Kriminalität) waren Geschworenengerichte zuständig. Das Geschworenengericht setzte sich aus drei Berufsrichtern und 12 Geschworenen zusammen. Letztgenannte entschieden nur über die Schuld eines Angeklagten, während die Richter alleine über die Höhe der Strafe entschieden.⁸⁹⁹ Zum Geschworenennamt zugelassen waren nur Männer, die im Genuss ihrer bürgerlichen Rechte waren, das 30. Lebensjahr vollendet hatten, einen bestimmten Steuersatz von mindestens 10 fl. bzw. an Orten mit mehr als 300.000 Einwohnern 20 fl.

⁸⁹⁷ Vgl. Hoke, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 399.

⁸⁹⁸ Vgl. Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 174–175.

⁸⁹⁹ Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 237.

bezahlt und das Heimatrecht in einer Gemeinde besaßen. Des Weiteren waren – unabhängig vom Steuersatz – jene Männer zugelassen, die zum Stande der Advokaten, Notare, Professoren oder Lehrer an Hoch- und Mittelschulen gehörten oder an einer inländischen Universität promovierten.⁹⁰⁰ Mittels Verordnung konnte die Regierung, sofern es zur „Sicherung einer unparteiischen und unabhängigen Rechtsprechung als notwendig“⁹⁰¹ erachtet wurde, die Wirksamkeit der Geschworenengerichte für maximal eine Dauer von einem Jahr für ein bestimmtes Gebiet eingestellt werden.⁹⁰² Vor allem bei nationalen Unruhen sowie während des Ersten Weltkrieges wurden die Bestimmungen dieses Gesetz in die Praxis umgesetzt.⁹⁰³ (Auf der Basis dieses Gesetzes wurde 1884 – wie bereits erwähnt – die Geschworenengerichtsbarkeit für Wien und Korneuburg suspendiert.)

Mit der Strafprozessordnung von 1873, die aufgrund der Konstitutionalisierung des Staates notwendig geworden war, wurden die Grundsätze der Mündlichkeit, Öffentlichkeit, des Anklageprozesses und der freien Beweiswürdigung wiedereingeführt.⁹⁰⁴ Des Weiteren wurde v.a. mit der Inkraftsetzung der Jurisdiktionsnorm und der Zivilprozessordnung 1895⁹⁰⁵ sowie der Exekutionsordnung von 1896⁹⁰⁶ laut Brauner am 01. 01. 1898 die moderne Zivilgerichtsbarkeit etabliert.⁹⁰⁷

Die Richter waren nun mit diesen Reformen wieder – wie in Folge der Verfassungen von 1848 und 1849 – unabhängig und selbstständig in der Ausübung ihres richterlichen Amtes.⁹⁰⁸

⁹⁰⁰ Vgl. Gesetz vom 23. Mai 1873, betreffend die Bildung von Geschworenenlisten:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18730004&seite=00000503&zoom=2> (RGI. 1873/121) (04. 01. 2011).

⁹⁰¹ Gesetz vom 23. Mai 1873, betreffend die zeitweise Einstellung der Geschworenengerichte:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18730004&seite=00000502&zoom=2> (RGI. 1873/120) (04. 01. 2011).

⁹⁰² Vgl. ebenda.

⁹⁰³ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 237.

⁹⁰⁴ Vgl. Strafprozessordnung vom 23. 05. 1873: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18730004&zoom=2&seite=00000397&x=17&y=4> (RGI. 1873/119) (04. 01. 2011); Vgl. *Brauner*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 171.

⁹⁰⁵ Siehe RGI. 1895/110–113. Zit n. ebenda.

⁹⁰⁶ Siehe RGI. 1896/79. Zit n. *Brauner*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 171.

⁹⁰⁷ Vgl. ebenda.

⁹⁰⁸ Vgl. *Brauner*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 175.

5.4.6 Länder und Gemeinden

Wie bereits erwähnt, gab es mit den Staatsgrundgesetzen 1867 nur wenige Veränderungen bzgl. der Stellung der Länder und Gemeinden⁹⁰⁹. Die Landesordnungen von 1861 blieben weiterhin in Kraft, allerdings wurden die Organe der Länder und Gemeinden – genauso wie jene des Gesamtstaates – der Kontrolle des Reichsgerichtes sowie des Verwaltungsgerichtshofes und damit einer Bindung an die Konstitution unterworfen.

Aufgrund der Tatsache, dass alle Gegenstände, die nicht ausdrücklich dem Reichsrat vorbehalten waren, zum Wirkungsbereich der Länder gehörten, kamen immer mehr Kompetenzen zu den Ländern und die Landtage, dessen Vorsitz der aus deren Mitte vom Kaiser ernannte „Landeshauptmann“ bzw. „Landmarschall“ führte, erfuhren eine immense Erweiterung ihres Einflusses in der Gesetzgebung und damit im politischen System der Länder. Außerdem kam ohne den Beschluss des Landtages kein Landesgesetz zustande und auf Landesebene existierte außerdem kein Notverordnungsrecht des Kaisers. Allerdings musste der Monarch den Gesetzesentwurf sanktionieren und konnte ohne nähere Begründung seine Sanktion verweigern. Damit besaß der Kaiser wiederum ein absolutes Veto.⁹¹⁰ Bis zur Wahlrechtsreform 1873 hatten die Landtage – wie bereits erwähnt – das Recht, Abgeordnete zum Abgeordnetenhaus zu entsenden. Mit der Wahlrechtsreform bzw. der Einführung der Wahl des Abgeordnetenhauses wurde den Ländern dieses Recht entzogen, womit sie ihren Einfluss auf die gesamtstaatliche Gesetzgebung verloren. „[A]ndererseits läßt die Verfassung 1867 mit ihrer Kompetenzaufteilung zwischen Gesamtstaat und Ländern die legislatorische Tätigkeit des Landtages nicht mehr als ein bloßes ‚Mitwirken‘⁹¹¹ an der (staatlichen) Gesetzgebung des Monarchen erscheinen [...], sondern als autonome ‚Landesgesetzgebung‘“⁹¹² Aufgrund der erweiterten Aufgaben der Länder in der Gesetzgebung wurden auch die Kompetenzen der „autonomen“ Landesverwaltung erweitert.⁹¹³ Im Wesentlichen fielen in die Kompetenz der Landesverwaltung, als dessen Organ der vom Landtag aus dessen Mitte gewählte „Landesausschuss“ (an deren Spitze

⁹⁰⁹ Zur Stellung der Länder und Gemeinden in Verfassungstheorie und Wirklichkeit: Siehe Kapitel 3.5.2. und 3.6.2. dieser Arbeit.

⁹¹⁰ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 238–239.

⁹¹¹ Bis 1918 besaß der Landtag zumindest in der Verfassungstheorie ein „Mitwirkungs“-recht an dem dem Kaiser vorbehaltenen Recht, Gesetze zu geben sowie abzuändern und aufzuheben: Vgl. *Schmitz*, Georg 2001: Die Landtage von 1861 bis 1918. In: Bruckmüller, Ernst (Hrsg.): *Parlamentarismus in Österreich*. Wien, S. 40–59, hier: S. 42.

⁹¹² *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 177.

⁹¹³ Vgl. ebenda, S. 175–177.

der vom Kaiser ernannte „Landeshauptmann“ stand) fungierte, die Wohlfahrtspflege sowie die Verwaltung des Landesvermögens. Obwohl es zu einer Erweiterung der Kompetenzen der autonomen Landesverwaltung kam, waren diese auf dem Gebiet der Verwaltung wesentlich enger als in der Gesetzgebung. Deswegen wurde ein Teil der Landesgesetze durch Behörden des Gesamtstaates, wie z.B. die Landesregierung und Bezirkshauptmannschaft, vollzogen. Dadurch entwickelte sich eine „Zweiheit der Verwaltung“, einerseits von gesamtstaatlichen- und andererseits von Landesbehörden.⁹¹⁴ Der Ausweitung der Landeskompetenzen konnte ein Riegel vorgeschoben werden, da dem österreichischen Gesamtstaat weiterhin die Kompetenz-Kompetenz zustand. Außerdem muss festgehalten werden, dass sich die Organisation der gesamtstaatlichen Verwaltung an die Länder anschloss, da diese für gewöhnlich gleichzeitig als staatliche Verwaltungssprengel existierten. Des Weiteren bestanden weitere Verflechtungen zwischen Gesamtstaat und Land: Einerseits konnten Regierungsvertreter, v.a. der Statthalter, jederzeit in den Landtag kommen und das Wort ergreifen, andererseits war eine Abgabe von einzelnen staatlichen Geschäften an die autonomen Landes-, Bezirks- und Gemeindevertretungen möglich. Dabei war Vorarlberg benachteiligt, da ihre staatliche Verwaltung von Tirol aus von der Statthalterei in Innsbruck erledigt wurde. Dadurch wurde seitens Vorarlbergs nachdrücklich eine eigene staatliche Mittelbehörde in Vorarlberg gefordert, was allerdings 1900 abgelehnt wurde. Des Weiteren zeigte sich die autonome Landesverwaltung den steigenden Kompetenzen nicht immer gewachsen: 1913 wurde Böhmen und 1916 Dalmatien vom Gesamtstaat in kommissarische Verwaltung, also unter eine einheitlich-staatliche Verwaltung ohne Dualismus mit Landesbehörden, gestellt.

Bei der lokalen Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden kam es zu keinen wichtigen Veränderungen: Aufgrund der Errichtung von Ärztekammern 1892 und Ingenieurskammern 1913 wurde die berufliche Selbstverwaltung ausgebaut. Verfassungsrechtlich von Bedeutung waren die Handels- und Gewerbekammern, da diese bis 1907 Vertreter in den Reichsrat und bis 1918 in die Landtage versandte.

Die Landtage entsprachen – genauso wie der Reichsrat auf gesamtstaatlicher Ebene – mit ihrem Kurienwahlrecht nicht den konstitutionellen Ansprüchen einer Volksvertretung. Im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus, welches ab 1907 mittels allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Männerwahlrechts gewählt wurde,

⁹¹⁴ Vgl. *Lehner, Oskar* ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 238–239.

existierte bei den Landtagen bis 1918 das Kurienwahlrecht. Sogar jene Reformen, die dem Wahlrecht des Reichsrates vor 1907 unterlagen, wurden in den Landtagen nur mit großen Vorbehalten übernommen. Bis 1918 blieben die Landtage Interessensvertretungen auf ständisch-konservativer Basis.

Die Reformen waren je nach Land verschieden: So wurde in jedem Land bis ausgenommen in Tirol bis 1909 die allgemeine Wählerklasse eingeführt, diese allerdings mit unterschiedlicher Mandatsanzahl ausgestattet. So betrug die Anzahl der Mandate in Österreich ob der Enns 58 von 127 (ca. 45 %), in Kärnten allerdings nur vier von 43 (ca. 9 %). Des Weiteren wurden schrittweise die geheime, schriftliche Wahl anstatt der am Land noch stattgefundenen mündlichen und öffentlichen Wahl sowie die indirekte durch die direkte Wahl ersetzt. Des Weiteren wurde das Proportionalwahlrecht selten angewendet, wie z.B. für die Abgeordneten Wiens im unterenrösischen Landtag, die noch dazu nur noch in der Allgemeinen Wählerklasse gewählt wurden. Mit der Landesordnung für Österreich ob der Enns 1907 wurde die Wahl der Kurien beibehalten und wurde neu strukturiert: 1. Virilisten, Großgrundbesitzer, Handels- und Gewerbekammern, 2. Städte und Märkte, allerdings ohne Wien und 3. Allgemeine Wählerklasse. Des Weiteren bestimmte die Kuriengliederung nicht nur – wie bisher – die Wahl zum Landtag, sondern auch die Stimmabgabe in diesem Gremium insofern, als gegen den Wunsch einer Kurie die Landesordnung nicht verändert werden konnte. Außerdem existierten gewisse Beschränkungen in der Allgemeinen Wählerklasse, wie z.B. die Dauer des Wohnsitzes oder die Mitgliedschaft in der Gemeinde.

Der Nationalitätenkonflikt betraf nicht nur die Ebene des Gesamtstaates, sondern auch jene der Länder, da die meisten dieser Länder Siedlungsgebiete vieler Nationen waren und dieser Konflikt somit auch auf politischer Ebene eine Bühne fand: Durch den „mährischen Ausgleich“ 1905 wurde in Mähren sowie in der Bukowina 1910 das sog. „Prinzip der nationalen Kataster“ eingeführt. Dies bedeutete, dass die Länder in Nationalitätenwahlbezirke (In der Bukowina wurden rumänische, polnische, ruthenische und deutsche Wahlbezirke gebildet) oder –Wahlkreise (Mähren wurde in deutsche und tschechische Wahlkreise geteilt) geteilt wurden und die jeweiligen Nationalitäten aus ihrer Mitte ihre Abgeordneten wählten.

Des Weiteren nahmen sich die italienischen Abgeordneten drei Möglichkeiten zum Ziel: Entweder einen eigenen Landtag für das Trentino bzw. „Welschtirol“, die Bildung eines Welschtiroler Kreises unter einem Kreisausschuss in Trient oder die Teilung des Tiroler

Landtages in nationale Abschnitte. Letzterer Vorschlag sollte mit der Landesordnungs-Novelle von 1901 verwirklicht werden, allerdings wurde der Antrag vom Landtag abgelehnt. Der Existenz zweier Nationalitäten wurde Rechnung getragen, indem die Landesverwaltung nationale Abschnitte in Landeskulturrat und Landesschulrat errichtete, während die staatliche Verwaltung eine Statthalterei-Expositur für den italienischen Teil in Trient schuf. Außerdem wurden in Tirol sowie in der Steiermark die Landesgesetzblätter zweisprachig geführt.⁹¹⁵

Aufgrund der Kompetenzerweiterung der Landtage ist ein deutlicher Bedeutungszuwachs der Länder innerhalb des Gesamtstaates zu erkennen. Neben der Stellung der Landtage in der Gesetzgebung und der Existenz einer autonomen Landesverwaltung kann eventuell von einem Vorhandensein eines Staates in den jeweiligen Ländern gesprochen werden. Wegen der Stellung des Kaisers neben den Landtagen in der Gesetzgebung sowie der Aufgaben, die die gesamtstaatlichen mittleren Verwaltungsbehörden (Statthaltereien, Bezirkshauptmannschaften) mit kaisertreuen Beamten übernahmen (wie z.B. die Vollziehung von Landesgesetzen), ist deutlich zu sehen, dass die Länder nicht souverän agieren konnten. Somit darf nicht – wie bei Brauner – von einem „Teilstaat“⁹¹⁶ gesprochen werden. Es existierte kein souveräner Staat in den Ländern.

Auch die Ortsgemeinde erfuhr einen Bedeutungszuwachs, allerdings war dieser nicht durch eine Änderung der Verfassung erreicht worden, sondern durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die steigende Anzahl der Bevölkerung vieler Gemeinden, insbesondere von Landeshauptstädten, Verkehrsknotenpunkten und Industrieorten. In diesen Gemeinden entwickelten sich unermüdliche kommunale Aktivitäten z.B. mittels Aufbau von Straßenbahnen, einer Elektrizitäts- und Gasversorgung etc. oder eines kommunalen bzw. von anderer Stelle geförderten Schulwesens. Einige der Gemeinden wurden mit dem Titel „Stadt“ versehen und somit zur Stadt erhoben, ohne sonderliche Unterschiede zu anderen Gemeinden bzgl. der Rechtsstruktur, wie z.B. Amstetten, das 1897 oder Melk, das 1898 zur Stadt erklärt wurde. Allerdings wurden nur wenige dieser Titularstädte zu Statutarstädten erhoben und mittels Integration kleinerer benachbarter Ortschaften vergrößert, wie z.B. Wien.

⁹¹⁵ Vgl. Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 164–165/174–177.

⁹¹⁶ Ebenda, S. 178.

Bezüglich der Einrichtung der Bezirksgemeinde muss von einer regressiven Tendenz gesprochen werden, da diesbezüglich in sechs Ländern entsprechende Landesgesetze eingingen, aber nur in drei Ländern Bezirksgemeinden eingerichtet wurden.⁹¹⁷

Nach dem Reichsgemeindegesetz 1862 unterstanden die Gemeinden im übertragenen staatlichen Wirkungsbereich den Verwaltungsbehörden des Gesamtstaates (Bezirkshauptmannschaft – Statthaltereie – Landesregierung – k.k. Ministerium). Dagegen wurden die Gemeinden in deren selbstständigem Wirkungsfeld vom Landesausschuss verwaltet, welcher auch als Rechtsmittelinstanz gegen Beschlüsse der Gemeindeausschüsse fungierte.⁹¹⁸

5.4.7 Der Erste Weltkrieg und das Ende des monarchischen Verfassungsstaates

Der Anfang vom Ende des monarchischen Verfassungsstaates wurde nicht durch den Ersten Weltkrieg ausgelöst:

Bereits am 16. 03. 1914 vertagte Franz Joseph I. den durch die tschechische Obstruktion nicht funktionsfähigen Reichsrat, weswegen der Kaiser von nun an die Gesetzgebung auf der Basis des § 14-Notverordnungsrechts ausübte. Der Reichsrat wurde erst wieder am 30. 05. 1917 einberufen.⁹¹⁹

Der unmittelbare Anlass für den Beginn des Ersten Weltkrieges lag in der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand⁹²⁰ und seiner Gattin am 28. 06. 1914 in Sarajewo durch den bosnischen Serben Gavrilo Princip, an der weitere sieben Attentäter der Geheimorganisation „Schwarze Hand“, die in Serbien ausgebildet und mit Waffen ausgerüstet worden waren, beteiligt waren. Zwar reichte die Organisation des Attentats bis in den Generalstab Serbiens, allerdings existierten 1914 keine Beweise bzgl. einer Mitwisserschaft der serbischen Regierung von den Attentatsplänen: So war Legationsrat Wiesner, der im Auftrag des k.u.k. Außenministeriums in Sarajewo weilte überzeugt, dass eine solche Mitwisserschaft völlig unrealistisch sei. Auf der anderen Seite konnte Wien vonseiten Serbiens keine Hilfestellung bei der Aufklärung des Verbrechens

⁹¹⁷ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 178.

⁹¹⁸ Vgl. *Hoke*, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 399.

⁹¹⁹ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 249/251.

⁹²⁰ Franz Ferdinand wurde zur Feindfigur vieler national eingestellter Serben, da der Thronfolger – im Sinne eines Umbaus der Monarchie – den Zusammenschluss der Südslawen unter Führung der Kroaten mit der Annexion des unabhängigen Serbien vertrat. In: Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 267.

erhoffen. So konnte der Eisenbahner Milan Čiganović, der an dem Attentat beteiligt war, mithilfe Serbiens nach Albanien flüchten⁹²¹

Der Grund für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges liegt selbstverständlich keineswegs im Attentat, vielmehr war dieses Attentat der Anlass und nicht die Ursache für diesen militärischen Konflikt. Die Ursache lag im jahrzehntelangen Konflikt der imperialistischen Großmächte Europas im Hinblick auf die Aufteilung der Macht sowie des Einflusses in Europa und in der Welt.⁹²² Der Reichskanzler des Deutschen Kaiserreiches, Otto von Bismarck, suchte nach der Etablierung des Deutschen Kaiserreiches 1871, welches nach dem Sieg des Norddeutschen Bundes im Krieg gegen Frankreich gegründet worden war, nach außenpolitischer Konsolidierung.⁹²³ Resultat dieser Außenpolitik war der „Dreikaiserbund“, eine politische Einigung der Kaiser von Österreich (Franz Joseph I.), dem Deutschen Kaiserreich (Wilhelm I.) und dem Russischen Zarenreich (Alexander II.) v.a. auf der Basis von deren gemeinsamen Interessen, insbesondere der Verteidigung der Monarchie gegen republikanische Tendenzen, die bei der Berliner Dreikaiserzusammenkunft 1872 erörtert wurden. Diese politische Einigung wurde schließlich am 22. 10. 1873 durch das „Dreikaiserabkommen“ gefestigt. Aufgrund des Gegensatzes zwischen Österreich-Ungarn und Russland auf dem Balkan stand diese Einigung auf tönernen Füßen. Nachdem der Russisch-Türkische Krieg von 1877/78 beendet worden war, war es für Russland möglich, seinen Einflussbereich am Balkan immens zu vergrößern. Österreich-Ungarn und Großbritannien mussten somit um ihre Interessen am Balkan fürchten. Vom 13. 06. 1878 bis zum 13. 07. 1878 kam es zu einer Zusammenkunft europäischer Großmächte und dem Osmanischen Reich in Berlin. Russland verzichtete auf das Protektorat Großbulgarien, welches in ein selbstständiges Fürstentum und in eine osmanische Provinz Ostrumelien aufgeteilt wurde. Russland bekam als Ausgleich Teile Bessarabiens von Rumänien, welches ebenso wie Montenegro und Serbien für souverän erklärt wurde. Das Mandat zur Besetzung von Bosnien und der Herzegowina erhielt Österreich-Ungarn und Großbritannien bekam die Insel Zypern. Die Missstimmung des Zarenreiches wegen der Minderung der Macht auf dem Balkan führte zu einer Belastung des Friedens in Europa und daraufhin wurde zur Absicherung des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns der sog. „Zweibund“ zwischen diesen beiden Mächten begründet. Dieser Zweibund war ein am 07. 10. 1879 geschlossenes

⁹²¹ Vgl. Zöllner, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 478–479.

⁹²² Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 249.

⁹²³ Vgl. Dülffer, Jost ³2006: Deutschland als Kaiserreich (1871–1918). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 517–615, hier: S. 529.

Defensivbündnis zwischen beiden Kaiserreichen, in dem sich beide Mächte bei einem Angriff Russlands sowie bei der Unterstützung des Zarenreiches beim Angriff einer weiteren Macht (Hier ist v.a. Frankreich gemeint) zu gegenseitiger militärischen Hilfestellung verpflichteten. „Bei alleinigem Angriff einer anderen Macht auf einen Bündnispartner war der andere zu wohlwollender Neutralität verpflichtet.“⁹²⁴ Am 20. 05. 1882 wurde der sog. „Dreibund“ zwischen Österreich-Ungarn, dem Deutschen Kaiserreich und Italien geschlossen. Italien sah sich infolge der Besetzung Tunesiens durch Frankreich in seinen kolonialen Interessen eingeschränkt, weswegen Rom dieses Bündnis schloss: Italien versicherte nur im Falle eines unprovzierten Angriffs auf das Deutsche Reich, allerdings nicht auf Österreich-Ungarn, seine Hilfestellung. Sobald allerdings einer der Bündnispartner von zwei oder mehreren Großmächten angegriffen werden würde, trat der Bündnisfall ebenfalls ein. „Bei Bedrohung eines Bündnispartners durch eine andere Großmacht samt folgendem Krieg sollten die beiden anderen wohlwollende Neutralität wahren.“⁹²⁵ Eine Friedensgarantie sollte erreicht werden, indem das Deutsche Reich mit dem Russischen Zarenreich 1887 den sog. „Rückversicherungsvertrag“ abschloss. Dieser besagte, dass beide Länder im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung neutral bleiben mussten. Dieser Vertrag galt für drei Jahre und wurde nach der Entlassung Bismarcks 1890 von dessen Reichskanzlernachfolger Leo von Caprivi nicht mehr erneuert.⁹²⁶

1894 wurden ebenso zwischen Frankreich und Russland, 1904 zwischen Großbritannien und Frankreich und 1907 zwischen Großbritannien und Russland Beistandsbündnisverträge geschlossen⁹²⁷, insbesondere im Falle eines Krieges mit dem Deutschen Kaiserreich.⁹²⁸

Am 23. 07. 1914 wurde der serbischen Regierung vonseiten Österreich-Ungarns ein inakzeptables Ultimatum überreicht, nachdem bereits im Gemeinsamen Ministerrat vom 07. 07. 1914 der Krieg gegen Serbien beschlossen worden war. Dem Großteil des Ultimatums stimmte die serbische Regierung zwar zu, doch konnte diese einen Punkt nicht erfüllen: Serbien sollte die Verfolgung der Attentäter auf serbischem Hoheitsgebiet österreichisch-ungarischen Behörden anvertrauen, obwohl der Mord auf österreichischem Hoheitsgebiet begangen worden war und die Mörder österreichische

⁹²⁴ Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus Geschichte, a.a.O., S. 988.

⁹²⁵ Ebenda, S. 185.

⁹²⁶ Vgl. Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus Geschichte, a.a.O., S. 90/185/186/768/988.

⁹²⁷ Vgl. *Vocelka*, Karl 2000: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 266.

⁹²⁸ Vgl. Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus Geschichte, a.a.O., S. 209.

Staatsbürger waren. Die serbische Regierung sah in diesem möglichen Schritt eine Verletzung der Souveränität Serbiens, weswegen – wie in Wien erwartet – das Ultimatum zurückgewiesen wurde.⁹²⁹ Der Konflikt zwischen der Habsburgermonarchie und Serbien spitzte sich zu, da Russland Serbien seine Unterstützung in diesem Konflikt zusagte. Russland konnte wiederum auf die Hilfe Frankreichs zählen, während das Deutsche Reich die Habsburgermonarchie in diesem Konflikt unterstützte. Am 28. 07. 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Russland reagierte auf die Kriegserklärung am 30. 07. 1914 mit der Generalmobilmachung seiner Armee und erst einen Tag später folgte die österreichische Generalmobilmachung. Am 01. 08. 1914 erklärte das Deutsche Reich Russland den Krieg, um einer vollen Geltung des Masseneinsatzes Russlands zuvorzukommen, „da aber ein Zweifrontenkrieg unvermeidlich schien und für diesen Fall die Offensive im Westen unter hinhaltender Abwehr im Osten vorgesehen war“⁹³⁰, wurde am 03. 08. 1914 vonseiten des Deutschen Reiches Frankreich der Krieg erklärt. Nachdem deutsche Truppen im neutralen Belgien einmarschiert waren, erklärte Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg, am 05. 08. 1914 erklärte wiederum Montenegro Österreich-Ungarn den Krieg und am 06. 08. 1914 erfolgte die Kriegserklärung der Habsburgermonarchie an Russland.⁹³¹

Der Erste Weltkrieg hatte somit begonnen.

Welche Auswirkungen hatte der Erste Weltkrieg auf den österreichischen Verfassungsstaat? Nicht nur der Reichsrat wurde vor Kriegsbeginn vertagt, sondern bereits am 25. 07. 1914, also an jenem Tag, an dem Serbien das Ultimatum ablehnte, wurden auf der Basis des Art. 20 des StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, der die Aufhebung bestimmter Grundrechte vorsah sowie auf der Basis des RGBL 1869/66, welches auf der Grundlage dieses StGG die Aufhebung dieser Grundrechte vorsah, sobald ein Krieg bevorstand, während eines Krieges, bei inneren Unruhen und wenn durch bestimmte Handlungen die Verfassung und die persönliche Sicherheit bedroht war⁹³². Mit dem RGBL 1914/158 wurden folgende Grundrechte aufgehoben: die Meinungs- und Pressefreiheit, die Freiheit der Person, die

⁹²⁹ Vgl. *Rumpler*, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa, a.a.O., S. 571; Vgl. *Vajda*, Stephan 1980: Felix Austria. Eine Geschichte Österreichs. Wien, S. 564.

⁹³⁰ *Zöllner*, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs, a.a.O., S. 480–481.

⁹³¹ Vgl. ebenda, S. 480–481.

⁹³² Vgl. Gesetz vom 5. Mai 1869, womit auf Grund des Artikel 20 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, R.G.Bl. Nr. 142, die Befugnisse der verantwortlichen Regierungsgewalt zur Verfügung zeitweiliger und örtlicher Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen bestimmt werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18690004&seite=00000303&zoom=2> (RGBL 1869/66) (14. 02. 2011).

Unverletzlichkeit des Hausrechts, der Schutz des Briefgeheimnisses sowie die Versammlungs- und Vereinsfreiheit⁹³³. Des Weiteren wurde der Telefon- und Telegraphenverkehr unter staatliche Überwachung gestellt⁹³⁴ und die Aktivität der Geschworenengerichte wurde – auf Grundlage des Gesetzes vom 23. 05. 1873⁹³⁵ – nachdem der Oberste Gerichtshof angehört worden war – eingestellt⁹³⁶. Ferner wurde ein großer Teil der Zivilbevölkerung für bestimmte Vergehen, wie z.B. für Mord, Totschlag, Hochverrat, Majestätsbeleidigung und Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses sowie für Aufruhr, Aufstand etc. unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt.⁹³⁷ In weiten Teilen der slawischen⁹³⁸ und der italienischen Gebiete sowie in Kärnten, Krain, Tirol, Vorarlberg, Salzburg und der Steiermark wurden die zivilen Verwaltungsbehörden dem Armeekommandanten unterstellt⁹³⁹.

Mit dem „Kriegs-Überwachungsamt“ wurde ohne gesetzliche Basis eine geheime Zentralstelle etabliert, welche Ausnahmeverfügungen überwachen konnte und die leitende Behörde im Hinblick auf den Umgang mit den Ausnahmeverfügungen darstellte.⁹⁴⁰

⁹³³ Vgl. Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, womit Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen verfügt werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000825&x=11&y=9> (RGI. 1914/158) (14. 02. 2011).

⁹³⁴ Vgl. Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914 über die Einschränkung und Überwachung des Telegraphen- und Telephonverkehrs: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&seite=00000843&zoom=2> (RGI. 1914/167) (14. 02. 2011).

⁹³⁵ Siehe dazu: Gesetz bzgl. der zeitweiligen Einstellung der Geschworenengerichte vom 23. 05. 1873: a.a.O. (04. 01. 2011).

⁹³⁶ Vgl. Verordnung des Gesamtministeriums vom 29. August 1914 über die Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000973&x=11&y=3> (RGI. 1914/228) (14. 02. 2011).

⁹³⁷ Vgl. Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 25. Juli 1914, über die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000821&x=12&y=10> (RGI. 1914/156) (17. 02. 2011); Vgl. Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 4. November 1914, womit der Stillstand der ordentlichen Gerichtsbarkeit Zivilpersonen der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00001170&x=11&y=1> (RGI. 1914/307) (17. 02. 2011); Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 250.

⁹³⁸ Vgl. Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 25. Juli 1914, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung an den Höchstkommmandierenden in Bosnien, Hercegowina und Dalmatien: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000815&x=11&y=3> (RGI. 1914/153) (15. 02. 2011); Vgl. Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000891&x=19&y=15> (RGI. 1914/186) (15. 02. 2011).

⁹³⁹ Vgl. Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 23. Mai 1915, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung: a.a.O. (15. 02. 2011).

⁹⁴⁰ Vgl. *Lehner*, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 249.

Am 10. 10. 1914 ermächtigte Franz Joseph I. die Regierung mittels kaiserlicher § 14-Notverordnung „[...] die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen.“⁹⁴¹ Nachfolger dieser Verordnung waren – nachdem der Reichsrat am 30. 05. 1917 wiedereinberufen worden war – die „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetze“

Nicht nur der Reichsrat wurde bis zum Mai 1917 vertagt und die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die verfassungsmäßig für 1917 vorgesehen waren, nicht abgehalten und mittels Gesetz (also mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates) bis zum 31. 12. 1918 das Abgeordnetenmandat der 1911 gewählten Mitglieder des Abgeordnetenhauses verlängert⁹⁴², auch die Landtage der Länder des österreichischen Staates wurden zwischen 1915 und dem Kriegsende 1918 nicht mehr versammelt⁹⁴³.

Mithilfe des Art. 20 des StGG über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger und dessen Ausführungsgesetz von 1869 und insbesondere des § 14 des Gesetzes über die Reichsvertretung konnte also der österreichische Verfassungsstaat mit Beginn des Ersten Weltkrieges eliminiert werden: Der Reichsrat wurde vertagt und in der Folge die Landtage nicht mehr einberufen, der Kaiser regierte somit mithilfe des § 14-Notverordnungsrechts, wichtige für den Verfassungsstaat bzw. für die Bevölkerung unerlässliche Grundrechte wurden – wie es die Verfassungstheorie vor einem unmittelbaren Kriegskonflikt bzw. während eines Krieges vorsah – suspendiert, die Wirksamkeit der Geschworenengerichtsbarkeit eingestellt, ein Teil der Zivilbevölkerung bzw. bestimmte Straftaten unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt und das wirtschaftliche Leben und die Versorgung der Bevölkerung wurde – mit Ermächtigung des Kaisers – einzig und allein von der Regierung geregelt.

⁹⁴¹ Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 10. Oktober 1914, mit welcher die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00001113&x=7&y=12> (RGBl. 1914/274) (15. 02. 2011).

⁹⁴² Vgl. Gesetz vom 16. Juli 1917, betreffend die Verlängerung der Wahlperiode der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrates: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19170004&zoom=2&seite=00000729&x=14&y=5> (RGBl. 1917/300) (15. 02. 2011).

⁹⁴³ Vgl. Schmitz, Georg 2001: Die Landtage von 1861 bis 1918, a.a.O., S. 55.

Innerhalb weniger Wochen konnte also aufgrund des Ersten Weltkrieges der Verfassungsstaat auf der Basis der Staatsgrundgesetze 1867 abgeschafft und eine „autoritäre Kriegsdiktatur“ errichtet werden.

Fazit: Der zweite monarchische österreichische Verfassungsstaat 1867–1914

Der Verfassungsstaat zwischen 1867 und 1914, der in Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit weit moderner war als jener zwischen 1848 und 1849, hat wie jener zwischen 1848 und 1849 seine Ursprünge in einer tiefen politischen Krise, die Zugeständnisse gegenüber der Bevölkerung erforderlich machte: Der Versuch einer Wiederherstellung der Verhältnisse von vor 1848 mittels absolutistischer Regierungsweise war im Prinzip bereits 1859 nach dem Verlust der Lombardei gescheitert, weswegen zunächst das Oktoberdiplom 1860 und 1861 das Februarpatent in Kraft gesetzt wurden. Infolge dieser beiden Gesetze existierte zwar kein absolutistischer Staat mehr, da in wenigen Tätigkeitsbereichen der Kaiser mit dem Reichsrat regieren musste, aber aufgrund der Tatsache, dass eine Verfassung – und noch wichtiger, gesatzte Grundrechte – nicht existierten (bis auf den Schutz des Hausrechtes sowie die Freiheit der Person von 1862), kann bis 1867 auch nicht von einem Verfassungsstaat gesprochen werden.

Es soll nun aufgezeigt werden, wieso der Verfassungsstaat ab 1867 existierte und wo sich die Modernisierungsdefizite befanden:

Wieso muss von einem „modernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden?

Die wichtigsten Komponenten, die im Zeitraum zwischen 1867 und 1914 noch dazu neue Faktoren im politischen System des österreichischen Staates ausmachten, stellten die Existenz von Gerichten dar, welche die in den Staatsgrundgesetzen festgelegten Grundrechte sicherten: das Reichsgericht, der Verwaltungsgerichtshof und der Staatsgerichtshof, wobei letzterer für Ministeranklagen zuständig war, obwohl er bis zum Ende der Monarchie nie über solche befinden musste.

Das Frühmoderne im Bezug auf das Reichsgericht war die Tatsache, dass dieses – nicht wie in einem modernen bzw. modernisierten Verfassungsstaat Gesetze, eine mögliche Verfassungswidrigkeit oder verfassungswidrige Gesetze aufheben konnte. Des Weiteren war es dem Reichsgericht nicht möglich, Verstöße gegen die in den

Staatsgrundgesetzen garantierten politischen Rechte automatisch aufzuheben, sondern nur festzustellen, ob es sich bei einer bestimmten Handlung des Staates um eine Verletzung der garantierten politischen Rechte handelt oder nicht. Allerdings zeigt sich deutlich, dass die gefällten Urteile des Reichsgerichtes von den jeweiligen Verwaltungsbehörden und dem Kaiser sowie seiner Regierung respektiert und daraufhin gesetzliche Bestimmungen aufgehoben wurden, was wiederum für die Moderne dieser Institution spricht. In einer – aus heutiger Sicht – weit moderneren Position stand der Verwaltungsgerichtshof, der von allen angerufen werden konnte, sofern sich jemand durch Handlungen der Verwaltung in seinen Rechten verletzt sah. Dessen Urteile hatten – im Gegensatz zum Reichsgericht – aufhebende Wirkung genossen, womit die gesamte Verwaltung unter gerichtliche Kontrolle gestellt wurde. Über 10.000 Beschwerden musste der Verwaltungsgerichtshof bis zum Ende der Monarchie Urteile fällen.

Ein weiterer wichtiger Faktor im Hinblick auf die Existenz des Verfassungsstaates ist die Tatsache, dass in der Gesetzgebung neben dem Kaiser und der Regierung auf der einen Seite, auf der anderen Seite mit dem Reichsrat ein Gremium geschaffen wurde, das von einem Teil des Volkes gewählt wurde.. Dieser Reichsrat erfuhr gegenüber dem gewählten, an der Gesetzgebung teilhabenden Organ des Verfassungsstaates zwischen 1848 und 1849 einen weitaus höheren Tätigkeitsbereich: Es war nun nicht mehr möglich, dass Gesetze ohne die Beteiligung des Reichsrates in Kraft gesetzt wurden, sofern die thematische Materie des Gesetzes in den Tätigkeitsbereich des Reichsrates fielen. War dies nicht der Fall, musste der Kaiser in der Gesetzgebung mit dem Landtag regieren. Die einzige Ausnahme, bei der Kaiser und Regierung ohne Reichsrat regieren konnten traf zu, wenn notwendige Maßnahmen gesetzt werden mussten und der Reichsrat zu diesem Zeitpunkt nicht versammelt war. Dann war das Weiterregieren mittels § 14-Notverordnungsrecht legal. Allerdings musste ein wiederversammelter Reichsrat diesen Notverordnungen zustimmen. Der Reichsrat bestand aus zwei Kammern, dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus: Während die Mitglieder des Herrenhauses entweder durch Geburt oder vom Kaiser ernannt worden waren, wurde das Abgeordnetenhaus zwischen 1873 und 1907 mittels Kurien- und Zensuswahlrechtes von einem kleinen Teil der Bevölkerung des österreichischen Staates, gewählt und ab 1907 mittels dem direkten und nicht-allgemeinen Wahlrecht der Männer. Zwischen 1867 und 1873 wurde dieses Haus von den Landtagen beschickt. Zwischen 1867 und 1897 war auch eine rege Gesetzgebungstätigkeit mit dem Reichsrat zu beobachten. Entscheidend für den modernen Charakter des Verfassungsstaates ist die Tatsache, dass

das Staatsgrundgesetz über die Regierungs- und Vollzugsgewalt zum ersten Mal das sog. „Legalitätsprinzip“ vorsah: Dieses sah vor, dass Verordnungen von Staats- bzw. Verwaltungsbehörden nur auf gesetzlicher Grundlage erlassen werden konnten, womit die Bedeutung des Reichsrates und der Landtage, die gemeinsam mit dem Kaiser für die Gesetzgebung zuständig waren, enorm gesteigert wurde. Auch der Tätigkeitsbereich des Reichsrates – im Gegensatz zum Reichstag des Verfassungsstaates zwischen 1848 und 1849 – war weit höher, nachdem der Reichstag fast ausschließlich in finanziellen Angelegenheiten bzw. beim Budget des Staates mitbestimmen konnte.

Der Reichsrat besaß ebenfalls das Interpellationsrecht, womit er Regierungsmitglieder zu einer Stellungnahme zu ihren Vorhaben in ihrer Politik zwingen konnte. Die Regierung war aber auch vom Reichsrat abhängig: Mittels Mehrheiten in beiden Häusern konnte der Reichsrat eine Anklage eines Ministers beim Staatsgerichtshof herbeiführen, zu der es allerdings bis zum Ende der Monarchie nie kam.

Mit der im Staatsgrundgesetz über die richterliche Gewalt vorgesehen Bestimmung bzgl. der Trennung von Verwaltung und Justiz wurde die Gerichtsorganisation der ordentlichen Gerichtsbarkeit neu geregelt und mit der Strafprozessordnung 1873, die aufgrund der Konstitutionalisierung des Staates notwendig wurde, wurde die Mündlichkeit sowie die Öffentlichkeit des Anklageprozesses wiedereingeführt. Mit weiteren Maßnahmen, wie z.B. der Zivilprozessordnung von 1895, wurde die moderne Zivilgerichtsbarkeit begründet.

Die Länder erfuhren ebenfalls größere Veränderungen: Jene Angelegenheiten, die nicht vom Reichsrat in der Gesetzgebung mit dem Kaiser erledigt werden durften, mussten von den Landtagen im Zusammenspiel mit dem Kaiser bewerkstelligt werden. Der große Unterschied zur gesamtstaatlichen Gesetzgebung bestand darin, dass der Kaiser auf Landesebene kein Notverordnungsrecht besaß. Allerdings besaß er auch hier ein absolutes Veto. Aufgrund der Tatsache, dass Verwaltungsbehörden des Staates und nicht die autonomen Landesbehörden, deren Kompetenzen aufgrund der mächtigeren Landtage ebenfalls erweitert wurden, einen Teil der Landesgesetze selbst vollzogen, kann keinesfalls von einem föderalistischen Verfassungsstaat gesprochen werden. Allerdings ist es aufgrund der Kompetenzen der Landtage auch nicht möglich, von einem vollständig zentralistischen Verfassungsstaat zu sprechen.

Nicht zuletzt waren die Gemeinden von einer Aufwertung geprägt, allerdings lag dies nicht an etwaige Änderungen ihrer verfassungsrechtlichen Stellung durch die Staatsgrundgesetze, sondern dies lag insbesondere am wirtschaftlichen Aufschwung

insbesondere der Industriestädte, Landeshauptstädte und Verkehrsknotenpunkte. Dieser Aufschwung führte auch zu einem infrastrukturellen Aufschwung wegen des Aufbaus der Elektrizitäts- und Gasversorgung etc.

Es ist also deutlich zu erkennen, dass aus heutiger Sicht grundlegende Elemente eines modernen Verfassungsstaates existierten: die Beschränkung der Macht der Staatsorgane, v.a. der des Kaisers, indem diesem in der Gesetzgebung der Reichsrat zur Seite gestellt wurde, ohne den kein Gesetz in seinem Wirkungsbereich in Kraft gesetzt wurde bzw. indem dem Kaiser in allen Angelegenheiten der Gesetzgebung, die nicht vom Reichsrat behandelt werden durften, ein Landtag zur Seite gestellt wurde. Sowohl der Reichsrat als auch die Landtage wurden gewählt. Des Weiteren existierten Grundrechte, die – im Gegensatz zum Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 – von Gerichten geschützt wurden sowie die Trennung von Justiz und Verwaltung. Allerdings gab es – wie im Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 – Modernisierungsdefizite, weswegen nicht von einem „modernen Verfassungsstaat“ alleine, sondern von einem „frühmodernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden muss.

Wo befinden sich die Modernisierungsdefizite?

Wie im Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 ist es v.a. die Machtposition des Kaisers, die den monarchischen Verfassungsstaat als „frühmodern“ kennzeichnet: Der Kaiser besaß in der Gesetzgebung ein absolutes Veto (sowohl auf gesamtstaatlicher- als auch auf Landesebene), von dem er ohne jegliche Begründung Gebrauch machen konnte. In einem modernen Verfassungsstaat, der von der Beschränkung der Macht aller Organe im politischen System lebt, ist auch die Macht des Staatsoberhauptes in der Gesetzgebung beschränkt z.B. mittels suspensivem Veto oder einem nichtaufschiebenden Veto bzw. die Möglichkeit, die Unterschrift unter ein Gesetz zu verweigern, welches das Staatsoberhaupt nur bei einem in der Verfassung festgesetzten Fall anwenden kann (z.B., wenn ein Gesetz verfassungswidrig zustandegekommen ist bzw. verfassungswidrig ist). Ein gutes Beispiel für Letzteres ist die Position des Bundespräsidenten der Republik Österreich, der nur dann seine Unterschrift nicht unter ein Gesetz setzen darf, wenn ein Gesetz nicht verfassungsmäßig zustandekam bzw. wenn er an dessen Rechtmäßigkeit zweifelt⁹⁴⁴. Dies war bis allerdings nur einmal der

⁹⁴⁴ Vgl. Pelinka, Anton ³2006: Das politische System Österreichs. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden, S. 521–552, hier: S. 532.

Fall: Anfang 2008 wurde vom Bundespräsidenten Heinz Fischer ein vom Nationalrat und Bundesrat beschlossenes Gesetz nicht beurkundet.⁹⁴⁵

Ein weiteres wichtiges Modernisierungsdefizit bezieht sich auf die Tatsache, dass eine Kammer des Reichsrates, das Herrenhaus, aus Mitgliedern der kaiserlichen Familie bzw. aus Personen bestand, die vom Kaiser ernannt worden waren. Somit saßen im Herrenhaus v.a. Personen, die vom Kaiser abhängig waren bzw. ihre Positionen im Herrenhaus dem Kaiser verdankten. In der Verfassungswirklichkeit stimmte allerdings das Herrenhaus in der Regel den im Abgeordnetenhaus abgestimmten Gesetzesentwürfen zu, außer, wenn das Herrenhaus Änderungsvorschläge hatte. Dann stimmte in der Regel das Abgeordnetenhaus diesen Änderungen zu.

Dem Kaiser war es allerdings durch sein alleiniges Sanktionsrecht bzw. absolutes Veto möglich, die Gesetzgebung nach seinem Willen zu steuern, er musste allerdings prinzipiell mit gewählten politischen Organen in der Gesetzgebung zusammenarbeiten.

Ein weiteres Modernisierungsdefizit stellt die Tatsache dar, dass der Reichsrat insbesondere Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts wegen des nicht gelösten Nationalitätenkonflikts mittels Obstruktion handlungsunfähig gemacht werden konnte, der Kaiser aber mittels § 14-Notverordnungsrecht ohne Beteiligung eines gewählten Organs weiterregieren konnte. Somit wurde das in einem modernen Verfassungsstaat notwendige Mächtigegleichgewicht, das in der Verfassungstheorie und in der Praxis aufgrund der bereits genannten Faktoren nicht existierte, in der Verfassungswirklichkeit zu einem Machtüberhang des Kaisers.

Des Weiteren stand der Kaiser an der Spitze der Verwaltung: Er ernannte die Regierungsmitglieder und konnte diese auch entlassen. Auch wenn für die Inkraftsetzung eines Gesetzes die Unterschrift eines verantwortlichen Ministers notwendig war, so existierte mit der Ernennung ohne jeglichen Vorschlag eines anderen politischen Organs eine persönliche Abhängigkeit der Regierungsmitglieder gegenüber dem Monarchen. Deswegen war die Abhängigkeit der Regierungsmitglieder gegenüber dem Kaiser stärker als gegenüber dem Reichsrat und es muss eher von einem „Kabinett des Kaisers“ als von einer Regierung gesprochen werden. Mit der Unterschrift eines Ministers unter ein Gesetz war allerdings nicht der Kaiser, sondern der Minister bzw. das Regierungsmitglied verantwortlich. Der Kaiser konnte für keine seiner Handlungen verantwortlich gemacht werden, da er mittels verantwortlicher Minister regierte, was wiederum ein Modernisierungsdefizit darstellte. In einem modernen Verfassungsstaat,

⁹⁴⁵ Vgl. Information zur Nichtbeurkundung der Novelle zur Gewerbeordnung durch Bundespräsident Heinz Fischer: http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=1006 (20. 03. 2011).

in dem alle staatlichen Organe an die Verfassung gebunden sind, muss auch das Staatsoberhaupt zur Verantwortung gezogen werden können.

Infolge der immensen Macht des Kaisers war eine Trennung zwischen Legislative und Exekutive nicht gewährleistet.

Ein entscheidendes Defizit ist auch darin zu sehen, dass das Reichsgericht im Falle einer Verletzung von politischen Rechten seitens des Staates lediglich ein Urteil mit feststellender Wirkung fällen konnte. Auch wenn die Urteile des Reichsgerichtes von den Verwaltungsbehörden bzw. vom Staat größtenteils respektiert wurden und verfassungswidrige Handlungen/Verordnungen in Bezug auf die in den Staatsgrundgesetzen gewährten Rechte der Staatsbürger etc. auf der Basis von Reichsgerichtsurteilen aufgehoben wurden, müsste ein moderner Verfassungsstaat Institutionen besitzen, welche die Bestimmungen der Verfassung garantieren. Dies war jedoch bei einer bloß feststellenden Wirkung einer Verfassungswidrigkeit nicht der Fall. Bei einer solchen Wirkung lag theoretisch die Macht wiederum beim Kaiser bzw. bei den Verwaltungsbehörden, an deren Spitze ja der Monarch stand. Es lag daher an ihm, ob ein Urteil nun respektiert wurde oder nicht bzw. ob gewährte Rechte der Staatsbürger oder Verfassungsbestimmungen auch eingehalten wurden. Ein noch weiter reichendes Defizit betrifft die Tatsache, dass das Reichsgericht keine Überprüfung von Gesetzen auf deren Verfassungskonformität vorsah, womit die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes ebenfalls in den Händen der Machthaber stand. Allerdings existierte mit dem Verwaltungsgerichtshof zumindest ein Organ, das Handlungen der Verwaltung unter Aufsicht stellte. Erst mit dem Bundes-Verfassungsgesetz von 1920 wurde die Überprüfung von Gesetzen auf deren Verfassungsmäßigkeit eingeführt.

Ein Modernisierungsdefizit von enormer Bedeutung ist die Tatsache, dass die politischen Rechte bzw. die Grundrechte für Frauen nicht gültig waren. Diese Tatsache spricht gegen die Prinzipien moderner rechtsstaatlicher Verfassungen bzw. des modernen Verfassungsstaates, der allen Bürgern eines Staates bürgerliche Rechte gewährt. Dieser Missstand hängt mit gesellschaftlichen Vorurteilen bzw. einem negativen Bild der Frau im 19. Jahrhundert zusammen: Männer waren überzeugt davon, dass Frauen in der Politik nichts zu suchen hatten. Dies schließt somit auch den Besitz des Wahlrechtes sowie jeglicher politischer Rechte in der Verfassung mit ein.

Die Tatsache, dass der moderne Verfassungsstaat die Garantie von Grundrechten vorsieht, schließt allerdings nicht die Tatsache mit ein, dass Grundrechte aufgrund von Unruhen oder eines Kriegszustandes aufgehoben werden können, wie dies in der Verfassungstheorie des zweiten monarchischen Verfassungsstaates der Fall war und auch praktiziert wurde – wie z.B. kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges. Deswegen existierte der Verfassungsstaat ab 1914 nicht mehr.

Aufgrund all dieser Faktoren kann für den betreffenden Zeitabschnitt zwischen 1867 und 1914 nicht von einem „modernen Verfassungsstaat“ alleine, sondern es muss von einem „frühmodernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden.

Wieso NICHT von einem „schwachen, frühmodernen Verfassungsstaat“ gesprochen werden kann?

Der Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 wurde deswegen als „schwacher Verfassungsstaat bezeichnet, da er keine Institutionen besaß, welche die Einhaltung der Bestimmungen der Verfassung und somit auch die Rechte der Staatsbürger garantierten konnten. Im Gegensatz zum ersten monarchischen Verfassungsstaat existierten allerdings im zweiten mehrere Gerichtshöfe, die die Verfassungsbestimmungen der Staatsgrundgesetze garantierten.

Obwohl – wie bereits erwähnt – theoretisch die Einhaltung der Verfassungsbestimmungen aufgrund der bloß feststellenden und nicht aufhebenden Wirkung der Urteile des Reichsgerichtes vom Willen des Kaisers bzw. der verschiedenen Verwaltungsbehörden abhängig war, genoss das Reichsgericht hohe Reputation im Staat, weswegen seine Urteile in der Praxis auch respektiert wurden. Die Tatsache, dass das Reichsgericht nicht – wie heute der Bundesverfassungsgerichtshof der Republik Österreich – Gesetze auf deren Verfassungsmäßigkeit überprüfen durfte und diese im Falle einer Verfassungswidrigkeit aufheben konnte, waren während der Taaffeschen Ära 1884 auch jene Verordnungen möglich, die sich gezielt gegen Sozialdemokraten richteten. Diese wurden allerdings 1891 wieder außer Kraft gesetzt. Das Abgeordnetenhaus kritisierte diese Verordnungen während der gesamten Dauer scharf. Allerdings kann aufgrund der Tatsache, dass einerseits die Urteile des Reichsgerichtes respektiert wurden, andererseits aber auch Bestimmungen des Staates, die sich gegen die Grundrechte in den Staatsgrundgesetzen wandten, tatsächlich

aufgehoben wurden, kann nicht von einem „schwachen“ Verfassungsstaat gesprochen werden.

Insbesondere aufgrund des Verwaltungsgerichtshofes, dessen Urteile – wie bereits erwähnt – aufhebende Wirkung besaßen, kann nicht von einem schwachen Verfassungsstaat gesprochen werden, da dieser die gesamte Verwaltung unter Aufsicht stellte. Der Verwaltungsgerichtshof konnte mit seinen Urteilen garantieren, dass die Verwaltung keine Verordnungen erließ, welche die Rechte der Bürger einschränkte.

Es waren aber schließlich frühmoderne Elemente, also die Schwäche des Reichsrates und die Möglichkeit, Grundrechte in Kriegssituationen oder bei Unruhen aufzuheben, die den Verfassungsstaat zu Beginn des Ersten Weltkrieges beendeten und eine autoritäre Kriegsdiktatur ermöglichten.

Zusammenfassung und Ausblick

Es waren weitreichende monarchiegefährdende innen- und außenpolitische Krisensituationen, die eine Modernisierung des Wesens des österreichischen Staates in der Habsburgermonarchie ermöglichten: Jene Maßnahmen, die 1848 zum ersten monarchischen Verfassungsstaat führten, sind ohne die Märzrevolution nicht denkbar, in der insbesondere die bürgerlich-liberale Bevölkerung eine Beendigung der absoluten Herrschaft des Kaisers durch Inkraftsetzung einer Verfassung forderten. Die Wiedereinführung des Verfassungsstaates – des zweiten monarchischen Verfassungsstaates – 1867 ist wiederum ohne den Verlust der deutschen Bündnispartner nach der Niederlage in der Schlacht bei Königgrätz 1866 und die davor bereits aufgetretenen innenpolitischen Schwierigkeiten mit den ungarischen Ländern nicht vorstellbar.

In beiden Verfassungen bzw. Verfassungsstaaten wurde dem Kaiser ein gewähltes Organ zur Seite gestellt, mit dem das Staatsoberhaupt in der Gesetzgebung zusammenarbeiten musste: Zwischen 1848 und 1849 war dies der Reichstag und zwischen 1867 und 1914 der Reichsrat. Allerdings bildeten diese gewählten Organe, aber auch jene der Landesgesetzgebung kein Gegengewicht zur Macht des Kaisers bei der Gesetzgebung. Insbesondere im ersten Verfassungsstaat, in dem der Reichstag fast ausschließlich für finanzielle Angelegenheiten des Staates zuständig war und keine feste Trennlinie zwischen der Frage existierte, welche Maßnahmen mit dem Reichstag

beschlossen werden und welche nur von der Vollziehung erledigt werden sollten. Es setzte sich schließlich jene Vorgehensweise durch, dass beliebte Maßnahmen mittels Verwaltungsakt durch den Kaiser erledigt und nicht populäre Maßnahmen mit dem Reichstag beschlossen wurden. Im zweiten Verfassungsstaat war diese Vorgehensweise nicht mehr möglich, da Artikel 11 des Staatsgrundgesetzes über die Regierungs- und Vollzugsgewalt keine Verordnungen ohne gesetzliche Grundlage mehr erlaubte. Dies bedeutete, dass der Reichsrat oder die Landtage im Zusammenspiel mit dem Kaiser Gesetze beschließen mussten, damit Verordnungen von Verwaltungsbehörden erst möglich waren. Damit wurde die Macht der gewählten Organe gestärkt, deren Tätigkeitsbereiche weit ausgedehnter waren als jene des Reichstages.

In beiden Verfassungsstaaten wurde also die Macht des Kaisers mithilfe eines Gesetzes beschränkt bzw. wurden die Tätigkeitsbereiche und Kompetenzen der verschiedenen Staatsorgane schriftlich festgesetzt.

Des Weiteren waren sowohl in der vom Ferdinand I. oktroyierten Pillersdorfschen Verfassung als auch in den Staatsgrundgesetzen „politische Rechte“ bzw. Grundrechte vorgesehen, die größtenteils auch durchgesetzt bzw. verwirklicht wurden. Allerdings war ihre Durchsetzung in beiden Verfassungsstaaten – insbesondere dem ersten monarchischen Verfassungsstaat – vom Willen des Kaisers (und der weiteren Verwaltungsbehörden) abhängig. Dennoch sind bzgl. der Sicherung der politischen Rechte bzw. der Grundrechte große Unterschiede zwischen beiden Verfassungsstaaten erkennbar: Im ersten monarchischen Verfassungsstaat existierten keine Gerichte, die diese Rechte hätten schützen können (bzw. die den Bruch von Verfassungsbestimmungen seitens des Staates hätten aufheben können). Im zweiten Verfassungsstaat allerdings existierten gleich drei Gerichtshöfe, die diese Bestimmungen garantieren sollten: das Reichsgericht, der Verwaltungsgerichtshof und der Staatsgerichtshof. Während der Staatsgerichtshof, der bei Ministeranklagen tätig werden musste, kein einziges Mal mit einer Ministeranklage konfrontiert war, waren es das Reichsgericht und der Verwaltungsgerichtshof, welche die Rechte der Bürger garantierten: Das Reichsgericht war insbesondere für die politischen Rechte bzw. Grundrechte zuständig, dessen Urteile besaßen aber nur eine feststellende Wirkung. Das Reichsgericht konnte verfassungswidrige Handlungen seitens der Verwaltungsbehörden bzw. des Staates bzgl. der gewährten Grundrechte nicht aufheben, sondern es konnte nur feststellen, dass es sich bei einer bestimmten Handlung um eine Verfassungswidrigkeit, im Speziellen um eine Verletzung der Grundrechte handelte.

Aufgrund dieser Tatsache war die Einhaltung der in den Staatsgrundgesetzen festgelegten Grundrechte theoretisch vom Willen des Kaisers (und der Verwaltungsbehörden) abhängig, allerdings genoss das Reichsgericht einen sehr guten Ruf, weswegen sich Kaiser und Regierung in der Praxis an dessen Urteile hielten – auch wenn dies nicht nötig war. Eine Schwäche stellte auch die Tatsache dar, dass das Reichsgericht nur handeln konnte, sofern sich ein Staatsbürger in seinen politischen Rechten verletzt fühlte und weder mit der Überprüfung eines Gesetzes oder einer Verordnung betraut werden konnte noch ein Gesetz wegen einer Verfassungswidrigkeit aufzuheben vermochte. Bezüglich der Wirkung der Urteile war der Verwaltungsgerichtshof ein einflussreicheres Organ des Verfassungsstaates. Dieses wurde tätig, sobald jemand sich in seinen Rechten durch Verwaltungsbehörden verletzt sah, konnte aber andererseits nicht in Fällen tätig werden, die das Reichsgericht behandeln musste. Dabei hatten die Urteile dieses Gerichtshofes keine feststellende – wie beim Reichsgericht –, sondern aufhebende Wirkung. Das bedeutete, dass der Verwaltungsgerichtshof tatsächlich bei einer Verfassungswidrigkeit Handlungen des Staates aufheben konnte. Mit der Schaffung des Verwaltungsgerichtshofes ist also eine Stabilisierung des Verfassungsstaates zu erkennen.

Auf die Weichen für eine moderne Gerichtsbarkeit wurden ebenfalls mit der Verfassung von 1848 bzw. mit dem Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 gestellt: So wurde die Schwurgerichtsbarkeit sowie das öffentliche, mündliche Verfahren, welche in der Verfassung vorhergesehen waren, eingeführt und die Unabhängigkeit der Richter sowie des Obersten Gerichtshofes vom Justizministerium beschlossen, ebenso wie die Einführung der Staatsanwaltschaft. Die Patrimonialbehörden sollten noch so lange bestehen, bis landesfürstliche Behörden diese ersetzt haben würden. Noch zu Beginn der zwischenverfassungsstaatlichen Epoche wurde jedoch die moderne Gerichtsorganisation geschaffen, die mit kleinen Veränderungen bis heute besteht. Allerdings wurde in dieser Epoche die Trennung von Justiz und Verwaltung infolge der immer stärker werdenden Macht des Kaisers abgeschafft und erst mit den Staatsgrundgesetzen von 1867 wiedereingeführt.

Durch das Erstarken der gegenrevolutionären Kräfte des Kaisers war die Macht des jungen Franz Joseph I. in der Verfassungswirklichkeit auf einem Höhepunkt angelangt, was ihn dazu veranlassten, eine neue Verfassung, die Oktroyierte Märzverfassung 1849 in Kraft zu setzen. Zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung dieser Verfassung existierte kein Reichstag mehr. Dieser war am 04. 03. 1849 aufgelöst worden, nachdem er einen

Verfassungsentwurf, den Kremsierer Verfassungsentwurf, ausgearbeitet hatte, der eine weite Beschränkung der Macht des Kaisers vorsah (z.B. kein absolutes, sondern nur noch ein suspensives Veto in der Gesetzgebung etc.). Obwohl die Märzverfassung ebenfalls einen Reichstag vorsah, wurde dieser nicht wieder einberufen, ebenso wie die Landtage. Der Verfassungsstaat war abgeschafft, doch sollte in den darauffolgenden Jahren Franz Joseph I. seine Macht weiter vermehren, womit er seine absolute Position wiederherstellte, die er schließlich mit den Silvesterpatenten von 1851 rechtlich sichern konnte. Doch waren es Widerstände der Ungarn gegen die Zentralisierung der Monarchie, aber v.a. eine weitere Krisensituation der Monarchie, die mit dem Verlust der Lombardei geendet hatte, die Franz Joseph I. dazu veranlassten, seine Macht mittels Februarpatents 1861 zu beschränken. Doch strebten die Ungarn eine Gleichstellung mit den Deutschen innerhalb der Monarchie an, weswegen das Februarpatent in den ungarischen Ländern nicht durchgesetzt werden konnte. Erst die politischen Folgen des Deutschen Krieges von 1866 bzw. die „Kleindeutsche Lösung“ und die daraus resultierende innen- und außenpolitische Krise veranlassten Franz Joseph I. dazu, den Ausgleich mit Ungarn zu akzeptieren und die Forderung der Ungarn, für die österreichische Reichshälfte eine Verfassungsordnung zu etablieren, zu erfüllen. Selbstverständlich sollten mit dieser Ordnung auch die Verhältnisse im österreichischen Staat stabilisiert werden.

Dieser Verfassungsstaat existierte bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914. Zwischen 1867 und 1914 ereigneten sich keine monarchiegefährdenden Krisen, die den Kaiser veranlasst hätten, weitere Zugeständnisse an die Bevölkerung zu machen. Im Gegenteil: Die großen innenpolitischen Krisen verliehen dem Kaiser mehr Macht, als ihm in der Verfassungstheorie zustand. Die Rede ist von der Obstruktionspolitik durch Abgeordnete des Abgeordnetenhauses, die v.a. ab dem Ende des 19. Jahrhunderts regelmäßig genutzt wurde. Diese legte den Reichsrat lahm, womit die ordentliche Gesetzgebung nicht mehr gewährleistet war, worauf der Kaiser und die Regierung auf die außerordentliche Gesetzgebung der Staatsgrundgesetze in Form des § 14-Notverordnungsrechts zurückgriffen. Nachdem diese Form der Gesetzgebung Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts regelmäßig durchgeführt worden war, setzte sich die Anwendung dieser Gesetzgebung auch dann durch, wenn die Regierungen aufgrund der tiefen Spaltung des Abgeordnetenhauses keine Mehrheiten finden wollten oder konnten. Dies ist am deutlichsten während der letzten beiden Regierungen (Bienerth-Schmerling und Stürgkh) des österreichischen Verfassungsstaates zu sehen.

Der Erste Weltkrieg setzte nicht nur dem monarchischen Verfassungsstaat ein Ende, nach vier Jahren Krieg und autoritär-diktatorischem Kriegstaat, in dem der Ausnahmezustand herrschte und Hochverratsprozesse geführt wurden, mit denen versucht wurde, die nationalen Bestrebungen der Slawen einzudämmen, war die Habsburgermonarchie ebenfalls an ihr Ende gelangt. US-Präsident Woodrow Wilson schlug mit seinem 14-Punkte-Programm vom 08. 01. 1918 vor, dass Österreich-Ungarn mit stärkeren Autonomien für die einzelnen Nationalitäten weiterexistieren sollte. Allerdings war es den Alliierten nicht möglich, einen separaten Frieden mit Österreich-Ungarn zu schließen, weswegen die Supermächte im Sommer des Jahres 1918 die tschechoslowakische Exilorganisation, den „tschechoslowakischen Nationalrat“, der 1916 angesichts der vielen Hochverratsprozesse in Paris gebildet wurde, als nationale Regierung anerkannten. Der Weiterbestand der Monarchie hing nun vom Ausgang des Krieges ab, allerdings konnten immense militärische Rückschläge an sämtlichen Fronten sowie die großen wirtschaftlichen Probleme am Ende des Krieges das Ende der Monarchie nicht mehr verhindern. Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Armee führte schließlich am 03. 11. 1918 zum Waffenstillstand seitens Österreichs, knapp eine Woche nachdem das militärische Bündnis mit dem Deutschen Kaiserreich von der Habsburgermonarchie aufgekündigt worden war.

Kaiser Karl I. versuchte zwar am 16. 10. 1918 – nachdem sich bereits zu Beginn des Oktobers 1918 Polen zu einem unabhängigen Staat erklärt hatte und in Prag und Zagreb nationale Ausschüsse gebildet worden waren, mit seinem Manifest die Monarchie in einen Bundesstaat auf föderalistischer Ebene umzubilden, allerdings scheiterte dieses Vorhaben. Jene 232 deutschen Abgeordneten, die im 1911 gewählten Abgeordnetenhaus saßen, traten im niederösterreichischen Landhaus zur „Provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs“ zusammen. In dieser wurde kundgetan, dass ein „deutschösterreichischer Staat“ gebildet werden sollte und alle anderen Nationalstaaten, die gerade am Entstehen waren, eine Föderation mit Deutschösterreich bilden könnten, allerdings wurde dieser Vorschlag von allen Nationalstaaten abgelehnt. Am 28. 10. 1918 wurde der unabhängige „Staat Tschechoslowakei“ und am 29. 10. 1918 der „Staat SHS“ gegründet, der sich am 01. 12. 1918 mit Serbien zum „Königreich SHS“ zusammenschloss. Aufgrund dieser Staatsgründungen wurde am 30. 10. 1918 der „Staat Deutschösterreich“ ohne jegliche Föderation mit anderen Staaten gegründet, womit bis zur Verzichtserklärung Kaiser Karls I. an jeglichen Regierungsgeschäften im Staat Deutschösterreich zwei Staaten

parallel bestanden: der monarchische Staat und der deutschösterreichische Staat, jeweils mit deren staatlichen Organen.⁹⁴⁶

Zum Abschluss dieser Arbeit sollen nun jene Faktoren beider monarchischen Verfassungsstaaten geklärt werden, die in den demokratisch-republikanischen Verfassungsstaaten nach 1918 weiterexistierten: Der wohl wichtigste Faktor, der von beiden Verfassungsstaaten übrigblieb, ist die Tatsache, dass der Grundrechtekatalog des Staatsgrundgesetzes über die Rechte der Staatsbürger von 1867, in denen bereits bürgerliche- und Menschenrechte aus dem Verfassungsstaat zwischen 1848 und 1849 (z.B. die Freiheit der Person, Hausrechtsschutz, Meinungs- und Pressefreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz etc.) existierten, in das Bundesverfassungsgesetz von 1920 aufgenommen wurden und somit heute noch gültig sind, allerdings ohne die Möglichkeit einer Aufhebung der Grundrechte, womit die Grundrechte auch in Kriegszeiten gesichert sind. Des Weiteren war in der „Republik Deutschösterreich“ sowie im Bundesverfassungsgesetz der „Republik Österreich“ ein Verfassungsgerichtshof vorgesehen. In der Republik Deutschösterreich hatte der Verfassungsgerichtshof im Gegensatz zum Reichsgericht eine aufhebende Wirkung seiner Urteile im Falle eines Verstoßes gegen Rechte, die in der Verfassung gewährt waren und übernahm den Tätigkeitsbereich des Staatsgerichtshofes. Erst mit dem Bundes-Verfassungsgesetz 1920 konnte der Verfassungsgerichtshof auch Gesetze auf deren Verfassungskonformität überprüfen sowie Verordnungen auf deren Gesetzmäßigkeit. Allerdings ist im Reichsgericht die erste Entwicklungsstufe des Verfassungsgerichtshofes zu erkennen. Die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes hatten bzw. haben aufhebende Wirkung. Von der Republik Deutschösterreich wurde der Verwaltungsgerichtshof mit fast denselben Kompetenzen wie im monarchischen Verfassungsstaat übernommen. Mit dem Bundesverfassungsgesetz 1920 war er auch „zur Überprüfung von Ermessensentscheidungen [...] berufen; außerdem steht dem Bund zur Überprüfung von Verwaltungsakten der Landesbehörden ein Beschwerderecht zu.“⁹⁴⁷ In der Republik Deutschösterreich wurde des Weiteren ein „Wahlgerichtshof“ eingeführt, der „über Wahlanfechtungen bei Rechtswidrigkeit des Wahlverfahren oder Verletzung des subjektiven Wahlrechtes

⁹⁴⁶ Vgl. *Lehner, Oskar* ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 250–253.

⁹⁴⁷ *Brauneder, Wilhelm* ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 223.

[...]“⁹⁴⁸ entschied. Diese Kompetenzen wurden mit dem Bundes-Verfassungsgesetz vom Verfassungsgerichtshof übernommen.⁹⁴⁹ Deutlich zu erkennen ist somit die Tatsache, dass mit dem Wahlgerichtshof ein Organ entstand, das vom Reichsgericht Kompetenzen bzgl. Verletzung des subjektiven Wahlrechtes übernahm, die schließlich dem Verfassungsgerichtshof einverleibt wurden. Mit dem Verfassungsgerichtshof, der deutlich eine stärkere Kontrolle ausüben konnte, war eine stabilere Ordnung des Verfassungsstaates erreicht worden als es in den monarchischen Verfassungsstaaten möglich gewesen war.

Im Gegensatz zu den monarchischen Verfassungsstaaten sahen bzw. sehen die demokratischen Verfassungsstaaten eine Begrenzung der Macht staatlicher Organe vor: Das Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, war – im Vergleich zum Kaiser – im Bundes-Verfassungsgesetz 1920 bzgl. seiner Kompetenzen massiv beschränkt: So besaß er ein bloßes „Mitwirkungsrecht“ an der Gesetzgebung des Bundes, vertrat die Republik nach außen sowie den Bund gegenüber den Ländern und ernannte die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes. Bis 1929 wurde der Bundespräsident nicht direkt vom Volk, sondern von der Bundesversammlung gewählt. Der innenpolitischen Situation bzw. der Polarisierung der politischen Lager in den 1920er-Jahren sollte ein starker Bundespräsident entgegenwirken, der mehr Macht gegenüber dem laut Bundes-Verfassungsgesetz von 1920 starken Parlament erhalten sollte. Mit der Verfassungsnovelle von 1929 war es dem Bundespräsidenten nun möglich, den Nationalrat aufzulösen – allerdings konnte er dies nur ein einziges Mal mit derselben Begründung tun sowie der Landtage. Die Amtszeit wurde von vier auf sechs Jahre verlängert. Des Weiteren konnte der Bundespräsident die Bundesregierungsmitglieder bestellen und entlassen, er besaß seitdem den Oberbefehl über das Bundesheer und es wurde ein Recht wiedereingeführt, das der Kaiser bereits im zweiten monarchischen Verfassungsstaat hatte: das Notverordnungsrecht. Im Gegensatz zu den § 14-Notverordnungen allerdings war das Parlament sowie deren Ausschüsse bei der „außerordentlichen Gesetzgebung“ involviert. „So liegt schon die Initiative bei der Bundesregierung, die überdies das Einvernehmen mit dem ständigen Unterausschuß des Hauptausschusses des Nationalrates herzustellen hat, schließlich ist die Notverordnung von der gesamten Bundesregierung gegenzuzeichnen.“⁹⁵⁰ Eine Notverordnung konnte nur dann erlassen werden, wenn der Nationalrat nicht versammelt war oder wegen

⁹⁴⁸ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 202.

⁹⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 201–202/211/223; Vgl. Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, a.a.O., S. 276/301.

⁹⁵⁰ Brauner, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 220.

„höherer Gewalt“ nicht arbeiten konnte. Der Nationalrat musste einer Notverordnung als Bundesgesetz zustimmen oder die Aufhebung durch die Bundesregierung und nicht durch den Bundespräsidenten verlangen. Eine Notverordnung durfte auch keine Änderung der Verfassung bewirken.⁹⁵¹ Deutlich zu erkennen ist also die Tatsache, dass die Anwendung des Notverordnungsrechtes, auch aufgrund der Erfahrungen mit den § 14-Notverordnungen im monarchischen Staat, weit beschränkter war und aufgrund der Mitbeteiligung der Bundesregierung und des Parlamentes nicht von Notverordnungen des Staatsoberhauptes gesprochen werden kann.

Die wohl wichtigste Veränderung im Vergleich zu den monarchischen Verfassungsstaaten war aber die Tatsache, dass nicht mehr das „monarchische Prinzip“, sondern das „demokratische Prinzip“ den Verfassungsstaat nach 1918 bzw. nach 1945 prägte. Am 30. 10. 1918 wurde beschlossen, dass die „Provisorische Nationalversammlung“, die eine Repräsentation des Volkes darstellen sollte, die „oberste Gewalt“ im Staat ausüben sollte. Am 16. 02. 1919 wurde die „Konstituierende Nationalversammlung“ nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Frauenwahlrecht gewählt. Mit dem Bundes-Verfassungsgesetz wurde – im Gegensatz zum Abgeordnetenhaus – ein starkes Organ der Gesetzgebung installiert, während der Bundespräsident und die Bundesregierung „beteiligende“ Faktoren in der Gesetzgebung waren, während der Nationalrat, der mittels allgemeinem, gleichem Frauenwahlrecht gewählt wurde, die Gesetzgebung innehatte. Zwar sah bzw. sieht die Verfassung die Zustimmung des Bundesrates, der Vertretung der Länder vor, allerdings war bzw. ist es dem Nationalrat möglich, mittels Beharrungsbeschluss ein Veto des Bundesrates zu ignorieren.⁹⁵²

Nachdem der demokratisch-republikanische Verfassungsstaat durch den Staatsstreich von Dollfuß abgeschafft und 1938 mit dem Beginn der Nazi-Herrschaft sogar die österreichische Staatlichkeit eliminiert worden war, wurde der demokratische Verfassungsstaat 1945 nach der Befreiung von den Nationalsozialisten wiederhergestellt und existiert auf der Basis des Bundes-Verfassungsgesetzes von 1920 mit der Novelle von 1929 bis heute.

⁹⁵¹ Vgl. *Brauneder*, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 213–215/220–221.

⁹⁵² Vgl. ebenda, S. 191/199/221–222.

Seit dem EU-Beitritt am 01. 01. 1995 kann der demokratisch-republikanische Verfassungsstaat nicht mehr als „vollsouverän“ bezeichnet werden. Das EU-Gemeinschaftsrecht erhielt bzw. besitzt heute Vorrang gegenüber dem Bundesverfassungsrecht und den Bundesgesetzen. „Im Stufenbau der innerstaatlichen Rechtsordnung kommt der Verfassung [...] der Status der obersten Norm zu. Auf dieser obersten Stufe kann man im österreichischen Verfassungsrecht eine Reihe von grundlegenden Prinzipien [...] erkennen, die aber nicht als solche kenntlich gemacht sind.“⁹⁵³ Bei diesen Grundprinzipien handelt es sich um das demokratische-, das republikanische-, das rechtsstaatliche-, das bundesstaatliche- und das gewaltentrennende Prinzip. Würden diese Prinzipien verändert werden, käme es zu einer entscheidenden Veränderung der Verfassung. Der Verfassungsgerichtshof bestimmt schließlich, ob eine Änderung der Verfassung eine Gesamtänderung der Bundesverfassung bedeutet. Sofern eine Gesamtänderung vorliegt, muss es zu einer Volksabstimmung kommen.⁹⁵⁴

Aufgrund der Tatsache, dass diese Grundprinzipien in der Rechtsordnung des Staates an oberster Stelle stehen, kann auch heute noch von einem souveränen, aber nicht vollsouveränen Verfassungsstaat gesprochen werden, allerdings ist dieser heute von 26 weiteren demokratischen Verfassungsstaaten innerhalb einer supranationalen Organisation abhängig.

⁹⁵³ Ucakar, Karl/Gschiegl, Stefan ²2010; Das politische System Österreichs und die EU. Wien, S. 58.

⁹⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 58–60/96.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literaturverzeichnis

Angelow, Jürgen 2003: Der Deutsche Bund. Darmstadt.

Asmera, Gabriela 1985: Der Reichstag 1848 in Wien und seine politischen Gruppierungen. Phil. Diss. Universität Wien.

Bahlcke, Joachim 1999: Böhmen und Mähren. In: Roth, Harald (Hrsg.): Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Köln, S. 113–124.

Behnen, Michael ³2006: Bürgerliche Revolution und Reichsgründung (1848–1871). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 451–517.

Behnen, Michael ³2006: Deutschland unter Napoleon. Restauration und Vormärz (1806–1847). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 397–450.

Benz, Arthur ²2008: Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse. München.

Bérenger, Jean 1995: Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918. Wien/Köln/Weimar.

Brauneder, Wilhelm 1987: Die historische Entwicklung der modernen Grundrechte in Österreich. Wien.

Brauneder, Wilhelm 2000: Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 69–237.

Brauneder, Wilhelm ¹⁰2005: Österreichische Verfassungsgeschichte. Wien.

Bruckmüller, Ernst 1985: Sozialgeschichte Österreichs. Wien/München.

Bruckmüller, Ernst 2004: Österreich-Lexikon. In drei Bänden, Bd. 2. Wien.

Buchmann, Bertrand Michael 2003: Kaisertum und Doppelmonarchie. In: O.A.: Geschichte Österreichs, Bd. 5. Wien.

Ceaușu, Mihai Ștefan/Grodziski, Stanisław 2000: Die Landtage der Karpatenländer. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 2131–2198.

Creveld, Martin van 1999: Aufstieg und Untergang des Staates. München.

Dopsch, Heinz/Brunner, Karl/Weltin, Maximilian 1999: Die Länder und das Reich. Der Ostalpenraum im Hochmittelalter. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 5: 1122–1278. Wien.

Durchhardt, Heinz 1991: Deutsche Verfassungsgeschichte 1495–1806. Stuttgart/Berlin/Köln.

Dülffer, Jost 2006: Deutschland als Kaiserreich (1871–1918). In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 517–615.

Epkenhans, Michael 2008: Geschichte Deutschlands. Von 1648 bis heute. Stuttgart.

Fenske, Hans 2001: Der moderne Verfassungsstaat. Eine vergleichende Geschichte von der Entstehung bis zum 20. Jahrhundert. Paderborn u.a.

Frevert, Ute 1995: „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne. München.

Fröhlich, Michael 2004: Geschichte Großbritanniens. Von 1500 bis heute. Darmstadt.

Garcia, Luis Ribot 2000: Types of Armies. Early Modern Spain. In: Contamine, Philippe (Hrsg.), War and Competition between States, Oxford u.a., S. 37–68.

Glassl, Horst 1975: Das österreichische Einrichtungswerk in Galizien (1772–1790). Wiesbaden.

Gottsmann, Andreas 2000: Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 569–665.

Gottsmann, Andreas 2001: Der Reichstag 1848/49 – Wahlen, Zusammensetzung, Arbeitsweise. In: Bruckmüller, Ernst (Hrsg.): Parlamentarismus in Österreich. Wien, S. 20–39.

Gottsmann, Andreas/Malfèr, Stefan 2000: Die Verwaltungskörperschaften und die Verwaltung in Lombardo-Venetien. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 1593–1632.

Hamann, Brigitte 1988: Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon. Wien.

Hartung, Fritz 1918: Österreich-Ungarn als Verfassungsstaat. Halle.

Hasiba, Gernot D. 1985: Das Notverordnungsrecht in Österreich (1848–1917). Notwendigkeit und Mißbrauch eines „Staatserhaltenden Instrumentes“. Wien.

Hauszmann, Janos 2004: Ungarn. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg.

Herczeg, Alexandra 2008: Einzug der Moderne – Entstehung und Entwicklung der modernen Staatlichkeit in Österreich. Phil. Dipl.-Arbeit Universität Wien.

Hoensch, Jörg K. ³1998: Geschichte Polens. Stuttgart.

Hoke, Rudolf ²1996: Österreichische und Deutsche Rechtsgeschichte. Wien/Köln/Weimar.

Holler, Gerd 1986: Gerechtigkeit für Ferdinand. Österreichs gütiger Kaiser. Wien/München.

Holtmann, Everhard ³2000: Politik-Lexikon. München/Wien.

Höbelt, Lothar 1986: Die Vertretung der Nationalitäten im Reichsrat. In: Schambeck, Herbert (Hrsg.): Österreichs Parlamentarismus. Werden und System. Berlin, S. 185–224.

Hörhan, Otto 1965: Die Petitionen an den Kremsierer Reichstag 1848/49. Phil. Diss. Universität Wien.

Isensee, Josef ³2004: Staat und Verfassung. In: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Verfassungsstaat. Heidelberg, S. 3–106.

Kleindel, Walter 1978: Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur. Wien/Heidelberg.

Lehner, Oskar ⁴2007: Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Mit Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Linz.

Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus 2003: Der Große Brockhaus Geschichte. Personen, Daten, Hintergründe. Mannheim/Leipzig.

Mark, Rudolf A. 1994: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung. Marburg.

Maurer, Michael ²2007: Kleine Geschichte Englands. Stuttgart.

Mohnhaupt, Heinz/Grimm, Dieter 1985: Verfassung, Konstitution. In: Brunner, Otto u.a.: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 6. Stuttgart.

Mommsen, Wolfgang J. 1998: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849. Frankfurt am Main.

Mraz, Gottfried 1993: Österreich und das Reich 1804–1806. Ende und Vollendung. Wien.

Niederstätter, Alois 2001, 2004: Die Herrschaft Österreich. Fürst und Land im Spätmittelalter. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 6: 1278–1411. Wien.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf ³2005: Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. 2: N-Z. München.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf/Schüttemeyer, Suzanne S. 1998: Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe. München.

O.A. ¹⁷1974: Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden, Bd. 19: Trif-Wal. Wiesbaden.

O.A. ³²1998: Der Große Ploetz. Daten, Fakten, Zusammenhänge. Freiburg im Breisgau.

O.A. 2006: dtv-Lexikon. In 24 Bänden. Bd. 21: Spun-Tend. München.

O.A. 2008: Minderheiten im heutigen Rumänien. In: Leiserowitz, Ruth (Hrsg.): Die unbekannten Nachbarn. Minderheiten in Osteuropa. Berlin, S. 232–245.

Papke, Gerhard 1979: Von der Miliz zum Stehenden Heer. Wehrwesen im Absolutismus. In: Hackl, Othmar/Messerschmidt, Manfred (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, Bd.1, 1. Abschnitt. München.

Pelinka, Anton ³2006: Das politische System Österreichs. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden, S. 521–552.

Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde ²2003: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. Wien.

Pernthaler, Peter 2006: Das Nationalitätenrecht Österreich-Ungarns. In: Pan, Christian/Pfeil, Beate Sibylle (Hrsg.): Handbuch der europäischen Volksgruppen, Bd.3: Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa. Wien, S. 42–106.

Péter, László 2000: Die Verfassungsentwicklung in Ungarn. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 239–540.

Putzger, F.W./Bruckmüller, Ernst 1998: Historischer Weltatlas. Zur allgemeinen und österreichischen Geschichte. Berlin.

Radvánszky, Anton 1967: Das ungarische Ausgleichsgesetz vom Jahre 1867. In: Forschungsinstitut für den Donauraum, Wien (Hrsg.): Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867. Vorgeschichte und Wirkungen. Wien/München.

Reinhard, Wolfgang 2007: Geschichte des modernen Staates. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München.

Révész, László 2000: Der ungarische Reichstag 1848 bis 1918. Rechtliche Grundlagen und praktische Umsetzung. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 1. Teilband: Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, Zentrale Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 1007–1060.

Roth, Harald ²2003: Kleine Geschichte Siebenbürgens. Köln/Weimar/Wien.

Rumpler, Helmut 1997, 2005: Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.): Österreichische Geschichte, Bd. 10: 1804–1914. Wien.

Rumpler, Helmut 2000: Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914. In: Rumpler, Helmut/Urbanitsch, Peter (Hrsg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 7: Verfassung und Parlamentarismus, 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien, S. 667–894.

Schäffer, Heinz 2009: Grundrechte in Österreich. In: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch der Grundrechte in Europa, Bd. 7, 1. Teilband. Heidelberg/Wien, S. 3–48.

Schmidt, Hans ³2006: Zerfall und Untergang des alten Reiches (1648–1806). Wirtschaftliche, geistige und gesellschaftliche Grundzüge des Barockzeitalters. In: Martin Vogt (Hrsg.): Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 218–296.

Schmitz, Georg 2001: Die Landtage von 1861 bis 1918. In: Bruckmüller, Ernst (Hrsg.): Parlamentarismus in Österreich. Wien, S. 40–59.

Siemann, Wolfram 1995: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871. München.

Stollberg-Rilinger, Barbara 2006: Das Reich als Lehnssystem. In: Schilling, Heinz/Heun, Werner/Götzmann, Jutta (Hrsg.): Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 962 bis 1806. Altes Reich und neue Staaten 1495 bis 1806. Essays, Bd. 2. Dresden, S. 55–67.

Stollberg-Rilinger, Barbara ⁴2009: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Vom Ende des Mittelalters bis 1806. München.

Sturmberger, Hans 1962: Der Weg zum Verfassungsstaat. Die politische Entwicklung in Oberösterreich von 1792–1861. Wien.

Sutter, Berthold/Bruckmüller, Ernst 2001: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861–1918). In: Bruckmüller, Ernst (Hrsg.): Parlamentarismus in Österreich. Wien, S. 60–109.

Svoboda, Werner R. 1971: Die tatsächliche Wirkung der Erkenntnisse des Reichsgerichtes (1869–1918). In: Verdross, A. (Hrsg.): Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht 21. Wien/New York, S. 183–196.

Tallett, Frank 1992: War and Society in Early Modern Europe, 1495–1715. London/New York.

Ucakar, Karl 1985: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik. Wien.

Ucakar, Karl/Gschiegl, Stefan ²2010; Das politische System Österreichs und die EU. Wien.

Vajda, Stephan 1980: Felix Austria. Eine Geschichte Österreichs. Wien.

Vocelka, Karl 2000: Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. Graz/Wien/Köln.

Vocelka, Karl 2001, 2004: Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im Habsburgischen Vielvölkerstaat. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 9: 1699–1815. Wien.

von Reden, Alexander ⁵1995: Österreich-Ungarn. Die Donaumonarchie in historischen Dokumenten. Wien.

Vorländer, Hans 2003: Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien, München.

Vorländer, Hans ³2009: Die Verfassung. Idee und Geschichte. München.

Weber-Fas, Rudolf 1995: Das kleine Staatslexikon. Politik, Geschichte, Diplomatie, Recht. Stuttgart.

Weissensteiner, Friedrich 2003: Die österreichischen Kaiser. Franz I., Ferdinand I., Franz Joseph I., Karl I. Wien.

Welan, Manfred 2007: Österreich-Cisleithanien als Verfassungsstaat. In: Brauneder, Wilhelm/Takii, Kazuhiro (Hrsg.): Die österreichischen Einflüsse auf die Modernisierung des japanischen Rechts. Österreichisch-Japanische Rechtsbeziehungen III. Frankfurt am Main u.a., S. 31–37.

Wimmer, Hannes 2000: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Wien/Köln/Weimar.

Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. Wien/Berlin.

Winkelbauer, Thomas 2003, 2004: Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter. In: Wolfram, Herwig (Hrsg.), Österreichische Geschichte, Bd. 8: 1522–1699, 1. Teil. Wien.

Zöllner, Erich ⁶1979: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien.

Internetquellen

Allerhöchstes Cabinet-Schreiben Seiner k.k. Majestät vom 14. März 1848 an den obersten Kanzler wegen Errichtung einer Nationalgarde: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000045&zoom=2> (Politische Gesetz-Sammlung Ferdinand I /PGS 1848/28) (10. 07. 2010).

Allerhöchstes Patent vom 2. December 1848. Thron-Entsagung Seiner k.k. Majestät Ferdinand des Ersten, und Verzichtleistung Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Carl auf die österreichische Kaiserkrone zu Gunsten Seines ältesten Sohnes Franz Joseph: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000345&zoom=2> (PGS 1848/145) (11. 07. 2010).

Allerhöchstes Patent vom 7. September 1848. Aufhebung des Untertänigkeitsbandes und Entlastung des bauerlichen Besitzes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000285&zoom=2> (PGS 1848/112) (15. 07. 2010).

Allerhöchstes Patent vom 9. May 1848. Provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag („Erste provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000166&zoom=2> (PGS 1848/57) (06. 06. 2010).

Allerhöchstes Patent vom 15. März 1848. Verleihung der Constitution und Aufhebung der Censurgesetze: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000046&zoom=2> (PGS 1848/29) (01. 08. 2010).

Allerhöchstes Patent vom 20. October 1848. Steuer-Ausschreibung für das Verwaltungsjahr 1849: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000320&zoom=2> (PGS 1848/131) (15. 07. 2010).

Erklärung des ersten Reichstages als einen constituirenden nur mit einer Kammer und angeordnete Abänderung der früheren Wahlordnung (vom 16. 05. 1848): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&zoom=2&seite=00000188&x=23&y=14> (PGS 1848/65) (06. 06. 2010).

Erlaß des Finanzministeriums vom 10. Jänner 1849, womit weitere zur Erleichterung des Verkehres zwischen Ungarn und den anderen Theilen des Gesamtstaates und zur Sicherung der gemeinsamen Finanzverwaltung ergriffene Maßregeln kundgemacht werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&zoom=2&seite=00000084&x=19&y=10> (Reichsgesetzblatt/RGBl. 1849/79) (23. 06. 2010).

Erlaß des k.k. Finanzministeriums vom 16. September 1848, über die Hinausgabe von fünfpercentigen Casse-Anweisungen: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000293&zoom=2> (PGS 1848/116) (15. 07. 2010).

Erlaß des k.k. Ministeriums des Innern vom 21. August 1848. Gebrauch des Titels „Herr und Frau“ in gerichtlichen Ausfertigungen, an alle Staatsbürger ohne Unterschied: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000277&zoom=2> (PGS 1848/106) (16. 07. 2010).

Erlaß des k.k. Ministeriums des Innern vom 22. April 1848, über die Entbehrlichkeit der Dispens zur Erlangung des Hausbesitzes, Bürger- und Meisterrechtes von Akatholiken: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&zoom=2&seite=00000145&x=14&y=11> (PGS 1848/48) (16. 07. 2010).

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. December 1848, wodurch die Auflösung aller demokratischen und Arbeiter-Klubbs aufgetragen wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000013&zoom=2> (RGBL 1848/11) (16. 07. 2010).

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 15. Jänner 1849, womit die Aufhebung der bisher bestandenen Ausnahmen von der Verpflichtung der Militär-Bequartierung und der Leistung der Vorspann angeordnet wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000096&zoom=2> (RGBL 1849/88) (16. 07. 2010).

Erlaß des Ministeriums des Innern vom 30. Jänner 1849, betreffend einige provisorische Verfügungen in Bezug auf die Verhältnisse der Akatholiken: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000111&zoom=2> (RGBL 1849/107) (16. 07. 2010).

Erlaß des provisorischen Ministers des Unterrichts vom 4. December 1848, wodurch bestimmt wird, daß bis auf Weiteres hinsichtlich der Unterrichtssprache an der Hochschule zu Lemberg und an den Gymnasien des ruthenischen Theiles von Galizien der Status quo vor dem 29. September 1848 aufrecht erhalten werde: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000005&zoom=2> (RGBL 1848/5) (16. 07. 2010).

Geschichte des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes. Von 1876 bis 1918. In: Website des Verwaltungsgerichtshofes: <http://www.vwgh.gv.at/Content.Node/de/geschichte/frameset.php> (03. 01. 2011).

Gesetz vom 5. Mai 1869, womit auf Grund des Artikel 20 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, R.G.Bl. Nr. 142, die Befugnisse der verantwortlichen Regierungsgewalt zur Verfügung zeitweiliger und örtlicher Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen bestimmt werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18690004&seite=00000303&zoom=2> (RGBL 1869/66) (14. 02. 2011).

Gesetz vom 5. März 1862, womit die grundsätzlichen Bestimmungen zur Regelung des Gemeindewesens vorgezeichnet werden („Reichsgemeindengesetz“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18620004&zoom=2&seite=00000036&x=8&y=12> (RGBL 1862/18) (09. 08. 2010).

Gesetz vom 7. Mai 1874, wodurch Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche erlassen werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi->

[content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18740004&seite=00000101&zoom=2](http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18740004&seite=00000101&zoom=2)
(RGI. 1874/50) (06. 01. 2011).

Gesetz vom 15. Juli 1912, betreffend die Anerkennung der Anhänger Islams nach hanefitischem Ritus als Religionsgesellschaft: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19120004&zoom=2&seite=00000875&x=25&y=12>
(RGI. 1912/159) (06. 01. 2011).

Gesetz vom 16. Juli 1917, betreffend die Verlängerung der Wahlperiode der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrates: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19170004&zoom=2&seite=00000729&x=14&y=5>
(RGI. 1917/300) (15. 02. 2011).

Gesetz vom 18. April 1869, betreffend die Organisation des Reichsgerichtes, das Verfahren vor demselben und die Vollziehung seiner Erkenntnisse:
<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18690004&seite=00000167&zoom=2> (RGI. 1869/44)
(07. 01. 2011).

Gesetz vom 19. Mai 1868, über die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden in den cisleithanischen Ländern: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18680004&seite=00000076&zoom=2> (RGI. 1868/44)
(28. 12. 2010).

Gesetz vom 20. Mai 1874, betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18740004&seite=00000151&zoom=2> (RGI. 1874/68)
(06. 01. 2011).

Gesetz vom 22. October 1875, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18760004&seite=00000085&zoom=2> (RGI. 1875/36)
(03. 01. 2011).

Gesetz vom 23. Mai 1873, betreffend die Bildung von Geschworenenlisten:
<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18730004&seite=00000503&zoom=2> (RGI. 1873/121)
(04. 01. 2011).

Gesetz vom 23. Mai 1873, betreffend die zeitweise Einstellung der Geschworenengerichte: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18730004&seite=00000502&zoom=2> (RGI. 1873/120)
(04. 01. 2011).

Gesetz vom 25. Juni 1886, womit Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit, welchen anarchistische Bestrebungen zu Grunde liegen, erlassen werden:
<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18860004&seite=00000308&zoom=2> (RGI. 1886/98)
(10. 03. 2011).

Gesetz vom 25. Mai 1868, wodurch die Vorschriften des zweiten Hauptstückes des allg. bürgerl. Gesetzbuches über das Eherecht für Katholiken wieder hergestellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen der Katholiken den weltlichen Gerichtsbehörden überwiesen und Bestimmungen über die bedingte Zulässigkeit der Eheschließung von weltlichen Behörden erlassen werden („Maigesetze“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18680004&zoom=2&seite=00000093&x=20&y=13> (RGI. 1868/47–49) (05. 01. 2011).

Gesetz vom 27. October 1862, zum Schutze der persönlichen Freiheit: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18620004&zoom=2&seite=00000243&x=13&y=9> (RGI. 1862/87) (09. 08. 2010).

Gesetz vom 27. October 1862, zum Schutze des Hausrechtes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18620004&seite=00000245&zoom=2> (RGI. 1862/88) (09. 08. 2010).

Information zur Nichtbeurkundung der Novelle zur Gewerbeordnung durch Bundespräsident Heinz Fischer: http://www.hofburg.at/show_content2.php?s2id=1006 (20. 03. 2011).

Justiz-Ministerial-Erlaß vom 21. August 1848, sämtlichen Appellationsgerichten bekannt gemacht mit Justiz-Hofdecret vom 31. August 1848: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=jgs&datum=10320003&seite=00000652&zoom=2> (Justizgesetzsammlung/JGS 1848/1176) (17. 07. 2010).

Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 4. November 1914, womit der Stillstand der ordentlichen Gerichtsbarkeit Zivilpersonen der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00001170&x=11&y> (RGI. 1914/307) (17. 02. 2011).

Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 10. Oktober 1914, mit welcher die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00001113&x=7&y=12> (RGI. 1914/274) (15. 02. 2011).

Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 23. Mai 1915, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19150004&zoom=2&seite=00000221&x=19&y=7> (RGI. 1915/133) (15. 02. 2011).

Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 25. Juli 1914, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung an den Höchstkommmandierenden in Bosnien, Hercegowina und Dalmatien: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000815&x=11&y=3> (RGI. 1914/153) (15. 02. 2011).

Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 25. Juli 1914, über die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000821&x=12&y=10> (RGI. 1914/156) (17. 02. 2011).

Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 25. October 1869, wodurch die Beziehung auf den §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. December 1867, R.G.BI. Nr. 141, im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Catarro für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse daselbst nachfolgende Verfügungen getroffen werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18690004&zoom=2&seite=00000573&x=7&y=9> (RGI. 1869/162) (29. 12. 2010).

Kaiserliche (Not-)Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend die Übertragung von Befugnissen der politischen Verwaltung: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000891&x=15&y=5> (RGI. 1914/186) (15. 02. 2011).

Kaiserliche Verordnung vom 8. Jänner 1849, wodurch der Reichstagsbeschluß vom 3. Jänner 1849 in Betreff eines Staatsanlehens genehmigt wurde: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000082&zoom=2> (RGI. 1849/75) (15. 07. 2010).

Kaiserliche Verordnung vom 8. Juni 1849, womit die Errichtung einer Gensd'armie im ganzen Umfange des österreichischen Kaiserthumes nach den angetragenen Grundzügen genehmigt wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&zoom=2&seite=00000297&x=16&y=4> (RGI. 1849/272) (23. 06. 2010).

Kaiserliches Manifest vom 4. März 1849, wodurch der Reichstag von Kremsier aufgelöst, und den Völkern Oesterreichs aus eigener Macht des Kaisers eine Reichsverfassung für das gesamte Kaiserthum Oesterreich verliehen wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000148&zoom=2> (RGI. 1849/149) (15. 07. 2010).

Kaiserliches Patent vom 4. März 1849, über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten politischen Rechte („Grundrechtspatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000165&zoom=2> (RGI. 1849/151) (02. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 5. December 1848, wodurch verschiedene Abänderungen in den bestehenden Recrutirungs-Gesetzen vorgeschrieben werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&zoom=2&seite=00000006&x=18&y=6> (RGI. 1848/6) (16. 07. 2010).

Kaiserliches Patent vom 5. März 1860, womit eine Verstärkung des Reichsrathes durch außerordentliche Reichsräthe angeordnet wird, und die Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Wirkungskreis des verstärkten Reichsrathes getroffen

werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18600004&seite=00000097&zoom=2> (RGI. 1860/56) (06. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 5. November 1855, womit das zwischen Seiner Heiligkeit Papst Pius IX. und Seiner kaiserlich-königlichen Apostolischen Majestät Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich, am 18. August 1855 zu Wien abgeschlossene Uebereinkommen (Concordat) kundgemacht und angeordnet wird, daß die Bestimmungen desselben, mit Vorbehalt der in den Artikeln I und II dieses Patentbeschlusses angedeuteten Anordnungen im ganzen Umfange des Reiches von dem Zeitpunkte der Kundmachung dieses Patentbeschlusses an in volle Gesetzeskraft zu treten haben:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18550004&zoom=2&seite=00000635&x=10&y=12> (RGI. 1855/195) (03. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 8. April 1861, womit die Angelegenheiten der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses, insbesondere die staatsrechtlichen derselben in den cisleithanischen Ländern geregelt werden („Protestantenpatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000337&zoom=2> (RGI. 1861/41) (09. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit die Ausübung des freien Vereinigungs- und Versammlungsrechtes geregelt wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000222&zoom=2> (RGI. 1849/171) (02. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, womit ein provisorisches Gemeinde-Gesetz erlassen wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000203&zoom=2> (RGI. 1849/170) (02. 08. 2010).

Ministerial-Erlaß vom 17. März 1848, über die Bildung eines verantwortlichen Minister-Rathes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000048&zoom=2> (PGS 1848/30) (22. 06. 2010).

Münze Österreich (Hrsg.) 2007: Mit vereinten Kräften. Franz Joseph I. und die Innenpolitik. Ausstellungskatalog: http://www.austrian-mint.at/images/content/pdfs/Download/Ausstellung/Katalog_Mit_vereinten_Kraeften_D.pdf (11. 03. 2011).

Neunte Sitzung. Eröffnung des Reichstages, den 22. Juli 1848: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=krt&datum=00010005&zoom=2&seite=00000091&x=12&y=8> (12. 07. 2010).

Provisorische Verordnung über das Verfahren in Preßsachen (vom 18. 05. 1848): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000198&zoom=2> (PGS 1848/67) (10. 06. 2010).

Reiter, Ilse 2001: Die Freizügigkeit auf dem Schubkarren. Zum Spannungsverhältnis von Ausweisungsrecht und Bewegungsfreiheit in der Habsburgermonarchie im ausgehenden 19. Jahrhundert: <http://fhi.rg.mpg.de/articles/0104reiter.htm> (14. 03. 2011).

Schreiben des k.k. Ministeriums des öffentlichen Unterrichtes vom 6. April 1848 bzgl. der Bestimmungen über die Lehr- und Lernfreiheit: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000133&zoom=2> (PGS 1848/41) (24. 07. 2010).

Von Seiner k.k. Majestät angeordneten Aenderungen der provisorischen Wahlordnung („Zweite provisorische Wahlordnung für den ersten österreichischen Reichstag vom 30. 05. 1848“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000226&zoom=2> (PGS 1848/75) (06. 06. 2010).

Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914 über die Einschränkung und Überwachung des Telegraphen- und Telephonverkehrs: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&seite=00000843&zoom=2> (RGI. 1914/167) (14. 02. 2011).

Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, womit Ausnahmen von den bestehenden Gesetzen verfügt werden: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000825&x=11&y=9> (RGI. 1914/158) (14. 02. 2011).

Verordnung des Gesamtministeriums vom 29. August 1914 über die Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19140004&zoom=2&seite=00000973&x=11&y=3> (RGI. 1914/228) (14. 02. 2011).

Verordnungen des Ministers des Innern vom 10. Juli 1868, die Durchführung des Gesetzes vom 19. Mai 1868 betreffend: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18680004&zoom=2&seite=00000287&x=9&y=10> (RGI. 1868/101 u. 102) (29. 12. 2010).

Vertrag vom 05. März 1902, betreffend die Zuckergesetzgebung („Brüsseler Zuckerkonvention“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=19030004&seite=00000037&zoom=2> (RGI. 1902/25) (30. 12. 2010).

Quellen

Allerhöchstes Handschreiben vom 20. 10. 1860 an den Ministerpräsidenten. In: Bernatzik, Edmund (Hrsg.) 1911: Die österreichischen Verfassungsgesetze. Wien, S. 228.

Insertion des „Caesardiploms“ in den Freiheitsbrief Kaiser Heinrichs IV., 4. Oktober 1058. In: Hoke, Rudolf/Reiter, Ilse (Hrsg.) 1993: Quellensammlung zur österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte. Vornehmlich für den Studiengebrauch. Wien/Köln/Weimar, S. 120.

Insertion des „Nerodiploms“ in den Freiheitsbrief Kaiser Heinrichs IV., 4. Oktober 1058. In: Hoke, Rudolf/Reiter, Ilse (Hrsg.) 1993: Quellensammlung zur österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte. Vornehmlich für den Studiengebrauch. Wien/Köln/Weimar, S. 147.

Kletečka, Thomas 1996: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848. 20. März 1848–21. November 1848. In: Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut (Hrsg.): Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, 1. Abteilung. Wien, S. 3–650.

Kletečka, Thomas 2002: Das Ministerium Schwarzenberg. 5. Dezember 1848–7. Jänner 1850. In: Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut (Hrsg.): Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, 2. Abteilung, 1. Band. Wien, S. 3–148.

Moser, Johann Jacob 1774: Von der Teutschen Lehens-Verfassung. Nach denen Reichs-Gesezen und dem Reichs-Herkommen, wie auch aus denen Teutschen Staats-Rechts-Lehrern, und eigener Erfahrung. Frankfurt/Leipzig, S. 349 ff.

Sanctio Pragmatica. Über die Erbfolge des Durchlauchtigsten Erz-Hauses Oesterreich 1713. In: Fischer, Heinz/Silvestri, Gerhard (Hrsg.) 1970: Texte zur österreichischen Verfassungs-Geschichte. Von der Pragmatischen Sanktion zur Bundesverfassung (1713–1966). Wien, S. 2.

Verfassungsurkunden und Herrschaftsordnungen

Allerhöchstes Patent vom 25. April 1848. Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates („Pillersdorfsche Verfassung“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=pgs&datum=18480004&seite=00000145&zoom=2> (PGS 1848/49) (06. 06. 2010).

Februarpatent 1861:

Grundgesetz über die Reichsvertretung (vom 26. 02. 1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000072&zoom=2> (RGrBl. 1861/20) (08. 08. 2010).

Landes-Ordnungen und Landtags-Wahlordnungen für die cisleithanischen Länder (vom 26. 02. 1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000075&zoom=2> (RGrBl. 1861/20) (08. 11. 2010).

In dieser Arbeit wurden folgende Landes-Ordnungen und Landtags-Wahlordnungen zitiert: Landes-Ordnung und Landtags-Wahlordnung für das Erzherzogthum Oesterreich ob der Enns (vom 26. 02. 1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000091&zoom=2> (08. 11. 2010).

Landes-Ordnung und Landtags-Wahlordnung für das Herzogthum Salzburg (vom 26. 02. 1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000106&zoom=2> (08. 11. 2010).

Landes-Ordnung und Landtags-Wahlordnung für das Königreich Böhmen (vom 26. 02. 1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000230&zoom=2> (08. 11. 2010).

Verfassung der österreichischen Monarchie (vom 26. 02. 1861): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18610004&seite=00000069&zoom=2> (RGI. 1861/20) (08. 08. 2010).

Deutsche Bundesakte vom 8ten Juni 1815: <http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/que/normal/que814.pdf> (15. 04. 2010).

Entwurf der Constitutions-Urkunde („Kremsierer Verfassungsentwurf 1849“): http://134.76.160.151/rmc/nbu.php?page_id=02a1b5a86ff139471c0b1c57f23ac196&viewmode=pages&show_doc=AT-00-1849-03-01-de&position=0 (29. 07. 2010).

Kaiserliches Diplom vom 20. October 1860, zur Regelung der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie („Oktoberdiplom“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18600004&seite=00000336&zoom=2> (RGI. 1860/226) (07. 08. 2010).

Silvesterpatente 1851:

Allerhöchstes Cabinetsschreiben Seiner Majestät des Kaisers vom 31. December 1851, wodurch die für die organische Gesetzgebung des Reiches festgestellten Grundsätze mit dem Auftrage mitgeteilt werden, daß ohne alle Verzögerung von den Ministerien zu den Arbeiten der Ausführung geschritten und die Resultate sofort Seiner Majestät vorgelegt werden sollen („Drittes Silvesterpatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18520004&seite=00000028&zoom=2> (RGI. 1852/4) (03. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 31. December 1851, wodurch das Patent vom 4. März 1849 (Nr. 151 des R.G.B.) und die darin für die genannten Kronländer verkündeten Grundrechte außer Gesetzeskraft gesetzt, jedoch jede in diesen Kronländern gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgemeinschaft in dem Rechte der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung, dann in der selbstständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten, ferner im Besitze und Genusse der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeits-Zwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen, Fonde erhalten und geschützt wird („Zweites Silvesterpatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18520004&seite=00000027&zoom=2> (RGI. 1852/3) (03. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 31. December 1851, womit die Verfassungs-Urkunde vom 4. März 1849, Nr. 150 des R.G.B., außer Gesetzeskraft erklärt, jedoch die Gleichheit aller Staats-Angehörigen vor dem Gesetze, sowie die Unzulässigkeit und Abstellung jedes bürgerlichen Untertänigkeits- oder Hörigkeits-Verbandes und der damit verbundenen Leistungen ausdrücklich bestätigt, ferner für die zunächst wichtigsten und dringendsten Richtungen der organischen Gesetzgebung eine Reihe von Grundsätzen festgestellt, bis zur Kundmachung der hiernach auszuarbeitenden Gesetze aber die Beobachtung der dormalen in Wirksamkeit bestehenden Gesetze angeordnet wird („Erstes Silvesterpatent“) <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno->

[plus?apm=0&aid=rgb&datum=18520004&seite=00000025&zoom=2](http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18520004&seite=00000025&zoom=2) (RGI. 1852/2) (03. 08. 2010).

Kaiserliches Patent vom 4. März 1849, die Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich enthaltend. Reichsverfassung für das Kaiserthum Oesterreich („Oktroyierte Märzverfassung“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18490005&seite=00000151&zoom=2> (RGI. 1849/150) (31. 07. 2010).

Kaiserliches Patent vom 20. September 1865, womit die Wirksamkeit des durch das kaiserliche Patent vom 20. Februar 1861 kundgemachten Grundsatzes über die Reichsvertretung sistiert wird („Sistierungspatent“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18650004&seite=00000303&zoom=2> (RGI. 1865/88 und 89) (09. 08. 2010).

Staatsgrundgesetze 1867:

Gesetz vom 21. December 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und ihrer Behandlung („Delegationsgesetz“): <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000401&zoom=2> (RGI. 1867/146) (15. 10. 2010).

Gesetz vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000389&zoom=2> (RGI. 1867/141) (15. 10. 2010).

Gesetz vom 25. Juli 1867, über die Verantwortlichkeit der Minister für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&zoom=2&seite=00000208&x=21&y=8> (RGI. 1867/101) (15. 10. 2010).

Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000394&zoom=2> (RGI. 1867/142) (15. 10. 2010).

Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000400&zoom=2> (RGI. 1867/145) (15. 10. 2010).

Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die Einsetzung eines Reichsgerichtes: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000397&zoom=2> (RGI. 1867/143) (15. 10. 2010).

Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867, über die richterliche Gewalt:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=rgb&datum=18670004&seite=00000398&zoom=2> (RGrBl. 1867/144) (15. 10. 2010).

[illegible]

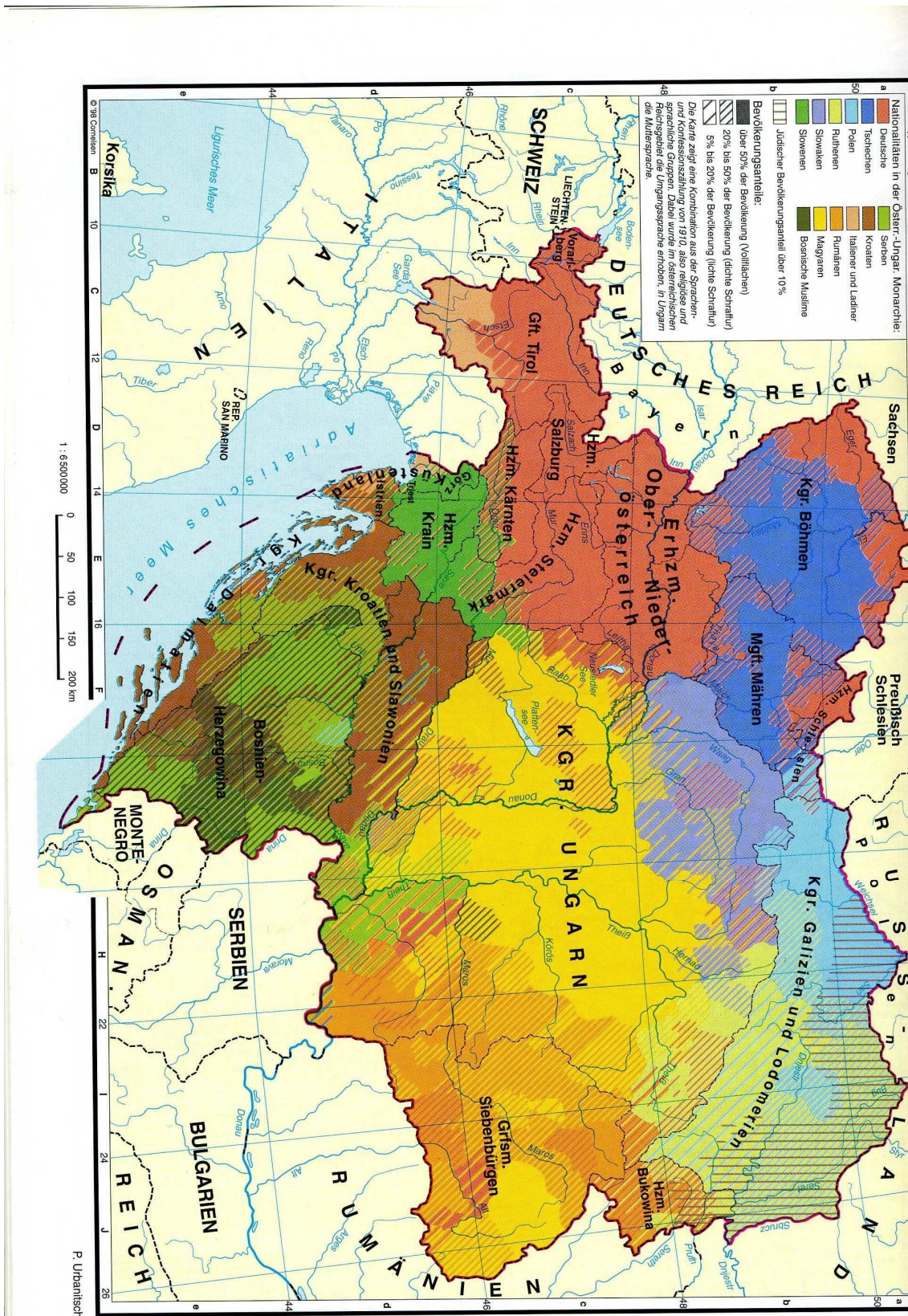
Quelle: Putzger, F.W./Bruckmüller, Ernst (Hrsg.) 1998: Historischer Weltatlas. Zur allgemeinen und österreichischen Geschichte. Berlin, S.54.

2. Karte: Kaisertum Österreich und Österreichisch-Ungarische Monarchie 1815–1919 mit dem „österreichischen“ Staat in dunkelgelb



Quelle: Putzger, F.W./Bruckmüller, Ernst (Hrsg.) 1998: Historischer Weltatlas. Zur allgemeinen und österreichischen Geschichte. Berlin, S. 64.

3. Karte: Nationalitäten in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie um 1910



Quelle: Putzger, F.W./Bruckmüller, Ernst (Hrsg.) 1998: Historischer Weltatlas. Zur allgemeinen und österreichischen Geschichte. Berlin, S. 65.

Abstract

The two early modern Austrian constitutional states during Habsburg Monarchy, the first one existed between 1848 and 1849 and the second between 1867 and 1914, were built after severe crisis. The first one was built during the “Revolution of 1848” and the second in 1867 after the loss of the “Austro-Prussian War 1866” and because of the following political separation from the German states, which joined together. In 1871 these states formed the “German Empire”.

That is why the development of modern constitutional state in Austria was “built by crisis”.

Although in today’s times constitutional states are considered to be democratic, the two Austrian constitutional states were based on the principles of non-democratic monarchism.

In both states, the power of the emperor was limited by a constitution, but in constitutional theory and praxis the emperor remained the most powerful authority in the political system. The limitation of the emperor’s power didn’t guarantee a balance of power. In both constitutions citizens were given political rights but those weren’t guaranteed in the first constitutional state because of the fact that there didn’t exist any court, which was able to protect the people against arbitrary rule. As there was no balance of power in a modern sense the author calls the constitutional state between 1848 and 1849 an “early modern state”. On account of the fact that there didn’t exist any court which was able to secure those political rights which were guaranteed in the constitution of 1848, the author calls this state a “weak” early modern constitutional state. In the constitution of 1867 two courts called “Reichsgericht” and “Verwaltungsgerichtshof”, were able to guarantee people’s rights. Although the elected legislative body, the “Reichsrat”, had more power than the one between 1848 and 1849 called “Reichstag”, the emperor stayed the most powerful authority of the state’s political system. So the author calls this state an “early modern constitutional state”.

This paper is an analysis of the early modern constitutional state of Austria during Habsburg monarchy, founded on Austrian’s constitutional history. The distinction between constitutional theory and practice is the most important method for this analysis.

Lebenslauf

Ich, Hanno Rebhan, wurde am 23. 08. 1985 in Wien als Sohn des Graphikers Dominikus Rebhan und seiner Ehefrau Eva, geb. Lutz, einer AHS-Lehrerin für Deutsch und Geschichte, geboren.

Von 1991–1992 besuchte ich die Vorschule und zwischen 1992 und 1996 die Volksschule GTVS-Alterlaa im 23. Wiener Gemeindebezirk Anton Baumgartner Straße 44. Im September 1996 trat ich in das GRG 23-Alterlaa, ein Gymnasium, Realgymnasium und Wirtschaftskundliches Realgymnasium, in der Anton-Baumgartner Straße 123 ein, wo ich im Juni 2004 mit Auszeichnung maturierte.

Von Oktober 2004 bis September 2005 leistete ich meinen Zivildienst bei den „Wiener Kinderfreunden“, bei denen ich bis heute als geringfügiger Mitarbeiter tätig bin.

Im Oktober 2005 begann ich sowohl ein Diplomstudium der Politikwissenschaft als auch ein Diplomstudium der Geschichte an der Universität Wien.